

DIE OBERBÜRGERMEISTERWAHL IN STUTTGART 1996

Partei politik und Wahlkampfstrategie: die kommunale Persönlichkeitswahl im Spannungsfeld der modernen Parteiendemokratie

Eine Einzelfallstudie

Von der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
der Universität Stuttgart
zur Erlangung der Würde eines Doktors der Philosophie (Dr. phil.)
genehmigte Abhandlung

Vorgelegt von Markus Hoecker, M.A.,
aus Ludwigshafen am Rhein.

Hauptberichter: Prof. Dr. Oscar W. Gabriel, Universität Stuttgart

Mitberichter: Prof. Dr. Horst Dähn

Tag der mündlichen Prüfung: 1. Februar 2005

Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart

Stuttgart 2005

*

Meiner Frau Uschi

*

„Verantwortlich für das Auswahlverfahren des Bürgermeisterkandidaten ist in der Regel der für ein oder zwei Jahre gewählte Vorstand einer Partei in der Gemeinde.“

(Wolfgang Gisevius, Direktor der Alfred Naumann-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bergeneustadt, 1999)¹

„Die meisten Parteien suchen Bewerber, die sich im Range eines Obergefreiten befinden. Sie sind reine Befehlsempfänger und haben sich der Strategie der örtlichen Honoratioren und solcher, die sich dafür halten, unterzuordnen. Individualität ist nicht gefragt. Gesucht werden Attaché-Case-Typen in mittleren Jahren mit vorzeigbaren Ehefrauen und lustigen Kindern. Sie werden erbarmungslos ins Rennen geschickt und ihre Ahnungslosigkeit wird oft ausgenutzt.“

(Joachim Becker, Oberbürgermeister von Pforzheim, 1988)²

„Die CDU hat geschlossen und engagiert für den Kandidaten Schuster gekämpft. Dies hat letztendlich den Wahlsieg von Wolfgang Schuster ermöglicht.“

(Christoph Palmer, Wahlkampfleiter des CDU-Kandidaten Schuster, in seiner Bilanz der Stuttgarter OB-Wahl, 1996)³

¹ *Wolfgang Gisevius*: Der neue Bürgermeister – Vermittler zwischen Bürgern und Verwaltung, Bonn, 1999, S. 45.

² *Joachim Becker*: Erfolg im Wahlkampf. Ein Ratgeber für Kandidaten und ihre Helfer in Kommunal-, Landes- und Bundeswahlen, München, 1988.

³ *Christoph Palmer*: Polarisierung und Zuspitzung haben den OB-Sessel gesichert – Rückblick auf die Oberbürgermeisterwahl vom 20. Oktober bzw. 10. November 1996 in Stuttgart und auf einen exemplarischen Kommunalwahlkampf; in: UiD Extra 40/1996, S. 1-8.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	6
Deutsche Zusammenfassung.....	7
Englisches Abstract.....	9
Abkürzungsverzeichnis.....	11
1. Methodik und Ziele der Arbeit, Quellenlage.....	13
1.1. Fragestellung, Ansatz und Methode.....	13
1.2. Forschungsstand zum Wählerverhalten auf kommunaler Ebene.....	23
2. Das Ende der Ära Rommel: rechtliche und politische Rahmenbedingungen der Wahl 1996.....	29
2.1. Der Zugang zum Amt gemäß §§ 45 f Gemeindeordnung (GO BW) und § 10 Kommunalwahlgesetz (KomWG).....	29
2.2. Der Aspekt der Volkswahl des Bürgermeisters und die Bedeutung für das Binnenverhältnis zum Rat.....	34
2.3. Die politische Partei und der Bürgermeisterkandidat: Spagat zwischen Loyalität und Abgrenzung.....	38
2.4. Die Stuttgarter Wahlkampfkonstellation im historischen Vergleich – OB-Wahlen im Stuttgart der Nachkriegszeit.....	39
2.5. Das Kräfteverhältnis der politischen Parteien in der baden- württembergischen Landeshauptstadt.....	49
3. Die Aktivitäten der Kandidaten und Parteien bis zur Oberbürgermeisterwahl am 20. Oktober 1996.....	54
3.1. Der parteipolitische Hintergrund der Kandidaten.....	55

3.1.1.	Rezzo Schlauch.....	55
3.1.2.	Wolfgang Schuster.....	58
3.1.3.	Corinna Werwig-Hertneck.....	60
3.1.4.	Rainer Brechtken.....	62
3.1.5.	Dieter Lieberwirth.....	65
3.1.6.	Das übrige Bewerberfeld.....	67
3.2.	Inhaltliche Akzente im Wahlkampf.....	67
3.2.1.	Das städtebauliche Großprojekt <i>Stuttgart 21</i>	68
3.2.2.	Der Themenkomplex <i>Innere Sicherheit</i>	72
3.2.3.	Wirtschaftsstandort Stuttgart.....	74
3.3.	Die Auseinandersetzung mit dem politischen Konkurrenten.....	79
3.4.	Das Ringen um den Bekanntheitsgrad.....	84
3.5.	Wahlkampfauftritte mit überregional bekannter Parteiprominenz.....	88
4.	Das Votum am 20. Oktober 1996.....	92
4.1.	Das Stimmenergebnis des Kandidaten Wolfgang Schuster.....	95
4.2.	Das Abschneiden des Kandidaten Rezzo Schlauch.....	98
4.3.	Das Resultat des Kandidaten Rainer Brechtken.....	100
4.4.	Der Stimmenanteil der Kandidatin Corinna Werwig-Hertneck.....	102
4.5.	Das Ergebnis des Kandidaten Dieter Lieberwirth.....	103
4.6.	Sozio- und bevölkerungsstrukturelle Analyse des Wahlergebnisses vom 20. Oktober 1996.....	104
5.	Wahlkampfaktivitäten bis zur Neuwahl am 10. November 1996.....	116

5.1.	Veränderungen in der Bewerberkonstellation.....	116
5.1.1.	Der Rückzug der Kandidatin Werwig-Hertneck.....	116
5.1.2.	Der Verzicht des Kandidaten Dieter Lieberwirth.....	120
5.1.3.	Die Kandidatur des Pforzheimer Oberbürgermeisters Joachim Becker.....	122
5.2.	Der Wahlkampf Schusters und der CDU bis zum 10. November 1996.....	129
5.3.	Die veränderte Strategie des Kandidaten Rezzo Schlauch und von Bündnis 90/Die Grünen.....	134
5.4.	Marschroute von Rainer Brechtken und der SPD.....	140
5.5.	Die Strategie des neuen Kandidaten Joachim Becker.....	144
6.	Das Wahlergebnis am 10. November.....	149
6.1.	Sogwirkung Richtung Stichwahl: taktischer Konsens zwischen Schuster und Schlauch.....	151
6.2.	Das Desaster der SPD.....	161
7.	Zusammenfassung.....	168
	Literaturverzeichnis.....	176
	Lebenslauf.....	187
	Erklärung.....	188

Vorwort

Diese Dissertation hat von der tatkräftigen Hilfsbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bibliotheken des Landtages von Baden-Württemberg sowie der Landeshauptstadt Stuttgart profitiert. Mein Dank gilt deshalb den Bibliothekaren und Archivaren, die mir geduldig eine Vielzahl von Quellen (insbesondere aus ihren Pressearchiven) zugänglich gemacht haben.

Ich danke Herrn Minister a.D. Dr. Christoph Palmer, der mich nach meinem Berufsstart in Stuttgart dazu ermuntert hat, eine Dissertation zu schreiben, und den Kontakt zum Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart hergestellt hat.

Danken möchte ich dem Hauptberichter Professor Dr. Oscar W. Gabriel. Er hat diese Arbeit stets eingehend, wohlwollend und kritisch begleitet. Seine Anregungen waren mir eine große Hilfe. Ich danke auch Herrn Prof. Dr. Horst Dähn für die Erstellung des Zweitgutachtens.

Mein ganz besonderer Dank gebührt meiner lieben Frau Uschi: Sie hat mich stetig motiviert und mir vielfach den Rücken freigehalten. Außerdem hat sie meine Dissertation Korrektur gelesen und immer wieder nützliche Fragen aufgeworfen, die mich zum Nachdenken angeregt haben.

Deutsche Zusammenfassung

Welchen Einfluss haben die Parteibindungen der Kandidaten, die sich um das Amt eines Bürgermeisters in Baden-Württemberg bewerben, auf das Wählerverhalten? Die Politikwissenschaft attestiert den politischen Parteien auf kommunaler Ebene nicht das gleiche Gewicht, das sie ihnen auf Bundes- oder Landesebene beimisst. Allerdings ist das Wählerverhalten auf kommunaler Ebene bislang empirisch wenig erforscht – zumindest im Vergleich zum Forschungsstand bezüglich der Bundes- oder der Landesebene. Das gilt umso mehr für den Prototyp der Volkswahl auf kommunaler Ebene, für die Bürgermeisterwahl.

Bürgermeisterwahlen sind Persönlichkeitswahlen, wird zuweilen sehr pauschal argumentiert, wenn der Einfluss der politischen Parteien auf das Wählerverhalten problematisiert, bzw. eher kritisch gesehen wird. Kommunalpolitik ist Sachpolitik, heißt es noch zugespitzter, deshalb hätten Parteien "im Rathaus nichts zu suchen".

Diese Arbeit geht indes von der Annahme aus, dass das Gewicht der politischen Parteien auf kommunaler Ebene mit der Größe der Gemeinde zunimmt. Das schlägt sich auch im Wettbewerb um das kommunale Spitzenamt nieder. Je größer eine Stadt also ist, umso größer ist der Einfluss, den die politischen Parteien auf das Wählerverhalten nehmen können. Im Wege der Einzelfallstudie wird die Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart am 20. Oktober 1996 und die Neuwahl am 10. November 1996, also die Wahl in einer Großstadt, unter diesem Gesichtspunkt analysiert. Wichtig ist dabei, dass es sich 1996 in der baden-württembergischen Landeshauptstadt um eine echte Neuwahl des Bürgermeisters handelte. Das heißt, dass der bisherige Amtsinhaber Manfred Rommel die Altersgrenze erreichte und nicht mehr zur Wahl stand. Keiner der Bewerber konnte also den Amtsbonus ausspielen – keiner stand zur Wiederwahl.

Die Arbeit referiert zunächst ausgehend vom Forschungsstand auf dieser Grundlage die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen der Wahl 1996. Sie untersucht im

Folgendes die Wahlkampfaktivitäten aller von den politischen Parteien unterstützten Kandidaten bis zum 20. Oktober 1996 (Rezzo Schlauch (Bündnis 90/Die Grünen), Wolfgang Schuster (CDU), Corinna Werwigk-Hertneck (FDP), Rainer Brechtken (SPD), Dieter Lieberwirth (Die Republikaner)). Daran misst sie das Wählerverhalten.

Das gleiche gilt für die Neuwahl am 10. November 1996, nachdem am 20. Oktober keiner der Kandidaten die zu diesem Zeitpunkt erforderliche absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreichte. Von Bedeutung ist dabei die veränderte Bewerberkonstellation: Die von der FDP und den Republikanern unterstützten Bewerber zogen ihre Kandidaturen zurück, während mit Joachim Becker ein zusätzlicher Kandidat mit SPD-Parteibuch gegen den erklärten Willen der eigenen Partei seine Bewerbung anmeldete.

Welchen Einfluss auf das Wahlverhalten nach dem Wahlgang am 20. Oktober haben die Veränderungen im Bewerberfeld? Ändern sich die Aktivitäten der in den Wahlkampf involvierten politischen Parteien? Zeichnet sich zwischen beiden Wahlgängen ein Strategiewechsel ab und wie schlägt sich dieser für die Kandidaten im Wahlergebnis nieder?

Die Einzelfallstudie zur Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl 1996 bestätigt die eingangs der Arbeit formulierte These, wonach das Wählerverhalten in einer Großstadt maßgeblich von den politischen Parteien beeinflusst wird. Das Zusammenspiel zwischen Kandidaten und Parteien war für das Wahlergebnis bei der Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart 1996 ausschlaggebend. An dieser Stelle soll nochmals hervorgehoben werden, dass es sich bei der vorliegenden Arbeit um eine Einzelfallstudie handelt. Ihre Ergebnisse können nicht ohne gewichtige Vorbehalte auf andere Oberbürgermeisterwahlen übertragen werden. Der Erkenntnisgewinn der Einzelfallstudie und ihre wissenschaftliche Typisierung wird in dieser Untersuchung ausführlich thematisiert.

Englisches Abstract

What is the influence of the mayor candidates' party membership on voting behaviour in Baden-Württemberg? Political science doesn't attribute to political parties on local level the same importance as it is the case on national or regional (i.e. the "Länder") level. However, compared with the national or regional level, voting behaviour on local level has not yet been explored empirically. All the more, it is true for the "prototype" of local level elections, the election of a mayor.

It is argued sometimes that elections of a mayor are dominated by the personality of the candidates. This is especially true for those criticising the influence of political parties on this level of governance. One could also hold the opinion that local politics is technical politics. Therefore, it can be put forward that party membership shouldn't play a role in city halls. However, the thesis follows the opinion that the importance of political parties on local level grows with the size and the meaning of the respective town. This perception can also be observed concerning the competition for the job of mayor. The bigger a town is, the greater is the importance of political parties on voter's decisions.

The Stuttgart mayor election in 1996 (first turn on 20 October and second turn on 10 November) is taken as a case study in this book. That election in the capital of Baden-Württemberg serves as a perfect example for elections in big German cities. The situation in 1996 was the election of a new mayor, as the outgoing mayor left office. Thus, no candidate could play a special role as "office-holder" as no one sought to be re-elected.

On the current basis of research the political and legal conditions of this election are outlined alongside the scrutiny of the campaigning activities of all candidates, supported by political parties. Until the first turn on 20 October 1996 there were five main candidates: Rezzo Schlauch (Green Party), Wolfgang Schuster (Christian

Democrats), Corinna Werwig-Hertneck (Liberals), Rainer Brechtken (Social Democrats) and Dieter Lieberwirth (Republicans, Nationalist). The activities of these supporting parties are taken as reference for the scrutiny of voting behaviour. It is the same for the second turn on 10 November 1996 which was necessary as no candidate could win the necessary majority of votes in the first turn. However, this situation is of special interest as several candidates left the competition whilst other candidates came in. The Liberal Democrats and right-wing party "Republicans" withdrew their candidates. However, although being member of the social Democrats, having already a candidate in the competition, Joachim Becker completed the run on the mayor office between Wolfgang Schuster, Rezzo Schlauch and Rainer Brechtken against the declared determination of its own party.

What is the influence of this change of candidates in the aftermath of the first turn on voting behaviour in the second turn? Did the participating parties change their activities? Was there a modification of strategy and, if yes, did this change have any consequences on the final result?

This case study confirms the thesis that voting behaviour in a big city is deeply influenced by the political parties. The interaction between candidates and parties has been crucial for the result in the 1996 elections. As a case study, however, the findings of this thesis cannot be transferred directly on other mayor elections under reserve of certain conditions. Nevertheless, the gain of knowledge and the scientific definition of this type of study is fully explained.

Abkürzungsverzeichnis

APSR	American Political Science Review
Aufl.	Auflage
Bay GO	Bayerische Gemeindeordnung
BWG Z	Zeitschrift für die Städte und Gemeinden für Stadträte, Gemeinderäte und Ortschaftsräte, Organ des Gemeindetags Baden-Württemberg
BWVP	Baden-Württembergische Verwaltungspraxis
BVerfGE	Bundesverfassungsgerichts-Entscheidungen
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich-Demokratische Union
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
Ebd.	Ebenda
EU	Europäische Union
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP (FDP/DVP)	Freie Demokratische Partei (/Deutsche Volkspartei)
FN	Fußnote
FR	Frankfurter Rundschau
FWG	Freie Wählergemeinschaften
FWV/UBL	Freie Wähler Vereinigung/Unabhängige Liste
GAK	Gesetz zur vorläufigen Angleichung des Kommunalrechts
GO (BW)	Gemeindeordnung (Baden-Württemberg) (auch GemO BW)
GVBl NRW	Gemeindeverwaltungsblatt Nordrhein-Westfalen
Hrsg.	Herausgeber
iVm	in Verbindung mit
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
KomWG	Kommunalwahlgesetz
KP (KPD)	Kommunistische Partei (Kommunistische Partei Deutschlands)

OB	Oberbürgermeister
OB-Wahl	Oberbürgermeisterwahl
ÖZP	Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft
Rdnr.	Randnummer
SBZ	Sowjetisch besetzte Zone Deutschlands
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SDR	Süddeutscher Rundfunk
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stellv.	Stellvertretende(r)
StN	Stuttgarter Nachrichten
StZ	Stuttgarter Zeitung
SZ	Süddeutsche Zeitung
SWF	Südwestfunk
SWR	Südwestrundfunk
taz	Tageszeitung Berlin
UiD	CDU-Informationsdienst Union in Deutschland
Vgl.	Vergleiche
z.B.	zum Beispiel
Ziff.	Ziffer
ZUMA	Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (Mannheim)

Die übrigen Abkürzungen folgen *Hildebert Kirchner, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 5., völlig neu bearb. und erw. Aufl., Berlin, 2003.*

1. Methodik und Ziele der Arbeit, Quellenlage

1.1. Fragestellung, Ansatz und Methode

*"Die Einzelfallstudie ist keine besondere Technik. Sie ist vielmehr eine bestimmte Art, das Forschungsmaterial so zu ordnen, dass der einheitliche Charakter des untersuchten sozialen Gegenstandes erhalten bleibt. Anders ausgedrückt ist die Einzelfallstudie ein Ansatz, bei dem jede soziale Einheit als ein Ganzes gesehen wird."*⁴

Untersucht wird der Einfluss der politischen Parteien auf die Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters im Wege der Einzelfallstudie (engl. case study). Dieser Terminus technicus entstammt der Vergleichenden Politikwissenschaft⁵. Die Einzelfallstudie mag auf den ersten Blick vermeintlich mit dem Manko daherkommen, dass die Ergebnisse nicht generalisierbar sind, „da die Vergleichbarkeit wichtiger Variablen und die Kontrolle von Rahmenbedingungen nicht gewährleistet werden können“⁶.

⁴ William Goode/Paul K. Hatt: Die Einzelfallstudie; in: René König (Hrsg.): Beobachtung und Experiment in der Sozialforschung, Köln, 1972, S. 299-337 (300); vgl. zum Terminus der Einzelfallstudie auch Heine von Alemann/Peter Ortlieb: Die Einzelfallstudie; in: Jürgen van Koolwijk/Maria Wieken-Mayser (Hrsg.): Techniken der empirischen Sozialforschung; Bd. 2, München, 1975, S. 157-177 sowie Herlinde Maniok: Die Fallstudie – Überlegungen zur Methode des Projektes 'Kontrollsysteme und integrierte Produktionsverantwortung' (Arbeitspapier des SFB 187); Bochum, 1992 und Siegfried Lamnek: Qualitative Sozialforschung, Bd. 2: Methoden und Techniken, München, 1989.

⁵ Dieter Nohlen/Jürgen Kriz/Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.): Lexikon der Politik; Bd. 2: Politikwissenschaftliche Methoden, München, 1984; hier die Kapitel "Fallstudie" und "Vergleichende Methode"; ausführlicher Peter Mair: Comparative Politics – An overview; in: Robert E. Goodin/Hans-Dieter Klingemann: A new handbook of political science, Chapter 12, 309-335 ("The third element within comparative politics is focused on the method of research, and is concerned with developing rules and standards about how comparative research should be carried out, including the levels of analysis at which the comparative analysis operates, and the limits and possibilities of comparison is itself so instinctive to both scientific and popular cultures, this third element is sometimes assumed by researchers to be unproblematic and hence is neglected. And it is this neglect, in turn, which lies at the root of some of the most severe problems in the cumulation of research, on the one hand, and in theory-building and theory-testing, on the other hand (...)" (so Mair, S. 310, vgl. dazu auch S. 318f).

⁶ Josef Schmid: Kapitel 5; in: Ulrich von Alemann (Hrsg.): Politikwissenschaftliche Methoden: Grundriss für Studium und Forschung, Opladen, 1995, S. 304. Der wissenschaftliche Gewinn der Fallstudie liegt danach in dem Vorzug, dass das erhobene Datenmaterial zur Bildung meist nominaler Typologien herangezogen werden kann bzw. der Illustration theoretischer Überlegungen dient.

Aus dieser Schwäche der Fallstudie ergibt sich aber gleichzeitig ihr Vorzug: Es gelingt ein unverstellter Blick auf den Forschungsgegenstand: Eine hypothetische Annahme – etwa diejenige, dass die Rolle der politischen Parteien bei Bürgermeisterwahlen für das Wählerverhalten von erheblicher Bedeutung ist (oder auch jene, dass ihre Rolle bei solchen Persönlichkeitswahlen von nachrangiger Bedeutung ist) – wird anhand der Studie auf den Prüfstand gestellt. „Die Untersuchung eines einzelnen Regierungssystems, eines Entscheidungsvorgangs, einer Partei zu einem bestimmten Zeitpunkt usw. dient der Beschreibung dieses Einzelfalls mit einer bestimmten Fragestellung, wobei man diesen Fall unter seinen natürlichen Umweltbedingungen studiert und ihn als zusammenhängendes Ganzes begreift“, so *Franz Urban Pappi*. „Dabei muss entweder ein expliziter theoretischer Bezug hergestellt werden, oder man geht von der Einzelfallstudie zur vergleichenden Fallstudie über.“⁷

*„Should we possess a valid representation of the story, then the equilibrium of the model should imply the outcome we describe – and seek to explain. Our use of rational choice and game theory transforms the narratives into analytical narratives. Our approach therefore occupies a complex middle ground between ideographic and nomothetic reasoning.“*⁸

„Ein Schritt über die Einzelfallstudie hinaus und somit eine Rücknahme der strengen Modellorientierung bei der analytischen Ereignisrekonstruktion ist die vergleichende Fallstudie“, erläutert *Pappi*. „Sie eignet sich für die vergleichende Regierungslehre, wenn nur eine begrenzte Anzahl vergleichbarer, z.B. demokratischer nationaler Regierungssysteme zur Verfügung stehen.“⁹

⁷ *Franz Urban Pappi*: Theorien, Methoden und Forschungsansätze; in: *Herfried Münkler* (Hrsg.): Politikwissenschaft: Ein Grundkurs, Hamburg, 2003, S. 77-100 (94).

⁸ *Robert Bates* u.a.: *Analytic Narratives*, Princeton, N.J. 1998.

⁹ *Franz Urban Pappi*: Theorien, Methoden und Forschungsansätze; in: *Herfried Münkler* (Hrsg.): Politikwissenschaft: Ein Grundkurs, Hamburg, 2003, 77-100 (95).

Dieter Nohlen referiert die wissenschaftliche Bedeutung sog. Case studies im Anschluss an *Lijphart*¹⁰ wie folgt: Demnach gebe es deskriptive Fallstudien, „deren Beitrag zur Theoriebildung nur indirekt ist, indem sie möglicherweise Datenmaterial für spätere Hypothesenbildung zusammentragen“¹¹. Die "interpretierende", die "Hypothesen gerierende", die "Theorien bestätigende" sowie die "Theorien widerlegende" Fallstudie gehen über diese rein deskriptive Funktion hinaus: In der interpretierenden Fallstudie werden bereits bestehende Theorien angewandt, wobei es primär um die Aufhellung des Einzelfalls geht. Das Ziel der Hypothesen gerierenden Fallstudie besteht nach *Lijphart* darin, zu Verallgemeinerungen zu gelangen, die in nachfolgenden Untersuchungen getestet werden können.¹² Hinsichtlich der anderen beiden Typen von Fallstudien „kommt es sehr auf den bisherigen Bestätigungsgrad von Theorien und die Auswahl der Fälle an“¹³.

Besonderes Gewicht messen *Lijphart* und *Nohlen* einem sechsten Fallstudien-Typus zu: der Analyse abweichender Fälle ("deviant cases"). Diese Fallstudie wird ebenso wie die Hypothesen gerierende Fallstudie „wissenschaftlich hoch bewertet (...), da sie der Entwicklung und Verfeinerung von Hypothesen dienen“¹⁴. Ausgehend von den Erkenntnissen der Fallstudie lassen sich Einblicke in vergleichbare Kontexte gewinnen: „Wie *Lijphart* schreibt, liegt der Hauptwert von Fallstudien in ihren hypotheserzeugenden Ergebnissen, in ihrer heuristischen Aufforderung an die Komparatistik, Nachfolgestudien anzulegen, die anhand weiterer Fallbetrachtungen die Korrektheit der aufgestellten Behauptungen überprüfen.“¹⁵

¹⁰ *Arend Lijphart*: Comparative Politics an the Comparative Method; in: APSR 65, 682.

¹¹ *Dieter Nohlen*: Fallstudie; in: ders. (Hrsg.): Lexikon der Politik, Bd. 2: Politikwissenschaftliche Methoden, München, 1984, S. 129.

¹² Vgl. ebd.

¹³ Ebd.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ *Jürgen Hartmann*: Vergleichende Politikwissenschaft. Ein Lehrbuch, Frankfurt am Main/New York, 1995, S. 35.

Die vorliegende Arbeit konzentriert sich auf den Aktionsradius der politischen Parteien bei der Persönlichkeitswahl auf kommunaler Ebene. Die Parteien übernehmen in unserem politischen System Funktionen, die sich in folgende Kategorien unterteilen lassen:¹⁶ Da ist zunächst die Artikulationsfunktion, d.h. sie artikulieren und bündeln Interessen, die sie an die Entscheidungsträger weiterleiten. Daneben übernehmen sie eine Orientierungsfunktion. Sie geben dem Wähler eine Orientierung dergestalt, dass sie für ein Image, eine politische Richtung, für ein Programm oder für eine Grundhaltung des politischen Personals stehen. Die Organisationsfunktion, die den Parteien zugebilligt wird, betrifft besonders ihren Aktionsradius als Fraktion im Rat oder im Parlament. Dort wird der politische Wille der Partei arbeitsteilig umgesetzt. „Die Fraktionen bieten einen Verlässlichkeits-Rahmen, der dem einzelnen Ratsmitglied auf ein Verhalten in seinem Sinne zu vertrauen gestattet.“¹⁷ Bleibt noch die sogenannte Rekrutierungsfunktion, also die Gewinnung von politischem Nachwuchs, wobei sie auch ideelle, finanzielle und organisatorische Unterstützung gewähren können.

Das Verhältnis der Kandidaten, die sich um das Amt des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Stuttgart beworben haben, zu den sie unterstützenden Parteien ist der Kern des Untersuchungsgegenstands. Sofern sich Kandidaten bewusst in Abgrenzung zu den etablierten Parteien bewerben, ihre Bewerbung in der Außendarstellung gar als Kampfansage an das tradierte lokale Parteiensystem verstanden haben wollen, gehört dies in denselben Funktionszusammenhang und ist ebenfalls Gegenstand der Arbeit. Auch diese Taktik sollte 1996 bei der Wahl in Stuttgart eine besondere Rolle spielen.

Im Blickpunkt stehen vor diesem Hintergrund die Kandidaten, die von Parteien getragen wurden, welche im lokalen Parteiensystem eine wichtige Rolle spielen. Das gilt im untersuchten Fall der Stuttgarter OB-Wahl 1996 für CDU und SPD, für Bündnis 90/Die Grünen, für die FDP sowie für die Republikaner. Die übrigen Bewerber um das Amt des Stuttgarter Oberbürgermeisters bleiben allerdings nicht gänzlich außen vor. Da

¹⁶ Vgl. *Hans-Georg Wehling*: Do parties matter? Die Rolle der Parteien in der Kommunalpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 308 f.

¹⁷ Ebd.

sie ihre Bewerbung in Abgrenzung zu den etablierten Parteien (darunter werden hier die in Fraktionsstärke im Gemeinderat der Landeshauptstadt vertretenen Parteien verstanden) betreiben, ist ihr Wahlkampf und ihr Wahlergebnis für die Gesamtbewertung ebenfalls von Belang.

Dabei kann exemplarisch aufgezeigt werden, dass auch das bewusste Hervorheben der Distanz zu den politischen Parteien, wie es zahlreiche Bewerber in Stuttgart 1996 für sich reklamiert haben, für die Einschätzung des parteipolitischen Kontextes der Bewerbungen nicht ohne Aussagekraft ist. Für eine Fallstudie, die sich mit den Formen der Einflussnahme von Parteien auf den Wahlkampf einer Persönlichkeitswahl befasst, ist die bewusste Abgrenzung von den politischen Parteien und ihre Auswirkung auf das Wahlergebnis ein bemerkenswerter Vorgang.

Es wäre voreilig, die Bezugsebene zwischen Kandidat und Partei auszublenden oder völlig herunter zu spielen. Die Parteiendemokratie hat längst auch der Kommunalpolitik ihren Stempel aufgedrückt.¹⁸ Diese These sei zu Beginn der Arbeit aufgestellt. Wie stark dies der Fall ist, das ist – im Wege der Einzelfallstudie – Gegenstand dieser Arbeit. Dass der Organisationsgrad und damit der Aktionsradius der politischen Parteien mit der Größe der Kommune zunimmt, ist die zum Auftakt der Untersuchung formulierte Hypothese, die im folgenden einer genaueren Prüfung unterzogen wird. Um diese Hypothese empirisch einer Überprüfung zu unterziehen, eignet sich Stuttgart, die größte Stadt des Landes Baden-Württemberg, besonders gut.

¹⁸ Insbesondere die Personalpolitik ist auf kommunaler Ebene gegen den Einfluss der politischen Parteien nicht gefeit. *Hans-Georg Wehling* vertritt indes in zahlreichen Arbeiten zumindest für die Spitze der Kommunalverfassung die entgegengesetzte Auffassung, wonach Bürgermeisterwahlen in Baden-Württemberg aufgrund des in der Gemeindeordnung konkretisierten Wahlverfahrens per se eine dezidierte Parteiferne attestiert werden müsse. Vgl. stellvertretend *Hans-Georg Wehling/H.-Jörg Siewert*: *Der Bürgermeister in Baden-Württemberg* (Erstaufl. *Theodor Eschenburg* zum 80. Geb. am 24. Okt. 1984), 2. Aufl., 1987. Nicht immer weist *Wehling* in der gebotenen Deutlichkeit darauf hin, dass die Größe der untersuchten Gemeinde für das Gewicht der politischen Parteien von Belang sein könnte. In diesem Sinne differenzierter äußert er sich in einer von der *Bundeszentrale für politische Bildung* vorgelegten Untersuchung: *Hans-Georg Wehling*: *Gesellschaftliche Akteure in der Kommune*; in: *Bundeszentrale für politische Bildung* (Hrsg.): *Informationen zur politischen Bildung, Kommunalpolitik*, Bonn, 1994. „Je größer und unübersichtlicher ein politisches System ist, desto unentbehrlicher werden diese Leistungen der politischen Parteien“, heißt es dort. „Ihre Bedeutung für die Kommunalpolitik wächst also mit zunehmender Ortsgröße.“ Ob dies auch für den Bürgermeisterwahlkampf Konsequenzen hat, wird an dieser Stelle nicht näher ausgeführt.

Es spricht viel dafür, dass die Oberbürgermeisterwahl in der Landeshauptstadt in besonderem Maße parteipolitischen Gesetzmäßigkeiten ausgesetzt war. Das hängt mit der örtlichen Nähe zur landespolitischen Szene zusammen und natürlich auch damit, dass der Organisationsgrad der politischen Parteien und in ihr Aktionsradius in einer Landeshauptstadt naturgemäß größer sein müssen als in kleineren bzw. ländlichen Gemeinden. So sind zum Beispiel auch die Geschäftsstellen der Landesparteien in der Regel in der Landeshauptstadt angesiedelt, was ihre unmittelbare (wenn auch nach Möglichkeit verdeckte) Einflussnahme auf den Wahlkampf bei einer Oberbürgermeisterwahl zwar nicht selbstverständlich, aber immerhin nachvollziehbar macht.

Gegenstand der vorliegenden wissenschaftlichen Arbeit sind die Wahlkampfstrategien der politischen Parteien bzw. der jeweiligen Oberbürgermeisterkandidaten. Untersucht wird die Bezugsebene zwischen den Kandidaten und den sie tragenden politischen Parteien, also das jeweilige im Wahlkampf vorgetragene strategische Konzept, und nicht das Wählerverhalten im engeren Sinne. Das Wählerverhalten ist vor diesem Hintergrund nur insoweit von Belang, als es letztlich Erfolg und Misserfolg der Kandidaten - und damit ihrer Wahlkampfstrategie - dokumentiert. Parteistrategien und Wählermotive müssen in einer wissenschaftlichen Analyse auseinander gehalten werden. Im vorliegenden Fall geht es um eine Analyse der Strategien der politischen Akteure, nicht des Wählerverhaltens bzw. der Wählermotive.

„Auch bei einer Persönlichkeitswahl ist für viele Wähler die langfristige Parteibindung immer noch eine starke Orientierung“¹⁹, betont *Wolfgang Gisevius* in einer 1999 vorgelegten Untersuchung, welche die Merkmale der Volkswahl des Bürgermeisters insbesondere vor dem Hintergrund des Inkrafttretens des Gesetzes zur Änderung der nordrhein-westfälischen Kommunalwahlverfassung beleuchtet. Zwar nehme die Bindewirkung graduell ab und auch die Zahl der an politische Milieus gebundenen

¹⁹ *Wolfgang Gisevius*: Der neue Bürgermeister – Vermittler zwischen Bürgern und Verwaltung, Bonn, 1999, S.65. Zum Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung in Nordrhein-Westfalen vom 17. Mai 1994 vgl. GVBl NRW 34 vom 4. Juli 1994, S. 270 ff. Aufgrund einer Übergangsbestimmung in Art. 7 des Änderungsgesetzes wurden die Bürgermeister in Nordrhein-Westfalen erstmals zum Kommunalwahltermin vom 12. September 1999 direkt gewählt.

Personen schrumpfe, aber nach wie vor spiele die Parteiidentität für den Wahlausgang eine „wirksame Rolle“²⁰.

Hans-Georg Wehling, der die kommunale Persönlichkeitswahl in zahlreichen Arbeiten thematisiert hat, spricht den politischen Parteien dabei ein besonderes Gewicht ab. Er kommt in seinen Untersuchungen vielmehr zu dem Ergebnis, dass der Bürgermeisterkandidat die Abgrenzung zu der ihn tragenden Partei suchen bzw. in seiner Wirkung auf den Wähler auf Überparteilichkeit bedacht sein müsse, um in der Volkswahl bestehen zu können.²¹ Die Erfolgsaussicht wird damit unmittelbar an die anzustrebende Distanz zu den politischen Parteien gekoppelt: Überparteilichkeit und Verwaltungserfahrung würden demnach die Wahlchancen des Kandidaten erhöhen. Versieht man das gesamte Feld der Kommunalpolitik pauschal mit dem Etikett der Bürgernähe und der Politikferne, so zieht man eine scharfe Trennlinie zur landes- und zur bundespolitischen Ebene. Dort wird man die herausragende, verfassungsrechtlich verankerte Rolle der politischen Parteien, die auch in der Rekrutierung des politischen (und regierenden) Personals zum Ausdruck kommt, kaum leugnen.

²⁰ Ebd.

²¹ Vgl. zum Beispiel *Hans-Georg Wehling*: Do parties matter? Die Rolle der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland; in: *ÖZP* 25 (1996) 3, *Theodor Pfizer/Hans-Georg Wehling* (Hrsg.): Kommunalpolitik in Baden-Württemberg, 3. Aufl., Stuttgart u.a., 2000 sowie *Hans-Georg Wehling/H.-Jörg Siewert*: Der Bürgermeister in Baden-Württemberg, Stuttgart, 2. Aufl., 1987. Ebenso auch *Hans-Georg Wehling* für die *Konrad-Adenauer-Stiftung*: Kommunalpolitik: Materialien für die Arbeit vor Ort; Nr. 4: Kommunale Direktwahl zwischen Persönlichkeitswahl und Parteientscheidung. Dem widerspricht *Helmut Köser*: "Der Gemeinderat in Baden-Württemberg: Sozialprofil, Rekrutierung, Politikverständnis"; in: *Theodor Pfizer/Hans-Georg Wehling* (Hrsg.): Kommunalpolitik in Baden-Württemberg, 3. Aufl., Stuttgart, 2000, S. 153-171. *Köser* legt in Zusammenarbeit mit dem ZUMA (Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim) eine Repräsentativbefragung zugrunde, die 1986 und 1987 in den Kommunen Baden-Württembergs durchgeführt wurde. Ausgewertet wurden insgesamt 1.269 Fragebögen aus 173 Gemeinden, darüber hinaus gaben 46 Gemeinderäte mehrstündige Interviews. Die Befragung unterscheidet zwischen drei Größenkategorien der baden-württembergischen Gemeinden, nämlich Gemeinden mit bis zu 5.000 Einwohnern (absolute Zahl: 674), Gemeinden von 5.000 bis zu 50.000 Einwohnern (416) sowie Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern (20). „Die Ergebnisse machen [allerdings zugleich auch] offenkundig, dass es die Bürgermeister in kleinen Gemeinden ganz offenkundig leichter haben als ihre Kollegen in den mittleren und großen Städten. Hier wird den Mehrheitsfraktionen und Koalitionen ein weitaus größerer Einfluss auf die Kommunalpolitik zugeschrieben“, heißt es dort (S. 157). Zwar analysiert *Köser* lediglich die Einflussmöglichkeiten der im Rat vertretenen politischen Parteien auf das Handeln der vom Bürgermeister geleiteten Verwaltung. Es liegt jedoch nahe, anhand der Ergebnisse *Kösers* auch Rückschlüsse auf die Intensität ihres Engagements im Wahlkampf um das Bürgermeisteramt - durchaus vor dem Hintergrund der jeweiligen Größe der Gemeinde - zu ziehen.

„Unter Verweis auf das für Deutschland angeblich typische Verständnis der Kommunalpolitik als ideologisch und parteipolitisch neutrale Regelung von Sachfragen betrachtet man den in der nationalen Politik überragend bedeutsamen Faktor "Parteiidentifikation" auf der lokalen Ebene als weniger einflussreich"²², so abgewogener *Oscar W. Gabriel*. Immerhin findet sich auch bei *Wehling* einmal folgende bemerkenswerte Feststellung: „Alle verfügbaren Befunde sprechen dafür, dass das Ausmaß von Parteipolitisation (...) mit der Gemeindegröße zunimmt. Mit zunehmender Gemeindegröße verringert sich der Anteil der Freien Wähler an den Gemeinderatsmandaten, gehören die Hauptverwaltungsbeamten und die Beigeordneten einer politischen Partei an – auch bei der Direktwahl des Bürgermeisters in Baden-Württemberg und Bayern –, finden allgemeinpolitische Debatten in Gemeinderäten statt, tendiert die Ratsarbeit zunehmend in Richtung Parlamentarisierung: mit entsprechendem Debattenstil, Vorentscheidungen in Fraktionen, Abstimmungen nach Mehrheit und Minderheit (...). Mit zunehmender Größe der Räte werden schließlich parlamentarische Prozesse zunehmend funktional.“ *Wehling* konstatiert ein „mit Ortsgröße zunehmendes parlamentarisches, kompetitives Selbstverständnis der Ratsmitglieder“²³.

Der Frage, inwieweit diese zunehmende Parteipolitisation sich auch im Wählerverhalten bei der Wahl der Verwaltungsspitze niederschlägt, wird in der vorliegenden Arbeit im Wege der Einzelfallstudie nachgegangen. Dabei wird angenommen, dass die Bedeutung der politischen Parteien für den Ideenwettbewerb auf kommunaler Ebene mit der Größe der Kommune zunimmt. Untersucht man das spezifische Wahlverhalten auf kommunaler Ebene und geht davon aus, dass die Arbeiten Wehlings kleinere Kommunen zum Gegenstand der Untersuchungen haben, so sind die Ergebnisse keineswegs falsch: Sie bedürfen allerdings explizit der Einschränkung, dass sich in Baden-Württemberg das Wahlverhalten bei Bürgermeisterwahlen in eher kleinen Gemeinden durch eine gewisse Parteiferne auszeichnet.

²³ *Hans-Georg Wehling*: "Parteipolitisation" von lokaler Politik und Verwaltung? Zur Rolle der Parteien in der Kommunalpolitik, in: *Hubert Heinelt/Hellmut Wollmann* (Hrsg.): Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren, Basel u.a., 1991, S. 150.

Gerade der Stuttgarter Wahlkampf des Jahres 1996 um das Amt des Oberbürgermeisters entfaltete eine eminente parteipolitische Dimension, die anhand der vorliegenden Arbeit aufgezeigt bzw. dargestellt werden soll. Es wurde bereits einleitend darauf hingewiesen, dass der parteipolitische Bezugsrahmen in diesem Fall wohl auch deshalb besonders ausgeprägt war, weil es sich um die Oberbürgermeisterwahl in einer Landeshauptstadt gehandelt hat. Verbunden mit der nun ebenfalls vorangestellten Annahme, dass die Bedeutung der am Wahlkampf beteiligten politischen Parteien mit der Größe der zu untersuchenden Gemeinde zunimmt, ist der Hinweis unabdingbar, dass es sich bei der Untersuchung zur Stuttgarter OB-Wahl um eine Einzelfallstudie handelt.

Dass *Wehling* die Erfolgsaussichten im Wahlkampf um das Amt des Stuttgarter Oberbürgermeisters im Jahr 1996 sehr wohl unter dem Gesichtspunkt dezidiert Parteiferne interpretierte, mithin also diesem Ansatz treu blieb, ohne die Größe der untersuchten Kommune als einschränkendes Kriterium gelten zu lassen, verdeutlichen seine Aussagen gegenüber der *Stuttgarter Zeitung* vom 30. Oktober 1996: „Ein Abgeordneter hat normalerweise keine Chancen“²⁴, prognostizierte *Wehling* noch zehn Tage nach dem ersten Wahlgang.

Diese Einschätzung der Wahlchancen galt offenbar den beiden Kandidaten Rainer Brechtken (1996 SPD-Landtagsabgeordneter) und Rezzo Schlauch (1996 Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen und ehemaliger Fraktionschef im Landtag von Baden-Württemberg). Der These, dass ein Bundestags- oder ein Landtagsmandat die Wahlchancen des Bürgermeisterkandidaten oder der -kandidatin eher schmälert als erhöht, sei an dieser Stelle zunächst ganz pragmatisch entgegengehalten, dass der Abgeordnetenstatus immerhin zur Steigerung des Bekanntheitsgrades beiträgt.

²⁴ *StZ* vom 30. Oktober 1996: „Dass ein Kandidat was darstellt, ist nicht das Wichtigste – Politik-Professor *Hans-Georg Wehling* über Chancen und Fehler im OB-Wahlkampf“. Dem von der CDU unterstützten Schuster warf *Wehling* vor, zu sehr auf den „Beistand der großen Brüder“ Mayer-Vorfelder und Kohl gesetzt zu haben.

Fünfeinhalb Jahre nach der Oberbürgermeisterwahl in der baden-württembergischen Landeshauptstadt, als in der südbadischen Metropole Freiburg eine echte Neuwahl des Oberbürgermeisters anstand, favorisierte *Wehling* die letztlich deutlich unterlegene Lörracher Oberbürgermeisterin Gudrun Heute-Bluhm. Auf die Frage eines Journalisten nach dem idealen Freiburger OB-Kandidaten entwarf *Wehling* damals das folgende Kandidatenprofil: „Berücksichtigt man die letzten zehn Jahre, muss man eher von einer idealen Kandidatin reden. Freiburg ist wie Heidelberg und Tübingen eine stark von der Universität geprägte Stadt mit ihren Eigenarten – und in beiden Städten haben wir inzwischen Oberbürgermeisterinnen (...). Chancen, gewählt zu werden, haben junge allein stehende Verwaltungsfachfrauen oder, in den größeren Städten besonders, Frauen, die jenseits der 40, verheiratet sind und ihre Kindererziehung schon abgeschlossen haben – wie etwa Gudrun Heute-Bluhm. (...) Es gibt eigentlich fünf Kriterien, die sich als wichtig herausgestellt haben für den Wahlerfolg bei Bürgermeisterwahlen: Das sind: 1. Verwaltungserfahrung, das heißt: Es sollte einiges dafür sprechen, dass man ein Rathaus leiten kann. 2. Man sollte von außen kommen, also kein Platzhirsch sein – und weder Freunde noch Feinde vor Ort haben. 3. Man sollte unabhängig, und – wenn schon in einer Partei – dann doch zumindest kein hoher Funktionär oder Parteisoldat sein. 4. Man sollte das richtige Alter haben, also jung genug sein, um wenigstens zwei Wahlperioden zu acht Jahren ausfüllen zu können. Und 5. ist es eben inzwischen gut, wenn man eine Frau ist.“²⁵

In einer Studie für die *Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)*, die 2002 veröffentlicht wurde, empfahl *Wehling* den nordrhein-westfälischen Christdemokraten für die mit der Änderung der Kommunalverfassung eingeführte Volkswahl der Bürgermeister und Oberbürgermeister folgendes Kandidatenprofil: „In den bisherigen SPD-regierten Städten können CDU-Kandidaten dann am ehesten Erfolg haben, wenn sie den

²⁵ *Badische Zeitung* vom 9. April 2002, *Bernhard Serger* im Gespräch mit *Hans-Georg Wehling*: Nur die Lörracher Oberbürgermeisterin Gudrun Heute-Bluhm erfüllte bei der Freiburger Oberbürgermeisterwahl alle fünf Kriterien *Wehlings*. Dieter Salomon, der im Frühjahr 2002 die OB-Wahl in Freiburg im zweiten Wahlgang mit annähernd zwei Drittel der abgegebenen Stimmen im zweiten Wahlgang gewann, war vor diesem Hintergrund für *Wehling* nur chancenloser Außenseiter. „Dieter Salomons Handicap ist, dass er als Fraktionsvorsitzender im Landtag [Anm. Hoecker: Salomon kandidierte in Freiburg als Fraktionschef der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg und als Freiburger Stadtrat] mehr als ihm lieb sein kann mit den Grünen als Partei identifiziert wird“, so *Wehling* am 9. April 2002 im Interview mit der *Badischen Zeitung*.

genannten Kriterien aus Baden-Württemberg nahe kommen: gelernte Verwaltungsfachleute von außen, die sich betont parteidistanziert präsentieren. Hier liegt für Kandidaten einer Minderheitspartei die Marktlücke!²⁶

Doch zurück nach Stuttgart zur Oberbürgermeisterwahl 1996: Insbesondere für den Teil der Untersuchung, der die Wahlkampfaktivitäten der Kandidaten sowie der sie tragenden Parteien in ihrer zeitlichen Abfolge zu dokumentieren versucht, bilden Zeitungsartikel der lokalen Presse die wichtigste Quelle. Dabei bleibt selbstverständlich unbestritten, dass jeder journalistische Berichtersteller wertende Implikationen in seine Arbeit einfließen lässt, auch wenn er die Unterstellung, er berichte oder kommentiere parteiisch, weit von sich weisen würde. Diese Feststellung mindert allerdings keineswegs den Wert des journalistischen Quellenstudiums.

1.2. Forschungsstand zum Wählerverhalten auf kommunaler Ebene

Die politische Systemlehre der Bundesrepublik Deutschland – insbesondere, sofern sie von einer primär rechtswissenschaftlichen Grundlegung ausgeht – hat im Schwerpunkt die beiden staatlichen Ebenen, die aus der bundesstaatlichen Konstruktion des Gemeinwesens resultieren, zum Gegenstand. Die Föderalismusforschung, also Untersuchungen zur bundesstaatlichen Ordnung, liegt inzwischen sehr umfassend vor, während die kommunale Politikforschung eher als Nachbardisziplin zur Verwaltungswissenschaft beheimatet zu sein scheint. Im Gegensatz zu politikwissenschaftlichen Untersuchungen über Wahlen auf Bundes- und Landesebene „haben empirische Untersuchungen über das kommunale Wahlverhalten nach wie vor Seltenheitswert“²⁷. Dieses

²⁶ Hans-Georg Wehling: Kommunalpolitik – Materialien für die Arbeit vor Ort; Nr. 4: Kommunale Direktwahl zwischen Persönlichkeitswahl und Parteientscheidung, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 9.

²⁷ Oscar W. Gabriel: Kommunales Wahlverhalten: Parteien, Themen und Kandidaten; in: Oscar W. Gabriel/Frank Brettschneider/Angelika Vetter (Hrsg.): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt, Opladen, 1997, S. 149. Mit der gleichen Feststellung auch Berthold Löffler/Walter Rogg: Kommunalpolitik und kommunales Wahlverhalten; in: Theodor Pfizer/Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Kommunalpolitik in Baden-Württemberg, Stuttgart u.a., 3. Aufl., 2000, S. 109-136 (110). Gabriel

Defizit ist umso bedeutsamer, als gerade das Parteiensystem auf kommunaler Ebene eine Reihe von Besonderheiten aufweist.²⁸ Dort lässt sich eine organisatorisch bedingte Aufspaltung des Handlungs- und Orientierungsrahmens der Parteimitglieder in zwei Politiksphären beobachten.²⁹

Wulf Schönbohm formulierte dies in einem Streitgespräch mit *Günter Verheugen*, das 1994 publiziert wurde, so: „Auf Orts- und Kreisebene konzentrieren sich die Mitglieder doch auf ihre Kommunalmandate und ihre kommunalpolitischen Spielchen und noch ein bisschen Landespolitik. Die Bundespolitik "da oben" – damit beschäftigt sich fast niemand. Das heißt, die Partei ist total zweigeteilt.“³⁰

verweist bezüglich der Forschung im Bereich kommunaler Wahl- und Wahlkampfforschung auch auf *Thomas Czarnecki*: Kommunales Wahlverhalten. Die Existenz und Bedeutsamkeit kommunaler Determinanten für das Wahlverhalten. Eine empirische Untersuchung am Beispiel Rheinland-Pfalz, München, 1992 sowie *Paul Kevenhörster*: Parallelen und Divergenzen zwischen gesamtsystemarem und kommunalem Wahlverhalten; in: *ders.* u.a. (Hrsg.): Kommunales Wahlverhalten, Bonn, 1976, S. 241-283. Vgl. auch *Karl-Heinz Nassmacher/Hiltrud Nassmacher*: Kommunalpolitik in der Bundesrepublik, Leverkusen, 1979.

²⁸ Vgl. einleitend *Ulrich Eith*: Kommunales Wahlverhalten in Ost- und Westdeutschland; in: *Oscar W. Gabriel* (Hrsg.): Politische Einstellungen und politisches Verhalten im Transformationsprozess, Opladen, 1996 oder *Hans-Georg Wehling*: Do parties matter?; Die Rolle der Parteien in der Kommunalpolitik der Bundesrepublik Deutschland; in: *ÖZP* 25 (1996), S. 307-318. *Wehling* geht von einem eher kompetitiven Demokratieverständnis der politischen Parteien auf Bundes- und Landesebene sowie einem eher kooperativen Ansatz auf kommunaler Ebene aus. Anders *Oscar W. Gabriel*: Das lokale Parteiensystem zwischen Wettbewerbs- und Konsensdemokratie. Eine empirische Analyse am Beispiel von 49 Städten in Rheinland-Pfalz; in: *Dieter Oberndörfer/Karl Schmitt*: Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, 1990. Vgl. auch *Hans-Peter Biege* u.a.: Zwischen Persönlichkeitswahl und Parteientscheidung. Kommunales Wahlverhalten im Lichte einer Oberbürgermeisterwahl, Meisenstein/Königstein/Ts. 1978.

²⁹ Vgl. *Elmar Wiesendahl*: Parteien in Perspektive – Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien, Opladen/Wiesbaden, 1998;. Siehe zur unterschiedlichen Organisationsform von Parteien auf Bundes- und auf kommunaler Ebene auch *Achim Suckow*: Lokale Parteiorganisationen – angesiedelt zwischen Bundespartei und lokaler Gesellschaft. Ein Beitrag zum Organisationsproblem politischer Parteien und zur politischen Kultur der Bundesrepublik, Oldenburg, 1989, S. 153: „Die lokalen Parteiorganisationen wirken somit wie ein Filter. Bundespolitisch orientierte Mitglieder sind in der Mandats- und Funktionärsriege der lokalen Parteien wenig zu finden. Dies verstärkt den Charakter der lokalen Parteiorganisation als Institution der Gemeinde und verringert ihre Bedeutung als Untergliederung der Gesamtpartei (...). Die Hinwendung zur Gemeinde und Lokalpolitik bedeutet fast zwangsläufig Distanz zur Bundespolitik und den Aktionen der Bundesparteien.“

³⁰ *Wulf Schönbohm/Günter Verheugen*: Lästiges Parteivolk? Diskussion zwischen *Wulf Schönbohm* und *Günter Verheugen* über die Parteien als Mitgliederorganisationen; in: *Malte Ristau/Michael Scholing/Johannes Wien*: Tanker im Nebel, Zur Organisation und Programmatik der SPD, Marburg, 1992, S. 94-103.

An dieser Stelle sei stellvertretend auf eine 1978 von *Hans-Peter Biege*, *Georg Fabritius*, *Hans-Jörg Siewert* und *Hans-Georg Wehling* vorgelegte Studie hingewiesen, die die Reutlinger Oberbürgermeisterwahl vom 30. September 1973 zum Gegenstand hat.³¹ Am Befund über die mangelhafte Quellenlage auf dem Gebiet der kommunalen Wahlforschung hat sich auch drei Jahrzehnte später nur wenig geändert. Erwähnt sei an dieser Stelle auch die 1994 von *Gerd Mielke* und *Ulrich Eith* vorgelegte Untersuchung zu den Gemeinderatskandidaten der Kommunalwahl in Freiburg, die für eine Bewertung der Rolle der politischen Parteien auf kommunaler Ebene hilfreich ist.³²

Sehr weit gediehen ist die empirische Politikforschung auf dem Gebiet der Wahlforschung. Allerdings gilt auch hier das Hauptinteresse bislang nahezu ausnahmslos dem Wahlverhalten bei Wahlen zum Deutschen Bundestag bzw. zu den Landtagen. „Die Wahlforschung wird dabei weitgehend im Auftrag von Bundes- und Landesregierungen sowie von Parteizentralen auf Bundes- und Länderebene betrieben.“³³

Daneben ist insbesondere auf die ebenfalls in den siebziger Jahren vorgelegten Arbeiten von *Grauhan*, *Naßmacher* und *Kevenhörster* hinzuweisen.³⁴ Neueren Datums seien

³¹ Vgl. *Hans-Peter Biege* u.a.: Zwischen Persönlichkeitswahl und Parteientscheidung – Kommunales Wahlverhalten im Lichte einer Oberbürgermeisterwahl, Meisenstein/Königstein/Ts., 1978 (Sozialwiss. Studien zur Stadt- und Regionalpolitik, Bd. 11).

³² Vgl. *Gerd Mielke/Ulrich Eith*: Honoratioren oder Parteisoldaten? Eine Untersuchung der Gemeinderatswahlen bei der Kommunalwahl 1989 in Freiburg, Bochum, 1994. Die Autoren konstatieren im Unterschied zum Grundtenor der Publikationen *Wehlings* am Beispiel Freiburg eine „zunehmende parteienstaatliche Strukturierung der Kommunalpolitik, die sowohl durch die Ausdifferenzierung der kommunalen Aufgabenfelder als auch durch die Machtinteressen der Parteiorganisationen gefördert wird. (...) Die von nahezu allen Befragten problemlos durchgeführte Einordnung der politisch-ideologischen Positionen auf einem Links-Rechts-Kontinuum und die Aufteilung der verschiedenen Parteien und Listen zu politischen Lagern deuten an, dass die bundesweit gängigen politischen Wahrnehmungs- und Strukturierungsinstrumente auch in der Kommunalpolitik vermehrt Anwendung finden.“ (Ebd., S. 124)

³³ Ebd. S. 7 f. Als Gegenbeispiel aber *Oskar Niedermayer/Bettina Westle* (Hrsg.): Demokratie und Partizipation, Festschrift für Max Kaase, Wiesbaden, 2000; darin insbesondere: *Jürgen W. Falter/Harald Schoen*: Wechselwähler in Deutschland: Wählerelite oder politischer Flugsand, S. 13-33, *Oscar W. Gabriel*: Aktivisten als Träger des demokratischen Credo? Zum Zusammenhang zwischen politischer Partizipation und der Unterstützung demokratischer Prinzipien im vereinigten Deutschland, S. 34-45, *Bettina Westle*: Politische Partizipation: Mobilisierung als Faktor geschlechtsspezifischer Ungleichheit, S. 136-159 und *Franz Urban Pappi*: Wahlen und öffentliche Meinung im deutschen Parteienstaat, S. 341-355.

³⁴ Vgl. *Rolf-Richard Grauhan*, Politische Verwaltung, Freiburg i. Brsg., 1970; *ders.*: Der politische Willensbildungsprozess in der Gemeinde; in: *Der Bürger im Staat* 3/1971; *ders.* (Hrsg.):

stellvertretend die Arbeiten *Wehlings* genannt.³⁵ Hilfreich für die empirische Wahlforschung auf kommunaler Ebene in Stuttgart sind die Publikationen des *Statistischen Amtes der Landeshauptstadt*.³⁶

Es ist bemerkenswert, dass *Ernst Forsthoff* in seinem renommierten "Lehrbuch des Verwaltungsrechts" noch 1973 die These vertrat, dass Gemeinden „administrative Gebilde“ seien, „die an der politischen Willensbildung nicht teilhaben“³⁷. Diese These hat *Karin Strauß* in ihrer Dissertation zur Relevanz der Parteienstaatstheorien von *Gerhard Leibholz* für die untere gebietskörperschaftliche Ebene in den Folgejahren eindrucksvoll widerlegt: „Im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung ist unzweifelhaft eine sehr starke Zunahme der Parteientätigkeit zu verzeichnen, die fast schon als eine Besetzung der kommunalen Ebene durch die Parteien zu bezeichnen ist. Noch vor 25 Jahren stellte in einem Großteil der Kommunen keine oder nur eine der überregionalen Parteien Wahllisten auf.“³⁸

Großstadtpolitik. Texte zur Analyse und Kritik lokaler Demokratie, Gütersloh, 1972; *Karl-Heinz Naßmacher*: Parteien im kommunalpolitischen Zielbildungsprozess; in: ÖZP 4/1972, S. 41-65; *ders./Wolfgang Rudzio*: Das lokale Parteiensystem auf dem Lande. Dargestellt am Beispiel der Rekrutierung von Gemeinderäten; in: *Hans-Georg Wehling* (Hrsg.): Dorfpolitik, Opladen, 1978; *Paul Kevenhörster*: Parallelen und Divergenzen zwischen gesamtsystemarem und kommunalem Wahlverhalten; in: *ders.* u.a. (Hrsg.): Kommunales Wahlverhalten, Studien zur Kommunalpolitik, Bonn, 1976, sowie *ders.* (Hrsg.): Lokale Politik unter exekutiver Führerschaft, Meisenheim/Gl., 1977.

³⁵ Vgl. hierzu FN 18.

³⁶ Vgl. zum Beispiel *Themenheft 1996/5*: Die Oberbürgermeisterwahl am 20. Oktober 1996 und die Neuwahl am 10. November 1996 in Stuttgart; ebenso *Themenheft 1996/3*: Geschichte der Oberbürgermeisterwahlen – Die Oberbürgermeisterwahlen in Stuttgart seit 1948; *Sonderheft 1992/2*: Wählerverhalten und Wählerstrukturen der Parteien in Stuttgart – Die Bedeutung demografischer und sozialer Einflussfaktoren für das Wählerverhalten und die Zusammensetzung der Wählerschaft der Parteien sowie das *Sonderheft 1990/1*: Die Oberbürgermeisterwahlen in Stuttgart seit 1948, Stuttgart, 1990.

³⁷ *Ernst Forsthoff*: Lehrbuch des Verwaltungsrechts, Band 1, München, 1973, S. 536 f. Die These, dass auf kommunaler Ebene ausschließlich Subjekte verwaltender Tätigkeit herrschen und ihren Vertretungskörperschaften jeglicher Parlamentscharakter abgesprochen wird, taucht auch noch in den neunziger Jahren vereinzelt in der juristischen Fachliteratur auf: z.B. *Alfons Gern*: Deutsches Kommunalrecht, Baden-Baden, 1997, Rdnr. 314 sowie *Kay Wächter*: Kommunalrecht, Köln u.a., 2. Aufl., 1995, Rdnr. 284. Anders ausdrücklich *Anette Buss*: Das Machtgefüge in der heutigen Kommunalverfassung, Gießen, 2000, *Gerd Lintz*: Die politischen Parteien im Bereich der kommunalen Verwaltung, Baden-Baden, 1973 sowie *Theodor Trachternach*: Parteien in der kommunalen Selbstverwaltung, Würzburg, 1976.

³⁸ *Karin Strauß*: Leibholz kommunal – Zur Übertragbarkeit der Parteienstaatstheorie des Staatsrechtlers Leibholz auf die Kommunalpolitik, Münster u.a., 1998, S. 106. Mit ähnlichem Befund auch *Carl Böhret/Rainer Frey*: Staatspolitik und Kommunalpolitik; in: *Günther Püttner* (Hrsg.): Hand-

Ein Wahlkampf um das kommunale Spitzenamt, welches sowohl politische als auch verwaltungstechnische Qualität entfaltet, weist den Parteien eine besondere Rolle zu. Diese ist mit der Rolle der Partei auf Bundes- und Landesebene nur bedingt vergleichbar, weil auf kommunaler Ebene nicht so straff organisiert ist. Dies gilt in Abstufungen je nach Größe der Gemeinde sowie entsprechend ihrer Relevanz und Nähe zur Bundes- und Landespolitik. Dass der Organisationsgrad der Parteien in Stuttgart vergleichsweise hoch ist, vermag angesichts der bislang gemachten Vorbemerkungen nicht zu überraschen.

Ein weiterer Indikator für das Gewicht der auf Bundes- und Landesebene etablierten politischen Parteien in einer untersuchten Kommune ist das Abschneiden der Freien Wählergemeinschaften (FWG) bei den Gemeinderatswahlen. Lagen sie bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg sowohl 1994 als auch 1999 im Landesdurchschnitt vor allen anderen angetretenen Parteien, so erzielten CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei den Gemeinderatswahlen in Stuttgart bessere Ergebnisse als die FWG. Daraus lässt sich folgern, dass das Vertrauen der Wähler in die Problemlösungskompetenz der etablierten Parteien mit der Kommunengröße zunimmt.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich anhand der Erkenntnisse über den konkreten Wahlakt mit folgenden Fragen, die unmittelbar miteinander zusammenhängen: Entscheidet der Wähler auf kommunaler Ebene auf der Grundlage spezifisch lokaler Entscheidungsmuster oder legt er ein mit Europa-, Bundestags- oder Landtagswahlen vergleichbares Wahlverhalten an den Tag?

buch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, Band 2, Berlin u.a., 1982, die den Parteien in den siebziger Jahren „eine Wiederentdeckung des kommunalen Bereichs“ (Ebd, S. 17) attestieren. Ebenso *Armin Klein*: Parteien und Wahlen in der Kommunalpolitik; in: *Oscar W. Gabriel* (Hrsg.): Kommunalpolitik im Wandel der Gesellschaft. Eine Einführung in Probleme der politischen Willensbildung in der Gemeinde, Königstein/Ts., 1979, S. 51. *Klein* weist auf den Anfang der siebziger Jahre beobachteten Umstand hin, dass die Parteien kommunale Wahlprogramme aufgestellt haben. Mit ähnlichem Tenor auch *Berthold Löffler/Walter Rogg*: Kommunalwahlen und kommunales Wahlverhalten; in: *Theodor Pfizer/Hans-Georg Wehling*: Kommunalpolitik in Baden-Württemberg, Stuttgart, 3. Aufl., 2000, S. 109-136 (117) „Natürlich soll nicht bestritten werden, dass das tendenziell unpolitische Politikverständnis auf kommunaler Ebene stark von der Gemeindegröße abhängt“, heißt es dort.

Hängen diese verschiedenen Entscheidungsmuster mit der Rolle oder dem Organisationsgrad von Parteien auf kommunaler Ebene zusammen? Inwieweit unterscheidet sich die Rolle der politischen Partei auf kommunaler Ebene von ihrem Zuschnitt im Bund bzw. im Land?

Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang auch der Aspekt der Persönlichkeitswahl: Die direkte Wahl des Bürgermeisters, die Volkswahl, vermittelt ihm eine unmittelbare demokratische Legitimation, die nicht vom Hauptorgan der Gemeinde, vom Gemeinderat, abgeleitet ist. Dies ist für das Gewicht und die Interpretation des Amtes von erheblicher Bedeutung. Daraus ergeben sich eine Reihe von Fragen: Welche Rolle spielt der Faktor der Persönlichkeitswahl für den Aktionsradius der beteiligten politischen Parteien im Unterschied zur Gemeinderatswahl? Wie weit geht der Grad der Personalisierung im Vorfeld der Wahl sowie im Wahlakt selbst? Wo endet der Einfluss der politischen Parteien, wo können sie die Erfolgsaussichten des Kandidaten schmälern, wie es besonders *Hans-Georg Wehling* immer wieder hervorgehoben hat?

Vor diesem Hintergrund interessieren die Ansätze einer kommunalen parteibezogenen Wahlkampfforschung, wobei mit der Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl des Jahres 1996 ein konkreter Wahlakt zum Ausgangspunkt der Untersuchung gemacht wird. Anhand der beiden notwendig gewordenen Wahlgänge – zunächst am 20. Oktober 1996 und dann, nachdem im ersten Wahlgang kein Bewerber die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erringen konnte, nochmals am 10. November – sollen Rückschlüsse auf die Rolle der in den Wahlkampf involvierten Parteien gezogen werden. Dabei geht es darum, Aktionsfelder der Parteien im Wahlkampf zu skizzieren und das Wählerverhalten zu analysieren.

2. Das Ende der Ära Rommel: rechtliche und politische Rahmenbedingungen der Wahl 1996

2.1. Der Zugang zum Amt gemäß §§ 45 f Gemeindeordnung (GO BW) und § 10 Kommunalwahlgesetz (KomWG)

§ 45 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GO BW) legt die Wahlgrundsätze für die Bürgermeisterwahl fest: Dazu gehören die Bestimmungen über die Volkswahl sowie das Erfordernis der absoluten Mehrheit der gültigen Stimmen im ersten Wahlgang (Geltung der allgemeinen Wahlgrundsätze, Mehrheitswahl). Erreicht keiner der Bewerber diese Stimmenzahl, so genügt im zweiten Wahlgang die relative Mehrheit der Stimmen. Die Grundsätze der Wählbarkeit finden sich in § 46 GO BW in Verbindung mit § 10 KomWG (Kommunalwahlgesetz). Danach muss der Bewerber Deutscher im Sinne von Art. 116 GG sein. EU-Bürger sind nur dann wählbar, wenn sie vor der Zulassung der Bewerbungen bereits in der Bundesrepublik Deutschland wohnhaft waren. Diese Neuregelung geht zurück auf den Maastrichter Vertrag zur Europäischen Union, der für alle Angehörige der EU-Mitgliedstaaten eine Unionsbürgerschaft festlegt. Voraussetzung ist zudem, dass der Bewerber am Wahltag das 25., nicht aber bereits das 65. Lebensjahr vollendet hat.

Für die Oberbürgermeisterwahlen gelten die Grundsätze der Verhältniswahl. Gelingt es im ersten Wahlgang keinem der Bewerber, mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich zu vereinen, so wird frühestens am zweiten und spätestens am vierten Sonntag nach der Wahl ein zweiter Wahlgang angesetzt. Der zweite Wahlgang hat den Rechtscharakter einer Neuwahl und nicht den einer Stichwahl: Zu einer Stichwahl kommt es beispielsweise in Bayern. Vorgesehen war sie vor Inkrafttreten der baden-württembergischen Gemeindeordnung im Jahre 1957 auch bei den OB-Wahlen 1948 und 1954 in Stuttgart.³⁹ Bei der Neuwahl reicht hingegen die einfache Mehrheit der Stimmen.

³⁹ Vgl. *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt*: Themenheft 1996/3: Geschichte der Oberbürgermeisterwahlen – Die Oberbürgermeisterwahlen in Stuttgart seit 1948, S. 9. 1948 und 1954

Die Direktwahl des (Ober-)Bürgermeisters gilt als „Kernelement“⁴⁰ der Süddeutschen Ratsverfassung. In Baden-Württemberg findet die Wahl des Stadtoberhauptes, anders als in Bayern, nicht zum Termin der Gemeinderatswahl statt, weil die Amtszeit acht Jahre beträgt (Gemeinderat: fünf Jahre). Die Amtszeiten sind also unterschiedlich lang. Ursprünglich wurde der Bürgermeister für sechs Jahre gewählt, später für zwölf Jahre und gegebenenfalls für weitere zwölf. Diese Regelung der Amtszeit wurde mit der Gesetzesnovelle vom Dezember 1975 aufgehoben. Seitdem ist die Amtszeit sowohl bei einer Erstwahl als auch bei einer unmittelbaren Wiederwahl einheitlich auf acht Jahre bemessen.

Nur in Bayern und in Baden-Württemberg war bis Ende der achtziger Jahre in den deutschen Bundesländern die Wahl des Bürgermeisters durch das Volk (unmittelbar, direkt) vorgesehen. In den neunziger Jahren wurde sie – man spricht vom „Siegeszug des Süddeutschen Modells der Gemeindeverfassung“⁴¹ – in den übrigen elf Flächenbundesländern der Bundesrepublik Deutschland eingeführt. „Die bis in die heutige Zeit nachwirkenden Kommunalverfassungssysteme fanden ihre Ausgestaltungen vor dem Hintergrund der Garantienorm der Weimarer Verfassung (Art. 127). (...) Versucht man, die Vielfalt auf Grundstrukturen zu reduzieren, so sind kennzeichnend zunächst die

gab es allerdings neben Arnulf Klett mit Josef Hirn bzw. Rudolf Kohl nur jeweils einen weiteren Bewerber. Damit war in beiden Wahlen im Vorhinein klar, dass einer der Bewerber im ersten Wahlgang die absolute Stimmenmehrheit erzielen würde.

⁴⁰ Ebd., S. 8. Ursprünglich besaßen die Bürgermeister nur in Süddeutschland durch eigenständige Aufgaben und Zuständigkeiten eine herausgehobene Rolle auch als Chefs der Kommunalverwaltung. Dem Trend zur Stärkung der kommunalen Spitze sind inzwischen alle anderen Flächenbundesländer der Bundesrepublik Deutschland gefolgt. Die Argumente, die für die Volkswahl des Bürgermeisters sprechen, fasst *Wolfgang Gisevius* in seiner 1999 vorgelegten Monografie „Der neue Bürgermeister – Vermittler zwischen Bürgern und Verwaltung“ zusammen: „Mit dieser Vereinheitlichungstendenz auf der kommunalen Ebene soll die Quadratur des politischen Kreises erreicht werden. Mehr Effizienz in der Verwaltung stärkt in wirtschaftlich und finanziell schwierigen Zeiten die Entscheidungsfähigkeit und bündelt Verantwortung "oben". Gleichzeitig wird – als demokratischer Ausgleich – der Bügereinfluss durch die Urwahl des Bürgermeisters erweitert und die Reform der Verwaltung zu mehr Bürgernähe durch einen "politischen" Bürgermeister ermöglicht. Ob dieses Vorhaben gelingt, muss sich erst noch zeigen.(...) Mehr Demokratie soll auch die Beseitigung der Zugangssperren dort mit sich bringen, wo sie bisher durch juristische und Verwaltungsprüfungen bestanden.“

⁴¹ *Hans Herbert von Arnim*: Die politische Durchsetzung der Kommunalverfassung; in: DÖV 55 (2002), Heft 14, S. 585 ff.

Unterscheidungen zwischen Ein- und Zweikörpersystemen. Ganz grob mag man sie einteilen in die preußisch bestimmten Magistratsverfassungssysteme als Zweikörpersysteme, die rheinische Bürgermeister-Verfassung als typisches Einkörpersystem sowie die süddeutschen Einkörpersysteme in Bayern, Württemberg und Thüringen. (...) Nach dem zweiten Weltkrieg knüpften die neuen Länder schnell an die in ihren Gebieten überkommenen Gemeindeordnungen an. Zum Teil wurden Vorbilder aus Kommunalverfassungen der Besatzungsmächte – namentlich des britischen local government – berücksichtigt. (...) Bis zu den (...) Kommunalverfassungsreformen der 90er Jahre wurden die Kommunalverfassungen, allgemeiner Typologisierung folgend, vier Gruppen zugeordnet: norddeutsche Ratsverfassung, süddeutsche Ratsverfassung, rheinische Bürgermeister-Verfassung und unechte Magistratsverfassung.“⁴² In den neunziger Jahren hat sich dann die süddeutsche Ratsverfassung in allen deutschen Flächenbundesländern durchgesetzt, weil sie die notwendige Effizienz der Verwaltung mit der erforderlichen demokratischen Legitimation und bürgerschaftlicher Einwirkung verbindet.⁴³

Es trifft sicher zu, dass die Volkswahl des Bürgermeisters die Macht der Parteien auf kommunaler Ebene einschränkt. Vor diesem Hintergrund muss es um so erstaunlicher anmuten, dass gerade das süddeutsche Ratsmodell sich innerhalb weniger Jahre in den einzelnen Bundesländern durchsetzen konnte. Hans Herbert von Arnim hat die Reformprozesse in den Bundesländern dargelegt und eindrucksvolle Parallelen nachgezeichnet.⁴⁴ So bereiteten z.B. in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen die jeweiligen Oppositionsparteien beflügelt von entsprechenden Umfrage-Ergebnissen Volksbegehren zur direkten Wahl der Bürgermeister vor. Die jeweiligen Regierungsfractionen, die die Brisanz des Themas angesichts der sich nähernden Landtagswahl

⁴² *Franz-Ludwig Knemeyer*: Gemeindeverfassung; in: *Hellmut Wollmann/Roland Roth* (Hrsg.): Kommunalpolitik: Politisches Handeln in den Gemeinden; Bd. 356 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, 2. Aufl., Bonn, 1998, S. 104-122 (107ff).

⁴³ Vgl. ausführlich dazu *Andreas Bovenschulte/Anette Buß*: Plebiszitäre Bürgermeisterverfassungen, *Der Umbruch im Kommunalverfassungsrecht*, Baden-Baden, 1996 und *Franz-Ludwig Knemeyer*: Der süddeutsche Verwaltungschef und der Gemeinderat; in: *Gelebte Demokratie*, Festschrift für Manfred Rommel, 1997, S. 83 ff.

⁴⁴ *Hans Herbert von Arnim*: Die politische Durchsetzung der Kommunalverfassungsreform der neunziger Jahre, in: *DÖV* 55 (2002), Heft 14, S. 585 ff.

fürchteten, setzten sich schließlich an die Spitze der Bewegung und brachten die notwendige Gesetzesänderung dann mit ihrer parlamentarischen Mehrheit im Landtag auf den Weg. Ähnlich auch der Verlauf 1993 im niedersächsischen Landtagswahlkampf: Der Vorsitzende der CDU-Opposition, Christian Wulff, griff das populäre Thema auf und der damalige Ministerpräsident Schröder setzte sich umgehend an die Spitze der Reformbewegung. Unter umgekehrten Vorzeichen rang sich der hessische Landtag schon 1991 zu der Gesetzesänderung durch: Ministerpräsident Walter Wallmann machte die Direktwahl im Wahlkampf zum Thema, die oppositionelle SPD „sprang sozusagen auf den Zug auf, und es gelang ihr so, das attraktive (...) Thema wahlkampfmäßig zu neutralisieren“⁴⁵.

Ein Vergleich zwischen Bayern und Baden-Württemberg (den beiden Prototypen der süddeutschen Ratsverfassung) offenbart im Verfahren der Bürgermeisterwahl übrigens kleine Unterschiede, die für den Einfluss der Parteien nicht ohne Bedeutung sind: So amtiert der Bürgermeister in Baden-Württemberg nach § 42 Abs. 3 der Gemeindeordnung insgesamt acht Jahre, während die Amtszeit in Bayern (Art. 36 Abs. 5 BayGO) nur sechs Jahre beträgt. Im Unterschied zu Bayern ist in Baden-Württemberg die Wahlzeit des Gemeinderats mit der Amtszeit des Bürgermeisters nicht identisch, und es gibt keine landesweit einheitlichen Termine für Bürgermeisterwahlen. Die längere Amtszeit des Bürgermeisters in Baden-Württemberg verleiht ihm eine stärkere Position im kommunalen Verfassungsgefüge; der von der Gemeinderatswahl unabhängige Termin der Bürgermeisterwahl soll sicherstellen, dass sie als eigenständige Wahl wahrgenommen und nicht unter dem Eindruck der gleichzeitig stattfindenden, parteipolitisch dominierten Gemeinderatswahl vollzogen wird. Noch etwas ist bemerkenswert: In Baden-Württemberg reichen Einzelpersonen ihre Wahlvorschläge ein (§ 10 KomWG), in Bayern obliegt diese Aufgabe den Parteien (§ 45 iVm § 24 KomWG).⁴⁶

⁴⁵ Ebd., S. 587. Vgl. ebenso *Hans-Georg Wehling* in der 2002 für die *Konrad-Adenauer-Stiftung* vorgelegten Studie: *Kommunalpolitik – Materialien für die Arbeit vor Ort*, Nr. 4: *Kommunale Direktwahl zwischen Persönlichkeitswahl und Parteientscheidung*, S. 5.

⁴⁶ Vgl. *Anette Buß*: *Das Machtgefüge in der heutigen Kommunalverfassung*, Gießen, 2000, S. 82.

Land	Wahl des Ober-/ Bürgermeisters	Amtszeit/ Jahre	Abwähl- barkeit	Vorsitz im Rat	Vorsitz in Rats- ausschüssen
Baden- Württemberg	Volkswahl	8	Nein	Ja	Ja
Bayern	Volkswahl	6	Nein	Ja	Ja
Brandenburg	Volkswahl	8 (hauptamtlich) 5 (ehrenamtlich)	Ja	Nein	Nein
Bremerhaven	Ratswahl	8	Ja	Nein	Nein
Hessen	Volkswahl	6	Ja	Nein	Nein
Mecklenburg- Vorpommern	Volkswahl	7-9 (hauptamtlich) 5 (ehrenamtlich)	Ja	Nein	Ja
Niedersachsen	Volkswahl	5	Ja	Ja	Nein
Nordrhein- Westfalen	Volkswahl	5	Ja	Ja	Ja
Rheinland- Pfalz	Volkswahl	8 (hauptamtlich) 5 (ehrenamtlich)	Ja	Ja	Ja
Saarland	Volkswahl	8	Ja	Ja	Ja
Sachsen	Volkswahl	7	Ja	Ja	Ja
Sachsen- Anhalt	Volkswahl	7	Ja	Nein	Ja
Schleswig- Holstein	Volkswahl/ Ratswahl	6-8 (hauptamtlich) 5 (ehrenamtlich)	Ja	Nein in Städten	Nein
Thüringen	Volkswahl	6 (hauptamtlich) 5 (ehrenamtlich)	Ja	Ja, wenn der Rat nicht anders entscheidet	Ja

(Tabelle nach Wolfgang Gisevius: Der neue Bürgermeister – Vermittler zwischen Bürger und Verwaltung, Bonn, 1999, S. 39)

Zu den baden-württembergischen Wahlgrundsätzen gehört außerdem, dass nach dem ersten Wahlgang – vorausgesetzt, es hat keiner der Bewerber mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erreicht – eine echte Neuwahl durchgeführt wird.⁴⁷ Dabei kann jeder der Bewerber des ersten Wahlgangs seine Bewerbung zurückziehen, neue Bewerber können auch nach dem ersten Wahlgang ihre Bewerbung einreichen.

⁴⁷ Siehe § 45 GO BW.

Unterschriftenquoten oder eine käuflich zu erwerbende Wählbarkeitsbescheinigung mussten die Bewerber der analysierten Wahl im Oktober und im November 1996 in Stuttgart noch nicht vorlegen.⁴⁸

Die Änderung der Gemeindeordnung und des Kommunalwahlgesetzes im Frühjahr 1997 durch ein vom Landtag von Baden-Württemberg beschlossenes Gesetz erschwert inzwischen die Bewerbung um ein Bürgermeisteramt in Baden-Württemberg. Nun muss für die Bewerbung inzwischen grundsätzlich eine Wählbarkeitsbescheinigung erworben werden, für die die Gemeinde eine Gebühr erheben kann. Hinzu kommen für Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern sog. Unterschriftenquoten, das heißt gestaffelt eine festgelegte Anzahl von Unterschriften, mit denen der Bewerber die Ernsthaftigkeit seiner Bewerbung dokumentiert.⁴⁹ Die Gesetzesänderung ist auf die 1996 wiederholt eskalierende Bewerberflut bei Bürgermeisterwahlen zurückzuführen.

2.2. Der Aspekt der Volkswahl des Bürgermeisters und die Bedeutung für das Binnenverhältnis zum Rat

Die starke Stellung des Bürgermeisters, die sich im Binnenverhältnis zum Rat zeigt, gründet auf seiner Wahl durch das Volk, die ihm ein großes Maß an Eigenständigkeit sichert.⁵⁰ Wehling charakterisiert die Machtfülle des Bürgermeisters folgendermaßen:

⁴⁸ Diese zusätzlichen Hürden wurden erst Monate nach den turbulenten Oberbürgermeisterwahlen in Stuttgart und Schwäbisch Hall (Dezember 1996) im parlamentarischen Verfahren auf den Weg gebracht. Damals verursachte die Bewerberflut einen enormen Verwaltungsaufwand, ohne dass die überwiegende Zahl der Bewerber ihre Kandidatur wirklich ernsthaft betrieb. Vgl. stellvertretend für eine Vielzahl im Tenor gleicher Presseveröffentlichungen: *Andreas Müller*: „Genug der Gaudi“; in: *StZ* vom 25. September 1996: „Seit jeher locken Bürgermeisterwahlen allerlei Spaßvögel und Selbstdarsteller auf die Bühne; wie beim Preisausschreiben genügt (...) schließlich eine Postkarte, um dabei zu sein“, heißt es da. „Allmählich aber nimmt der Andrang überhand. (...) Ein zweifelhafter Rekord jagt den nächsten: Bis vor kurzem lag Heilbronn mit 21 Kandidaten vorne, dann kam Konstanz mit 28, nun bietet Stuttgart sogar 38.“

⁴⁹ Vgl. dazu die *Drucksache 12/1029* des Landtages von Baden-Württemberg.

⁵⁰ Vgl. *Hans-Georg Wehling/H.-Jörg Siewert*: *Der Bürgermeister in Baden-Württemberg*, 2. Aufl., Stuttgart u.a., 1987, S. 17 ff; *Wehling/Siewert* verweisen einleitend auf eine Charakterisierung *Günter Püttners*, der die Stellung des Bürgermeisters in Baden-Württemberg als „gottähnlich“ charakterisiert hat. Ausführlich auch *Hans-Georg Wehling*: *Der Bürgermeister – Rechtsstellung*,

„Die Macht des Bürgermeisters ist in seinen Kompetenzen begründet: Vorsitz und Stimmrecht im Gemeinderat und allen seinen Ausschüssen; Leitung der Gemeindeverwaltung, die monokratisch auf ihn hingeeordnet ist; ein gewisses Maß an eigenen Zuständigkeiten, die er sowohl vom Rat übereignet bekommen hat als auch aus eigenem Recht besitzt; Repräsentant der Gemeinde nach außen wie auch Handlungsbevollmächtigter der Gemeinde gegenüber Dritten – das macht ihn präsent in allen Gemeindeangelegenheiten und in allen Phasen des kommunalpolitischen Entscheidungsprozesses: in der Phase der Entscheidungsvorbereitung, in der Ratsphase wie in der Phase der Entscheidungsausführung. Diese umfassende Präsenz begründet seinen Informationsvorsprung, der noch dadurch verstärkt werden kann, dass der Bürgermeister in Baden-Württemberg – zumindest in 90 Prozent der Gemeinden – hauptamtlich ist, also als Profi einem Gemeinderat von Feierabendpolitikern gegenübersteht (...). Doch die Macht ist nicht nur eine Folge von Kompetenzen. Auch die Art, wie die Amtsinhaber bestellt werden, vermag zusätzlich Macht zu begründen: Die Wahl durch das Volk (...) verleiht eine höhere Weihe; einem solchen Plebiszit folgt ein Hauch von Charisma. Das lässt sich weidlich nutzen, wenn es darum geht, Widerstände zu überwinden und einen eigenen Gestaltungsspielraum aufzubauen.“⁵¹

Natürlich besteht durch dieses Wahlverfahren die Möglichkeit, dass auch der Kandidat der Minderheitspartei im Rat in einer Volkswahl erfolgreich ist.⁵² Es gibt eine Fülle von

Sozialprofil, Funktionen; in: *Theodor Pfizer/Hans-Georg Wehling* (Hrsg.): *Kommunalpolitik in Baden-Württemberg*, 3. Aufl., Stuttgart u.a., 2000, S. 173.

⁵¹ So *Hans-Georg Wehling*: *Der Bürgermeister – Rechtsstellung, Sozialprofil, Funktionen*; in: *Theodor Pfizer/Hans-Georg Wehling* (Hrsg.): *Kommunalpolitik in Baden-Württemberg*, 3. Aufl., Stuttgart u.a., 2000, S. 173.

⁵² Vgl. *Rolf-Richard Grauhan*: *Politische Verwaltung*, Freiburg im Breisgau, 1970, S. 296. In der Studie heißt es: „Eine Bevölkerung, die kaum bereit wäre, der Minderheitspartei als solcher mehr Stimmen zu geben, verhilft doch nicht selten in der Persönlichkeitswahl für das OB-Amt dem Kandidaten der Minderheit zum Siege.“ Interessant ist dabei der folgende Aspekt, den *Grauhan* zu bedenken gibt: „Der OB zieht dann (...) häufig die Gruppe, die seine Kandidatur unterstützt hat, bei den Wahlen zur Gemeindevertretung nach: Das heißt, die Bürgerschaft, die sich daran gewöhnt hat, einen Vertreter der Minderheit zum OB zu haben, schenkt dieser nun auch bei den Wahlen zur Vertretungskörperschaft das Vertrauen.“ Die Beziehung zwischen dem parteipolitisch gebundenen Kandidaten der Persönlichkeitswahl und der ihn tragenden Partei zeichnet sich demnach auch dadurch aus, dass eine erfolgreiche Bürgermeisterwahl der entsprechenden Partei auch für die folgende Kommunalwahl Auftrieb geben kann.

Beispielen dafür – man denke in Baden-Württemberg nur an die Wahlen grüner Parteimitglieder zu Oberbürgermeistern in Konstanz, Mühlacker und Freiburg. Daher wäre es töricht, das Ergebnis der Bürgermeisterwahl mit Blick auf die Mehrheitsverhältnisse im Rat vorwegnehmen zu wollen.

Im Übrigen ist es keineswegs selbstverständlich, dass sich die politischen Parteien völlig reibungslos auf die Gegebenheiten der Volkswahl einstellen. Die Volkswahl des Bürgermeisters, die in Baden-Württemberg und Bayern seit Jahrzehnten gängige Praxis ist, hat sich in den anderen Bundesländern erst nach und nach durchgesetzt. Diese Veränderung blieb für das Selbstverständnis der Parteien auf kommunaler Ebene nicht ohne Folgen: Denn natürlich erleichtert es ihre Einflussnahme auf die Bestellung des Bürgermeisters ungemein, wenn dieser vom Rat und nicht direkt vom Volk gewählt wird. Die Umstellung von der indirekten auf die direkte Wahl, die in der jüngeren Vergangenheit in vielen Bundesländern vollzogen wurde, erfordert von den politischen Parteien einen Anpassungsprozess und verlangt ihnen andere Aktivitäten im Vorfeld der Wahl ab.

Beispielhaft seien an dieser Stelle die Erfahrungen mit der Änderung des kommunalen Wahlrechts in Hessen erwähnt. Ein merkwürdiges „Balance-Denken“⁵³, das in den ersten unmittelbaren Bürgermeisterwahlen um sich griff, brachte es mit sich, dass in langjährigen SPD-Hochburgen wie Kassel, Rüsselsheim, Marburg oder Hanau die mit CDU-Parteibuch ausgestatteten Kandidaten in der ersten Direktwahl die Oberhand behielten: Man mag dies auf den ersten Blick als Indiz dafür werten, dass die Direktwahl sehr wohl auf einer bewussten Distanz zu den parteipolitischen Gegebenheiten gründet. Denkbar wäre auch die Erklärung, wonach dem Wahlakt eine latente Unzufriedenheit mit dem alten kommunalen Verfassungstypus (also damit, dass die Wahl des Bürgermeisters in die Hände des Rates gelegt war) zugrunde lag. Davon konnte die stärkste Minderheitspartei des Rates in der ersten Volkswahl des Oberbürgermeisters

⁵³ *Bernd Heptner*: „Wer A sagt muss auch B sagen – Die Direktwahl bringt die hessischen Bürgermeister in eine Zwitterstellung“; in: *FAZ* vom 21. Januar 1998. Zur Entwicklung des Parteiensystems in Hessen vgl. insbesondere *Dirk Berg-Schlösser/Alexander Fack/Thomas Noetzel* (Hrsg.): *Parteien und Wahlen in Hessen 1946-1994*, Marburg, 1994.

profitieren. Unter Umständen spielten auch bundes- oder landespolitische Faktoren eine Rolle, dies wäre im Einzelfall zu überprüfen.

Das Wählerverhalten mag folgendes Beispiel illustrieren: Der Wiesbadener Oberbürgermeister Exner (SPD) verzichtete 1997 nach Einführung der Direktwahl auf eine erneute Kandidatur, da ihm die Kompetenzen des kommunalen Spitzenamtes nach Einführung der Volkswahl nicht weit genug gingen. Er fürchtete, als gewählter Oberbürgermeister unter Umständen mit einem CDU-dominierten Rat regieren zu müssen. Die Konstellation, die der Wiesbadener Oberbürgermeisters befürchtete, stellte sich wenig später unter umgekehrten Vorzeichen ein: Während SPD und Grüne bei den Wahlen zum Stadtparlament eine deutliche Mehrheit erzielten, setzte sich in der zwei Wochen später angesetzten Oberbürgermeisterwahl der Kandidat der CDU durch. Die indirekte Wahl hätte nach dem Ergebnis der Stadtratswahlen ohne Zweifel zur Bestellung eines SPD-Parteigängers geführt. Nach Änderung des Wahlrechts konnte hingegen der Kandidat der hessischen CDU die Mehrheit mit seinem Slogan "Rot-grün braucht Kontrolle" erringen.⁵⁴ Das Verfassungsverständnis, das mit diesem Wahlkampflogan von der

⁵⁴ Vgl. ebd. Diese Einschätzung der ersten Volkswahlen der Bürgermeister in Hessen teilt übrigens auch *Hans-Georg Wehling*; so *ders.*: „Do parties matter? Die Rolle der Parteien in der Kommunalpolitik“, in: *ÖZP* 25 (1996), 3, S. 311: „Die Parteizugehörigkeit wird als Auswahlkriterium so unwichtig, dass sogar Mitglieder einer solchen Partei zum Bürgermeister gewählt werden, die in der Gemeinde traditionell in der Minderheitsposition ist. Manchmal ist damit sogar eine Botschaft verbunden: gegen die Vorherrschaft einer Partei und gegen den Filz, der sich in einem Rathaus eingenistet haben mag. Nur so z.B. läßt sich erklären, dass in den hessischen Städten Frankfurt, Kassel und Rüsselsheim – in denen die SPD seit Jahrzehnten bei Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen die dominierende Partei ist – bei den inzwischen eingeführten Direktwahlen des Bürgermeisters CDU-Kandidaten bzw. -Kandidatinnen gewonnen haben.“ *Wehling* verweist an dieser Stelle auf *Gerhard Banner*: *Parteibuchkarriere in der Kommunalverwaltung; Ein Auslaufmodell*; in: *Volker J. Kreyher/Karl Böhrer* (Hrsg.): *Gesellschaft im Übergang*, Baden-Baden, 1995, S. 235-240: „Die Wähler treffen ihre Wahlentscheidung immer weniger nach ideologischen und immer mehr nach taktischen Gesichtspunkten“, stellt *Banner* fest. „Sie möchten, dass sich die politischen Kräfte kontrollieren.“ (Ebd., S. 237) Diese Beobachtung *Banners* stützt weniger die Thesen *Wehlings* von einer überparteilichen Bürgermeisterwahl. Vielmehr hat die Mehrzahl der Wähler in den angeführten Fällen – diese Argumentation *Banners* hat einiges für sich – bewusst eine Entscheidung für den Kandidaten des parteipolitischen Lagers getroffen, das im Rat in der Minderheit ist. Das heißt, im Wahlakt streben die Wählerinnen und Wähler nach einer vermeintlichen Balance zwischen Stadtoberhaupt und Rat. Das hieße im Umkehrschluss, es drückt sich eine sehr wohl im Zeichen der Parteienkonstellation stehende (mehr oder minder fragwürdige) Einstellung zu den Kräfteverhältnissen in der Kommune aus. *Wehling* schließt sich der Einschätzung *Banners* übrigens im Interview mit der *StZ* vom 12. Januar 2004 ausdrücklich an: „Es liegt mit daran, dass die Bürger eine Machtbalance wollen. Wenn eine Partei in der Stadt sehr stark ist, wird gern ein Oberbürgermeister gewählt, der der anderen Partei angehört. (...) Die Wähler haben eine gewisse Vorliebe für die Kohabitation von CDU-Ratsmehrheit und SPD-Oberbürgermeister. Dann wird keiner zu übermütig. Das hat eine lange Tradition.“ (*Thomas Breining* im Gespräch mit *Hans-Georg Wehling*: „In den Rathäusern sind die Frauen im Kommen“, in: *StZ* vom 12. Januar 2004).

CDU erfolgreich propagiert wurde, lässt sich so allerdings keineswegs aus der Gemeindeverfassung selbst herauslesen.

2.3. Die politische Partei und der Bürgermeisterkandidat: Spagat zwischen Loyalität und Abgrenzung

Das Verhältnis der Bürgermeister in Baden-Württemberg zu den politischen Parteien hat – wie bereits mehrfach betont – insbesondere Hans-Georg Wehling zum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen gemacht.⁵⁵ Grundsätzlich attestiert Wehling dem kommunalen Oberhaupt der Gemeinde „ein ausgesprochen distanzierendes Verhältnis“⁵⁶ zu den Parteien. Er führt dies im Schwerpunkt auf den Umstand der Volkswahl zurück, wobei er in der Regel die Amtsausübung, nicht die Bewerbung um das Amt und den folgenden Wahlkampf, zum Gegenstand seiner Überlegungen macht. Seine Aufmerksamkeit gilt ganz überwiegend der Interpretation des Bürgermeisteramtes, der Aspekt des Wählerverhaltens tritt in diesem Zusammenhang zurück. Die Vermutung, dass der Kontakt zwischen Kandidat und Partei gerade im Wahlkampf deutlich enger ist, als nach der erfolgreichen Wahl, ist naheliegend und nachvollziehbar. Die Partei ist in der Lage, eine für den Wahlkampf ungeheuer hilfreiche Infrastruktur bereitzustellen (persönell, materiell und ideell).

Der frühere Pforzheimer Oberbürgermeister Joachim Becker, der mit seiner Bewerbung in Stuttgart 1996 erst nach dem ersten Wahlgang in den Wahlkampf eingriff, umschreibt das Verhältnis von Kandidaten und Parteien in seiner 1988 vorgelegten Monografie "Erfolg im Wahlkampf – Ein Ratgeber für Kandidaten und ihre Helfer in Kommunal-, Landes- und Bundeswahlen" hingegen so: „Bei Wahlen auf allen Ebenen muss der Kandidat eine enge Verbindung zu seiner Partei halten. Das ist wichtig, weil der Kandi-

⁵⁵ Vgl. *Hans-Georg Wehling/H.-Jörg Siewert: Der Bürgermeister in Baden-Württemberg*, 2. Aufl., Stuttgart, 1987 oder *Theodor Pfizer/Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Kommunalpolitik in Baden-Württemberg*, 3. Aufl., Stuttgart u.a., 2000. Ebenso *Hans-Georg Wehling: Do parties matter ?*; in: *ÖZP* 25 (1996) Heft 3, S. 307-318.

⁵⁶ *Hans-Georg Wehling/H.-Jörg Siewert: Der Bürgermeister in Baden-Württemberg*, 2. Aufl., Stuttgart, 1987, S. 70.

dat gegenüber den Zielsetzungen seiner Partei in den Hintergrund tritt. Bei Bürgermeisterwahlen in Baden-Württemberg und Bayern ist das etwas anderes.”⁵⁷

Auf ein gewichtiges Argument, das nicht verschwiegen werden soll, verweist *Franz-Ludwig Knemeyer* in einer 1991 unter dem Titel "Parteien in der kommunalen Selbstverwaltung" vorgelegten Studie: Die Unterstützung durch eine politische Partei spare dem Bewerber im Wahlkampf in der Regel eine Menge Kosten: „Vorteile hat ein parteigebundener Bewerber [allerdings] im Wahlkampf“, heißt es dort. „Er kann – die zumindest in größeren Gemeinden auch notwendigen – finanziellen und personellen Unterstützungen seiner Partei nutzen.”⁵⁸

2.4. Die Stuttgarter Wahlkampfkonstellation im historischen Vergleich – OB-Wahlen im Stuttgart der Nachkriegszeit

Der Umstand, dass der amtierende Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel Ende des Jahres 1996 die Altersgrenze erreichte (68 Jahre) und somit für eine erneute Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung stand, führte zu einem Bewerberfeld von OB-Kandidatinnen und –Kandidaten, von denen keiner den sogenannten Amtsbonus ausspielen konnte. Eine vergleichbare Konstellation bei einer Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart, also eine echte Neuwahl, wie sie 1996 anstand, ergab sich in der Landeshauptstadt lediglich ein einziges Mal: 22 Jahre zuvor, als Manfred Rommel erstmals kandidierte und zum Nachfolger von Arnulf Klett gewählt wurde.

Die Wiederwahlen vom 7. März 1948 (Klett), vom 10. Januar 1954 (Klett), vom 16. und 30. Januar 1966 (Klett), vom 7. November 1982 (Rommel) und dann 4. November 1990

⁵⁷ *Joachim Becker*: Erfolg im Wahlkampf - Ein Ratgeber für Kandidaten und ihre Helfer in Kommunal-, Landes- und Bundeswahlen, München, 1988. Als die Monographie erschien, sahen lediglich die Gemeindeordnungen von Baden-Württemberg und Bayern die Volkswahl des Bürgermeisters vor.

⁵⁸ *Franz-Ludwig Knemeyer*: Parteien in der kommunalen Selbstverwaltung, bearbeitet von *Franz-Ludwig Knemeyer* und *Katrin Jandel*, Stuttgart u.a., 1991. Interessanterweise verweist *Knemeyer* in einer Fußnote auf eine Publikation von *Wehling*, in der sich zumindest das finanzielle Argument für einen parteipolitisch verankerten Bürgermeisterwahlkampf findet. Vgl. *Hans-Georg Wehling*: Die Parteien in der Kommunalpolitik, in: *BWGZ* 1989, S. 612 ff.

(Rommel) weisen eine grundsätzlich andere Konstellation auf, die sich mit dem Wahlakt 1996 nur mit erheblichen Einschränkungen vergleichen lässt. Denn kandidiert ein Amtsinhaber wieder, so greift er in der Regel nicht in gleichem Maße wie die Herausforderer auf einen ihn unterstützenden Parteiapparat zurück. Er ist vielmehr bestrebt, den Amtsbonus auszuspielen. Daraus kann sich in der Außendarstellung eine sehr viel deutlichere Abgrenzung zur eigenen Partei ergeben, versteht sich der Bürgermeister doch in der Ausübung seines Amtes als Oberhaupt aller Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde.

Zunächst seien an dieser Stelle die Stuttgarter Oberbürgermeisterwahlen der Nachkriegszeit rekapituliert.⁵⁹ Rommels Vorgänger Arnulf Klett wurde am 8. Oktober 1945 von der amerikanischen Militärregierung übernommen, nachdem die französische Besatzungsmacht seinen Vorgänger Strölin des Amtes enthoben und Klett als Stadt- oberhaupt installiert hatte.⁶⁰ Am 7. März 1948 fand die erste Stuttgarter Oberbürger- meisterwahl der Nachkriegsepoche statt. Neben Arnulf Klett bewarb sich der Stuttgarter Bürgermeister Josef Hirn, der der SPD angehörte. „Außerdem wurde Hirn auch von der Kommunistischen Partei (KP) unterstützt, die ihre Wähler aufforderte, für Hirn zu stimmen. Dagegen gab die Demokratische Volkspartei (DVP), die zweitstärkste kommunalpolitische Kraft in Stuttgart, ebenso wie die CDU, ihren Anhängern keine Wahlempfehlung.“⁶¹

⁵⁹ Vgl. hierzu *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt*: Sonderheft 1990/1: Die Oberbürgermeisterwahlen in Stuttgart seit 1948, sowie das Themenheft 1996/3: Geschichte der Oberbürgermeisterwahlen.

⁶⁰ Vgl. *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt*: Themenheft 1996/3, Geschichte der Oberbürgermeisterwahlen, S. 14. Ebenso die Chronik von *Thomas Borgmann* „1820 der erste Oberbürgermeister – 1862 die erste echte Volkswahl“; in einer Sonderbeilage der *StZ* vom 13. Dezember 1996 mit dem Titel „Manfred Rommel: Eine Ära geht zu Ende“, S. 18: „Arnulf Klett, Jahrgang 1905, wurde auf Strölins Vorschlag hin 1945 von den Franzosen zum Oberbürgermeister bestimmt und wenig später von den Amerikanern im Amt bestätigt“, schreibt *Borgmann*. „1946 wählte ihn erstmals der Gemeinderat zum Stadtoberhaupt, 1948 stellte er sich zum ersten Mal erfolgreich einer Volkswahl.“ Die erste Volkswahl des Oberbürgermeisters erfolgte demnach zu einem Zeitpunkt, als Klett schon drei Jahre im Amt war. Eine echte Neuwahl ohne die Möglichkeit, den Amtsbonus auszuspielen, war sie folglich nicht.

⁶¹ *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt*: Themenheft 1996/3: Geschichte der Oberbürgermeisterwahlen, S. 16.

Klett, der keiner Partei angehörte, erzielte 53,9 Prozent der Stimmen und war damit für weitere sechs Jahre zum Stuttgarter Stadtoberhaupt gewählt.⁶²

„Die räumliche Verteilung der Wahlergebnisse in den Stadtteilen macht deutlich, dass die Wählerpotentiale Hirns sich auf das linke Spektrum beschränkten; die Stimmenhochburgen Hirns waren weitgehend deckungsgleich mit den Hochburgen der SPD und der KP in Stuttgart: Er erreichte 51,8 Prozent der Stimmen in Feuerbach, 52 Prozent in Weilimdorf, 60 Prozent in Stammheim, 54,1 Prozent in Mühlhausen und 56,9 in Münster – also in den nördlichen Stuttgarter Stadtteilen, wo traditionell der Arbeiteranteil besonders hoch ist. Es war aus wahlanalytischer Sicht entscheidend für den Wahlausgang, dass es Hirn nicht gelang, in nennenswertem Umfang Wähler aus dem bürgerlichen Wählerlager anzusprechen, das zum damaligen Zeitpunkt bei Kommunalwahlen mit den Wähleranteilen der DVP und der CDU sowie kleineren Gruppierungen etwas größer war als das linke Lager.

Josef Hirn deutete seine Wahlniederlage folglich als politisches Votum gegen einen Wahlbewerber einer linken Partei.“⁶³ Klett erzielte im Gegenzug seine besten Ergebnisse in den bevorzugten Stuttgarter Wohngegenden, in Birkach, Hohenheim, Heumaden, am Killesberg, in Rotenberg und in Uhlbach.

⁶² Vgl. ebd. S. 50.

⁶³ Ebd., S. 18. Die Quelle zitiert eine Stellungnahme Hirns, die in der *StZ* vom 10. März 1948 abgedruckt war: „Die Stuttgarter Bürgerschaft hat nach einem mit ungleichen Mitteln geführten Wahlkampf entschieden. (...) Auf viele Wählerinnen und Wähler hat der Bürgerschreck der kommunistischen Gefahr, das Schreckgespenst der SED, von der Propaganda der Gegenseite (...) geschickt an die Wand gemalt, seine Wirkung nicht verfehlt. Sie haben mich nur deshalb nicht gewählt, weil meine Kandidatur auch von der KP unterstützt wurde. Die Kommunisten gaben mir ihre Stimme als einem vertrauenswürdigen Kommunalfachmann, obwohl ich der SPD angehöre, die zur Politik der KP in schärfster Opposition steht. Viele bürgerliche Wähler dagegen haben mich nur deshalb nicht gewählt, weil ich Sozialdemokrat bin.“ Auffällig ist das besondere Gewicht, das Hirn parteipolitischen Bindungen der Wählerinnen und Wähler in dieser Kommentierung beigemessen hat. Als Hauptgrund für seine Wahlniederlage machte er den Umstand aus, dass es ihm nicht gelungen war, im bürgerlichen Lager Stimmen zu gewinnen. Die in der sowjetisch besetzte Zone Deutschlands (SBZ) erfolgte Zwangsvereinigung der Kommunistischen Partei und der SPD zur SED, wurde laut Hirn offenbar vom Lager seines Kontrahenten Klett so wirkungsvoll instrumentalisiert, dass aufgrund der auf diese Weise geweckten Ängste eine Öffnung des eigenen Wählerlagers zur Mitte nicht möglich war.

Sechs Jahre später, am 10. Januar 1954, hatte Klett mit Rudolf Kohl ebenfalls nur einen Gegenkandidaten. Dieser war Kandidat der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Klett erreichte 80 Prozent der Stimmen, während Kohl auf 13,5 Prozent kam. Im traditionellen Stuttgarter Arbeiterviertel Münster erzielte Kohl mit 20,6 Prozent sein bestes Stadtteilergebnis, in Rotenberg (3,3 Prozent), Birkach (3,9 Prozent) und Hohenheim (4,4 Prozent) erzielte er seine niedrigsten Stimmenanteile. Die neue Amtsperiode war nach dem Gesetz zur vorläufigen Angleichung des Kommunalrechts (GAK), Vorläufer der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg, auf zwölf Jahre bemessen.

Nachdem die Wahlbeteiligung 1954 bei lediglich 40 Prozent lag, wurde gesetzlich für den ersten Wahlgang ein Stimmenquorum eingeführt: Damit war ein Bewerber im ersten Wahlgang nur dann gewählt, wenn er die absolute Stimmenmehrheit und zugleich zumindest ein Drittel der Stimmen aller Wahlberechtigten erzielen konnte. Dieses weitergehende Erfordernis wurde jedoch 1971 wieder aufgehoben, erlangte also in Stuttgart nur bei der nachfolgenden OB-Wahl 1966 praktische Bedeutung.⁶⁴

1966 bewarben sich neben Klett mit Manfred Nopper, Eugen Eberle und Erhard Schürle insgesamt vier Kandidaten. CDU und SPD verzichteten auf die Nominierung eines eigenen Kandidaten. Nopper war zwar Mitglied der FDP/DVP, bewarb sich jedoch auf eigene Initiative und nicht auf Wunsch seiner Partei. Eberle war 1947 und 1953 als Bewerber der KPD in den Gemeinderat gewählt worden, 1959 und 1965 gelang ihm als Spitzenkandidat eines parteipolitisch unabhängigen Wahlbündnisses der Wiedereinzug in das Stadtparlament. Erhard Schürle ließ keinerlei Bezug zum Parteienspektrum erkennen.

Zwar erreichte Klett am 16. Januar 1966 im ersten Wahlgang mit 54,8 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit, allerdings verfehlte er das seit der letzten Wahl zusätzlich erforderliche Drittel der Stimmen aller Wahlberechtigten. Im zweiten Wahlgang am 30.

⁶⁴ Vgl. ebd., S. 22. Das zusätzliche Stimmenquorum wurde 1971 wieder abgeschafft, weil die Notwendigkeit eines zweiten Wahlgangs nicht über Gebühr strapaziert werden sollte, zumal – wie sich 1966 zeigte – die zwischenzeitlich gültige Regelung nicht zu einer nachhaltigen Steigerung der Wahlbeteiligung führte.

Januar 1966 erzielte Klett 59,6 Prozent, während Nopper immerhin beachtliche 39,5 Prozent der Stimmen (im ersten Wahlgang waren es noch 28,6 Prozent) auf sich vereinigen konnte.

Die Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl des Jahres 1974 unterschied sich insofern vom Wahlakt des Jahres 1996, als sie unvermittelt anstand und damit ein entsprechend langer Vorlauf, wie er 22 Jahre später möglich war, entfiel. Der nahezu 30 Jahre amtierende Oberbürgermeister Arnulf Klett verstarb am 14. August des Jahres 1974, also dreieinhalb Jahre vor Ablauf der Amtsperiode. Der Gemeinderat entschied sich vor diesem Hintergrund für die Ansetzung der Wahl zum spätestmöglichen gesetzlichen Termin. Dies war der 10. November 1974.⁶⁵

14 Bewerbungen gingen ein: Die Kreisdelegiertenkonferenz der Sozialdemokraten als zuständiges Nominierungsgremium der Partei entschied sich am 2. September 1974 für den Stuttgarter Bundestagsabgeordneten Peter Conradi. Die Nominierung des Staatssekretärs im Finanzministerium des Landes Baden-Württemberg, Manfred Rommel, durch die CDU erfolgte eine Woche später. „Beide großen Parteien in der Stadt hatten am Ende politisch profilierten Bewerbern den Vorzug gegeben vor kommunalpolitisch erfahrenen und in der Stadt bekannteren Persönlichkeiten.“⁶⁶ Damit war im Wahlkampf 1974 eine erhebliche strategische Einflussnahme durch die Parteien feststellbar, die sich von ihrem Verhalten bei den vorangegangenen Wahlen unterschied: „Erstmals nominierten die im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien

⁶⁵ Vgl. hierzu insbesondere *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistischen Amt*. Sonderheft 1990/1: Die Oberbürgermeisterwahlen seit 1948, S. 28 ff. „Zwei bedeutsame Wahlrechtsänderungen wurden bei einer OB-Wahl in Stuttgart zum ersten Mal wirksam“, heißt es dort (S. 28). „Das Mindestalter für das aktive Wahlrecht wurde vom vollendeten 21. auf das vollendete 18. Lebensjahr herabgesetzt und die Wohndauervoraussetzung verkürzte sich von einem Jahr auf drei Monate.“

⁶⁶ Ebd. S. 30. Wie gut es den Kandidaten und den sie tragenden Parteien gelingen sollte, dieses gewandelte Anforderungsprofil im Wahlkampf deutlich und glaubhaft zu machen, hielt die *FAZ* für ein wahlentscheidendes Kriterium; vgl. *Theo Wurm*: „Der rote Peter dunkelt nach“; in: *FAZ* vom 6. September 1974: „Will Conradi siegen, so muss er die Stuttgarter reizen, über ihren Schatten zu springen. Denn unter dem langen Patriarchat des parteilosen Arnulf Klett hat sich ihre notorische Abneigung gegen eine partei-bezogene Kommunalpolitik noch kaum gelegt. Deshalb hängt viel davon ab, wie die SPD ihren verwandlungsfähigen Conradi präsentiert.“

sowie die Freie Wählervereinigung FWV/UBL offiziell eigene Kandidaten.“⁶⁷ Die von *Löffler* und *Rogg* mit Nachdruck vertretene These eines „eigenständigen Kommunalwahlverhaltens“, bei dem „Parteien (...) auf dem Rathaus eigentlich gar nichts verloren“⁶⁸ hätten, vermag diese Wahl also nicht zu stützen.

Dass die parteipolitische Heimat der Kandidaten im Wahlkampf des Jahres 1974 eine erhebliche Rolle spielte, verdeutlicht auch ein Blick in die von Manfred Rommel im August 1998 unter dem Titel "Trotz allem heiter" vorgelegten Memoiren: Der Umstand, dass in der Charakterisierung seiner Mitbewerber die Frage des parteipolitischen Hintergrunds explizit erwähnt wird, mag verdeutlichen, dass die Wahrnehmung des Konkurrenten auch eine Wahrnehmung des parteipolitischen Gegners implizierte:

„Mein Hauptgegner im Wahlkampf war Peter Conradi, Bundestagsabgeordneter, Architekt, früherer Beamter in der Hochbauverwaltung des Landes, gebildet, gut informiert, ausgestattet mit einem Engagement, das ihn gelegentlich über die Tatsachen hinwegtrug, empfindlich, aber hart im Austeilen. Er war ein gewandter, schlagfertiger Redner. Er kannte sich in Stuttgart gut aus und hatte jeweils gute und detaillierte Unterlagen, die ihm sachkundige Parteifreunde zusammengestellt hatten. Ein weiterer Konkurrent war der Kandidat der FDP, Kurt Gebhardt, Jurist, früher Oberbürgermeister in Waiblingen, Hauptgeschäftsführer des baden-württembergischen Städtetages, ein Mann mit Substanz und Erfahrung und eine ausgesprochen elegante Erscheinung. Ich kannte Kurt Gebhardt gut aus der gemeinsamen Tübinger Zeit, und es fiel mir ausgesprochen schwer, gegen ihn etwas zu sagen. Daneben gab es noch als Bewerber Stadtrat Beck, ein mit den Problemen der Stadt wohlvertrauter Kaufmann, den die Unabhängige Bürgerliste aufgeboden hatte. Die Deutsche Kommunistische Partei hatte

⁶⁷ *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt*: Themenheft 1996/3: Geschichte der Oberbürgermeisterwahlen, Stuttgart, 1996, S. 30.

⁶⁸ *Berthold Löffler/Walter Rogg*: Kommunalwahlen und kommunales Wahlverhalten; in: *Theodor Pfizer/Hans-Georg Wehling* (Hrsg.): Kommunalpolitik in Baden-Württemberg, 3. Aufl., Stuttgart, 2000, S. 121. Vgl. auch *Berthold Löffler/Walter Rogg*: Determinanten kommunalen Wahlverhaltens in Baden-Württemberg dargestellt am Beispiel der Stadt Ravensburg, Tübingen, 1985.

Heinz Laufer ins Rennen geschickt, früherer Olympiateilnehmer und ein angenehmer Mensch.“⁶⁹

Den ersten Wahlgang konnte der CDU-Kandidat Manfred Rommel am 10. November mit 44,2 Prozent für sich entscheiden, wenngleich er eine absolute Mehrheit der Stimmen verfehlte. Sein von der SPD favorisierter Kontrahent Peter Conradi kam über 31,2 Prozent der Stimmen nicht hinaus. Kurt Gebhardt, der mit Unterstützung der FDP kandidierte, erreichte immerhin noch 16,8 Prozent der Stimmen. In dem für den 1. Dezember 1974 festgesetzten zweiten Wahlgang, als die relative Mehrheit der Stimmen ausgereicht hätte, konnte Rommel seinen Stimmenanteil auf 58,9 Prozent steigern, während sich Conradi im Vergleich zum ersten Wahlgang lediglich um 8,3 Prozent auf insgesamt 39,5 Prozent der Stimmen verbessern konnte. Gebhardt trat zum zweiten Wahlgang nicht mehr an.

Interessant sind die Erklärungen Rommels und Conradis zum Wahlausgang. Das Ergebnis hatte zumindest in seiner Deutlichkeit Beteiligte wie Beobachter überrascht. Manfred Rommel führte seinen Wahlsieg insbesondere auf drei Faktoren zurück: den Trend zur CDU, die Popularität seines Vaters und die Anlage seines Wahlkampfes.⁷⁰ Noch bezeichnender ist die Ursachenforschung bezüglich der Niederlage des sozialdemokratischen Hoffnungsträgers Conradi, weil er sich deutlich zur parteipolitischen Dimension des OB-Wahlkampfes bekannt hatte. „Die Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl haben nicht nur Peter Conradi und die Stuttgarter Sozialdemokraten verloren. Für diese Niederlage sind Erhard Eppler und die baden-württembergischen Sozialdemokraten mit verantwortlich“⁷¹, kommentierten die *Stuttgarter Nachrichten* nach der Wahlschlappe. Noch schonungsloser äußerte sich der Kandidat Conradi selbst am 19. Dezember im sozialdemokratischen Organ *Vorwärts* zu seinem enttäuschenden Abschneiden und zu den vermuteten Hintergründen: „Argumente waren in diesem

⁶⁹ *Manfred Rommel*, Trotz allem heiter, Stuttgart, 1998, S. 227 f.

⁷⁰ Vgl. *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt*: Sonderheft 1990/1: Die Oberbürgermeisterwahlen in Stuttgart seit 1948, S. 32.

⁷¹ *Rudolf Bernhard*: „Verzweifelt“; in: *StN* vom 3. Dezember 1974.

Wahlkampf nicht gefragt, es ging nicht um Fragen und Antworten, es ging um Stimmungen und Gefühlslagen. (...) Meine demokratische Grundüberzeugung, dass Parteien und die Diskussion in ihnen offen und transparent sein müssen, auch für den Wähler, bekommt allmählich Risse.“⁷²

Was Conradi als ausschlaggebend für seine Wahlniederlage ausmachte, hätte Rainer Brechtken, 22 Jahre später in Stuttgart ebenfalls offizieller SPD-Kandidat, sehr ähnlich formulieren können: Es sei fatal gewesen, „dass beim Wähler der Eindruck entsteht, die SPD sei heillos zerstritten und handlungsunfähig“,⁷³ kommentierte der Wahlverlierer Peter Conradi 1974. Ruft man sich die Verfassung der Landes-SPD des Jahres 1996 in Erinnerung, so hätten ähnliche Klagen auch von Brechtken stammen können: Damals hatte sich der enttäuschte Spitzenkandidat und Ex-Wirtschaftsminister Dieter Spöri nach dem Debakel bei der Landtagswahl 1996 – die SPD war von 29,4 % der abgegebenen Stimmen auf nur noch 25,1 % abgerutscht – aus der Landespolitik zurückgezogen. Spöris offen zu Tage getretener Zwist mit dem Landesvorsitzenden Ulrich Maurer war längst nicht mehr von der Hand zu weisen. Nicht unbedingt harmonischer gestaltete sich zu diesem Zeitpunkt das Erscheinungsbild der Bundespartei: Schließlich hatte sich Oskar Lafontaine, 1990 noch unterlegener Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten, auf dem Mannheimer Parteitag Ende 1995 gegen den amtierenden Parteivorsitzenden Rudolf Scharping in einer Kampfabstimmung durchgesetzt. Dem öffentlichen Erscheinungsbild der Partei war die überraschende und keineswegs einvernehmliche Ablösung des SPD-Vorsitzenden Rudolf Scharping durch Oskar Lafontaine eher abträglich, machte doch das Wort vom "Putsch" die Runde.⁷⁴

⁷² Peter Conradi: "Warum ich gegen Rommel verlor"; in: *Vorwärts* vom 19. Dezember 1974.

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Vgl. die Definition des Begriffs "Putsch" in: *Reinhart Beck*: Sachwörterbuch der Politik, Stuttgart, 2. Aufl., 1986: Danach ist ein Putsch der „Aufstand einer Gruppe von Personen, etwa einer Offi-zierselique oder einer radikalen Partei, gegen die rechtmäßigen Inhaber der Staatsgewalt mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen und selbst die Regierungsgewalt zu übernehmen. (...) Im Unterschied zur Revolution (...) ist ein Putsch stets das Werk einer (...) Minderheit.“; Die Brockhaus-Enzyklopädie definiert den Putsch als „Versuch, auf nichtverfassungsgemäßem, meist gewaltsamem Weg die Macht im Staat zu er-ringen“. Die Tatsache, dass Lafontaine durch ein Mehrheitsvotum der in Mannheim versammelten Partei-tagsdelegierten verfahrensmäßig korrekt zum Parteivorsitzenden gewählt wurde, hat mit einem Putsch also nichts gemeinsam. Die gewählte Metapher verdeutlicht vielmehr, für wie

Als Beleg für einen überparteilichen, ausschließlich oder zumindest primär personenbezogenen Wahlkampf um ein kommunales Spitzenamt lässt sich die Stuttgarter OB-Wahl des Jahres 1974 also gewiss nicht anführen. Schon Mitte der siebziger Jahre war der Organisationsgrad der politischen Parteien in Großstädten offenbar so groß, dass sie maßgeblich am Wahlkampf der Kandidaten mitgewirkt haben.

Die Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl 1974 war aus Sicht der involvierten politischen Parteien auch unter einem anderem Aspekt von besonderer Bedeutung: Damals gelang es der Union erstmalig, „in einer der zehn größten bundesdeutschen Städte (...) den Oberbürgermeister zu stellen. In kommunalpolitischer Hinsicht war das OB-Wahlergebnis ein erstes Signal für eine sich anbahnende grundsätzliche Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse in der Stadt. Diese vollzog sich dann bei der Gemeinderatswahl im folgenden Frühjahr (20. April 1975), als die CDU die seit Jahrzehnten bestehende kommunalpolitische Hegemonie der SPD durchbrach.“⁷⁵

Am 7. November 1982 fand die fünfte Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart seit Kriegsende statt. Oberbürgermeister Manfred Rommel stand zur Wiederwahl, um das Amt bewarben sich außer dem Amtsinhaber zwölf weitere Kandidaten. Die Sozialdemokraten nominierten den Stuttgarter Rechtsanwalt und Landtagsabgeordneten Ulrich Maurer (Zweitmandat im Wahlkreis Stuttgart III).⁷⁶ Während Grüne und DKP ebenfalls eigene Bewerber ins Rennen schickten, verzichtete die FDP/DVP auf die Nominierung eines Parteigängers. Mit 69,8 Prozent der Stimmen konnte Manfred Rommel mehr als zwei Drittel der abgegebenen Stimmen für sich verbuchen. Der aussichtsreichste

ungewöhnlich (und anrühlich) die förmliche Abwahl eines amtierenden Parteivorsitzenden in der deutschen Parteiendemokratie gehalten wird.

⁷⁵ *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt*: Themenheft 1996/3: Geschichte der Oberbürgermeisterwahlen, Stuttgart, 1996, S. 34.

⁷⁶ Maurer war 1982 gerade 33 Jahre alt und im April 1980 erstmals in den Landtag eingezogen. Er amtierte später als Vorsitzender der SPD Baden-Württembergs und der SPD-Landtagsfraktion.

Gegenkandidat Maurer erreichte hingegen lediglich enttäuschende 24,7 Prozent, der Kandidat der Grünen erzielte einen Stimmenanteil von 3,8 Prozent.⁷⁷

Am 4. November 1990 wurde Manfred Rommel erneut wiedergewählt. Er erzielte 71,7 Prozent der Stimmen, während der von den Grünen nominierte Bewerber Rezzo Schlauch, damals Fraktionsvorsitzender im Landtag von Baden-Württemberg, 20,7 Prozent erreichen konnte. Die SPD verzichtete diesmal auf die Nominierung eines eigenen Kandidaten, nachdem Peter Conradi (1974) und Ulrich Maurer (1982) zuvor empfindliche Niederlagen gegen Rommel einstecken mussten. „Der Kandidaturverzicht der SPD bedeutete für Rezzo Schlauch eine Aufwertung, wurde er doch so zum einzigen echten Gegenkandidaten aus dem linken politischen Lager. Mit 20,7 Prozent vermochte er denn auch deutlich mehr Wählerpotentiale auf sich zu vereinigen, als dies den Grünen bei anderen politischen Wahlen in diesen Jahren gelang.“⁷⁸ Der enorme Stimmenzuwachs, den Schlauch sechs Jahre später erzielen konnte, als Rommel aus Altersgründen aus dem Amt scheiden musste, rührte gewiss auch daher, dass Schlauch bereits 1990 Ambitionen auf das Oberbürgermeisteramt geltend gemacht hatte. Die Kandidatur im Jahr der deutschen Wiedervereinigung steigerte seinen Bekanntheitsgrad in der Landeshauptstadt – dies kam ihm sechs Jahre später in seinem zweiten Stuttgarter OB-Wahlkampf zugute.

⁷⁷ „Der Wahlerfolg Rommels vollzog sich ohne nennenswerte räumliche Unterschiede innerhalb des Stadtgebietes. In sämtlichen Stadtteilen Stuttgarts war er klar und deutlich als bester Bewerber aus der Wahl hervorgegangen. Rommel erreichte selbst in SPD-Hochburgen wie den Stadtteilen Steinhaldenfeld, Fasanenhof, Freiberg, Neuwirtshaus, Hausen, Mönchsfeld, Münster und Luginsland ohne Schwierigkeiten die absolute Stimmenmehrheit, zum Teil sogar Wähleranteile jenseits der 60-Prozent-Marke.(...) Diese Resultate waren der eindrucksvolle Beleg für die ausgesprochen breite Verankerung von Manfred Rommel in allen Wählerschichten.“ (so *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt*: Themenheft 1996/3: Geschichte der Oberbürgermeisterwahlen, Stuttgart 1996, S. 38).

⁷⁸ Ebd., S. 44.

2.5 Das Kräfteverhältnis der politischen Parteien in der baden-württembergischen Landeshauptstadt

Wahlen in Stuttgart/ Ergebnis in Prozent	CDU	SPD	Grüne	FDP	Rep	FW
Landtagswahl 1992	32,4	31,1	12,5	8,1	11,9	--
Gemeinderatswahl 1994	31,4	26,2	17,3	7,5	7,2	6,8
Bundestagswahl 1994	36,4	30,9	13,1	12,5	3,4	--
Landtagswahl 1996	33,6	26,3	16,3	11,9	9,3	--

In den vier Kalenderjahren bis zur Oberbürgermeisterwahl im Herbst 1996 fanden die oben genannten Wahlen statt, die Rückschlüsse auf das Wählerverhalten der Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger erlauben sollen: Es zeigt sich, dass die CDU im untersuchten Zeitraum stets das beste Resultat aller an den Wahlen teilnehmenden Parteien erzielen konnte. Sie blieb in Stuttgart aber jeweils deutlich unter der 40-Prozentmarke – also deutlich hinter den Ergebnissen, die sie 1992 und 1996 landesweit bzw. 1994 bundesweit erzielen konnte. Nur bei der Bundestagswahl 1994 kam die CDU in Stuttgart über 35 Prozent der in der Landeshauptstadt abgegebenen Stimmen, bei den beiden Landtagswahlen und bei der Gemeinderatswahl 1994 blieb sie jeweils darunter.

Auffällig ist dabei, dass das vergleichsweise gute Stuttgarter Ergebnis bei der Bundestagswahl 1994 mit einem im Vergleich zu den anderen drei Wahlen deutlich schlechteren Ergebnis der Republikaner einhergeht. Diese zogen 1992 bei der Landtagswahl mit einem fulminanten Wahlergebnis in den Landtag von Baden-Württemberg ein und erreichten in der Landeshauptstadt eine zweistellige Prozentzahl. Zwar konnten sie dieses Ergebnis bei der Kommunalwahl 1994 und bei der Landtagswahl 1996 in Stuttgart nicht mehr erreichen, doch sie landeten jeweils komfortabel über der 5-Prozent-Marke. Bei der Bundestagswahl 1994 stürzten sie hingegen in Stuttgart auf 3,4 Prozent ab, was ein Indiz dafür ist, dass die guten Ergebnisse der Republikaner in den 90er Jahren auf Baden-Württemberg und auf die Landespolitik beschränkt

blieben. Das ist auch ein Beispiel dafür, wie das Wählerverhalten bei Bundestags- und bei Landtagswahlen, personell oder inhaltlich motiviert, divergieren kann.

Die Sozialdemokraten kamen im beobachteten Zeitraum in Stuttgart zweimal knapp über die 30-Prozent-Marke, während sie sich bei der Gemeinderatswahl 1994 und bei der Landtagswahl 1996 mit gut 26 Prozent der abgegebenen Stimmen zufrieden geben mussten. Sie kamen bei der Landtagswahl 1992 bis auf 1,3 Prozent der Stimmen an die Christdemokraten heran, bei den folgenden Wahlen stagnierte der Abstand zur Union bei ungefähr fünf Prozentpunkten.

Richtet man das Augenmerk auf die Resultate von FDP und von Bündnis 90/Die Grünen, so fällt auf, dass die beiden Parteien die Landeshauptstadt innerhalb Baden-Württembergs zu ihren Hochburgen zählen können: Die Grünen erzielten Ergebnisse zwischen 12,5 und 17,3 Prozent der abgegebenen Stimmen, so dass man sie in Stuttgart seit den 90er Jahren als Mittelpartei einstufen kann. Die Resultate der Liberalen lagen einige Prozentpunkte darunter: Bei den beiden Landtagswahlen betrug der Abstand jeweils 4,4 Prozentpunkte, bei der Gemeinderatswahl 1994 zogen die Grünen der FDP um fast 10 Prozentpunkte davon⁷⁹, während der Abstand bei der Bundestagswahl 1994 auf 0,6 Prozent zusammenschrumpfte.

Auffällig ist noch etwas anderes: Rechnet man die Stimmen von CDU und FDP bzw. von SPD und Bündnis 90/Die Grünen jeweils zusammen, so ergibt sich kein einheitliches Mehrheitsbild zugunsten von einem der beiden Lager: Bei der Landtagswahl 1992 lagen SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit 43,6 Prozent der Stimmen vor der CDU und der FDP mit zusammen 40,5 Prozent, bei der Gemeinderatswahl betrug ihr Vorsprung 4,6 Prozentpunkte auf die Union und die Liberalen. Bedenkt man allerdings, dass die

⁷⁹ Allerdings muss man bedenken, dass nur bei den Gemeinderatswahlen 1994 – im Unterschied zu den beiden Landtagswahlen und zur Bundestagswahl 1994 – die Freien Wähler als weitere Konkurrenz zur Wahl antraten. *Thomas Schwarz* hat in einer Analyse zur Gemeinderatswahl 1994 nachgewiesen, dass die Freien Wähler 14 Prozent ihrer Panaschierstimmen von FDP-Wählern bekommen haben (gegenüber 49 Prozent von CDU- und 20 Prozent von SPD-Wählern), die Grünen waren kaum betroffen. Das ist ein überproportional hoher Anteil. Vgl. dazu: *Thomas Schwarz*: Die Gemeinderats- und die Bundestagswahl 1994 im Spiegel der amtlichen Statistik; in: *Oscar W. Gabriel/Frank Brettschneider/Angelika Vetter* (Hrsg.): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt, Opladen, 1997, S. 104.

6,8 Prozent, die die Freien Wähler bei der Gemeinderatswahl erzielen konnten, eher dem bürgerlichen Lager als Rot-Grün zuzurechnen sind, so neigt sich das Pendel vielleicht doch eher zugunsten des bürgerlichen Blocks. Bei den Bundestagswahlen 1994 und den Landtagswahlen 1996 lagen CDU und FDP vor SPD und Bündnis 90/Die Grünen: Der Abstand betrug 4,9 bzw. 2,9 Prozentpunkte.

Zum Wahlverhalten potenzieller CDU-Wähler lässt sich folgendes sagen: Eine Studie des *Statistischen Amtes der Landeshauptstadt Stuttgart* aus dem Jahr 1992 ergab, dass „sich das traditionelle Bild bestätigt, dass die Partei ihre besondere Stärke bei älteren Wählern hat“⁸⁰. Ab dem Alter von 35 Jahren sei ein kontinuierliches Ansteigen der Wähleranteile festzustellen, das unter den Rentnern sogar in eine „absolute Mehrheitsposition“⁸¹ münde. Gute Ergebnisse verzeichnet die Union außerdem bei den Jungwählern. Eine Untersuchung zum kommunalen Wahlverhalten 1994 in Stuttgart liefert folgende Erkenntnisse: „Bei den CDU-Wählern steht die Programmorientierung im Vordergrund, jedoch entfällt ein beträchtlicher Teil der Nennungen auf die Kandidaten, einzelne Themen und die generelle Parteibindung (Tradition). SPD-Wähler nennen an erster Stelle Einzelthemen, weisen aber auch dem Programm und den Kandidaten eine wichtige Rolle für ihren Wahlentscheid zu.“⁸²

Die SPD erzielte ihre größte Wählerresonanz nach der zitierten Umfrage des *Statistischen Amtes der Landeshauptstadt* bei der Gruppe der 25- bis 40jährigen. 1994 mussten die Sozialdemokraten bei der Bundestagswahl in Stuttgart Stimmeneinbußen

⁸⁰ *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt*: Sonderheft 1992/2: Wählerverhalten und Wählerstrukturen der Parteien in Stuttgart, S. 14. Die Analyse stützt sich auf Daten einer schriftlichen Erhebung, die unter 20.000 nach einem reinen Zufallsverfahren ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern zwischen dem 10. Januar und dem 8. Februar 1991 durchgeführt wurde. Die Befragung stand unter dem Eindruck zweier spektakulärer politischer Ereignisse, die an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben sollen, weil sie erheblichen Einfluss auf das Meinungsbild der Befragten genommen haben können: Am 13. Januar 1991 trat der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth aufgrund der sogenannten "Traumschiff-Affäre" zurück, am 17. Januar 1991 begann der Golf-Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak mit der Ziel der Befreiung des besetzten Emirats Kuwait.

⁸¹ Ebd.

⁸² *Oscar W. Gabriel*: Kommunales Wahlverhalten: Parteien, Themen und Kandidaten; in: *ders./Frank Brettschneider/Angelika Vetter* (Hrsg.): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt, S. 147-168 (161 f).

hinnehmen, obwohl sie im Trend auf Bundes- und auf Landesebene zulegen konnten. Die Verluste zogen sich, so die soziostrukturelle Analyse, durch alle Sozialräume hindurch. Die Schwerpunkte lagen jedoch in den Sozialbereichen, in denen die SPD von vornherein überrepräsentiert war, nämlich in den Wohngebieten der Arbeiter und der einfachen Angestellten.⁸³

Das Ergebnis von Bündnis 90/Die Grünen bei den Wahlen 1994 spiegelt exakt das Gegenteil wider. Die Partei, die ihre Hochburgen in Stuttgart in den Wohngebieten oberer Sozialgruppen und Selbstständiger (Sillenbuch, Sonnenberg, Degerloch, Plieningen, Schönberg) sowie in den Innenstadtteilen mit einem hohen Anteil jüngerer Menschen hat, legte bei der Kommunalwahl und bei der Bundestagswahl gerade dort zu. Die Hochburgen der FDP – die gehobenen Stuttgarter Wohngebiete – stimmen mit denen der Grünen in Teilen überein. (In den Innenstadtbezirken schneiden die Liberalen allerdings im Unterschied zu den Grünen nicht regelmäßig überdurchschnittlich gut ab.) Deshalb überrascht es nicht, dass ihre Verluste bei den Wahlen 1994 von den Grünen direkt in Stimmengewinne umgemünzt werden konnten.⁸⁴ Grüne und FDP sind also offenbar zu diesem Zeitpunkt in Stuttgart in ähnlichen Wählermilieus zu Hause.

Die Repräsentativumfrage des *Statistischen Amtes der Landeshauptstadt* unter den Wahlberechtigten der Stuttgarter Bevölkerung vom 10. Januar bis 8. Februar 1991, die Aufschluss über die unterschiedlichen sozialen Wählermilieus der Parteien geben soll, ergab bzgl. der Wählermilieus bzw. der soziostrukturellen Hochburgen folgendes Bild:⁸⁵ Unter den Arbeitern, die damals 15 Prozent der Erwerbstätigen in Stuttgart ausmachten, erzielte die CDU einen prognostizierten Stimmenanteil von 39 Prozent, die SPD von 38 Prozent, die FDP von 12 Prozent und die Grünen von 7 Prozent. Unter den

⁸³ Vgl. Ebd. *Thomas Schwarz*: Die Gemeinderats- und die Bundestagswahl 1994 im Spiegel der amtlichen Statistik, S. 95-118 (99).

⁸⁴ Vgl. ebd., S. 102.

⁸⁵ Vgl. *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt*: Sonderheft 1992/2: Wählerverhalten und Wählerstrukturen der Parteien in Baden-Württemberg, Stuttgart, 1992, S. 18 ff.

Angestellten, die 56 Prozent der Erwerbstätigen ausmachten, lag die CDU mit 37 Prozent ebenfalls vor der SPD mit 31 Prozent, der FDP mit 19 Prozent und den Grünen mit neun Prozent. Unter den Beamten (Anteil an allen Erwerbstätigen von 13 Prozent) kam die CDU auf lediglich 33 Prozent – hinter der SPD mit 38 Prozent und vor der FDP mit 14 und den Grünen mit 10 Prozent. Bei den Selbstständigen (Anteil an allen Erwerbstätigen von 16 Prozent) erreichte die CDU einen Wert von 44 Prozent, die SPD von lediglich 15 Prozent, die FDP von 31 Prozent und die Grünen von 7 Prozent.

44 Prozent der Befragten gaben an, nicht erwerbstätig zu sein. Die Hausfrauen, die unter den Nicht-Erwerbstätigen mit 26 Prozent ca. ein Viertel ausmachen, favorisierten dabei ebenfalls mit deutlichem Vorsprung die CDU: Die Union kam auf 45 Prozent, zur SPD bekannten sich 25 Prozent, zur FDP 19 und zu den Grünen ein Prozent der befragten Hausfrauen. Unter den Studenten – sie machen 19 Prozent aller Nicht-Erwerbstätigen aus – kamen die Grünen auf 21 Prozent hinter der SPD mit 32 und der CDU mit 25 Prozent aber vor der FDP mit 18 Prozent.

3. Die Aktivitäten der Kandidaten und Parteien bis zur Oberbürgermeisterwahl am 20. Oktober 1996

Die vorliegende Arbeit hat das Wählerverhalten zum Gegenstand und konzentriert sich im Wesentlichen auf die Wahlkampfaktivitäten sowie die Analyse der Wahlergebnisse der aussichtsreichsten Bewerber. Angesichts einer Flut von knapp 40 Bewerbungen entstände eine diffuses, wenig aussagekräftiges Bild, wollte man den Anstrengungen aller Bewerber die gleiche Aufmerksamkeit widmen. Zwar zeichneten sich die sogenannten Juxkandidaten gerade durch ihre Distanz zu den politischen Parteien aus. Aber die Motive für die einzelnen Bewerbungen lassen sich schwerlich in jedem Einzelfall in einen parteipolitischen Hintergrund einordnen. Vielen ging es einfach darum, als Bewerber Aufmerksamkeit zu erregen bzw. der OB-Wahl eine humoristische Note zu verleihen. Sie führten folglich keinen Wahlkampf, sie präsentierten keine politischen Konzepte und sie rechneten offenbar auch nicht damit, zum neuen Oberbürgermeister der Landeshauptstadt gewählt zu werden.

Die Analyse des Wahlverhaltens zeigt dann noch etwas anderes: Kandidaten, die von einer im (lokalen) Parteiensystem etablierten Partei Unterstützung erfuhren – das erste und sehr deutliche Indiz hierfür ist die Nominierung eines "eigenen" Kandidaten durch die Partei – konnten erheblich mehr Stimmen auf sich vereinigen als ihre Konkurrenten.⁸⁶

⁸⁶ Eine besondere Rolle spielt – dies sei an dieser Stelle vorausgeschickt – unter dem Gesichtspunkt der Parteinähe bzw. der Parteiferne die Kandidatur des Pforzheimer Oberbürgermeisters Joachim Becker. Dieser Kandidat meldete seine Bewerbung allerdings erst zum zweiten Wahlgang, also nach dem 20. Oktober 1996, an. Seine Bewerbung um das Amt des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt steht unmittelbar in einem parteipolitischen Zusammenhang: Becker war kein von einer Partei nominierter oder unterstützter Kandidat, er war schon gar nicht der Kandidat der SPD, der er angehörte. Doch auch Beckers Bewerbung muss vor einem parteipolitischen Hintergrund gesehen und bewertet werden, wenngleich im Sinne eines prominenten SPD-Mitglieds, das sich in Konkurrenz zum offiziellen SPD-Bewerber und trotz schärfster Missbilligung durch die eigene Partei um das Amt des Stuttgarter Oberbürgermeisters bewarb. Er wollte mit seiner Kandidatur freilich nicht nur eine Alternative zur SPD anbieten, er interpretierte und inszenierte sie vielmehr auch als Protest gegen die etablierte Parteiendemokratie.

Für die Wahl am 20. Oktober 1996 bewarben sich mit Unterstützung der im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien die Kandidaten Rainer Brechtken (SPD), Dieter Lieberwirth (Republikaner), Rezzo Schlauch (Grüne), Wolfgang Schuster (CDU) sowie Corinna Werwigk-Hertneck (FDP).

3.1. Der parteipolitische Hintergrund der Kandidaten

3.1.1. Rezzo Schlauch

Im Unterschied zu CDU, SPD, FDP und Republikanern legten sich die Stuttgarter Grünen ausgesprochen früh auf ihren Kandidaten fest: Rezzo Schlauch, der, obwohl zum Zeitpunkt der Oberbürgermeisterwahl 1996 nur einfacher Bundestagsabgeordneter einer Oppositionsfraktion, in Stuttgart als exponierter Vertreter seiner Partei bekannt war. Bis 1992 hatte er als Fraktionssprecher der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg für Aufsehen gesorgt.⁸⁷ Außerdem war Schlauch in der Landeshauptstadt bereits durch seine erste Kandidatur um das Oberbürgermeisteramt knapp sieben Jahre zuvor in Erscheinung getreten: „Für Minderwertigkeitskomplexe sieht der 48jährige keinen Anlass, seit er 1990 bundesweit beachtete 20,7 Prozent der Stimmen im Duell mit dem unschlagbaren Lokalmatador Rommel schaffte“, beschrieb *Die Woche* im Juli 1996 den grünen Kandidaten.⁸⁸

Die Entscheidung der Grünen auch 1996 für Rezzo Schlauch war keine Überraschung. 16,3 Prozent der Stimmen konnte die Ökopartei bei der Landtagswahl am 24. März 1996 in den vier Stuttgarter Wahlkreisen im Durchschnitt erreichen, was gegenüber der letzten Landtagswahl aus dem Jahr 1992 einen Zugewinn von 3,8 Prozent bedeutete.

⁸⁷ Nach der Bundestagswahl 1998 wurde Rezzo Schlauch von der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen zu einem ihrer beiden Vorsitzenden gewählt, nachdem die Grünen gemeinsam mit der SPD die erste rot-grüne Bundesregierung gebildet hatten. Als SPD und Bündnis 90/Die Grünen vier Jahre später ihre Mehrheit im Bund knapp verteidigen konnten, wechselte Schlauch von der Fraktions-spitze als Staatssekretär ins Bundeswirtschaftsministerium.

⁸⁸ *Jürgen Schreiber*: „Liebling Killesberg – Der Grüne Rezzo Schlauch will die Landeshauptstadt Stuttgart als Oberbürgermeister erobern“; in: *Die Woche* vom 19. Juli 1996.

Die Grünen erreichten damit annähernd das Ergebnis der Stuttgarter Gemeinderatswahl aus dem Jahr 1994, als sie 17,3 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnten.⁸⁹ Zusätzlichen Auftrieb erhielten die Ambitionen der Grünen und ihres Kandidaten Schlauch durch das Ergebnis der Oberbürgermeisterwahl in Konstanz vom Juli 1996. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik hatten die Wählerinnen und Wähler in der Stadt am Bodensee einen Kandidaten der Grünen zum Oberbürgermeister gewählt.⁹⁰ Was zum Wahlsieg des grünen Kandidaten in Konstanz beigetragen hatte, könnte ähnlich auch in der Landeshauptstadt den Ausschlag geben, so die Überlegung:

Die Grünen „verfügen gerade in Baden-Württemberg und hier wiederum vorzugsweise in den Universitätsstädten und Dienstleistungsmetropolen mit ihren hohen Anteilen jüngerer Bildungsbürger über ein beachtliches Potenzial verlässlicher Stammwähler sowie – und hier bestehen enge Wechselbeziehungen – über gefestigte Organisations- und Vorfeldstrukturen“⁹¹.

Der Parteienforscher *Joachim Raschke* vertrat noch 2001 die These, „der sozial-ökologische Gesellschaftsvertrag“ sei das „einzige ausgearbeitete Konzept mit übergreifender Idee, Werteverknüpfung, Projektzuordnung und abgrenzbaren Zielgruppen, das die Grünen hervorgebracht haben. Darin zusammengebunden sind die beiden Zentralwerte der Ökologie und der sozialen Gerechtigkeit, ebenso die Interessen der eigenen, sozial privilegierten Anhängerschaft mit denen des unteren Drittels der

⁸⁹ Vgl. hierzu *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt*: Themenheft 1996/2: Die Landtagswahl am 24. März 1996 in Stuttgart.

⁹⁰ Vgl. etwa *Peter Henkel*: „Griff der Grünen nach der Macht in den Rathäusern“; in: *FR* vom 9. Juli 1996. In Konstanz erreichte der von den Grünen unterstützte Kandidat Horst Frank, ein ortsansässiger Rechtsanwalt, einige Monate vor der Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl im zweiten Wahlgang 36 Prozent und ließ damit die übrigen Kandidaten hinter sich.

⁹¹ *Thomas Schwarz*: Die Gemeinderats- und die Bundestagswahl 1994 im Spiegel der amtlichen Statistik; in: *Oscar W. Gabriel u.a. (Hrsg.): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt*, Opladen, 1997, S. 100. Bündnis 90/Die Grünen erzielten in den 90er Jahren in Stuttgart konstant Ergebnisse mit zweistelligen Prozentzahlen (Landtagswahl 1992: 12,5 Prozent, Europawahl 1994: 17,5 Prozent, Wahl zum Regionalversammlung 1994: 18,2 Prozent, Gemeinderatswahl 1994: 17,3 Prozent, Bundestagswahl 1994: 13,1 Prozent, Landtagswahl 1996, 16,3 Prozent). Damit sprach viel für die Annahme, „dass die Grünen zwischenzeitlich sogar als Mittelpartei (10 bis 20 Prozent Wähleranteile) einzustufen sind“, wie es *Thomas Schwarz* in der hier zitierten Quelle formuliert (S. 101).

Gesellschaft.⁹² Dass damit in einer Großstadt ein größeres Wählerpotenzial zu erschließen ist als in ländlichen Regionen, liegt nahe. Im Wahlprogramm, das Bündnis 90/Die Grünen 1994 vor der Bundestagswahl vorgelegt haben, findet sich folgende Formulierung:

„Wir sind entschieden dagegen, die finanziellen Lasten von Rezession und deutscher Vereinigung auf die sozial Benachteiligten des unteren Drittels der Gesellschaft abzuwälzen. Die materiellen Voraussetzungen für eine sozial gerechte Alternative sind gegeben. Es gibt insbesondere im Westen beim oberen Drittel und Teilen der Mittelschicht hohe Einkommen und Vermögen. Trotz Rezession nehmen die privaten Geldvermögen beim oberen Drittel der westdeutschen Gesellschaft beträchtlich zu. Wir wollen die soziale Schieflage in der Finanz- und Verteilungspolitik überwinden. Deshalb streben wir einen gerechten Lastenausgleich an. Wer mehr hat, wird mehr schultern müssen. Solidarität statt Ellbogen: Das ist unser Grundsatz! Wir streben ein gesellschaftliches Reformbündnis zwischen den ökologisch sensibilisierten Besserverdienenden und den sozial Benachteiligten dieser Gesellschaft an, damit unsere Lebensgrundlagen erhalten und gleichzeitig zukunftssichere Arbeitsplätze geschaffen werden können. Nur dieser neue Gesellschaftsvertrag kann breite Bevölkerungsgruppen motivieren, den notwendigen Aufbruch zu wagen. Wir setzen uns auch deshalb für soziale Sicherheit und Ausgleich ein, damit die sozial Benachteiligten den erforderlichen ökologischen Umbau mittragen können.“

Vor diesem programmatischen Hintergrund ging von der Kandidatur Rezzo Schlauchs folgendes Signal aus: Schlauch wurde dem sogenannten "Realo-Lager" der Bündnisgrünen zugerechnet, seine Kandidatur empfanden die Wahlkampfstrategen durchaus auch als Angebot an bürgerliche Wählerschichten in der Landeshauptstadt. „Grün-schwarzes Techtelmechtel hat in Baden-Württemberg Tradition, nicht zuletzt dank Rezzo Schlauch selber, der schon Mitte der 80er Jahre als frischgebackener Landtagsabgeordneter Partei und Medien mit seinen Visionen von einem grünen Bündnis mit wertkonservativen Kräften aus einer reformbereiten CDU irritierte und nie wirklich von dieser Vorliebe

⁹² Joachim Raschke: Die Zukunft der Grünen, Frankfurt am Main, 2001, S. 80.

gelassen hat”⁹³, so kommentierte die *Frankfurter Rundschau* die Bewerbung Rezzo Schlauchs.

3.1.2. Wolfgang Schuster

Für die Stuttgarter CDU bot das Ergebnis der Landtagswahl ebenfalls eine vergleichsweise günstige Ausgangsposition. Die Union hatte bei der Landtagswahl am 24. März 1996 in der Landeshauptstadt 33,6 Prozent der Stimmen erreicht und lag damit um 1,2 Prozent über dem Resultat der Landtagswahl des Jahres 1992. Außerdem konnte sie alle vier Stuttgarter Landtagswahlkreise für sich entscheiden (1992 waren es noch drei von vier Wahlkreisen in der Landeshauptstadt, die die CDU direkt gewinnen konnte. Der Landtagswahlkreis "Stuttgart-Ost" ging damals noch an die SPD). Die Grundstimmung, nach der der Kandidat der Union aufgrund der parteipolitischen Machtverhältnisse in Stuttgart die Favoritenrolle für sich reklamieren konnte, musste die Findungskommission der Partei mit einem aussichtsreichen Personalvorschlag ausfüllen. Für die starke Stellung der Union in der Landeshauptstadt sprach auch die Tatsache, dass sie bei den vorangegangenen Wahlen eine sehr starke Ausgewogenheit der Stimmenanteile in allen Gebietstypen erzielen konnte. Dies ließ „auf eine breite sozialstrukturelle Verankerung der Partei in der Wahlbevölkerung schließen“⁹⁴.

⁹³ *Peter Henkel*: „Griff der Grünen nach der Macht in den Rathäusern“; in: *FR* vom 9. Juli 1996.

⁹⁴ *Thomas Schwarz*: Die Gemeinderats- und die Bundestagswahl 1994 im Spiegel der amtlichen Statistik; in: *Oscar. W. Gabriel* u.a. (Hrsg.): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt, Opladen, 1997, S. 98. Die Homogenität der von der CDU in der Landeshauptstadt erzielten Stimmenergebnisse erklärt *Schwarz* wie folgt: „Die in der Wahlforschung vielfach belegte Formel, nach der mit zunehmendem Katholikenanteil die CDU-Präferenzen steigen und die der anderen Parteien sinken, wird in Stuttgart durch die Tatsache überlagert, dass die Katholikengebiete Wohnstandorte einfacherer Sozialgruppen (vornehmlich von Arbeitern) sind, während in den Gebieten mit gehobenem Sozialniveau die protestantische Konfession dominiert.“ (Ebd., S. 97) Daraus ergibt sich eine sehr ausgeglichene Verankerung der Partei in allen in der Landeshauptstadt vertretenen sozialen Schichten. *Schwarz* stellt deshalb fest, dass die CDU zumindest in Stuttgart „der Vorstellung von einer Volkspartei am nächsten“ (Ebd., S. 106) komme. Ihre Bedeutung für den Wahlkampf und die Erfolgsaussichten des von der CDU unterstützten Bewerbers um das Amt des Oberbürgermeisters sind vor diesem Hintergrund – und dies gewissermaßen a priori, also vor der Festlegung auf den Kandidaten – vergleichsweise groß.

Der Kandidat, auf den sich die Findungskommission (CDU-Landesvorsitzender und Ministerpräsident Teufel, CDU-Kreisvorsitzender und Finanzminister Mayer-Vorfelder, der noch amtierende Oberbürgermeister Manfred Rommel, CDU-Landtagsfraktionschef Günther H. Oettinger sowie der damalige Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Christoph Palmer (der designierte Nachfolger Mayer-Vorfelders im Amt des CDU-Kreischefs)) Anfang Juli 1996 einigte, war Wolfgang Schuster, der Kulturbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart.

Lange wurde in der Stuttgarter CDU über die Nominierung anderer Kandidaten spekuliert, weil auch parteiintern nicht wenige Wolfgang Schuster für die Ausübung des Amtes, insbesondere aber für den bevorstehenden Wahlkampf, die notwendige persönliche Ausstrahlung und die Integrationskraft absprachen.⁹⁵ Den Ausschlag für die Nominierung Schusters gab offensichtlich die Fürsprache des amtierenden Oberbürgermeisters Manfred Rommel.⁹⁶ Das populäre Stadtoberhaupt hatte den gebürtigen Ulmer Wolfgang Schuster 1978 als seinen Persönlichen Referenten ins Stuttgarter Rathaus geholt. Sieben Jahre später gewann Schuster die Oberbürgermeisterwahl in Schwäbisch Gmünd und kehrte der Landeshauptstadt wieder den Rücken. 1993 holte Rommel den promovierten Juristen als Kultur- und Sportbürgermeister zurück nach Stuttgart: Schuster verstand dieses Amt erneut als Zwischenstation. Tatsächlich kehrte er, wie die *Stuttgarter Zeitung* unter Berufung auf Schusters Ehefrau Stefanie schrieb, nur deshalb nach Stuttgart zurück, „weil Manfred Rommel ihren Mann als OB-Nachfolger gerufen habe“⁹⁷.

⁹⁵ Vgl. *Thomas Durchdenwald*: „CDU-Spitze für Wolfgang Schuster als Kandidat“, in: *StZ* vom 29. Juni 1996, als die Nominierung Schusters durch die Gremien der CDU noch nicht förmlich vollzogen war, sich aber bereits deutlich abzeichnete. „Einen Bewerber von außerhalb konnten die Christdemokraten nach den Absagen von Hanns-Eberhard Schleyer, Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, und von Bernd Wiedmann, Oberbürgermeister von Friedrichshafen, nicht gewinnen“, so Durchdenwald in der *StZ*. „Andere Kandidaten von auswärts, etwa der 36jährige Singener Oberbürgermeister Andreas Renner, scheinen dem Spitzengremium wohl zu riskant, um bis zum 20. Oktober einen entsprechenden Bekanntheitsgrad zu erzielen. So blieben bis zuletzt nur Schuster und der städtische Wirtschaftsförderer Wolfgang Häfele im Rennen. Der 39jährige Häfele scheint freilich bei den Partei-oberen keine allzu guten Karten zu haben – er gilt dort als zu selbstbewusst, zu wirtschaftslastig und zu vorlaut.“

⁹⁶ Vgl. etwa *Wulf Reimer*: „Im Profil: Wolfgang Schuster“, in: *SZ* vom 12. November 1996, S.4.

⁹⁷ *Christoph Link*: „Im Garten ein Philosophiesitz – Die OB-Kandidaten ganz privat – heute: Wolfgang Schuster (CDU)“, in: *StZ* vom 10. Oktober 1996.

Parteipolitisch galt Schuster als bei weitem nicht so profiliert wie Schlauch. Zwar war er einst in Ulm jüngster Stadtrat, er verfügte über ein CDU-Parteibuch und gehörte der CDU-Fraktion im Rat an. Außerdem wurde er 1985 – als Mitglied der CDU – mit Unterstützung der örtlichen CDU zum Oberbürgermeister der Stadt Schwäbisch Gmünd gewählt. 1993 wählte der Stuttgarter Gemeinderat ihn dann auf Vorschlag der CDU-Gemeinderatsfraktion (informelles Vorschlagsrecht) auf die im Parteienproporz besetzte Bürgermeisterbank der Landeshauptstadt. Aber mit der Rolle und dem Gewicht eines Mandatsträgers auf Bundes- (Schlauch) oder Landesebene (Brechtken) war seine politische Verankerung in der CDU nicht zu vergleichen. Schuster bekleidete auch nie ein führendes Parteiamt in der CDU.

3.1.3. Corinna Werwigk-Hertneck

Nur wenige Tage nach den Christdemokraten, am 8. Juli 1996, präsentierte sich die Kandidatin der FDP/DVP, Corinna Werwigk-Hertneck, vor ihrem Kreisverband, der sie erwartungsgemäß bestätigte.⁹⁸ Die Stuttgarter Rechtsanwältin war bis zu diesem Zeitpunkt in der politischen Szene Stuttgarts noch nicht auffällig in Erscheinung getreten. Zwar amtierte sie zum Zeitpunkt der Kandidatur als stellvertretende Vorsitzende des Stuttgarter FDP-Kreisverbandes. Besondere Außenwirkung ging mit diesem Amt aber kaum einher. Die Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl stand zu einem Zeitpunkt an, als die FDP bestrebt war, eine ihr günstige Trendwende, die sich im Ergebnis der Landtagswahl vom 24. März 1996 niedergeschlagen hatte, zu bestätigen. 11,9 Prozent der abgegebenen Stimmen erreichten die Liberalen bei der Landtagswahl in Stuttgart, was gegenüber 1992 einen Zuwachs von 3,8 Prozentpunkten bedeutete.

⁹⁸ Auf eine entsprechende schriftliche Anfrage des Verfassers hin wies ein Sprecher der Stuttgarter Liberalen ausdrücklich darauf hin, dass Corinna Werwigk-Hertneck nicht von der FDP nominiert worden sei. Die Kandidatin habe sich vielmehr dem Kreisverband vorgestellt, der daraufhin beschlossen habe, sie zu unterstützen. Damit wird suggeriert, die Kandidatin sei bereits zur Kandidatur um das Amt als Stuttgarter Oberbürgermeisterin entschlossen gewesen, bevor sie – gewissermaßen im zweiten Schritt – um die Unterstützung durch die FDP bat.

Die vier Jahre der großen Koalition in Baden-Württemberg hatten offenbar dazu beigetragen, das Profil der FDP in der Rolle der Opposition zu schärfen. Die Bundespartei war zu diesem Zeitpunkt in einer schwierigen Lage. Die Situation für die Liberalen gestaltete sich 1996 nach einer Serie von Niederlagen bei Landtagswahlen (besonders verheerend in den neuen Bundesländern) prekär. Die Landtagswahlen im Frühjahr 1996 in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg galten unter diesen Vorzeichen als Stimmungsbarometer: Würden sie auch dort massiv einbrechen – in diesen beiden Bundesländern schnitten die Liberalen bislang schon traditionell vergleichsweise gut ab – so wäre die Krise der FDP offenkundig.

In beiden Landtagen konnten sich die Liberalen am 24. März 1996 auf hohem Niveau etablieren: In Rheinland-Pfalz konnte die sozialliberale Koalition unter Ministerpräsident Kurt Beck ihre Regierungsmehrheit verteidigen, während die FDP in Baden-Württemberg mit der CDU ein schwarz-gelbes Bündnis schmiedete, das die große Koalition aus CDU und SPD ablöste.

Stuttgart galt 1996, sowohl im Bundes- wie im Landesvergleich, als ausgesprochene Hochburg der Liberalen (Bündnis 90/Die Grünen und die Republikaner erzielten in der Landeshauptstadt in den 90er Jahren ebenfalls überproportional gute Wahlergebnisse).

Zwar waren die Liberalen nach den Gemeinderatswahlen (1994), den Bundestagswahlen (1994) und den Landtagswahlen (1996) nicht mehr die dritte Kraft in der Landeshauptstadt. Diesen Rang hatten ihnen die Grünen inzwischen abgelaufen. Aber sie erzielten 1994 immerhin ein zweistelliges Zweitstimmenergebnis (12,5 Prozent bei der Bundestagswahl), das sie bei der Landtagswahl im März 1996 fast einstellen konnten. Die 11,9 Prozent der FDP bei der Landtagswahl waren vor dem Hintergrund der Prognosen der Demoskopien, die die Partei bei fünf bis sechs Prozent sahen, ein großer Erfolg. Diese Meinungsumfragen hatten offenbar bei manchem Wähler „ein wahltaktisches Verhalten provoziert, wie wir es nur von der Bundestagswahl her mit dem System der Erst- und der

Zweitstimme kennen“⁹⁹. Offenbar entschieden sich viele Wählerinnen und Wähler für die FDP, weil sie der großen Koalition überdrüssig waren und eine Koalition aus CDU und FDP favorisierten.

Die Kandidatur von Corinna Werwig-Hertneck bei der Wahl um das kommunale Spitzenamt in Stuttgart galt vor diesem Hintergrund auch als ein Signal personalpolitischer Erneuerung. Die Rechtsanwältin war bislang politisch kaum in Erscheinung getreten. Folglich ging es für die FDP mit ihrer Kandidatur auch darum – ein Scheitern bei der Stuttgarter OB-Wahl 1996 vorausgesetzt –, ein neues Gesicht für künftige Wahlen, etwa für den Bundestag, den Landtag oder den Gemeinderat, bekannt zu machen. (Tatsächlich führte Corinna Werwig-Hertneck 1999 die Liste der Stuttgarter FDP bei der Kommunalwahl an, nachdem sie 1996 nicht zur Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt gewählt worden war.)

3.1.4. Rainer Brechtken

Die SPD-Findungskommission bestehend aus dem Landesvorsitzenden und Chef der Landtagsfraktion, Ulrich Maurer, dem Chef der SPD-Gemeinderatsfraktion im Rathaus, Matthias Hahn, sowie dem Kreisvorsitzenden Walter Siek entschied sich am Abend des 10. Juli 1996 für die Nominierung des Landtagsabgeordneten Rainer Brechtken.¹⁰⁰ Brechtken war seit März 1996 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. In der vorangegangenen Legislaturperiode (1992–1996), als CDU und SPD im Lande eine große Koalition bildeten, amtierte Brechtken als Staatssekretär im SPD-geführten Wirtschaftsministerium unter Minister Dieter Spöri. Am 11. Juli 1996 verkündeten die Sozialdemokraten die Nominierung Brechtkens offiziell.¹⁰¹

⁹⁹ *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt*: Themenheft 1996/2: Die Landtagwahl am 24. März 1996 in Stuttgart, S. 15.

¹⁰⁰ Vgl. *Achim Wörner*: „SPD-Kreise: Brechtken geht als OB-Kandidat ins Rennen“; in: *StZ* vom 11. Juli 1996.

¹⁰¹ Vgl. *Wulf Reimer*: „Kandidaten-Kür im Last-Minute-Verfahren“, in: *SZ* vom 12. Juli 1996.

Bis zuletzt wurde auch über eine Nominierung von Frieder Birzele, dem Innenminister der großen Koalition, sowie des Pforzheimer Oberbürgermeisters Joachim Becker spekuliert.¹⁰² Frieder Birzele, der vor seiner Zeit als Innenminister auch als streitbarer Obmann seiner Fraktion in den Untersuchungsausschüssen des baden-württembergischen Landtages von sich reden gemacht hatte, wäre im Vergleich zu Rainer Brechtken der in der Öffentlichkeit bekanntere Kandidat gewesen. Joachim Becker, der dann 1996 in Stuttgart nach dem ersten Wahlgang tatsächlich in Konkurrenz zu Brechtken und trotz offenkundiger Missbilligung der Parteispitze seinen Hut in den Ring warf, wäre als ein Kandidat verstanden worden, der für ein gewisses Spannungsverhältnis zur Landespartei inzwischen hinreichend bekannt war.

Der Pforzheimer OB galt als Vertreter des eher pragmatischen Flügels der SPD, dem man ein angespanntes Verhältnis zur Parteispitze des Landes, insbesondere zum Landesvorsitzenden Ulrich Maurer, attestierte. Das mag ausschlaggebend dafür gewesen sein, dass ihn die SPD nicht zu ihrem Kandidat machen wollte. Birzele wurde auf Vorschlag der SPD-Landtagsfraktion schließlich zum Stellvertretenden Präsidenten des Landtages von Baden-Württemberg gewählt. Die Entscheidung Birzeles im Frühsommer 1996 für dieses Amt konnte auch als Verzicht auf eine Kandidatur für das Amt des Stuttgarter Oberbürgermeisters gedeutet werden. Der nominierte Kandidat Brechtken war damit jedenfalls vorbehaltlos der Kandidat der verantwortlichen Parteigremien, eine aktive Rolle der Partei im Wahlkampf lag somit zumindest nahe.

Brechtken wurde im Juli 1996, ohne dass innerparteilich größere Vorbehalte laut geworden waren, der Kandidat der gesamten Stuttgarter SPD. Als er sich am Abend des 15. Juli 1996 der eigens einberufenen Kreiskonferenz der Stuttgarter Sozialdemokraten vorstellte, erhielt er 131 von 137 möglichen Stimmen. „Nur fünf Gegenstimmen und eine Enthaltung sind für ihn ein überzeugendes Votum“¹⁰³, kommentierte die *Stuttgarter Zeitung* am 17. Juli 1996. Das Nominierungsverfahren und das Votum für

¹⁰² Vgl. *Achim Wörner*: „SPD-Kreise: Brechtken geht als OB-Kandidat ins Rennen“, in: *StZ* vom 11. Juli 1996.

¹⁰³ *Thomas Borgmann*: „Rainer Brechtken – ein spröder Hoffnungsträger für die SPD“, in: *StZ* vom 17. Juli 1996.

den von der Parteispitze präsentierten Kandidaten dokumentiert vor allem eines: Es gelang dem Findungsgremium um Landeschef Maurer und dem Vorsitzenden auf Kreisebene Siek, die Partei geschlossen hinter ihrem Kandidaten zu sammeln. Bedenkt man, dass im Verlauf der Suche nach einem geeigneten Kandidaten mit Birzele und Becker zwei ausgesprochen prominente baden-württembergische Parteimitglieder ebenfalls (zumindest in den Medien) als Kandidaten gehandelt wurden, so zeigte die Stuttgarter SPD am Nominierungsabend Geschlossenheit. Es wäre zumindest denkbar gewesen, dass Delegierte der Kreiskonferenz dem von Maurer und Siek favorisierten Kandidaten Brechtken ihre Zustimmung versagen würden, weil sie den ehemaligen baden-württembergischen Innenminister oder den Pforzheimer Oberbürgermeister als Kandidaten bevorzugten. Dass dies nicht geschah, spricht für die Autorität und die Überzeugungskraft der zuständigen Parteigremien sowie der Findungskommission der Sozialdemokraten: Besonders in der Verantwortung stand dabei der Landesvorsitzende Ulrich Maurer. Dieser, selbst Mitglied der Stuttgarter SPD und einst Mitglied des Gemeinderates in der Landeshauptstadt, hatte 1982 erfolglos gegen Manfred Rommel kandidiert, als Rommel sich zur ersten Wiederwahl stellte.

Die Stuttgarter Sozialdemokraten hatten zuletzt stetig an Boden verloren. Sie mussten 1994 und 1996 bei den Wahlen zum Bundestag und zum Landtag von Baden-Württemberg Stimmeneinbußen verzeichnen (im Vergleich zum Ergebnis der jeweils vorangegangenen Bundestags- (1990) bzw. Landtagswahl (1992)). So erzielte die SPD in Stuttgart am 24. März 1996 lediglich einen Stimmenanteil von 26,3 Prozent bei den Landtagwahlen gegenüber 31,1 Prozent aus dem Jahr 1992.

Bei der Bundestagswahl 1994 verloren die Sozialdemokraten in Stuttgart mit dem Kanzlerkandidaten Rudolf Scharping entgegen dem Landes- und dem Bundestrend: Die SPD legte bei der Bundestagswahl 1994 bundesweit um 2,9 Prozentpunkte und allein auf Baden-Württemberg bezogen immerhin noch um 1,6 Prozentpunkte zu. Anders der Trend in der baden-württembergischen Landeshauptstadt: Dort verloren die Sozialdemokraten bei der gleichen Wahl 1,4 Prozentpunkte gegenüber der Wahl 1990, als die SPD mit dem Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine angetreten war. „Entscheidend für den schleichenden Bedeutungsverlust der SPD [Anmerkung Hoecker: gemeint sind die

Wahlen 1994 und 1996 bezogen auf Stuttgart] waren die Verluste in den gehobenen Wohngebieten der oberen Angestellten, Beamten und Selbstständigen, die ohne Zweifel auf das Konto der Grünen gingen. Den Verlusten in den oberen Sozialgruppensegmenten standen zuletzt bestenfalls stagnierende Anteile der SPD in im traditionellen Wählerklientel der "einfachen Leute" gegenüber“, wie *Thomas Schwarz*, der Leiter des *Statistischen Amtes der Landeshauptstadt Stuttgart*, feststellte.¹⁰⁴

3.1.5. Dieter Lieberwirth

Schwerer als CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP taten sich die Republikaner mit der Nominierung ihres OB-Kandidaten. Noch Anfang August stand nicht fest, wer für die dem rechtsextremen Lager zugerechnete Partei ins Rennen gehen würde. Offenbar schienen die zuständigen Parteigremien den Vorsitzenden der Gemeinderatsfraktion, Dieter Lieberwirth, zu diesem Zeitpunkt bereits heftig zu einer Kandidatur zu drängen.¹⁰⁵ Im Gespräch waren allerdings auch noch der Bundesvorsitzende der Republikaner Rolf Schlierer sowie der Landesvorsitzende Christian Käs, beide Mitglieder des Landtages von Baden-Württemberg. Die beiden Landtagsabgeordneten und prominenten Parteimitglieder hatten allerdings offenbar 1996 nicht ernsthaft Interesse an einer OB-Kandidatur in Stuttgart. Ihre Namen kamen wohl nur deshalb ins Spiel, weil der Wunschkandidat Lieberwirth beharrlich zögerte. Die *Stuttgarter Zeitung* fasste die Stimmungslage der Republikaner am 1. August 1996 so zusammen: „Sie wollen einen Kandidaten, sie haben aber niemand, der ernsthaft kandidieren will.“¹⁰⁶

¹⁰⁴ *Thomas Schwarz*: Die Gemeinderats- und die Bundestagswahl 1994 im Spiegel der amtlichen Statistik; in: *Oscar. W. Gabriel* u.a. (Hrsg.): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt, Opladen, 1997, S. 107.

¹⁰⁵ Vgl. *Thomas Durchdenwald*: „Landespartei will Flagge zeigen“; in: *StZ* vom 1. August 1996 *Durchdenwald* zitiert aus einer Pressemitteilung des Landesverbandes der Republikaner, in der Lieberwirth aufgrund seiner Führungsposition in der Gemeinderatsfraktion favorisiert wurde, weil 1990 mit Rolf Schlierer ebenfalls der damalige Fraktionsvorsitzende im Gemeinderat kandidiert habe. Von einer förmlichen Nominierung Lieberwirths bzw. von seiner förmlichen Bewerbung war in dieser Mitteilung noch nicht die Rede.

¹⁰⁶ *Thomas Durchdenwald*: „Tollhaus“ in *StZ* vom 1. August 1996.

Die Nominierung eines eigenen Kandidaten war für die Partei Ausdruck ihres gewachsenen Selbstverständnisses. In Zugzwang waren die Republikaner auch dadurch geraten, dass neben CDU und SPD auch Bündnis 90/Die Grünen und FDP eigene Kandidaten benannt hatten bzw. unterstützten. Die Republikaner hatten bei der Landtagswahl am 24. März 1996 in Stuttgart 9,3 Prozent der Stimmen erreicht. Dies bedeutete zwar einen Verlust von 2,6 Prozentpunkten im Vergleich zum Wahlergebnis von 1992. Trotzdem gelang der Rechtspartei die abermalige Mobilisierung eines im Bundesvergleich überdurchschnittlich hohen Wählerpotenzials und damit auch der Verbleib als Fraktion im neuen Landtag von Baden-Württemberg.

Dieser Trend fand in der Landeshauptstadt auch auf kommunaler Ebene seine Bestätigung: Bei der Stuttgarter Gemeinderatswahl 1994 konnten die Republikaner 7,2 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. 1989 waren es sogar 9,5 Prozent. Mit der Aufstellung eines eigenen Kandidaten wollte die Parteispitze auch ein Signal setzen, dass man sich im Parteienspektrum der Landeshauptstadt als etabliert verstand. Die Nominierung Lieberwirths war naheliegend, weil der OB-Wahlkampf dem neuen Fraktionsvorsitzenden die Möglichkeit bot, seinen Bekanntheitsgrad in Stuttgart zu steigern.

Lieberwirth hatte Christian Käs in der Funktion des Vorsitzenden der Gemeinderatsfraktion nach der Landtagswahl im Frühjahr abgelöst. Dieser war aus dem Gemeinderat ausgeschieden, nachdem er im März 1996 ein Landtagsmandat errungen hatte. Mitte August präsentierten die Stuttgarter Republikaner mit Dieter Lieberwirth wie erwartet ihren Kandidaten für die Oberbürgermeisterwahl.

3.1.6. Das übrige Bewerberfeld

Neben Brechtken, Lieberwirth, Schlauch, Schuster und Corinna Werwigk-Hertneck bewarben sich für den ersten Wahlgang am 20. Oktober 1996 insgesamt weitere 27 Kandidaten. Die Ernsthaftigkeit ihrer Bewerbung wurde von den Medien meist in Zweifel gezogen, weil ihr persönlicher Werdegang nicht den gängigen Kriterien entsprach, die an einen Anwärter für ein kommunales Spitzenamt – zumal in der Landeshauptstadt – angelegt werden. „Darunter waren zwei Bewerber, die wegen neonazistischer Aktivitäten im Gefängnis sitzen. Ein Bewerber, der als Beruf Hofnarr angab, sorgte vor der Wahl für das vorzeitige Ende einer Fernseh-Direktübertragung aus dem Rathaus, indem er mit einer Axt die Stromkabel zerhackte. Auch der Hitler-Tagebuch-Fälscher Kujau, der in Stuttgart eine Wirtschaft betreibt und als Kunstmaler arbeitet, empfahl sich als künftigen Rathauschef. Dabei waren auch zwei Kandidaten, die überall dort zur Stelle sind, wo es um die Wahl eines Bürgermeisters oder Oberbürgermeisters geht: Einer der beiden legt es nur darauf an, auf diese Weise ins Guinnessbuch der Rekorde zu kommen.“¹⁰⁷

3.2. Inhaltliche Akzente und ihre Verankerung im Wahlkampf

Um die Positionen der Kandidaten inhaltlich sowie unter besonderer Berücksichtigung ihres parteipolitischen Hintergrunds gegeneinander abzugrenzen, sei eine Auswahl von Schwerpunktthemen herausgegriffen, die in der baden-württembergischen Landeshauptstadt im Herbst 1996 kommunalpolitisch eine besondere Rolle gespielt haben.

¹⁰⁷ Alfred Behr: „Jux-Kandidaten als Ärgernis – Allerlei Merkwürdiges um die Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart“; in: *FAZ* vom 22. Oktober 1996.

3.2.1. Das städtebauliche Großprojekt *Stuttgart 21*

Stuttgart 21 war 1996 eines der bestimmenden Themen der Stuttgarter Kommunalpolitik. Die "Verlegung des Hauptbahnhofs unter die Erde", so die landläufige Charakterisierung des Projekts, hatte eine städtebauliche, eine verkehrspolitische sowie eine wirtschaftspolitische Dimension. Keiner der Kandidaten kam umhin, seine Einstellung zu Stuttgart 21 darzulegen. Dabei verblieben alle Bewerber um die Rommel-Nachfolge auf der Linie, die die sie unterstützenden Parteien in der Kommunal- und der Landespolitik bereits vorgegeben hatten. Spätestens mit der öffentlichen Bekanntmachung der Ideenskizze zum Städtebauprojekt im April 1994 war die Diskussion in vollem Gange.

Am 7. November 1995 hatten die Vertreter der Stadt Stuttgart, des Landes Baden-Württemberg, des Bundes, des Verbandes Region Stuttgart sowie der Deutschen Bahn AG die Rahmenvereinbarung unterzeichnet. Die Unterzeichnung markiert, verbunden mit der Zustimmung durch den Gemeinderat der Landeshauptstadt, die am 30. November 1995 mehrheitlich erfolgte, die entscheidende kommunalpolitische Weichenstellung.

Aufgrund der Tragweite dieses kommunalpolitischen Schlüsselthemas für die politische Auseinandersetzung im Vorfeld der Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl werden die zentralen Aussagen und Inhalte von Stuttgart 21 an dieser Stelle kurz aufgeführt: Dabei soll der Stuttgarter Kopfbahnhof in einen sogenannten Durchgangsbahnhof umgewandelt werden, was wirtschafts- und umweltpolitisch enorme Konsequenzen mit sich bringt. Von besonderer Bedeutung ist die Anbindung an das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz auf der Schiene sowie – ganz allgemein formuliert – die Verbesserungen für den Nah- und Fernverkehr.

Durch den Umbau des Bahnhofsgeländes soll eine riesige Fläche Brachland frei werden, die mit der Gesamtfläche von insgesamt 140 Fußballfeldern verglichen werden kann. Das Planungsgebiet ist etwa 100 Hektar groß. Auf diesem Gebiet soll, umgeben

von Grünflächen, eine Mischbebauung aus Wohnen und Arbeiten entstehen, die Wohnraum für etwa 11.000 Menschen schaffen und ein Potenzial von 24.000 Arbeitsplätzen mit sich bringen soll. Durch die verkehrstechnische Optimierung mit einem verbesserten öffentlichen Personennah- und Fernverkehr soll das Volumen der PKW-Fahrten in und um Stuttgart um vier Millionen reduziert werden, was jährlich auf ein Einsparpotenzial von 51 Millionen PKW-Kilometern hochgerechnet wird. Das Investitionsvolumen der Bahn und anderer Verkehrsträger beträgt nach Auskunft der Stadt Stuttgart 4,893 Milliarden Mark.

Unter den Stuttgarter Parteien galt die CDU als entschlossenste Befürworterin des Milliardenprojekts. Das hing sicher damit zusammen, dass sich die Rathauspitze unter Rommel zur eifrigsten Befürworterin des Projekts aufgeschwungen hatte. Daran schlossen die Aktivitäten des Kandidaten Schuster im Wahlkampf nahtlos an. Beispielhaft sei aus einem Flugblatt zitiert, das das Wahlkampfteam des CDU-Kandidaten im Vorfeld der Wahl verteilte:

„Stuttgart 21 will ich als Oberbürgermeister energisch vorantreiben. Das sollte jeder wissen, der mir seine Stimme gibt. Bei Einzelfragen bin ich offen für Anregungen aus der Bürgerschaft. Wir wollen gemeinsam mit dem Gemeinderat die beste Lösung. Aber das Gesamtprojekt und der Rahmenvertrag mit Bund, Bahn AG, Land und Region dürfen nicht scheitern. Stuttgart 21 ist eine große, historische Chance: Unsere Stadt wird optimal an das europäische Netz für Hochgeschwindigkeitszüge angeschlossen. Stuttgart 21 dient der Umwelt, da ein großes Verkehrsaufkommen von der Straße auf die Schiene umgeleitet wird. 100 Hektar von der Bahn bisher genutztes Gelände im Herzen der Stadt stehen für Wohnen, Arbeiten und Leben zur Verfügung. Stuttgart 21 verbessert die Standortgunst der Region, sichert Arbeitsplätze und Steueraufkommen. Stuttgart 21 ist das größte Konjunkturprogramm seit dem Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg. Stuttgart 21 hat für unsere Stadt und die Region eine Bedeutung wie der Anschluss unseres Raumes an das Eisenbahnnetz im 19. Jahrhundert. Deshalb: Lassen Sie uns gemeinsam Stuttgart 21 realisieren!“

Zu den Befürwortern des Städtebauprojekts zählten auch die Kandidaten Rainer Brechtken und Corinna Werwigk-Hertneck. Das lag nicht zuletzt daran, dass SPD und FDP in Gemeinderat und Landtag ihre Zustimmung zu den Planungen gegeben hatten. Allerdings versuchte die von den Liberalen unterstützte Kandidatin ebenso wie der Sozialdemokrat Brechtken, Verständnis für die Einwände der Kritiker bei der Artikulation der eigenen Position unterzubringen. Den vermeintlichen Makel, im Verlauf des parlamentarischen Genehmigungsverfahrens nicht genug auf Bürgernähe gesetzt zu haben, der in der Öffentlichkeit sehr nachdrücklich thematisiert wurde, griffen sowohl Rainer Brechtken als auch Corinna Werwigk-Hertneck auf.

Dass für ein alternatives Vorgehen (wohlgemerkt mit dem gleichen Resultat, d.h. der vorbehaltlosen Realisierung von Stuttgart 21), das die Einstellungen der Bürger zum Projekt stärker miteinbeziehen sollte, nach der Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung durch die politischen Entscheidungsträger die rechtliche Grundlage fehlte, soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben. Der Versuch, im Unterschied zum Kandidaten Schuster eine vermittelnde Position einzunehmen, indem man ein zusätzliches Maß an Bürgernähe einforderte, war vor diesem Hintergrund ein Stück Wahlkampfstrategie. Das belegt auch die Tatsache, dass weder der Kandidat Brechtken noch die Kandidatin Werwigk-Hertneck ernsthafte Vorschläge machen konnten, wie das mehrfach beklagte Defizit an Bürgerbeteiligung nachträglich zu beheben sei.

Das Monopol des Kritikers kam im Oberbürgermeisterwahlkampf beim Thema Stuttgart 21 dem grünen Kandidaten Rezzo Schlauch zu. Er schloss nahtlos an die im Grundsatz ablehnenden Positionen an, die die Grünen in Stadt und Land beständig zu Stuttgart 21 vertreten hatten. Für die Vermittlung des eigenen Standpunktes hatte die Monopolstellung in dieser Frage enorme Bedeutung. Sie bot Schlauch nämlich trefflich die Möglichkeit zur Selbstinszenierung: „Muss er nicht vielmehr das eigene Image bedienen, soll heißen: laut, kraftvoll und polemisch, den Genüssen des Lebens nicht abgeneigt“, fragte die *Stuttgarter Zeitung*. „Bei Stuttgart 21 entscheidet er sich zu letzterem. Seine Kritik kommt eindeutig und unmissverständlich: Da weiß jeder, woran er mit diesem Kandidaten ist. Schlauch ist der einzige, der das Jahrhundertprojekt klipp

und klar als unseriös brandmarkt und die neue Messe auf den Fildern rundherum ablehnt.“¹⁰⁸

Ganz so deutlich distanzierte sich Schlauch von dem Städtebauprojekt Stuttgart 21 übrigens gar nicht. „Ich habe eine kritische Position dazu“, antwortete Schlauch am 24. August 1996 im Interview mit der *Stuttgarter Zeitung* auf die Frage, ob er gegen das Projekt sei. „Ich sage nicht nein, ich sage aber, "nicht so". Das ist ein planerisches, verkehrstechnisches und finanzielles Abenteuer“, erklärte Schlauch. „Wenn ich gewählt würde, würde ich den Vertrag zwischen Bahn und Stadt auf den kommunalpolitischen Prüfstand stellen, denn wie sich die Stadt dabei hat knebeln lassen, das ist nicht haltbar. (...) Zudem: wer sagt, der Kopfbahnhof Stuttgart sei technisch überholt, aber am Flughafen einen Kopfbahnhof plant, kommt in Erklärungsnot.“¹⁰⁹

Damit standen Schlauch und Schuster für klare und konträre Positionen, soweit es um Ablehnung oder Zustimmung zum Städtebauprojekt Stuttgart 21 ging. Brechtken und Frau Werwig-Hertneck warben um vermittelnde Positionen, ebenso übrigens der Kandidat der Republikaner Dieter Lieberwirth, dessen Position nicht nur bei diesem Thema diffus und damit letztlich sehr indifferent blieb¹¹⁰.

Die Polarisierung ermöglichte somit besonders den Kandidaten Schlauch und Schuster eine Emotionalisierung des Themas, die für ihren Wahlkampf von Bedeutung war und

¹⁰⁸ so *Thomas Borgmann*: „Die Wähler auf der Suche nach dem Rommel-Ersatz“; in: *StZ* vom 7. Oktober 1996. Gegenstand der Reportage *Borgmanns* zwei Wochen vor der Wahl war eine stark besuchte Podiumsdiskussion in der Stuttgarter Reithalle mit allen von den politischen Parteien unterstützten OB-Kandidaten. Die ebenfalls angesprochene geplante Verlegung der Stuttgarter Messe von ihrem Standort Killesberg auf die Fildern, für die ihre Befürworter verkehrstechnische Gründe sowie größere Kapazitäten ins Feld führten, war ein weiteres vordringliches Thema der Stuttgarter Kommunalpolitik im Jahr 1996.

¹⁰⁹ *Thomas Borgmann/Thomas Durchdenwald/Martin Hohnecker*: „Nicht mehr David Schlauch gegen Goliath Rommel“, Interview mit Rezzo Schlauch in der *StZ* vom 24. August 1996.

¹¹⁰ Vgl. die *StZ* vom 7. Oktober 1996 zum Profil des Kandidaten der Republikaner im Wahlkampf: „Der Rep-Fraktionschef aus dem Rathaus verkörpert die Widersprüchlichkeit seiner eigenen Partei: Konservativ und liberal nach außen - knallhart und populistisch hingegen, wenn es in der kommunalpolitischen Tagesarbeit um konkrete Entscheidungen geht.“ (Anmerkung Hoecker: Es ist im Übrigen bezeichnend und spricht einmal mehr für die Nähe eines Kandidaten zu der ihn unterstützenden Partei, dass die *StZ* den Wahlkampf des Kandidaten der Republikaner ganz automatisch vor dem Hintergrund seines Parteibuches analysierte).

dazu diene, die eigene Anhängerschaft zu mobilisieren. Es spricht viel für die Annahme, dass den übrigen Konkurrenten, die sich beim Thema Stuttgart 21 vermittelnd zu positionieren versuchten, dies nicht in gleichem Maße gelang. Anhand ihrer Wahlergebnisse wird zu zeigen sein, dass ihnen auch die inhaltliche Besetzung weiterer kommunalpolitisch relevanter Themen nicht in gleichem Maße gelungen ist wie den Kandidaten Schlauch und Schuster.

3.2.2. Der Themenkomplex *Innere Sicherheit*

Dieses Thema hatte im öffentlichen Bewusstsein der Stuttgarter zum Zeitpunkt der Wahl ebenfalls einen hohen Stellenwert. Verwiesen sei vor diesem Hintergrund auf die sogenannte Bürgerumfrage des *Statistischen Amtes der Landeshauptstadt* aus dem Jahr 1995¹¹¹, die sicher auch ein Jahr später nicht viel an Aktualität eingebüßt hatte: Danach zählten 67 Prozent von über 2.000 Befragten den Themenkomplex *Unsicherheit auf unseren Straßen (Drogen, Raub, Vandalismus)* zu den vordringlichsten in der Stuttgarter Kommunalpolitik. 60 Prozent bezeichneten das Feld *Sicherheit und Ordnung (Kriminalität, Einbrüche)* als zu den größten Problemen in Stuttgart gehörig, es lag damit in der Prioritätenskala hinter dem Komplex *mangelhaftes Wohnungsangebot/zu hohe Mieten* (61 Prozent) auf dem dritten Platz. 51 Prozent der Befragten nannten das Feld *Unsicherheit im Bereich öffentlicher Verkehrsmittel*, 49 Prozent sahen *zu viele Asylanten/Asylbewerber* als Problem.

Auch hier vertraten der CDU-Kandidat Schuster und der von den Grünen unterstützte Schlauch die signifikantesten Positionen. Sie verstanden es, das Thema zu emotionalisieren, während sich die anderen Bewerber inhaltlich dazwischen zu positionieren versuchten. Schuster warb offensiv für eine strikt restriktive Position¹¹², was ihm zudem

¹¹¹ *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt: Bürgerumfrage 1995.*

¹¹² Um dies zu veranschaulichen, sei ein mit dem Schlagwort "Sicherheit" überschriebenes Flugblatt des Kandidaten Schuster zitiert: „Mein Ziel ist größtmögliche Sicherheit für unsere Bürger und ihr Eigentum in den Wohnungen, auf den Straßen und Plätzen. Ein Wundermittel dafür gibt es nicht. Doch ich will gemeinsam mit der Polizei die Sicherheitsprobleme anpacken: stärkere Präsenz der Polizei und

die Möglichkeit gab, sich von seinem Mentor Manfred Rommel inhaltlich etwas abzuheben. Rommel hatte gerade in seinen letzten Regierungsjahren im Bereich der inneren Sicherheit immer wieder für moderate Positionen (z.B. in der Drogenpolitik oder in der Ausländer- und Migrationspolitik) geworben. Hatte Rommel in Einzelfällen immer wieder eine latente Konfliktbereitschaft zur Linie der Parteispitze erkennen lassen, so blieb Schuster nun voll im Einklang mit den in der CDU mehrheitlich vertretenen Positionen zur inneren Sicherheit.

Rezzo Schlauch warb für Lockerungen und setzte sich insbesondere für eine liberalere Drogenpolitik ein. Corinna Werwig-Hertneck und Rainer Brechtken warben für eine sichere Landeshauptstadt, ohne diesem Thema in der Gesamtanlage ihres Wahlkampfes einen ähnlichen Stellenwert einzuräumen wie etwa Wolfgang Schuster.

Wollte man die Positionen der Kandidaten auf einer Skala einordnen, so setzten die Kandidaten Schuster und Schlauch ähnlich wie bei *Stuttgart 21* die Extreme. Sie befassten sich im Wahlkampf ausführlich mit den Fragen von Sicherheit und Ordnung, während ihre Mitbewerber es versäumten, auf dem Themenfeld der inneren Sicherheit ähnliche Akzente zu setzen.

Das gilt auch für den Bewerber Dieter Lieberwirth: Zwar vertrat der von den Republikanern unterstützte Kandidat in Fragen der inneren Sicherheit in gewissen Bereichen einen restriktiveren Standpunkt als Schuster, ins öffentliche Bewusstsein (bzw in die Offensive) gelangte er jedoch auch mit diesem Thema kaum. Die These, dass Schuster und Schlauch auf die streitbaren Positionen setzten, die sich auch parteipolitisch instrumentalisieren ließen, vermag auch die Strategie des Rep-Kandidaten Lieberwirth nicht zu erschüttern. Das mag in seinem Fall einerseits mit

des städtischen Ordnungsdienstes auf den Straßen und Plätzen, vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch Sicherheitskonzepte für jeden Stadtbezirk, eine Aufklärungskampagne für die Bürger über Möglichkeiten, sich zu schützen, Gemeinschaftsaktionen der Polizei, der Stadt und der Bürger für eine aktive Nachbarschaftshilfe wie die Aktion "Augen auf für nebenan", eine konsequente Anti-Drogenpolitik. Gemeinsam wollen wir uns zum Ziel setzen: Stuttgart wird eine der sichersten Großstädte in Europa.“

seinem insgesamt blassen Erscheinungsbild im untersuchten OB-Wahlkampf zusammenhängen.

3.2.3. Wirtschaftsstandort Stuttgart

Alle Bewerber waren bestrebt, Wirtschaftskompetenz als persönliche, politisch nutzbare charakterliche Eigenschaft in ihren Wahlkampf einzubringen. Zwar liegt es nahe, dass die Wähler insbesondere beim Schlüsselthema *Behebung der Arbeitslosigkeit* nur eine begrenzte Einflussmöglichkeit der auf kommunaler Ebene agierenden Parteien sahen. Doch als Exponenten verschiedener politischer Parteien bemühten sich die Kandidaten, ihr Profil auch wirtschaftspolitisch zu akzentuieren.

Rainer Brechtken verwies auf seine Erfahrungen als Staatssekretär im Wirtschaftsministerium von Baden-Württemberg (zur Zeit der großen Koalition in der 11. Wahlperiode des Landtags von Baden-Württemberg (1992 bis 1996)). „Damit in Stuttgart nicht noch mehr Arbeitsplätze abgebaut werden, ist eine aktive Wirtschaftspolitik notwendig. Die dazu notwendige wirtschaftspolitische Kompetenz habe ich als Staatssekretär im Wirtschaftsministerium bewiesen“, unterstrich der Kandidat in einem Flugblatt. (Seine Kollegen aus der SPD-Landtagsfraktion warben übrigens noch einen Tag vor dem entscheidenden zweiten Wahlgang in einer Zeitungsanzeige mit einer ähnlichen Botschaft: „Wir kennen Rainer Brechtken seit vielen Jahren als ausgewiesenen Wirtschafts- und Finanzexperten. Als Staatssekretär der Landesregierung hat er durch seine Wohnungsbaupolitik vielen jungen Familien mit Kindern erfolgreich geholfen.“¹¹³) Mit einem Plakat versuchte der Kandidat, dieses Attribut mit Humor zu transportieren: „Das ist Rainer Brechtken: Bringt 78 Kilo und viel Wirtschaftskompetenz auf die Waage.“

¹¹³ Anzeige in der *StZ* vom 9. November 1996.

Wolfgang Schuster präsentierte in einer von seinem Wahlkampfteam verteilten Broschüre ein "15-Punkte-Programm für Wirtschaft und Arbeitsplätze"¹¹⁴. Grundsätzlich verfocht Schuster bei den zentralen Wirtschaftsthemen der Stuttgarter Kommunalpolitik die gängigen Positionen, die die Rathauspitze unter Manfred Rommel vorangetrieben hatte. Er wusste sich dabei einig mit der Kreispartei und der Gemeinderatsfraktion der CDU. Als Beigeordneter für Kultur, Bildung und Sport der Landeshauptstadt war es logisch und konsequent, dass er den Neubau der Messe auf den Fildern forcierte und sich in entschlossenen Plädoyers für *Stuttgart 21* erging. Als Kandidat "aus dem Rathaus" legte Schuster wert darauf, detaillierte Sachkenntnis in den Fragen der Stuttgarter Kommunalpolitik und - mit Blick auf das Auslaufen der Ära Rommel - Kontinuität zu demonstrieren.

Corinna Werwigk-Hertneck versuchte, sich das Kompetenzpotential zunutze zu machen, das die Wähler der FDP insbesondere auf dem Feld der Wirtschaftspolitik attestieren. Auch die Kandidatin der Liberalen setzte auf Sachkenntnis, ohne sich in Detailfragen auf eine streitbare Linie festzulegen. Im Interview mit der *Stuttgarter Zeitung* vom 10. September 1996 gab sie auf die Frage, ob sich die Politik mehr dem Mittelstand und weniger den Großunternehmen zuwenden sollte, folgende Antwort: „Man muss auf Groß- und Kleinunternehmen setzen. Die Großunternehmen haben Stuttgart stark gemacht und uns die reichen Jahre beschert. Sie werden hoffentlich alles tun, um Arbeitsplätze zu erhalten. Ich befürchte nur, dass weiter abgebaut wird, vor allem im Produktionsbereich. Stuttgart hat noch viel Potenzial im Mittelstand und bei

¹¹⁴ Schusters schlagwortartig formuliertes 15-Punkte-Programm für Arbeitsplätze und Wirtschaftsentwicklung lautete wie folgt: „1. Wirtschaftsförderung muss Chefsache sein. 2. Den Erfindergeist fördern und die Risikobereitschaft unterstützen. 3. Sparen, um zu investieren und die kommunale Steuer- und Abgabenlast für unsere Unternehmen nicht weiter zu erhöhen. 4. Die städtische Verwaltung reformieren. 5. Das berufliche Schulwesen und das internationale Bildungsangebot weiterentwickeln. 6. Die Wissenschafts- und Forschungsregion Stuttgart ausbauen, den Technologietransfer unterstützen, einen Technologiepark entwickeln. 7. Die Messe erneuern. 8. Den Medienstandort Stuttgart ausbauen. 9. Einen Erlebnispark für Wissenschaft und Technik schaffen. 10. Die Attraktivität der Stuttgarter Innenstadt stärken. 11. *Stuttgart 21* realisieren. 12. Stuttgart als Stadt internationaler Spitzen-Events im Sport und in der Kultur profilieren. 13. Stuttgart zu einer weltoffenen, aber sicheren Großstadt in Europa machen. 14. Eine umwelt- wie wirtschaftsfreundliche Verkehrspolitik betreiben. 15. Die regionale Zusammenarbeit forcieren und die Rolle Stuttgarts als Landeshauptstadt stärken.“ (Abgesehen davon, dass nicht alle aufgeführten Punkte originär dem Feld der Wirtschaftspolitik zuzuordnen sind, transportieren nur zwei von ihnen eine für die Stuttgarter Kommunalpolitik konkrete Aussage: Das Bekenntnis zum Messeneubau sowie zum Städtebauprojekt Stuttgart 21; Anmerkung Hoecker).

den Dienstleistungen. Ich denke zum Beispiel an unsere vielen bundesweit und international anerkannten Ingenieur-, Architektur- und Anwaltsbüros, an unsere Universitäten und Hochschulen.“¹¹⁵

Zum Thema Verlagerung der Stuttgarter Messe vom Killesberg auf die Fildern vermied die Kandidatin eine so eindeutige Aussage, wie sie etwa der von der CDU unterstützte Schuster tätigte. „Ich unterstütze es, dass die Messeverlagerung auf die Fildern geprüft wird“, bekannte Corinna Werwigk-Hertneck in dem zitierten Zeitungsinterview. „Ich teile allerdings auch die Bedenken bezüglich des noch dünnen Konzepts und der Finanzierung. (...) Wenn beides nicht stimmt, bleibt die Messe auf dem Killesberg“¹¹⁶, fügte sie einschränkend hinzu.

Die Kandidatin stand trotzdem für ein betont wirtschaftsliberales Politikprofil, wie es der FDP sowohl in der Bundespolitik als auch in der Landespolitik attestiert wird. Auf einer Podiumsdiskussion klassifizierte Frau Werwigk-Hertneck sogar die Palette kommunaler Kulturangebote als Wirtschaftsgüter: „Wir sollten mal allen Kultureinrichtungen ein Jahr lang die Zuschüsse streichen und dann sehen, wie sie allein zurechtkommen“¹¹⁷, schlug sie vor. Die *Stuttgarter Zeitung* nahm diese Aussage der Kandidatin zum Anlass, sie geistig in die Nähe einer einige Jahre zuvor missglückten Imagekampagne der Bundes-FDP zu rücken ("Partei der Besserverdienenden"), von der sich die Partei freilich angesichts der negativen Resonanz schnell distanzieren musste: „Je länger der Wahlkampf dauert, desto stärker bekommt die Rechtsanwältin aus der Halbhöhenlage im Stuttgarter Westen das Image, im Grunde ihres Herzens doch nur die Besserverdienenden zu vertreten“¹¹⁸, schrieb die *Stuttgarter Zeitung*.

¹¹⁵ *StZ* vom 10. September 1996: „Mittelstand ist der wesentliche Faktor für die Stadt“, Corinna Werwigk-Hertneck im Gespräch mit *Thomas Borgmann* und *Martin Hohnecker*.

¹¹⁶ Ebd.

¹¹⁷ Zitiert nach *Thomas Borgmann*: „Die Suche nach dem Rommel-Ersatz“, in: *StZ* vom 7. Oktober 1996.

¹¹⁸ Ebd.

Eindeutig kritischer ging der von den Grünen unterstützte Kandidat Schlauch mit dem Zustand des Wirtschaftsstandortes Stuttgart ins Gericht. Das mag auch damit zusammenhängen, dass die Grünen im Gegensatz zu CDU, SPD und FDP bis 1996 nicht auf der Bürgermeisterbank der Landeshauptstadt vertreten waren.¹¹⁹ Bündnis 90/Die Grünen bezogen in der Stuttgarter Kommunalpolitik in Abgrenzung zu den seit Jahren auf der Stuttgarter Bürgermeisterbank vertretenen Parteien CDU, SPD und FDP immer wieder kritische Positionen. „Die große Schwäche dieser Stadt ist, dass sie den Strukturwandel verschlafen hat“, monierte Rezzo Schlauch am 24. August 1996 im Gespräch mit der *Stuttgarter Zeitung*.¹²⁰ „Sie hat verpasst, den Wandel von der Produktions- in die Dienstleistungsgesellschaft mitzumachen. Wohlgermerkt, der Produktionsstandort, ob Autos oder Maschinenbau soll nicht aufgegeben werden, aber er muss sich verändern. Ein wesentlicher Punkt dieses Strukturwandels ist eine dieser versteckten Stärken der Stadt, nämlich der Medienstandort Stuttgart. Er führt einen Dornröschenschlaf. Wir haben hier eine interessante Verlagsstruktur mit über 250 Verlagen, mit qualifizierten Mitarbeitern; wir haben zwei große Zeitungen, wir haben den Süddeutschen Rundfunk, für dessen Standort sich die Stadt viel massiver einsetzen muss. Wir haben diesen Medienstandort verkümmern lassen.“

Dem Thema "Medienstandort" widmeten alle von den Parteien getragenen Kandidaten besondere Aufmerksamkeit. Das hing besonders damit zusammen, dass Peter Voß und Hermann Fünfgeld, die Intendanten des in Baden-Baden ansässigen Südwestfunks sowie des Süddeutschen Rundfunks mit Sitz in Stuttgart, im August 1996 ihr sogenanntes Intendantenpapier vorgelegt hatten. Dieses sah die Fusion der beiden öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten vor und bot allen um den OB-Sessel konkurrierenden Kandidaten reichlich Gelegenheit, sich als Anwalt der Stuttgarter Interessen im Fusionsprozess in Szene zu setzen. Weil sich das kontrovers diskutierte Für und Wider der öffentlichen-rechtlichen Rundfunkfusion im deutschen Südwesten

¹¹⁹ Mit Klaus-Peter Murawski, seit 1996 Bürgermeister mit dem Zuständigkeitsbereich *Allgemeine Verwaltung*, wurde erst im Jahr der Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl vom Gemeinderat ein Kandidat der Grünen in die Verwaltungsspitze der Landeshauptstadt gewählt.

¹²⁰ *StZ* vom 24. August 1996: „Nicht mehr David Schlauch gegen Goliath Rommel“, Rezzo Schlauch im Gespräch mit *Thomas Borgmann, Thomas Durchdenwald und Martin Hohnecker*.

standortpolitisch trefflich instrumentalisieren ließ, waren alle Kandidaten darauf bedacht, eine Lanze für Stuttgart (und damit gegen die beiden anderen hervorgehobenen Standorte des fusionierten öffentlich-rechtlichen Südwestsenders Baden-Baden und Mainz) zu brechen.

Auch zum Automobil, der bedeutendsten Industriebranche der schwäbischen Metropole, die seine Partei stets kritisch gesehen hatte, bezog der Kandidat Rezzo Schlauch Position: „Ich möchte es allen, die kritisch zum Auto stehen, nicht nur meiner eigenen Partei, mit zurechnen, dass die Firma Daimler-Benz nicht mehr nur große Luxuskarossen baut, sondern auch in die Mittelklasse und in die Kleinwagenklasse eingestiegen ist, was mit Sicherheit diesen Produktionsstandort stabilisiert“¹²¹, betonte er. Kritik wird damit konstruktiv umgedeutet, um sie als positiv besetztes Wahlkampfthema für sich nutzbar zu machen.

Grundsätzlich lässt sich für alle Kandidaten, die von einer politischen Partei unterstützt wurden, ein dezidiertes Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort Stuttgart feststellen. Dabei blieben die Argumente der Bewerber vielfach austauschbar. Die Kandidaten verkündeten häufig Allgemeinplätze, wenn sie eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts propagierten, während ihre Analyse der Defizite unscharf blieb. Das gilt auch dort, wo massive Kritik geübt wurde, etwa von Rezzo Schlauch am Zustand und an der Perspektive des Medienstandortes Stuttgart. Ausschließlich positiv belegte Themenfelder (d.h. hier Felder, die im Wahlkampf von allen Kandidaten mit der gleichen zustimmenden Tendenz thematisiert und instrumentalisiert werden) eignen sich nur bedingt für die Auseinandersetzung im Wahlkampf. Die Themen lassen sich dann nicht hinreichend emotionalisieren und zuspitzen.

¹²¹ Ebd.

3.3. Die Auseinandersetzung mit dem politischen Konkurrenten

„Die Deutschen mögen es nicht, wenn ein Gegner angegriffen wird. Gehörst Du zur Mehrheits-Partei, so wird ein Gegner völlig ignoriert. Ihn gibt es nicht: Mit ihm diskutiert man nicht, weil man ihn dadurch nur aufwerten würde. Gehörst Du zur Minderheits-Partei, so musst Du Themen aufgreifen, die die Gemüter bewegen. Nimm keinen direkten Bezug zum Gegner, reize ihn, indem Du ihn treibst, unter den unterschiedlichsten Gesichtspunkten. Die Darstellung der eigenen Position ist wichtig. Wer nur versucht, sich zum Gegner abzugrenzen, kann nichts gewinnen. Wenn ein Gegner Dich in einer Podiumsdiskussion angreift, wende Dich an das Publikum. Der Dialog mit dem Publikum, ein Appell an seine Gefühle und Vorstellungen, sind wichtiger als überflüssige Rechthaberei. Tiefgründige und subtile Diskussionen sind etwas für Intellektuelle.“¹²² (Joachim Becker)

Für diesen zitierten Passus aus *Joachim Beckers* 1988 vorgelegter Abhandlung *Erfolg im Wahlkampf* finden sich aufschlussreiche Anknüpfungspunkte im Stuttgarter Wahlkampf des Jahres 1996: Nicht alle Kandidaten haben sich dabei an die Empfehlungen des Pforzheimer Oberbürgermeisters (sofern sie diese überhaupt kannten) gehalten.

Schon sehr bald erkor Rezzo Schlauch den von der CDU unterstützten Kandidaten Wolfgang Schuster zu seinem Hauptgegner. Immer wieder verstand es Schlauch, in die direkte Auseinandersetzung mit Schuster zu treten und seine Kritikpunkte mit einem Schuss Polemik zu würzen. „Kommen Sie doch nicht so graugänsig daher“¹²³, hielt der grüne Bundestagsabgeordnete dem Stuttgarter Kulturbürgermeister in der ersten gemeinsamen Podiumsdiskussion vor. Dabei machte sich Schlauch zunutze, dass er sich auf dem Terrain der direkten verbalen Auseinandersetzung wohler fühlte als sein von

¹²² *Joachim Becker*: Erfolg im Wahlkampf – Ein Ratgeber für Kandidaten und ihre Helfer in Kommunal-, Landes- und Bundeswahlen, München, 1988, S. 83.

¹²³ *Thomas Borgmann*: „Seien Sie nicht so graugänsig“, in: *StZ* vom 28. September 1996.

der CDU unterstützter Gegenspieler.¹²⁴ Hinzukam, dass Schuster im Unterschied zu den Mitbewerbern nach außen hin bewusst nicht in der Rolle des Neubewerbers auftrat.

Die Sonderrolle Schusters ergab sich aus mehreren Faktoren. Er galt zum einen als erklärter Wunschkandidat des scheidenden Amtsinhabers Rommel und war als einziger Kandidat bereits Mitglied der Rathauspitze in seiner Funktion als Bürgermeister für Kultur, Bildung und Sport. Außerdem wusste er als Mitglied und Kandidat der CDU die nominell stärkste Gemeinderatsfraktion hinter sich. Die CDU verfügte im Stuttgarter Gemeinderat 1996 über 20 der insgesamt 60 Sitze, die SPD stellte 16 Stadträte, Bündnis 90/Die Grünen verfügte über insgesamt 11 Gemeinderatsmandate, die Freien Wähler, die FDP sowie die Republikaner über jeweils 4, während die ÖDP ein Mandat inne hatte.

Unabhängig davon, wie hoch man den Einfluss der die Kandidaten tragenden Parteien auf den Ausgang der Wahl einschätzen mag, ergab sich unter diesen Voraussetzungen für Schuster eine besondere Rolle. Podiumsdiskussionen bzw. direkte Konfrontationen mit den anderen Bewerbern versuchte Schuster aus zwei Gründen zu vermeiden: Er musste zum einen sehr schnell feststellen, dass ihm dieser Veranstaltungstyp weniger lag als dem einen oder anderen Mitbewerber. Schuster und die CDU waren stattdessen bestrebt, den Eindruck zu vermitteln, dass er bereits dort sei, wo die anderen hinwollen. Anders ausgedrückt: Der von der CDU unterstützte Schuster reklamierte den Amtsbonus für sich. Dieser Strategie war es eher abträglich, die direkte Auseinandersetzung mit den Herausforderern zu suchen. Zum zweiten war also davon auszugehen, dass Podiumsveranstaltungen mit den anderen Kandidaten vor allem den Konkurrenten nutzen würde, um ihr Profil zu schärfen.

Es galt die Devise: Wolfgang Schuster ist bereits im Rathaus, und die direkte Auseinandersetzung mit einer Mitbewerberin oder einem Mitbewerber schadet ihm per se, weil

¹²⁴ Vgl. ebd.: „Podiumsdiskussionen sind Schuster Sache offenbar nicht (...)“, stellte der Kommentator der *StZ* fest. „(...) Das beherrscht sein Kontrahent aus dem Lager der Grünen weitaus besser.“

sie den anderen die Chance gibt, ihm auf Augenhöhe zu begegnen. Damit wurde die klassische Wahlkampfkonstellation evoziert, wie sie sich eigentlich für einen Kandidaten ergibt, der sich um die Wiederwahl bewirbt.

„Als Oberbürgermeister mag sich Schuster schon fühlen – zumindest macht er wie ein Amtsträger Wahlkampf“¹²⁵, schrieb die *Stuttgarter Zeitung* in einer Charakterisierung des Kandidaten Schuster am 5. Oktober 1996. „Seit Frühjahr ist er der Bürgermeister, dessen Konterfei am häufigsten im städtischen Amtsblatt erschienen ist. (...) Schuster nützt den Amtsbonus.“ Diese Strategie galt nahezu unverändert bis zum ersten Wahlgang am 20. Oktober 1996.

Es ist übrigens keineswegs so, dass eine Bewerbung, die unmittelbar aus dem Verwaltungsapparat der betroffenen Gemeinde heraus abgegeben wird, automatisch bessere Erfolgsaussichten hätte. Das Gegenteil sei der Fall, wie *die Vereinigung der Baden-Württembergischen Bürgermeister* mit einer 1998 vorgelegten empirischen Studie zu belegen versuchte¹²⁶: Gegenstand dieser Untersuchung sind diejenigen baden-württembergischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die im Verlauf der Jahre 1993 bis 1995 gewählt worden sind. 80 Prozent der gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben sich an der Befragung beteiligt (insgesamt 148 Bürgermeister). Unterlegene Bewerberinnen und Bewerber wurden nicht erfasst.¹²⁷ Dabei verneinte die große Mehrzahl der Befragten die Frage, ob sie zum Zeitpunkt der Wahl einen persönlichen örtlichen Bezug zur Wahlgemeinde hatten. Unabhängig von der Einwohnergröße der Gemeinden setzte sich danach in der deutlichen Mehrzahl ein Kandidat oder eine Kandidatin von außen durch.¹²⁸

¹²⁵ Thomas Borgmann: „Der Kandidat tritt zuweilen auf wie ein Titelverteidiger“; in: *StZ* vom 5. Oktober 1996.

¹²⁶ Vgl. die differenzierte Auswertung der Studie von Norbert Roth: „Wie wird man Bürgermeister und warum? – Motivationen, Erkenntnisse, Hinweise, Handlungsanleitungen zum Wahlkampf“; in: *Position und Situation der Bürgermeister in Baden-Württemberg*, hrsg. von Norbert Roth, Stuttgart u.a., 1998, S. 110-139.

¹²⁷ „Es bleibt zu erwähnen, dass unterlegene, also nicht gewählte Kandidaten kaum erreichbar waren und deshalb auch nicht befragt werden konnten“; heißt es einschränkend (Ebd., S. 111).

¹²⁸ Vgl. ebd. S. 115: Gemeinden mit bis zu 2.000 Einwohnern: 2 neu gewählte Bürgermeister bejahen den erfragten „persönlichen örtlichen Bezug“, während ihn 10 verneinen; 2.000–5.000 Einwoh-

„Rund drei Viertel der gewählten Bürgermeister kommen von auswärts, hatten also zuvor keine Verbindung zu ihrer späteren Heimatgemeinde. Hier kommt vor allem die württembergische Tradition zum sichtbaren Ausdruck, dass man sich von dem Bürgermeister in der Gemeinde insbesondere Unabhängigkeit wünscht und deshalb schon vorbeugend einen auswärtigen Kandidaten bevorzugt. Auch in Baden ist eine solche Tendenz zunehmend feststellbar.“¹²⁹

Ebenso wie Corinna Werwigk-Hertneck setzte Rainer Brechtken 1996 fast ausschließlich auf die Vermittlung inhaltlicher Akzente. Eine Konfrontation mit Mitbewerbern, wie sie Schlauch mit Schuster suchte, um sich in der Rolle des Herausforderers zu profilieren, spielte bis zum ersten Wahlgang für Brechtken fast keine Rolle. Bemerkenswert ist dieser Unterschied in der Wahlkampfstrategie der Kandidaten Brechtken und Schlauch vor dem Hintergrund, dass die SPD bei der zuletzt vorangegangenen Wahl in Stuttgart, der Landtagswahl vom 26. März 1996, in den Stimmenanteilen im Durchschnitt um zehn Prozent vor den Grünen lag. Die SPD erzielte bei dieser Wahl zum Landtag von Baden-Württemberg 26,3 Prozent, während die Grünen auf 16,3 Prozent kamen.

Typischerweise reklamiert in der Parteiendemokratie ein Vertreter der stärksten Oppositionspartei die Rolle des sogenannten Oppositionsführers für sich. Überträgt man dieses Schema auf die Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl, so wäre diese Rolle eigentlich Rainer Brechtken und nicht Rezzo Schlauch zugekommen. Daraus den Schluss zu

ner: 14 ja – 42 nein, 5.000–10.000 Einwohner: 8 ja – 17 nein, 10.000–20.000 Einwohner: 1 ja – 11 nein; über 20.000 Einwohner: 1 ja – 7 nein.

¹²⁹ Ebd., S. 115. Die Beobachtung *Roths* spräche damit eher gegen einen vermeintlichen Heimvorteil des CDU-Kandidaten in Stuttgart im Jahr 1996. Einschränkend bemerkt übrigens der Politikwissenschaftler *Gerd Mielke* im Jahr 2002 vor der Freiburger Oberbürgermeisterwahl im Interview mit der *Badischen Zeitung* Folgendes: „Der Kandidat muss sich mit der Stadt identifizieren, und die Wähler müssen ihn mit ihrer Stadt in Einklang bringen können. In kleinen Gemeinden mit den dort manchmal generationenlangen Sippenstreitereien kann es wohlthuend sein, wenn jemand von außen kommt. Für Großstädte gilt das nicht.“ (so *Gerd Mielke* im Interview mit *Stefan Hupka* für die *Badische Zeitung* vom 11. April 2002) *Mielke* widersprach damit dem Politikwissenschaftler *Hans-Georg Wehling*, der zwei Tage zuvor im Interview mit der *Badischen Zeitung* Außenbewerbern grundsätzlich bei OB-Wahlen bessere Chancen einräumte als Innenbewerbern. (vgl. *Bernd Serger* im Interview mit *Hans-Georg Wehling* für die *Badische Zeitung* vom 9. April 2002).

ziehen, die Personenwahl auf kommunaler Ebene sei eben doch den gängigen parteipolitischen Verhaltensmustern entzogen, wäre indes voreilig. Selbst im Rollenverhalten im Deutschen Bundestag stilisierten Teile der Medien in der letzten Amtsperiode des Kanzlers Helmut Kohl den grünen Fraktionssprecher Joseph Fischer immer wieder zum "heimlichen" Oppositionsführer, neben dem der SPD-Fraktionschef Rudolf Scharping eher bloss wirkte.¹³⁰

Zurück zur Stuttgarter OB-Wahl des Jahres 1996 und zur nahezu gänzlich fehlenden Bereitschaft des SPD-Kandidaten Rainer Brechtken, die direkte Auseinandersetzung mit den Mitbewerbern zu suchen: Ganz ohne persönlich gehaltene Vorwürfe gegen den konkurrierenden politischen Gegner kam allerdings auch Brechtken nicht aus. Bei der Podiumsveranstaltung der Kandidaten in der "Alten Reithalle" in Stuttgart distanzierte sich Brechtken von einem strategischen Mittel des Kandidaten Schuster: „Ich lasse keine Prominenz einfliegen, um mir zu helfen“¹³¹, sagte Brechtken an die Adresse des Stuttgarter Kulturbürgermeisters, der zahlreiche Wahlkampfauftritte mit Politprominenz aus Bundes- und Landespolitik im Zuge seines Wahlkampfes absolvierte.

Die Begründung des SPD-Kandidaten zu dieser Abgrenzung ist aufschlussreich, weil sie das Verhältnis des Bürgermeisters zur ihn tragenden Partei aufs Korn nahm: „Ein OB muss frei sein, um die Interessen der Stadt zu vertreten.“¹³² Hinter diesem von Brechtken vorgetragenen Einwand steckt die in der Forschung ebenfalls vertretene Auffassung, dass ein Oberbürgermeister, der sich im Wahlkampf zu sehr ins Fahrwasser einer ihn unterstützenden Partei begibt, nach seiner Wahl folgerichtig unter ebensolchen Abhängigkeiten zu leiden habe. Diese Gefahr, dass die Partei im Gegenzug nach der Wahl vom Stadtoberhaupt eine Bringschuld einfordern könnte, ist sicher nicht von der

¹³⁰ Nachdem der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine Ende 1995 den SPD-Fraktionschef Rudolf Scharping in einer Kampfabstimmung als Parteivorsitzenden abgelöst hatte, war Scharpings Gewicht innerhalb seiner Partei bereits deutlich geschwächt. Bei öffentlichkeitswirksamen Debatten im Bundestag ergriff nun der neue Parteichef in seiner Funktion als Bundesratsmitglied für die SPD bei wichtigen Debatten das Wort.

¹³¹ *Thomas Borgmann*: „Die Wähler auf der Suche nach dem Rommel-Ersatz“; in: *StZ* vom 7. Oktober 1996.

¹³² Ebd.

Hand zu weisen.¹³³ Ob der Gewählte diesem Drängen dann allerdings stattgibt, ist eine andere Frage.

3.4. Das Ringen um den Bekanntheitsgrad

Der Weg zum Erfolg bei einer Oberbürgermeisterwahl führt für die einzelnen Kandidaten über die Steigerung des eigenen Bekanntheitsgrades. Zuerst muss sich der Wähler sein ganz persönliches Bild vom jeweiligen Bewerber machen können, bevor er sich mit Blick auf die sachlichen Anforderungen, die an einen Oberbürgermeister gestellt werden, mit den Kompetenzen des Kandidaten befasst. Zwar spielen die ihn tragende politische Partei sowie die vorgetragenen kommunalpolitischen Standpunkte für die Wahlentscheidung eine wichtige Rolle. Aber mit der zunehmenden medialen Inszenierung von Wahlkämpfen wachsen auch die Anforderungen an den Spitzenkandidaten, sich öffentlichkeitswirksam darzustellen. Die Partei kann ihren Kandidaten dabei nach Kräften unterstützen. Der Inszenierungsaspekt hatte für die Kandidaten in der baden-württembergischen Landeshauptstadt 1996 besonderes Gewicht.

Der Unterschied zwischen einer Parlamentswahl, bei der politische Parteien um Sitze konkurrieren, und der hier untersuchten Persönlichkeitswahl ist unter diesem Gesichtspunkt geringer, als man vielleicht erwarten würde. Denn was für den Einfluss der politischen Parteien auf die Persönlichkeitswahl in der Landeshauptstadt hier schon a priori angenommen wurde, gilt umgekehrt auch für Parlamentswahlen, die einen Hang zur Personalisierung erkennen lassen. Zwar konkurrieren die politischen Parteien um die Sitze im Bundestag, Landtag oder im Gemeinderat, aber das Erscheinungsbild ihrer Spitzenkandidaten in den Medien spielt für die Erfolgsaussicht eine ganz maßgebliche

¹³³ „Es ist in der Regel ein taktischer Fehler, wenn man im OB-Wahlkampf Parteigrößen aufmarschieren lässt“, unterstellte *Hans-Georg Wehling* im Interview mit der *Badischen Zeitung* am 9. April 2002. Er sprach von einem „kapitalen Fehler“, den Schuster 1996 im Wahlkampf gemacht habe, als er „seinerzeit Helmut Kohl geholt hat“.

Rolle. Dabei liegt die Vermutung nahe, dass Bundestags- oder Landtagswahlen eine stärkere Personalisierung der Wahlentscheidung erfahren als Gemeinderatswahlen.¹³⁴

Vor allem in Großstädten wie Stuttgart sind hingegen die Kandidaten der Parteien bei Gemeinderatswahlen dem Gros der Wähler kaum bekannt: „Die These von der Vertrautheit der Wähler mit örtlichen Verhältnissen ist [allerdings] ein Mythos, der den sozialen und politischen Gegebenheiten in modernen Gesellschaften kaum mehr gerecht wird und schon gar nicht für Großstädte gilt. Bekannt sind in Kommunen die Oberbürgermeister; bereits führende Parteipolitiker, wie die Vorsitzenden der Gemeinderatsfraktionen, sind für die meisten Wähler unbeschriebene Blätter. In Stuttgart war kein Vorsitzender der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen mehr als fünf Prozent der Befragten [Anm. Hoecker: gemeint ist hier die Kommunalwahl in Stuttgart im Jahr 1994] bekannt. Selbst unter den Wählern seiner Partei erreichte lediglich der SPD-Fraktionsvorsitzende Matthias Hahn einen Bekanntheitsgrad von knapp über zehn Prozent.“¹³⁵

Für die Stuttgarter OB-Wahl des Jahres 1996 ergab sich im September folgendes Bild: Am 19. September 1998 präsentierte die *Stuttgarter Zeitung* eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *Infratest Burke*¹³⁶. Danach war Rezzo Schlauch einen

¹³⁴ Zahlreiche Umfragen etwa zum Ergebnis der Bundestagswahl 1998 haben beispielsweise belegt, dass für den Wahlsieg von SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Präferenz der Wählerinnen und Wähler für die Spitzenkandidaten und im besonderen ihre Ablehnung des Kandidaten der CDU/CSU, des Bundeskanzlers Helmut Kohl, ausschlaggebend gewesen ist. Vgl. dazu stellvertretend "Interne Studien Nr. 173/1998 der *Konrad-Adenauer-Stiftung*; *Hans-Joachim Veen* u.a.: Analyse der Bundestagswahl am 27. September 1998", St. Augustin am 15. Oktober 1998: „Schließlich konnte Bundeskanzler Kohl im Unterschied zu 1994 keinen Amtsbonus mehr ins Feld führen. In der Kanzlerpräferenz rangierte er hinter Gerhard Schröder (...)“, heißt es dort. „Die SPD profitierte von dem ausgeprägten Wechselbedürfnis und der Unzufriedenheit mit der Regierung. Das Kalkül, den Wechsel von Schröder verkörpern zu lassen, ging bis zum Wahlgang auf. In der Kanzlerpräferenz führte Schröder vor Kohl. Er galt als der Mann, der eher als Kohl bereit schien, neue Wege in der Politik zu gehen.“ (S. 6.)

¹³⁵ *Oscar W. Gabriel*: Kommunales Wahlverhalten: Parteien, Themen und Kandidaten; in: *Oscar W. Gabriel u.a.* (Hrsg.): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt, Opladen, 1997, S. 152 f.

¹³⁶ *Infratest Burke*, Berlin, hat zwischen dem 9. und 14. September 1996 im Auftrag der *Stuttgarter Zeitung* 1.000 stimmberechtigte Bürgerinnen und Bürger im Alter von über 18 Jahren nach ihren Einschätzungen über den Ausgang der Oberbürgermeisterwahl telefonisch befragt. Sie wurden über ein computergestütztes Zufallsverfahren ausgewählt. Dabei ging es zum einen um den Bekanntheitsgrad der fünf Kandidaten der im Gemeinderat vertretenen Parteien (also Schlauch, Schuster, Brechtken, Werwig-Hertneck und Lieberwirth) sowie um die Problemlösungskompetenz, die ihnen die Befragten beimaßen.

Monat vor der Wahl 79 Prozent der Befragten bekannt (vor Corinna Werwigk-Hertneck mit 54 Prozent, Wolfgang Schuster mit 48 Prozent, Rainer Brechtken mit 31 Prozent und Dieter Lieberwirth mit 18 Prozent). Die größte Problemlösungskompetenz attestierten die Befragten dem Kandidaten Schuster (19 Prozent) vor Schlauch (17 Prozent), Brechtken (5 Prozent), Corinna Werwigk-Hertneck (4 Prozent) und Dieter Lieberwirth (0 Prozent).

Der ausgesprochen hohe Bekanntheitsgrad der Kandidaten Schlauch und Werwigk-Hertneck (im Unterschied zu Schuster und Brechtken) mag auf den ersten Blick überraschen. Er hing aber wohl damit zusammen, dass der Zeitpunkt der Umfrage der Dramaturgie des Wahlkampfes dieser beiden Bewerber entgegenkam. Ihre Wahlkampfteams hatten das Konterfei ihrer Kandidaten Anfang September auf den Straßen der Landeshauptstadt bereits massiv plakatiert, während die Plakate von Schuster, Brechtken und Lieberwirth erst nach diesem Erhebungszeitraum aufgestellt wurden. Die Botschaft, die von der vorgelegten Umfrage über das Profil der Kandidaten ausging, hatte trotzdem für die Analyse des Wählerverhaltens erhebliche Aussagekraft:

Der grüne Kandidat Schlauch verfügte Mitte September nicht nur über einen sehr hohen Bekanntheitsgrad. Der Kreis der Befragten sprach ihm auch in einem Maße Fachkompetenz zu, das dem Wert, den der von der CDU unterstützte Kandidat Schuster erzielte, sehr nahe kam. Überhaupt ist die Skala der Fachkompetenz, die die Bürgerinnen und Bürger den Kandidaten zum Befragungszeitpunkt attestierten, für das Wählerverhalten von besonderem Belang. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch eine weitere Beobachtung: Der SPD-Kandidat Brechtken lag in der Skala der Problemlösungskompetenz bei lediglich fünf Prozent und damit weit hinter Schuster und Schlauch. Nimmt man die auf Stuttgart bezogenen Ergebnisse der sechs Monate zuvor erfolgten Landtagswahl zum Maßstab (CDU: 33,6 Prozent, SPD: 26,3 Prozent, Bündnis 90/Die Grünen: 16,3 Prozent, FDP/DVP: 11,9 Prozent, Rep: 2,6 Prozent), so war zunächst stattdessen davon auszugehen, dass der Kandidat der SPD in punkto Problemlösungskompetenz bessere Werte als der Kandidat von Bündnis 90/Die Grünen erzielen würde (vorausgesetzt, man geht von einem rein parteipolitischen Horizont aus).

Das Umfrageergebnis ließ sich vor diesem Hintergrund als Indiz dafür anführen, dass die Bürgermeisterwahl eben doch nicht als Abbild der parteipolitischen Kräfteverhältnisse in einer Stadt gesehen werden darf. Überzeugender scheint allerdings ein anderes Argumentationsmuster, das nur scheinbar an den parteifernen Ansatz anknüpft: Dem grünen Kandidaten Schlauch ist es offenbar gelungen, breite Wählerschichten anzusprechen, die bei den vorangegangenen Parlamentswahlen primär zur Klientel der SPD gehört haben. Sein Versuch, sich als Alternative zum Unionskandidaten (auf Kosten des SPD-Mitglieds Brechtken) zu profilieren, war offenbar erfolgreich (und ging unmittelbar zulasten des SPD-Kandidaten).

Zwar war das Umfrageergebnis gut vier Wochen vor der Wahl nur eine Momentaufnahme. Aber es zeigte deutlich, dass die Gesamtstrategie des grünen Kandidaten bis zu diesem Zeitpunkt auf Kosten des Mitbewerbers von der SPD voll aufgegangen war. Schlauch setzte sich mit Erfolg gegen Schuster in Szene, in dem er schon vor dem ersten Wahlgang einen Lagerwahlkampf inszenierte. Dies ist eine sehr wichtige Beobachtung, die sich auf der Grundlage der im September von der *Stuttgarter Zeitung* veröffentlichten Umfrage machen lässt.

„Bei Rainer Brechtken und den Sozialdemokraten müssen alle Alarmsirenen aufheulen. Die Umfrage bestätigt, was Beobachter seit Wochen spüren: Dieter Spöris ehemaliger Staatssekretär ist in Stuttgart weitgehend unbekannt – sogar in der eigenen Partei. (...) Nur fünf Prozent der Befragten trauen Brechtken zu, Rommels Nachfolger zu werden. Das ist ein miserabler Wert. (...) Die Erkenntnis, dass der Grüne Schlauch den höchsten Bekanntheitsgrad besitzt, ist keine Überraschung. Eher schon die Tatsache, dass Corinna Werwigk-Hertneck den zweiten Platz belegt: Die einzige Frau im Rennen, dazuhin Trägerin eines ungewöhnlichen Namens, ist offenbar mit einem guten Wahlkampfkonzept rechtzeitig gestartet. (...) Schuster muss noch allerhand Überzeugungsarbeit leisten. Sein Hauptgegner heißt Rezzo Schlauch. Der sprüht vor Kampfgeist und profitiert vom allgemeinen Aufwind der Grünen. Sollte Schuster die Hoffnung

hegen, für ihn als Favoriten, mit der CDU im Rücken, sei alles klar, dann könnte es am Ende ein böses Erwachen geben.¹³⁷

3.5. Wahlkampfauftritte mit überregional bekannter Parteiprominenz

Ob und in welchem Ausmaß ein Kandidat sich im Wahlkampf mit Politprominenz seiner Couleur aus Bund und Land zeigt, ist ein Indiz für die parteipolitische Verankerung der jeweiligen Bewerbung. Aufschlussreich ist hier zum Beispiel der Vergleich zwischen den beiden Kandidaten der großen Parteien Schuster (CDU) und Brechtken (SPD). Letzterer verzichtete bewusst auf die Auftritte prominenter Parteifreunde, um nach außen hin parteipolitische Unabhängigkeit zu dokumentieren. „Ich lasse keine Prominenz einfliegen, um mir zu helfen“, hielt Brechtken seinem von der CDU unterstützten Kontrahenten vor. „Ein OB muss frei sein, um die Interessen der Stadt zu vertreten – ohne Rücksicht auf Parteiprominenz.“¹³⁸

Dies ist ein Beleg dafür, dass Brechtken darauf bedacht war, seinen parteipolitischen Hintergrund nicht zu deutlich aufscheinen zu lassen. Zwar bekannte sich der ehemalige Wirtschaftsstaatssekretär zu seinem SPD-Parteibuch. Er legte jedoch Wert darauf, dass seine Bewerbung um das kommunale Spitzenamt bis zum 20. Oktober (= bis zum ersten Wahlgang) als überparteiliche, nicht zwingend nur der klassischen Klientel seiner Partei verpflichtete Initiative verstanden wurde. Der Verzicht Brechtkens auf demonstrativen Beistand sozialdemokratischer Politprominenz wurde jedenfalls angesichts der im September veröffentlichten Umfrageergebnisse eher skeptisch beurteilt. „Es hat den Anschein, als kämpfe er [Brechtken] mutterseelenallein. Bei seinen Auftritten fehlt jegliche Parteiprominenz aus Stadt und Land – ein seltsames Bild“¹³⁹, kommentierte die *Stuttgarter Zeitung* am 19. September 1996.

¹³⁷ Thomas Borgmann: „Warnsignale“ in: *StZ* vom 19. September 1996.

¹³⁸ Ders.: „Die Wähler auf der Suche nach dem Rommel-Ersatz“, in: *StZ* vom 7. Oktober 1996.

¹³⁹ Ders.: „Warnsignale; in: *StZ* vom 19. September 1996.

Ganz anders verfuhr die CDU und ihr Kandidat Wolfgang Schuster. Gemeinsame Wahlkampfauftritte mit bundes-, landes- und kommunalpolitischer Politprominenz sollten zeigen, dass die Union geschlossen und mit großem Einsatz hinter dem Kandidaten stand. „Die Konservativen scheuten keinen Aufwand, weder an Geld noch an Prominenz“¹⁴⁰, schrieb die *Süddeutsche Zeitung* zwei Tage vor der Wahl. „Vorigen Freitag warf sich auf dem Marktplatz sogar der Bundeskanzler in die Schanze für Wolfgang Schuster. Und auch wenn Helmut Kohl den 3.000 Besuchern versehentlich einen Manfred Schuster nahezubringen suchte, war es jedenfalls die bei weitem größte Veranstaltung.“

Die Strategie der CDU unterstreicht zweierlei: Profilierte CDU-Politiker, an der Spitze Bundeskanzler Kohl aber ebenso Ministerpräsident Teufel sowie baden-württembergische Kabinettsmitglieder, sorgten für die angestrebte parteipolitische Aura des Kandidaten und für das entsprechend große Interesse an ihm. Der öffentliche Schulterchluss der CDU mit dem Kandidaten Schuster war Ziel und Zweck ihres Auftritts. Dass der Kanzler den Vornamen des Protegierten im Eifer des Gefechtes verwechselte, war gewiss verzeihlich und gab seinem Auftritt auf dem Stuttgarter Marktplatz sogar noch eine "besondere Note": Zwar forderte Kohl die Zuhörer fälschlicherweise dazu auf, "Manfred Schuster" zu wählen. Er bemerkte allerdings seinen Lapsus sofort und nutzte ihn zur Hommage für Schusters scheidenden Vorgänger: Wolfgang Schuster solle das OB-Amt in Stuttgart ganz in der Tradition seines populären Vorgängers Manfred Rommel ausüben, gab der Bundeskanzler dem von der CDU unterstützten Bewerber mit auf den Weg.

Die Strategie der Kandidaten der kleineren Parteien unterschied sich aus leicht nachvollziehbaren taktischen Erwägungen davon ganz erheblich: Für Rezzo Schlauch (Bündnis 90/Die Grünen), Corinna Werwigk-Hertneck (FDP) und Dieter Lieberwirth (Die Republikaner) war klar, dass sie Wähler für sich gewinnen mussten, die über die traditionelle Klientel ihrer eigenen Partei hinausgingen. Insofern ist nachvollziehbar, dass sie auf entsprechende Auftritte ihrer Politprominenz verzichteten. Dem Versuch,

¹⁴⁰ *Wulf Reimer*: „In Manfred Rommels großem Schatten“; in: *SZ* vom 18. Oktober 1996. Vgl. auch *Andreas Schanz*: „Der CDU-Kandidat baut auf Sachargumente und viel Parteiprominenz“; in:

im Lager der beiden großen politischen Parteien Stimmen zu gewinnen, wäre dies wohl eher abträglich gewesen. Allenfalls Spitzenpolitiker aus den eigenen Reihen von überragender Prominenz und Akzeptanz, die auch bei der Wählerklientel der politischen Konkurrenz auf große Sympathie und Ansehen stoßen, hätten sich dafür geeignet.

Bei der FDP hätte 1996 allenfalls Ex-Außenminister Hans-Dietrich Genscher diese Rolle einnehmen können. Joschka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) war 1996 noch nicht so weit. Erst nach 1998, als die Grünen als Koalitionspartner der SPD in die neue Bundesregierung eintraten und Fischer Außenminister wurde, avancierte dieser zum beliebtesten deutschen Politiker: Damit würde er sich inzwischen eher eignen als Fürsprecher für grüne Spitzenkandidaten bei Oberbürgermeisterwahlen.

Am weitesten entfernte sich Rezzo Schlauch von der angestammten Wählerklientel seiner Partei: Er war bestrebt, tief ins Wählerlager der politischen Mitte, tief auch in dezidiert bürgerliche Wählerschichten vorzudringen. Beispielhaft sei an dieser Stelle eine Veranstaltung erwähnt, die Schlauch am 6. September 1996 in der Stuttgarter *Wielandshöhe* durchführte: Der Kandidat lud handverlesen 200 gut situierte Stuttgarter Multiplikatoren zu einem Gourmet-Essen ein, für das jeder Teilnehmer 888 Mark berappen musste. 800 Mark gingen davon in die Wahlkampfkasse des Kandidaten, 80 Mark kostete das Essen und 8 Mark erhielt der Kellner als Trinkgeld. „Klar ist ja, dass ich mir solche Summen, wie die anderen haben, nicht leisten kann“¹⁴¹, erklärte Schlauch im *Südwestfunk* und rechtfertigte die Veranstaltung mit seinem geringen Wahlkampfbudget.

Sehr viel wichtiger scheint das parteipolitische Signal, das Schlauch mit dieser Multiplikatorenveranstaltung verband. Seine Kandidatur sollte auch ein Angebot an die bürgerliche Mitte sein, um sich zum ernsthaften Konkurrenten der Kandidaten der beiden großen Volksparteien aufschwingen zu können. Das war auch deshalb möglich,

Schwäbische Zeitung vom 10. September 1996.

¹⁴¹ Thomas Dürselen: „Stuttgart: Die amerikanische Art des Spendensammelns – OB-Wahlkampf von Rezzo Schlauch, Grüne“; in: *SWF 1* am 20. August 1996 in der Sendung *Baden-Württemberg aktuell*.

weil die Stammwählerschaft der Grünen 1996 nicht mehr wie noch in den achtziger Jahren im Schwerpunkt in traditionellen, ideologischen Denkmustern verhaftet war und ihr baden-württembergischer Landesverband ohnehin überwiegend dem sogenannten Realo-Flügel der Partei zugeordnet wurde.

Die Verschiebungen in der Stammwählerschaft der Grünen verdeutlicht eine von *Jürgen W. Falter* im Juni 1996 vorgelegte Studie, die das Landtagswahlergebnis der rheinland-pfälzischen Grünen am 24. März 1996 analysierte:

„Die Grünen sind (...) von ihren Wählern her gesehen in den letzten anderthalb Jahrzehnten nicht nur immer stärker zu einer Mittelschichtpartei, sondern auch weltanschauungsmäßig zu einer typischen Partei der linken Mitte geworden, obwohl die ideologische Spannweite nach wie vor sehr groß ist.“¹⁴²

¹⁴² *Jürgen W. Falter*: Die WählerInnen der rheinland-pfälzischen Bündnisgrünen im Jahre 1996 – Eine Bewertung des Landtagswahlergebnisses für Bündnis 90/Die Grünen am 24. März 1996 in Rheinland-Pfalz, Mainz, 1996.

4. Das Votum am 20. Oktober 1996

Am 20. Oktober 1996 konnte wie erwartet keiner der Bewerber die im ersten Wahlgang erforderliche absolute Stimmenmehrheit erzielen, so dass die Entscheidung auf den 10. November vertagt werden musste. Trotzdem sind die Stimmenergebnisse der einzelnen Kandidaten aufschlussreich, da sie – gewissermaßen nach der ersten Etappe – Erkenntnisse liefern über den Erfolg bzw. den Misserfolg der jeweiligen Wahlkampfstrategie. Sie sind ein wichtiger Gradmesser mit Blick auf den drei Wochen später anstehenden zweiten Wahlakt. Darüber hinaus lässt sich das Ergebnis vom 20. Oktober 1996 vor dem parteipolitischen Hintergrund der einzelnen Kandidaten beleuchten. Es gibt Aufschluss über den jeweiligen Mobilisierungseffekt, den die Bewerber bei den Wählerinnen und Wählern erzielen konnten. Die Wahlbeteiligung lag im ersten Wahlgang bei 53,2 Prozent.

Die meisten Stimmen konnte der von der CDU unterstützte Kandidat Wolfgang Schuster auf sich vereinen. 35,2 Prozent der Wählerinnen und Wähler entschieden sich am 20. Oktober für den Stuttgarter Beigeordneten für Kultur, Bildung und Sport. Das waren 73.395 aller abgegebenen Stimmen. Der grüne Bundestagsabgeordnete Rezzo Schlauch folgte mit einem Stimmenanteil von 30,6 Prozent (absolut 63.687 Stimmen) vor dem SPD-Landtagsabgeordneten Rainer Brechtken mit 22,6 Prozent (47.078 Stimmen) und der von der FDP unterstützten Rechtsanwältin Corinna Werwigk-Hertneck, die es auf 5,2 Prozent (10.732 Stimmen) brachte. Dieter Lieberwirth, Fraktionschef der Republikaner im Stuttgarter Gemeinderat, rangierte mit 3,1 Prozent (6.506 Stimmen) an fünfter Stelle.

Die parteipolitische Bedeutung des Wahlergebnisses beleuchtet ein Leitartikel, der am Folgetag in der *Stuttgarter Zeitung* erschien: „Einerseits hat der bisher als eher blass und gehemmt verschriene Christdemokrat und Bürgermeister ein deutlich besseres Ergebnis eingefahren als seine Partei sowohl bei den letzten Kommunalwahlen als auch bei der Landtagswahl im Frühjahr. (...) Sollte er auf die liberalen Stimmen rechnen

dürfen, falls die total enttäuschte FDP-Kandidatin Corinna Werwigk-Hertneck das Rennen aufgibt, dann stehen die Chancen für die zweite Runde gut. Andererseits ist bemerkenswert, dass Grün und Rot es zusammen auf mehr als 50 Prozent gebracht haben. Doch das würde nur zum Erfolg führen, wenn einer der beiden Kandidaten zugunsten des anderen zurückzöge und die Wähler diese Rochade mitmachten. (...) Rezzo Schlauch hat nach seinem blendenden Ergebnis, das er weniger kühlen Konzepten als vielmehr seiner prallen Persönlichkeit verdankt, nicht den geringsten Grund aufzugeben. Er will es wissen, jetzt erst recht. Ähnliches gilt für den Sozialdemokraten Rainer Brechtken, der im Lauf der vergangenen Wochen auch ohne Parteiunterstützung immer mehr aus dem Totalschatten seiner Unbekanntheit herausstrahlt und hofft, sich in den bevorstehenden Wochen noch weiter zu steigern. Bei aller Kampfeslust der Herren von Rot und Grün: ihre Rivalität ist Schusters Chance.¹⁴³

Ergebnis der Oberbürgermeisterwahl am 20. Oktober 1996 nach Stadtteilen

Stadtteil	Schuster in Prozent	Schlauch in Prozent	Brechtken in Prozent	Werwigk-Hertneck in Prozent	Lieberwirth in Prozent
West (34.629 Wahlberechtigte)	27,6	39,7	20,7	6,3	2,5
Mitte (13.683)	27,6	41,7	20,0	3,7	2,9
Nord (16.760)	33,1	30,7	24,3	5,6	3,6
Ost (31.888)	32,9	31,8	23,6	4,2	2,8
Frauenkopf (581)	45,0	28,8	17,2	7,0	0,3
Süd (23.847)	29,4	37,8	21,6	3,9	2,3
Kaltental (4.198)	31,1	31,4	28,7	4,6	1,8
Botnang (9.804)	34,1	25,5	26,7	7,8	4,0
Feuerbach (18.698)	35,3	26,1	25,7	4,9	4,0
Weilimdorf (12.177)	34,0	26,3	25,4	6,5	4,1
Bergheim (2.346)	39,5	21,9	25,4	4,2	6,9
Giebel (3.485)	41,4	21,0	23,9	3,3	5,7
Hausen (592)	27,6	19,9	31,5	1,1	2,8
Wolfbusch (1.673)	32,4	25,2	29,6	6,0	4,6
Stammheim (8.191)	33,2	29,2	26,1	6,2	2,6

¹⁴³ *Martin Hohnecker*: „Etappensieg für Schuster“; in: *StZ* vom 21. Oktober 1996.

Zuffenhausen (14.357)	36,8	25,6	23,4	5,0	3,6
Neuwirtshaus (686)	31,6	19,6	35,5	4,5	5,9
Rot (7.270)	44,4	18,5	21,5	4,0	6,0
Zazenhausen (1.172)	38,9	34,2	18,9	3,7	1,4
Mühlhausen (2.333)	32,4	27,7	30,4	3,5	2,6
Freiberg (5.315)	36,8	18,6	31,0	4,1	6,6
Mönchfeld (2.448)	43,3	18,8	25,7	2,0	5,4
Hofen (3.199)	38,9	22,9	26,6	4,8	4,0
Neugereut (5.560)	36,6	22,0	29,4	4,2	4,9
Münster (4.817)	34,1	23,7	33,1	2,9	3,5
Bad Cannstatt (36.118)	33,5	27,4	26,0	4,0	3,8
Sommerrain (2.450)	37,6	24,7	27,3	4,4	3,3
Steinhalden- feld (2.760)	35,1	23,2	28,5	4,9	5,3
Untertürkheim (8.192)	33,3	26,6	23,9	8,5	2,8
Luginsland (2.392)	28,8	26,3	32,9	7,9	2,3
Rotenberg (607)	43,3	27,2	21,7	5,0	0,8
Obertürkheim (3.530)	32,4	29,6	27,9	5,0	1,9
Uhlbach (2.164)	39,8	25,2	26,4	4,5	2,7
Hedelfingen (3.628)	35,3	23,7	25,6	5,9	4,4
Lederberg (433)	32,4	33,2	23,6	8,0	2,0
Rohracker (2.589)	30,8	31,0	29,2	3,6	2,8
Wangen (5.892)	30,5	29,3	29,0	3,7	2,0
Sillenbach (5.967)	34,8	32,6	22,3	5,9	2,9
Heumaden (6.884)	40,4	23,5	25,3	4,9	4,1
Riedenberg (4.625)	42,8	25,9	21,1	5,4	2,3
Birkach (3.510)	32,5	32,9	24,8	4,8	3,1
Schönberg (1.112)	37,3	29,2	19,3	9,6	1,3
Plieningen (5.411)	28,8	38,7	24,4	4,0	2,1
Steckfeld (1.508)	30,5	34,5	26,1	4,0	2,8
Asemwald (1.533)	40,7	20,0	26,4	5,1	5,1
Degerloch	35,0	30,3	24,7	4,7	2,6

(10.204)					
Hoffeld (2.510)	39,5	23,9	26,5	5,3	3,4
Möhringen (13.988)	36,3	29,8	23,0	5,6	2,3
Fasanenhof (4.704)	40,8	22,5	24,4	3,7	4,4
Sonnenberg (2.668)	38,0	31,6	20,4	5,2	3,0
Vaihingen (18.173)	32,0	34,9	22,5	5,2	2,7
Büsnau (1.872)	45,5	23,7	17,0	4,7	5,0
Rohr (6.194)	34,0	34,1	21,8	5,3	2,7
Dürtlewang (2.773)	42,9	22,7	22,7	4,1	4,5
Briefwahl	41,8	33,4	14,1	5,8	2,4
Stuttgart insgesamt (394.100)	35,2	30,6	22,6	5,2	3,1

(Quelle: Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt (Hrsg.): Themenheft 1996/5: Die Oberbürgermeisterwahl am 20. Oktober 1996 und die Neuwahl am 10. November 1996 in Stuttgart)

4.1. Das Stimmenergebnis des Kandidaten Wolfgang Schuster

Die CDU hatte am 24. März 1996 bei der Wahl zum 12. Landtag in Stuttgart einen Stimmenanteil von 33,6 Prozent erreicht. Wolfgang Schuster konnte den Stimmenanteil also, legt man das CDU-Ergebnis der Landtagswahl zugrunde, knapp sieben Monate später um 1,6 Prozent steigern. Die parteipolitische Interpretation seines Wahlergebnisses nahm übrigens der Kandidat am Tag nach der Wahl selbst vor. „Der Stimmenanteil liegt [außerdem] über dem, den die Stuttgarter CDU im Kommunal- und Landtagswahlkampf erreicht hat“¹⁴⁴, kommentierte Wolfgang Schuster das Resultat. Prozentuale Gewinne in Höhe von 1,2 Prozentpunkten gingen bei der Landtagswahl am 24. März 1996 auf das Konto der CDU, wenn man vom Ergebnis der Stuttgarter Kommunalwahl des Jahres 1994 ausgeht.

Aufschlussreich ist ein Vergleich der Stimmenanteile bezogen auf einzelne Stuttgarter Stadtteile, bei dem das CDU-Resultat der Landtagswahl vom März 1996 dem Ergebnis

¹⁴⁴ „Klar vorne – das war unser Ziel“; Interview mit Wolfgang Schuster am 21. Oktober 1996 in *StN*.

gegenübergestellt wird, das Wolfgang Schuster sieben Monate später bei der OB-Wahl erzielen konnte.¹⁴⁵

Dazu empfiehlt sich zunächst ein Blick auf die Stadtteile, in denen die CDU bei der Landtagswahl ihre höchsten Stimmenanteile verbuchen konnte:

Stadtteil (Wahlberechtigte 10/1996)	CDU-Landtags- wahlergebnis 3/1996 in Prozent	Ergebnis Schuster OB- Wahl 20.10.1996 in Prozent	Differenz Landtags- wahl/OB-Wahl in Prozentpunkten
Rotenberg (607)	47,7	43,3	-4,4
Büsnau (1.872)	45,1	45,5	0,4
Uhlbach (2.164)	43,2	39,8	-3,4
Hofen (4.625)	42,5	38,9	-3,6
Riedenberg (4.625)	39,2	42,8	3,6

In allen Stuttgarter Stadtteilen, in denen die CDU am 24. März 1996 mehr als 36 Prozent der Stimmen erzielt hatte (bei 33,6 Prozent der Stimmen in Stuttgart insgesamt), lag Schuster am 20. Oktober 1996 über seinem in Stuttgart erzielten Durchschnittswert von 35,2 Prozent. Die einzige Ausnahme hiervon machte der kleine Stuttgarter Stadtteil Lederberg, in dem bei der Landtagswahl am 24. März 433 Personen wahlberechtigt waren. In Lederberg erzielte der Oberbürgermeisterkandidat Wolfgang Schuster im ersten Wahlgang nur 32,4 Prozent der abgegebenen Stimmen. Allerdings ist das Ergebnis in einem besonders kleinen Stadtteil sehr viel weniger repräsentativ als in größeren Stadtteilen, da die prozentuale Schwankung bei nominellen Abweichungen deutlich größer ist. Dies bestätigt im Fall des Stadtteils Lederberg der Blick auf das Wahlergebnis der Landtagswahl 1996. Dort legte die CDU im Vergleich zur vorherigen Landtagswahl 1992 um 6,2 Prozentpunkte zu, sie verzeichnete dort – prozentual

¹⁴⁵ Vgl. zum Folgenden die Publikationen der *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt*: Themenheft 1996/2: Die Landtagswahl am 24. März 1996 in Stuttgart; Themenheft 1996/5: Die Oberbürgermeisterwahl am 20. Oktober 1996 und die Neuwahl am 10. November 1996 in Stuttgart sowie den Strukturdatenatlas – Wahlen 1994 (Statistische Blätter – Sonderbeiträge Heft 51 a).

gesehen im Vergleich zur vorhergegangenen Landtagswahl – nach Freiberg und Neugereut den drittgrößten Zuwachs in einem Stuttgarter Stadtteil.

Umgekehrt lässt sich feststellen, dass die CDU am 24. März 1996 überall dort über ihrem erzielten Stuttgarter Mittelwert landen konnte, wo Schuster auch sieben Monate später seine besten Resultate erreichte. Vereinfacht gesagt: In allen Stuttgarter Stadtteilen, wo Schuster am 20. Oktober 1996 über der 40-Prozentmarke landen konnte, hatte die CDU bereits am 24. März 1996 über ihren durchschnittlich erzielten Wert von 33,6 Prozent kommen können. Damit lässt sich schlussfolgern, dass die Hochburgen der CDU und des Kandidaten Wolfgang Schuster bei den beiden Stuttgarter Wahlen im Jahr 1996 nahezu deckungsgleich waren.

Eine Gegenüberstellung der Stadtteile, in denen die CDU bei der Landtagswahl 1996 ihre niedrigsten Ergebnisse erzielte, mit Schusters Resultaten ergibt folgendes Bild:

Stadtteil (Wahlberechtigte 10/1996)	CDU-Landtags- wahlergebnis 3/1996 in Prozent	Ergebnis Schuster OB- Wahl 20.10.1996 in Prozent	Differenz Landtags- wahl/OB-Wahl in Prozentpunkten
Neuwirtshaus (686)	21,0	31,6	10,6
Hausen (592)	28,1	27,6	-0,5
Steckfeld (1.508)	28,8	30,5	1,7
Rohracker (2.589)	29,6	30,8	1,2
Wolfbusch (1.673)	30,4	32,4	2,0

Zu den Stadtbezirken, in denen die CDU bei der Landtagswahl 1996 weniger als 31,5 Prozent der Stimmen erzielt hatte, zählen auch die großen Innenstadtbezirke Stuttgart-West (32.005 Wahlberechtigte) und Stuttgart-Mitte (11.918 Wahlberechtigte). In all diesen Stadtbezirken erreichte Schuster ebenfalls bei der OB-Wahl am 20. Oktober 1996 nur unterdurchschnittliche Ergebnisse: So kam er in Stuttgart-West und in Stuttgart-Mitte nur auf jeweils 27,6 Prozent der abgegebenen Stimmen. Das waren

gemeinsam mit dem kleinen Stuttgarter Stadtteil Hausen seine schlechtesten Resultate in der Landeshauptstadt überhaupt. Nicht viel besser war Wolfgang Schusters Resultat im dritten großen Stuttgarter Innenstadtbezirk Stuttgart-Süd (23.847 Wahlberechtigte): Dort erreichte der von der CDU unterstützte Kandidat 29,4 Prozent der Stimmen. Die CDU war bei der Landtagswahl am 24. März 1996 nur geringfügig darüber gelegen, sie kam auf einen unterdurchschnittlichen Stimmenanteil von 31,8 Prozent.

4.2. Das Abschneiden des Kandidaten Rezzo Schlauch

Rezzo Schlauch kam am 20. Oktober 1996 auf 30,6 Prozent der Stimmen. Damit konnte er das Resultat der Grünen von der Landtagswahl im März – sie erreichten in der Landeshauptstadt 16,3 Prozent – nahezu verdoppeln. Schlauch konnte demnach über das Lager der grünen Wähler hinaus in hohem Maße zulegen. Vor diesem Hintergrund ist von Bedeutung, ob der Kandidat insbesondere in den grünen Hochburgen einen entsprechend hohen Mobilisierungseffekt verzeichnen konnte bzw. ob sich der Trend signifikant von den Resultaten der Grünen bei der Landtagswahl in den einzelnen Stadtteilen unterschied.

Der Vergleich der Stadtteile, in denen Bündnis 90/Die Grünen bei der Landtagswahl am 24. März 1996 die besten Ergebnisse erzielen konnte, zu den Ergebnissen Rezzo Schlauchs am 20. Oktober 1996 ergibt folgendes Bild:

Stadtteil (Wahlberechtigte 10/1996)	Landtagswahlergebnis Bündnis 90/Die Grünen, 3/1996 in Prozent	Ergebnis Schlauch OB-Wahl 20.10.1996 in Prozent	Differenz Landtags- wahl/ OB-Wahl in Prozentpunkten
Mitte (13.683)	25,7	41,7	16,0
Süd (23.847)	23,7	37,8	14,1
West (34.629)	23,4	39,7	16,3
Plieningen (5.411)	21,9	38,7	16,8
Steckfeld (1.508)	21,7	34,5	12,8

Die besten Ergebnisse in beiden Wahlen sind – obwohl Rezzo Schlauch bei der OB-Wahl sehr viel besser abschnitt als die Grünen bei der vorhergegangenen Landtagswahl – bezogen auf die einzelnen Stadtteile identisch: Rezzo Schlauch triumphierte besonders in den bevölkerungsreichen Innenstadtteilen Stuttgart-Mitte, Stuttgart-West und Stuttgart-Süd sowie im Stadtteil Plieningen. Er mobilisierte also überragend dort, wo schon die Grünen – freilich auf anderem Niveau – einige Monate zuvor ihre besten Stuttgarter Wahlergebnisse verzeichnen konnten.

Eine Gegenüberstellung der Stadtteile, in denen die Grünen im März 1996 ihre schlechtesten Ergebnisse erzielten, mit den Resultaten Schlauchs, stellt sich folgendermaßen dar:

Stadtteil (Wahlberechtigte 10/1996)	Landtagswahlergebnis Bündnis 90/Die Grünen, 3/1996 in Prozent	Ergebnis Schlauch OB-Wahl 20.10.1996 in Prozent	Differenz Landtags- wahl/ OB-Wahl in Prozentpunkten
Mönchfeld (2.448)	6,6	18,8	12,2
Freiberg (5.315)	7,1	18,6	11,5
Giebel (3.485)	7,5	21,0	13,5
Rot (7.270)	7,6	18,5	10,9
Hausen (592)	8,5	19,9	11,4

Hier lässt sich die gleiche Feststellung machen: Rezzo Schlauch erzielte exakt dort sein schlechtesten Ergebnisse, wo die Grünen bei der Landtagswahl am 24. März 1996 schon am schlechtesten abgeschnitten hatten. Schlauch verbuchte stuttgartweit seine schlechtesten Ergebnisse in Rot, Freiberg, Mönchfeld, Neuwirtshaus und Hausen. In Giebel kam er auf sein siebtniedrigstes Stimmenergebnis in einem Stuttgarter Stadtteil.

4.3. Das Resultat des Kandidaten Rainer Brechtken

Der Sozialdemokrat Rainer Brechtken kam am 20. Oktober 1996 auf 22,6 Prozent der abgegebenen Stimmen – er erreichte damit mit deutlichem Abstand hinter Schuster und Schlauch lediglich Platz 3. Rainer Brechtken schnitt in den Stadtteilen, die im März 1996 bei der Landtagswahl noch die Hochburgen der SPD waren, knapp sieben Monate später so ab:

Stadtteil (Wahlberechtigte 10/1996)	Landtagswahlergebnis SPD, 3/1996 in Prozent	Ergebnis Brechtken OB-Wahl 20.10.1996 in Prozent	Differenz Landtags- wahl/ OB-Wahl in Prozentpunkten
Neuwirtshaus (686)	43,8	35,5	-8,3
Hausen (592)	40,4	31,5	-8,9
Münster (4.817)	35,2	33,1	-2,1
Steinhaldenfeld (2.760)	34,2	28,5	-5,7
Mühlhausen (2.333)	33,7	30,4	-3,3
Luginsland (2.392)	33,5	32,9	-0,6

Die SPD erreichte am 24. März im gesamten Stadtgebiet 26,3 Prozent der Stimmen, so dass als Hochburgen an dieser Stelle die Stadtgebiete herausgegriffen wurden, in denen die Partei mit mehr als sieben Prozentpunkten über einem Durchschnittsergebnis lag. Untersucht man Brechtkens Ergebnis bezogen auf die Ergebnisse in diesen Stadtteilen, so fällt nicht nur auf, dass der Kandidat in ebendiesen Stadtteilen jeweils mindestens 5,9

Prozentpunkte (dieser geringste Abstand ergab sich in Steinhaldenfeld) über seinem Stuttgarter Gesamtergebnis lag.

Bemerkenswert ist noch etwas anderes: Unter den sechs oben genannten Stadtteilen mit den besten SPD-Ergebnissen bei der Landtagswahl befinden sich gleichzeitig die fünf Stadtteile, in denen Brechtken am 20. Oktober, also knapp sieben Monate später, seine besten Ergebnisse erzielen konnte. Lediglich Steinhaldenfeld fällt aus der Liste der sechs besten Einzelergebnisse heraus, dafür ist Freiberg mit 31,0 Prozent der Stimmen für Rainer Brechtken zusätzlich (gegenüber 32,2 Prozent für die SPD bei der Landtagswahl im März) zu nennen.

In den Stadtteilen mit den niedrigsten Wahlergebnissen der SPD bei der Landtagswahl im Frühjahr 1996 verbuchte Brechtken bei der Oberbürgermeisterwahl folgende Ergebnisse:

Stadtteil (Wahlberechtigte 10/1996)	Landtagswahlergebnis SPD, 3/1996 in Prozent	Ergebnis Brechtken OB-Wahl 20.10.1996 in Prozent	Differenz Landtags- wahl/ OB-Wahl in Prozentpunkten
Frauenkopf (581)	13,9	17,2	3,3
Sonnenberg (2.668)	15,9	20,4	4,5
Rotenberg (607)	18,6	21,7	3,1
Schönberg (1.112)	20,8	19,3	-1,5
Riedenberg (4.625)	21,2	21,1	-0,1

Hier bestätigt sich zwar ebenfalls die Vermutung, dass Brechtken auch in den Stadtteilen mit den schlechtesten SPD-Ergebnissen unter seinem stadtweit erzielten Mittelwert (22,6 Prozent) bleiben würde. Trotzdem haben wir es hier erstmals nicht mit einem eindeutigen Trend zu tun, der vom Parteiergebnis bei der Landtagswahl auf das Kandidatenergebnis bei der Oberbürgermeisterwahl schließen lässt.

Im bevölkerungsreichen Innenstadtbezirk Stuttgart-Nord (16.760 Wahlberechtigte am 20. Oktober 1996), in Degerloch (10.204 Wahlberechtigte), in Plieningen (5.411 Wahlberechtigte), in Sillenbuch (5.967 Wahlberechtigte), in Riedenberg (4.625 Wahlberechtigte), in Uhlbach (2.164 Wahlberechtigte) und in Rotenberg (607 Wahlberechtigte) erreichte die SPD bei der Landtagswahl am 24. März weniger als 23 Prozent der abgegebenen Stimmen (bei einem Stadtergebnis von 26,3 Prozent). Doch lediglich in Sillenbuch, Riedenberg und Rotenberg lag der Kandidat Rainer Brechtken bei der Oberbürgermeisterwahl am 20. Oktober unter seinem Gesamtergebnis. Er unterschritt es dort jeweils nur geringfügig – in Sillenbuch mit 22,3 Prozent der Stimmen, in Riedenberg mit 21,1 Prozent und in Rotenberg mit 21,7 Prozent – in den anderen genannten Stadtbezirken erhielt Brechtken einen Stimmenanteil, der über der 22,6-Prozent-Grenze lag. Im Innenstadtbezirk Stuttgart-Nord kam Brechtken auf 24,3 Prozent der Stimmen, in Degerloch auf 24,7 Prozent, in Plieningen auf 24,4 Prozent und in Uhlbach auf 26,4 Prozent der Stimmen – in den beiden erstgenannten Stadtbezirken war immerhin eine fünfstellige Zahl von Personen zum Urnengang aufgerufen (bei einer Wahlbeteiligung von 43,1 Prozent (Innenstadt-Nord) bzw. 48,2 Prozent (Degerloch)).

4.4. Der Stimmenanteil der Kandidatin Corinna Werwigk-Hertneck

Die von der FDP unterstützte Kandidatin Werwigk-Hertneck konnte am 20. Oktober 1996 5,2 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Demgegenüber kamen die Liberalen bei der Landtagswahl in Stuttgart am 24. März auf 11,9 Prozent der Stimmen. Mehr als 15,5 Prozent der Stimmen erreichten die Freien Demokraten bei der Landtagswahl in Botnang, am Frauenkopf, in Schönberg, im Innenstadt-Bezirk Nord, in Sillenbuch, Degerloch, Sonnenberg, Hoffeld, Riedenberg und Asemwald. Deutlich übertraf Corinna Werwigk-Hertneck ihr Gesamtergebnis nur in Botnang (7,8 Prozent), am Frauenkopf (7,0 Prozent) und in Schönberg (6,9 Prozent). Ansonsten waren die Ergebnisse der Kandidatin in den Hochburgen der FDP eher durchschnittlich: Sie erreichte im Innenstadt-Bezirk Stuttgart Nord 5,6 Prozent, in Sillenbuch 5,9 Prozent, in Degerloch 4,7 Prozent, in Sonnenberg 5,2 Prozent, in Hoffeld 5,3 Prozent, in Riedenberg 5,4 Prozent und in Asemwald 5,1 Prozent der Stimmen.

Weniger als 8 Prozent der Stimmen (bei einem Stuttgarter Durchschnittsergebnis von 11,9 Prozent) erzielten die Liberalen bei der Landtagswahl am 24. März in folgenden Stadtbezirken: Hausen, Mönchfeld, Rot, Freiberg, Neugereut, Steinhaldenfeld, Giebel, Bergheim, Büsnau und Fasanenhof. In all diesen Stadtteilen unterschritt auch Corinna Werwigk-Hertneck ihr Gesamtergebnis: In Hausen kam sie lediglich auf einen Stimmenanteil von 1,1 Prozent, in Mönchfeld auf 2,0 Prozent. In den anderen Stadtteilen war die Abweichung zum Gesamtergebnis weniger stark. Sie bewegte sich zwischen den Resultaten in Steinhaldenfeld (Ergebnis: 4,9 Prozent, also -0,3-Prozentpunkte) und Giebel (3,3 Prozent, also -1,9-Prozentpunkte).

4.5. Das Ergebnis des Kandidaten Dieter Lieberwirth

Für den von den Republikanern unterstützten Kandidaten Dieter Lieberwirth entschieden sich 3,1 Prozent der Wähler, die am 20. Oktober 1996 ihre Stimme abgaben. Er lag damit ebenso wie die Kandidatin Werwigk-Hertneck deutlich unter dem Ergebnis, das die ihn tragende Partei im März bei der Landtagswahl in der Landeshauptstadt verbuchen konnte: Die Republikaner kamen am 24. März 1996 in Stuttgart auf 9,3 Prozent der Stimmen.

Die Hochburgen der Republikaner lagen von wenigen Ausnahmen abgesehen in den Stadtteilen im Stuttgarter Norden: Mehr als 12,5 Prozent der Stimmen erzielten die Republikaner bei der Landtagswahl in Neuwirtshaus, Rot, Freiberg, Giebel, Bergheim, Zuffenhausen, Mönchfeld, Neugereut, Hausen und Wolfbusch. Geografisch eher die Ausnahme unter den Republikaner-Hochburgen war hingegen der Stadtteil Fasanenhof ganz im Stuttgarter Süden, wo die Republikaner auf 14,4 Prozent der abgegebenen Stimmen kamen.

Dieter Lieberwirth übertraf sein durchschnittliches Gesamtergebnis mit einer Ausnahme in allen aufgeführten Republikaner-Hochburgen. Lediglich in Hausen erreichte Lieberwirth nur 2,8 Prozent (dort allerdings nur 592 Wahlberechtigte!). Demgegenüber

kam er in Bergheim auf 6,9 Prozent der Stimmen, in Freiberg auf 6,6 Prozent, in Rot auf 6,0 Prozent, in Neuwirtshaus auf 5,9 Prozent, in Giebel auf 5,7 Prozent, in Mönchfeld auf 5,4 Prozent, in Neugereut auf 4,9 Prozent, in Wolfbusch auf 4,6 Prozent, in Fasanenhof auf 4,4 Prozent und in Zuffenhausen auf 3,6 Prozent der Stimmen.

Die schlechtesten Stadtteilergebnisse bei beiden Wahlen sind von wenigen Ausnahmen abgesehen identisch: Weniger als 6,5 Prozent der Stimmen erzielten die Republikaner am 24. März in Kaltental, am Frauenkopf, in Schönberg, in Rotenberg, Luginsland, Riedenberg, Sonnenberg, Sillenbuch und Uhlbach. In diesen Stadtteilen kam Dieter Lieberwirth bei der Oberbürgermeisterwahl im Oktober auf Ergebnisse zwischen 0,3 Prozent (Frauenkopf) und 2,7 Prozent (Uhlbach). Allerdings kam Lieberwirth auch in Zazenhausen (1.172 Wahlberechtigte) auf lediglich 1,4 Prozent der Stimmen, obwohl die Republikaner dort bei der Landtagswahl im März mit 10,5 Prozent vergleichsweise gut abgeschnitten hatten.

4.6. Sozio- und bevölkerungsstrukturelle Analyse des Wahlergebnisses vom 20. Oktober 1996

Die Bevölkerungsstruktur in den Stuttgarter Stadtgebieten hat Auswirkungen auf die jeweilige Parteienpräferenz. Die Gegenüberstellung der Wahlergebnisse vom 24. März 1996 (Parteienergebnis) und vom 20. Oktober 1996 (Ergebnis der OB-Kandidaten) erlaubt folgende Schlüsse: Die Kandidaten Schuster, Schlauch, Brechtken, Werwigk-Hertneck und Lieberwirth schneiden, bezogen auf ihr Stuttgarter Gesamtergebnis, in den Hochburgen ihrer Parteien eher gut und dort, wo die sie tragenden Parteien traditionell vergleichsweise schlechte Ergebnisse verzeichnen, eher schlecht ab. Zwar lässt sich dieser Trend zum Parteienergebnis jeweils unterschiedlich deutlich ausmachen, ablesbar ist er allerdings für alle fünf von den Parteien unterstützten Kandidaten.

Wolfgang Schuster mit homogenem Mobilisierungseffekt

Wolfgang Schuster erzielt „ein ausgesprochen homogenes Wahlergebnis in allen Sozialräumen der Stadt. (...) Lediglich marginal höhere Ergebnisverbesserungen erzielte [Dr.] Wolfgang Schuster in Wohnräumen der oberen Sozialgruppen“¹⁴⁶. Damit bestätigte sich auch für Schuster der Trend des Landtagswahlergebnisses der CDU in Stuttgart: Nach diesem Votum attestierte die Wahlforschung der Union „einen hohen Zuwachs vor allem in den Arbeiterwohngebieten (zwischen +3,9- und +4,5 %-Punkten), aber auch in den Wohngebieten der unteren Angestellten sowie der unteren und mittleren Beamten. (...) Da die SPD hier parallel dazu Verluste hinnehmen musste, überholte die Union nunmehr die Sozialdemokraten auch in deren klassischen Revieren, den Wohngebieten der "Kleinen Leute".“¹⁴⁷ Schusters Ergebnis am 20. Oktober lässt sich, ebenso wie das Landtagswahlergebnis der Stuttgarter Christdemokraten im März, bezogen auf das Stadtgebiet als insgesamt sehr homogen bezeichnen.

Die Hochburgen Schusters waren für das Gesamtergebnis nicht unbedingt ausschlaggebend, da es sich um vergleichsweise kleine Stadtteile handelte: In Büsnau mit 1.872 Wahlberechtigten erzielte der von der CDU unterstützte Kandidat 45,5 Prozent der Stimmen und damit sein bestes Ergebnis, auf dem Frauenkopf mit gerade einmal 581 Wahlberechtigten erzielte Wolfgang Schuster einen Stimmenanteil von 45 Prozent, es folgten Rot (7.720 Wahlberechtigte) mit 44,4 Prozent, Mönchfeld (2.448 Wahlberechtigte) und Rotenberg (607 Wahlberechtigte) mit jeweils 43,3 Prozent. Abgesehen von Stuttgart-Rot sind dies Stadtteile mit einer eher kleinen Zahl von Wahlberechtigten. „Ich bin mit dem Ergebnis des ersten Wahlgangs, das mir einen deutlichen Vorsprung beschert hat, sehr zufrieden“, resümierte Wolfgang Schuster am 2. November 1996 im Interview mit der *Stuttgarter Zeitung*. „Im Vergleich zur Kommunalwahl von 1994 liege ich vier Prozent über dem Abschneiden der CDU. Das zeigt, dass die Bürger meine Arbeit im Rathaus schätzen.“¹⁴⁸

¹⁴⁶ *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt*: Themenheft 1996/5: Die Oberbürgermeisterwahl am 20. Oktober 1996 und die Neuwahl am 10. November 1996 in Stuttgart, S. 18.

¹⁴⁷ *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt*: Themenheft 1996/2: Die Landtagswahl am 24. März 1996 in Stuttgart, S. 25. Das Ergebnis der CDU bei der Landtagswahl 1996 wird hier mit dem Ergebnis bei der vorausgegangenen Landtagswahl 1992 in der Landeshauptstadt verglichen.

¹⁴⁸ „Die Konsequenzen klarmachen“, Wolfgang Schuster im Gespräch mit der *StZ* vom 2. November 1996.

Aufschlussreich wird die Analyse des Wahlergebnisses von Wolfgang Schuster zudem, wenn man die Stadtbezirke herausgreift, in denen der von der CDU unterstützte Kandidat besonders schlecht abschneidet: In den großen Innenstadtbezirken Stuttgart-West, Stuttgart-Mitte und Stuttgart-Süd sowie in Plieningen erreichte Schuster nur ein Stimmenergebnis unterhalb der 30-Prozent-Grenze.

Rezzo Schlauch verdoppelt das grüne Wählerreservoir

Schuster schnitt exakt in denjenigen Stadtteilen besonders schlecht ab, in welchen sein Kontrahent Rezzo Schlauch die besten Ergebnisse verzeichnen konnte: Das waren die klassischen grünen Stuttgarter Hochburgen: Schlauch kam in Stuttgart-Mitte (13.683 Wahlberechtigte) auf einen Stimmenanteil von 41,7 Prozent, gefolgt von Stuttgart-West (34.600 Wahlberechtigte) mit 39,7 Prozent, Plieningen (5.400 Wahlberechtigte) mit 38,7 Prozent und Stuttgart-Süd (23.800 Wahlberechtigte) mit 37,7 Prozent.

Dass Plieningen neben den großen Stuttgarter Innenstadtbezirken zu den Hochburgen der Grünen zählt, ist auffällig: „Plieningen und der Stuttgarter Westen haben eigentlich wenig gemeinsam – das Filderdorf und der am dichtesten besiedelte Wahlkreis. Dennoch ist das Wahlvolk hier wie dort der Meinung, wer neuer Oberbürgermeister der Landeshauptstadt werden soll: der Grüne Rezzo Schlauch. Er hat überall dort die meisten Stimmen verbucht, wo grüne Themen en vogue sind und vor allem junge Leute wohnen: im Umfeld der Universitäten, in Vororten mit Neubaugebieten und im Stadtzentrum, das bekanntlich einen Single-Anteil von mehr als 50 Prozent hat. In den City-Bezirken Mitte, West und Süd ist Schlauch der unangefochtene Wahlsieger. Seine Triumphe haben allerdings einen Schönheitsfehler: Überall dort, wo der grüne Matador besonders glanzvolle Ergebnisse eingefahren hat, war die Wahlbeteiligung miserabel.“¹⁴⁹

¹⁴⁹ *Armin Käfer*: „Lokale Hochburgen – Triumphe mit Schönheitsfehlern“; in: *StZ* vom 21. Oktober 1996. Im Stuttgarter Westen lag die Wahlbeteiligung bei 43,2 Prozent, in Stuttgart-Mitte bei 36,5 Prozent, in Stuttgart-Süd bei 39,4 Prozent und in Plieningen bei 46,1 Prozent. Die Wahlbeteiligung im gesamten Stadtgebiet lag demgegenüber bei 53,2 Prozent. (vgl. *Landeshauptstadt*

In Stuttgart-Mitte¹⁵⁰ erzielten die Grünen in den vorausgegangenen Wahlen stets – im Vergleich zum gesamten Stadtgebiet – überproportional gute Ergebnisse: Sie kamen bei der Landtagswahl 1992 auf 18,0 Prozent (Stuttgart insgesamt: 12,5 Prozent), bei der Gemeinderatswahl 1994 auf 25,2 Prozent (Stuttgart insgesamt: 17,3 Prozent) und bei der Landtagswahl 1996 auf 25,7 Prozent der Stimmen (Stuttgart insgesamt: 16,3 Prozent).

Während der Anteil der Wahlberechtigten im Alter unter 35 Jahren in Stuttgart-Mitte über dem Durchschnitt der Landeshauptstadt liegt (37,2 Prozent bei 30,3 Prozent in Stuttgart insgesamt), verbleibt der Anteil der über 60jährigen Wahlberechtigten unter dem Gesamtschnitt (24,2 Prozent bei insgesamt 30,3 Prozent). Der Ausländeranteil (über 18 Jahre) liegt zum Zeitpunkt der Auswertung (30. September 1993) in Stuttgart-Mitte bei 34,2 Prozent (Stuttgart insgesamt: 21,7 Prozent).¹⁵¹

Die Unterscheidung nach Erwerbstätigkeit der Bürgerinnen und Bürger in dieser Hochburg Schlauchs ergibt folgendes Bild: 23,7 Prozent sind Arbeiter (Stuttgart insgesamt: 24,9 Prozent), 56,6 Prozent Angestellte (Stuttgart insgesamt: 56 Prozent), 8,9 Prozent

Stuttgart/Statistisches Amt: Themenheft 1996/5: Die Oberbürgermeisterwahl am 20. Oktober 1996 und die Neuwahl am 10. November 1996 in Stuttgart, S. 38).

¹⁵⁰ Vgl. zum Folgenden *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt: Statistische Blätter – Sonderbeiträge Heft 51a: Strukturdatenatlas Wahlen 1994, S. 13 ff* sowie *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt: Strukturdatenatlas Wahlen 1999, Themenheft 1999/1*. Die Strukturdatenatlanten Wahlen 1994 und 1999 enthalten neben den Wahldaten umfangreiche statistische Informationen zur Bevölkerungs- und Sozialstruktur der Wahlbezirke, Stadtteile, Stadtbezirke und der Gesamtstadt. Diese erlauben eine sehr präzise Charakterisierung der demografischen und sozio-ökonomischen Strukturen der einzelnen Teilräume, insbesondere durch eine vergleichende Betrachtung mit den Strukturdaten der jeweils übergeordneten Gebietseinheiten. Mit den Tabellen zur Bevölkerungsstruktur werden die aktuellen Daten zur Alters- und Geschlechtsgliederung (Stand 30. September 1993 im Strukturdatenatlas Wahlen 1994 sowie Stand 30. Juni 1998 im Strukturdatenatlas Wahlen 1999) vorgelegt. Das Datenmaterial zur Sozialstruktur stammt aus der Volkszählung 1987. Vgl. in Ergänzung dazu die Publikationen des *Statistischen Amtes der Landeshauptstadt* zur Gemeinderatswahl am 12. Juni 1994 (Sonderheft 1994/2), zur Landtagswahl am 24. März 1996 (Themenheft 1996/2) und zur Oberbürgermeisterwahl am 20. Oktober 1996 (Themenheft 1996/5).

¹⁵¹ Vgl. *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt: Strukturdatenatlas Wahlen 1994*. Der Strukturdatenatlas 1999 (Stand 30. Juni 1998) weist für Stuttgart-Mitte ebenso einen signifikant hohen Anteil jüngerer Wähler (18-35 Jahre: 35 Prozent bei stuttgartweit 27 Prozent) sowie einen hohen Ausländeranteil (34,1 Prozent bei stuttgartweit 22,5 Prozent) und einen unterdurchschnittlichen Seniorenanteil (24,4 Prozent bei stuttgartweit 32,3 Prozent) aus.

Beamte (Stuttgart insgesamt: 9,3 Prozent) und 10,1 Prozent Selbstständige (Stuttgart insgesamt: 8,8 Prozent).

Die bevölkerungsreichen Innenstadtbezirke Stuttgart-Süd und Stuttgart-West, in denen Schlauch ebenfalls außerordentlich erfolgreich ist, sind sozial ähnlich strukturiert: Die Grünen erzielten dort in den vorangegangenen Wahlen überdurchschnittliche Wahlergebnisse, der Anteil der unter 35jährigen Wahlberechtigten ist überdurchschnittlich, derjenige der über 60jährigen ist unterdurchschnittlich hoch, die Ausländerquote liegt deutlich über dem Stadtdurchschnitt, Arbeiter sind eher unter-, Selbstständige und Angestellte eher überrepräsentiert.

Interessant ist zum Vergleich ein Blick auf den Stadtbezirk Plieningen (mit den Stadtteilen Steckfeld, Asemwald und Hohenheim). In Plieningen kam Schlauch am 20. Oktober 1996 auf 38,7 Prozent: Auch dort erzielten die Grünen in den vorausgegangenen Wahlen überdurchschnittliche Wahlergebnisse, auch dort liegt der Anteil der unter 35jährigen Wahlberechtigten (32,1 Prozent) über dem Stuttgarter Mittelwert (30,3 Prozent), der Anteil der über 60jährigen liegt ebenfalls darunter (28,3 Prozent bei insgesamt 30,3 Prozent). Im Stadtbezirk Plieningen lag der Anteil der Selbstständigen zum Erhebungszeitpunkt über dem Durchschnitt der Landeshauptstadt, während der Anteil der Arbeiter darunter liegt. Dort wohnen besonders „mittlere und obere Sozialgruppen“ und „höhere Anteile an jüngeren und mittleren Altersjahrgängen“¹⁵².

Kein geschlossenes Votum der SPD-Klientel für Rainer Brechtken

Allein die Tatsache, dass dem Kandidaten Rainer Brechtken ein Mobilisierungsproblem in den Reihen der SPD-Wähler attestiert wurde ¹⁵³, ist ein Indiz dafür, dass seine

¹⁵² *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt*: Strukturatlas Wahlen 1994, S. 135.

¹⁵³ *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt*: Themenheft 1996/5: Die Oberbürgermeisterwahl am 20. Oktober 1996 und am 10. November 1996 in Stuttgart, S. 24: „Schon beim ersten Wahlgang wurde deutlich, dass es der SPD nicht gelang, ein geschlossenes Votum für ihren Bewerber zu erwirken.“

Bewerbung in der Öffentlichkeit unter parteipolitischen Gesichtspunkten interpretiert wurde. „SPD-Mann Rainer Brechtken konnte nicht einmal das ohnehin schon seit Jahren schrumpfende Wählerpotenzial seiner Partei ausschöpfen“¹⁵⁴, schrieb die *Stuttgarter Zeitung* am Tag nach dem ersten Wahlgang. „In einigen Wahlbezirken, wo die Sozialdemokraten bisher noch halbwegs gut vertreten waren, hat ihn Schuster um Längen geschlagen: etwa im Fasanenhof, in Mönchsfeld und Dürtlewang.“

Trotzdem erzielte Brechtken in den Hochburgen der SPD seine besten Resultate: diese Stadtbezirke liegen allesamt im Stuttgarter Norden. In Luginsland, Neuwirtshaus und Hausen lag Rainer Brechtken mit seinem erzielten Stimmenanteil am 20. Oktober 1996 sogar vor allen anderen Mitbewerbern. Bevölkerungsreichere Stadtteile im Stuttgarter Norden mit traditionell hohem Stimmenanteil der SPD sind Mühlhausen und Münster. Bei der Landtagswahl am 24. März 1996 kam die SPD in Mühlhausen auf 33,7 Prozent und in Münster auf 35,2 Prozent der Stimmen. Rainer Brechtken erreichte am 20. Oktober 1996 in Mühlhausen 30,4 Prozent und in Münster 33,1 Prozent der Stimmen.

Im Stadtbezirk Mühlhausen¹⁵⁵ (mit den Stadtteilen Freiberg, Mönchsfeld, Hofen und Neugereut insgesamt 19.000 Wahlberechtigte) lag die SPD bei allen Wahlen der letzten Jahre vor der OB-Wahl deutlich über der 30-Prozent-Marke. Die Sozialdemokraten landeten dort seit 1989 mit einer Ausnahme, nämlich der Bundestagswahl im Jahr der Wiedervereinigung 1990, stets vor CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Im Altersdurchschnitt der Wählerinnen und Wähler lag Mühlhausen zum Befragungszeitpunkt über dem Schnitt der Landeshauptstadt insgesamt: Der Anteil der unter 35jährigen Wahlberechtigten lag am 30. September 1993 bei 26,3 Prozent (Stuttgart insgesamt: 30,3 Prozent), der Anteil der über 60jährigen lag bei 30,6 Prozent (Stuttgart insgesamt: 30,6 Prozent). 14,4 Prozent der Erwachsenen waren zum Erhebungszeitpunkt (30. September 1993)

¹⁵⁴ Armin Käfer: „Lokale Hochburgen – Triumphe mit Schönheitsfehlern“; in: *StZ* vom 21. Oktober 1996.

¹⁵⁵ Vgl. *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt*: Strukturdatenatlas Wahlen 1994, S. 109ff.

Ausländer – die Quote für Stuttgart insgesamt lag zum gleichen Zeitpunkt mit 21,7 Prozent deutlich darüber.¹⁵⁶

Der Arbeiteranteil lag bei 30,9 Prozent (Stuttgart insgesamt: 24,9 Prozent), der Anteil der Angestellten bei 53,3 Prozent (Stuttgart insgesamt: 53,3 Prozent), der Beamtenanteil bei 10,6 Prozent (Stuttgart insgesamt: 9,3 Prozent) und der Anteil der Selbstständigen bei 4,5 Prozent (Stuttgart insgesamt 8,8 Prozent). Charakteristisch sind vor diesem Hintergrund für diesen Stadtbezirk, so das *Statistische Amt der Landeshauptstadt*, ein hoher Bevölkerungsanteil „unterer und mittlerer Sozialgruppen“ sowie eine „überalterte Bevölkerungsstruktur“¹⁵⁷.

Nicht viel anders sieht es für den Stadtbezirk Münster mit insgesamt 5.000 Wahlberechtigten aus: Seit 1989 lag die SPD dort bei allen untersuchten Wahlen vorne. Zwar liegt der Anteil der unter 35jährigen mit 31,1 Prozent geringfügig über dem Stuttgarter Durchschnitt (30,3 Prozent), der Anteil der über 60jährigen liegt mit 32,5 Prozent allerdings ebenfalls darüber (Stuttgart insgesamt: 30,3 Prozent).¹⁵⁸

Charakteristisch für die Sozialstruktur in Münster ist ebenfalls ein hoher Arbeiteranteil (31,8 Prozent) und ein niedriger Anteil der Selbstständigen an der Gesamtbevölkerung. Auch dort wohnen, wie das Statistische Amt der Landeshauptstadt Stuttgart feststellte, „untere und mittlere Sozialgruppen“¹⁵⁹.

Corinna Werwigk-Hertneck und Dieter Lieberwirth: fehlende Anziehungskraft in den Hochburgen ihrer Parteien

¹⁵⁶ Am 30. Juni 1998 (Vgl. *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt*: Strukturdatenatlas Wahlen 1999) ergibt sich folgende Statistik: unter 35jährige Wahlberechtigte: 22 Prozent bei insgesamt 27 Prozent, über 60jährige: 35,4 Prozent bei insgesamt 32,3 Prozent, Ausländer: 15,9 Prozent bei insgesamt 22,5 Prozent.

¹⁵⁷ Ebd., S. 116.

¹⁵⁸ In Münster sind am 30. Juni 1998 26,7 Prozent der Wahlberechtigten jünger als 35 Jahre (Stuttgart insgesamt: 27 Prozent), 34,1 Prozent sind mindestens 60 Jahre alt (Stuttgart insgesamt 32,3 Prozent), der Ausländeranteil liegt bei 17,1 Prozent (bei insgesamt in Stuttgart 22,5 Prozent).

¹⁵⁹ Ebd., S.122.

Corinna Werwig-Hertneck (FDP) und Dieter Lieberwirth (Rep) wurden als Kandidaten kleiner Parteien wahrgenommen, denen die Wähler nur geringe Chancen auf den Wahlerfolg attestierten. Wählerinnen und Wähler, die sich bei den sie tragenden Parteien politisch beheimatet fühlten und bei den vorangegangenen Wahlen entsprechend votiert hatten, entschieden sich daher am 20. Oktober 1996 in Teilen eher für Schuster, Schlauch oder Brechtken, da sie deren Bewerbung für aussichtsreicher hielten. Gleichwohl fällt auf, dass Dieter Lieberwirth seine besten Ergebnisse in den Stadtbezirken im Stuttgarter Norden (Bergheim, Freiberg, Rot, Neuwirtshaus und Giebel) erzielte, also in den Stadtteilen mit hohem Arbeiteranteil (dort, wo auch der von der SPD unterstützte Rainer Brechtken seine besten Ergebnisse verzeichnete). Dabei blieb er allerdings deutlich hinter den Resultaten, die seine Partei zuvor dort bei Landtags- und Kommunalwahlen erreicht hatte, zurück.

Corinna Werwig-Hertneck konnte in den „besseren Vororten, wo die Pünktchen-Partei bei der jüngsten Landtagswahl Ergebnisse jenseits von 20 Prozent verbucht hat“¹⁶⁰, nicht entsprechend reüssieren. Mit ihrem Ergebnis bei der Oberbürgermeisterwahl 1996 konnte sie das Wählerpotenzial der Liberalen in der Landeshauptstadt keinesfalls ausschöpfen.

Wahlergebnisse in sozialstrukturellen Gebietstypen

Eine Typisierung der Wahlergebnisse der Bewerber in sogenannte sozialstrukturelle Gebietstypen (Gebietstypen sind definiert als das Viertel/der Wahlbezirk mit den jeweils höchsten Anteilen einer Berufsgruppe) führt zu folgender Übersicht:

Gebietstyp	Brechtken	Schuster	Lieberwirth	Schlauch	Werwig-Hertneck
sonst. Arbeiter	25,9	34,8	3,8	25,4	4,0
Facharbeiter	26,2	34,3	3,8	26,0	4,1

¹⁶⁰ Armin Käfer: „Lokale Hochburgen – Triumphe mit Schönheitsfehlern“; in: *StZ* vom 21. Oktober 1996.

Untere Angestellte	26,3	35,0	4,1	25,8	4,5
Mittlere Angestellte	24,1	34,4	2,9	30,6	5,3
Obere Angestellte	22,1	34,8	2,8	31,8	6,2
Untere Beamte	25,9	34,5	4,1	27,5	4,2
Mittlere Beamte	25,7	33,4	3,9	29,2	4,5
Obere Beamte	22,7	34,8	2,8	31,5	6,2
Untere und mittlere Selbstständige	23,0	34,8	2,6	31,1	5,9
Obere Selbstständige	22,4	34,3	2,6	32,4	6,2
Stuttgart ohne Briefwahl	24,4	33,8	3,3	30,0	5,0
Stuttgart insgesamt	22,6	35,2	3,1	30,6	5,2

(Tabelle aus *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt: Themenheft 1996/5: Die Oberbürgermeisterwahl am 20. Oktober 1996 und die Neuwahl am 10. November 1996 in Stuttgart*, S. 18. Die Gebietstypen sind - ausgehend von den Daten der Volkszählung 1987 - definiert als das Viertel der Wahlbezirke mit den jeweils höchsten Anteilen einer Berufsgruppe)

Diese Statistik untermauert die Beobachtung, dass Schuster in den unterschiedlichen Sozialräumen der Landeshauptstadt sehr homogen abgeschnitten hat. Der von der CDU unterstützte Kandidat Schuster liegt in allen untersuchten soziostrukturellen Gebietstypen an erster Stelle. „Schuster schnitt (...) im ersten Wahlgang in Gebieten mit hohen Arbeiter- und einfacheren Angestellten/Beamteanteilen für CDU-Verhältnisse überproportional gut ab, in Bereichen also, die sonst für die SPD und die Republikaner eine höhere Bedeutung haben.“¹⁶¹

Deutlich wird anhand dieser Übersicht auch, dass es den Kandidaten Brechtken (SPD) und Lieberwirth (Rep) nicht gelungen ist, diese Berufsgruppen so für sich zu mobilisieren, wie es zuletzt den sie tragenden Parteien bei den zurückliegenden Wahlen gelungen war. Zwar ist der Prozentanteil ihrer Wählerinnen und Wähler unter den Arbeitern und den einfachen Angestellten und Beamten höher als bei den Selbstständigen sowie bei höheren Angestellten/Beamten. Es ist jedoch bemerkenswert, dass es in keiner

¹⁶¹ *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt: Themenheft 1996/5: Die Oberbürgermeisterwahl am 20. Oktober 1996 und die Neuwahl am 10. November 1996 in Stuttgart*, S. 20.

untersuchten soziokulturellen Gruppe dem SPD-Bewerber gelang, den CDU-Bewerber zu überflügeln.

Der von Bündnis 90/Die Grünen unterstützte Schlauch schnitt im Bereich der Arbeiter und unteren Angestellten deutlich schlechter ab als sein Konkurrent von der SPD. In allen anderen Angestelltenkategorien sowie bei den Beamten und Selbstständigen liegt Schlauch eindeutig vor Brechtken. Bemerkenswert ist beim Vergleich mit den Resultaten Schusters, dass Schlauch gerade bei den Selbstständigen nahe an seinen Mitkonkurrenten von der CDU heranrücken konnte.

Zwar steigt der Prozentanteil der von der FDP unterstützten Bewerberin Corinna Werwigk-Hertneck erwartungsgemäß von den Kategorien der Arbeiter bis zu den Selbstständigen an, während sich beim Rep-Kandidaten Dieter Lieberwirth die umgekehrte Tendenz konstatieren lässt. Die Schwankungsbreite freilich ist bei beiden Kandidaten geringer, als es das Profil der sie tragenden Parteien vermuten lässt. Dass die Gesamtergebnisse von Corinna Werwigk-Hertneck und von dem Kandidaten Lieberwirth eher hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind¹⁶², hängt auch damit zusammen, dass es ihnen nicht gelungen ist, die traditionelle Klientel ihrer Partei in ausreichendem Maße zu mobilisieren.

Aufschlussreich ist auch eine gesonderte Betrachtung der einzelnen Ergebnisse der Bewerber in den Hochburgen der jeweils anderen Parteien bei der Oberbürgermeisterwahl am 20. Oktober 1996:

Wahlbezirk mit Sehr hohen bzw. niederen Stimmenanteilen	Brechtken in Prozent	Schuster in Prozent	Lieberwirth In Prozent	Schlauch in Prozent	Werwigk-Hertneck in Prozent
CDU sehr hoch	23,1	39,0	3,3	26,1	5,6
CDU sehr niedrig	24,5	29,4	3,2	34,4	4,3
SPD sehr hoch	28,3	33,2	4,0	25,8	3,8

¹⁶² Vgl. z.B. *Martin Hohnecker*: „Etappensieg für Schuster“; in: *StZ* vom 21. Oktober 1996.

SPD sehr niedrig	22,1	36,0	2,6	30,8	6,2
Grüne sehr hoch	21,6	29,8	2,5	38,1	4,9
Grüne sehr niedrig	26,5	37,5	4,7	22,2	4,6
FDP sehr hoch	23,1	35,5	2,8	29,9	6,6
FDP sehr niedrig	26,0	33,5	3,9	28,0	3,5
Rep sehr hoch	26,3	35,2	4,7	24,5	3,9
Rep sehr niedrig	22,6	34,2	2,3	32,6	5,9

(Tabelle aus *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt*. Themenheft 5/1996: Die Oberbürgermeisterwahl am 20. Oktober 1996 und die Neuwahl am 10. November 1996 in Stuttgart, S. 16)

Anhand dieser Übersicht lassen sich folgende Beobachtungen machen: Schlauch und Schuster werden bei der Klientel ihrer Parteien schon im ersten Wahlgang als stärkere Gegensätze wahrgenommen, als dies etwa bei Schuster und Rainer Brechtken der Fall ist: Wo der Kandidat der CDU auf besonders wenig Resonanz stieß, schnitt Rezzo Schlauch ausgesprochen gut ab. In den Hochburgen der CDU blieb Schlauch hingegen deutlich hinter seinem stadtweit erzielten Gesamtergebnis zurück.

Das gleiche gilt umgekehrt: Schuster erzielte in den grünen Hochburgen seine schlechtesten Resultate, während er in denjenigen Stadtteilen, wo Bündnis 90/Die Grünen schon traditionell schlecht abschneiden, selbst hervorragende Stimmenergebnisse erzielen konnte. Rainer Brechtken offenbarte hingegen bereits im ersten Wahlgang am 20. Oktober 1996 in den Hochburgen der SPD ein Mobilisierungsproblem. Er erzielte gleichwohl in den Hochburgen von CDU und FDP als Kandidat der Sozialdemokraten vergleichsweise gute Ergebnisse.

Brechtken und Lieberwirth erzielten in den Hochburgen von SPD und Republikanern, wo Bündnis 90/Die Grünen und FDP traditionell schlecht abschneiden, ihre besten Ergebnisse. Es bestätigte sich, dass „die Bildungsstruktur der Rep-Wähler große

Überschneidungen mit der SPD-Wählerschaft aufweist. Einfache Arbeiter sind über-, Akademiker unterrepräsentiert.“¹⁶³

Rezzo Schlauch erzielte die besten Stimmenanteile in den Hochburgen der ihn tragenden Grünen und gleichzeitig dort, wo die Partei des Kandidaten Schuster, die CDU, Schwierigkeiten hatte, ihre Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren. Die Strategie der Grünen und ihres Kandidaten Schlauch war also im ersten Wahlgang aufgegangen. Weil es gelang, die Bewerbung Schlauchs polarisierend zur Kandidatur des CDU-Kandidaten Schuster in Szene zu setzen, konnte Schlauch sein Wählerreservoir deutlich zulasten des von der SPD unterstützten Mitbewerbers Rainer Brechtken steigern. Die traditionellen grünen Wählermilieus standen ohnehin geschlossen hinter ihrem Kandidaten, obwohl dieser sie – durch seine thematische Annäherung an die bürgerliche Mitte – auf eine harte Probe stellte. Aber Schlauch blieb in den traditionellen Wählermilieus seiner Partei konkurrenzlos. Brechtken machte gar nicht den Versuch, in traditionelle grüne Wählerschichten vorzudringen.

¹⁶³ *Peter Guggemoos*: Politische Einstellungen von Republikaner-WählerInnen: Angebot und Nachfrage am rechten Rand, Würzburg, 2000, S. 295.

5. Wahlkampfaktivitäten bis zur Neuwahl am 10. November 1996

5.1. Veränderungen in der Bewerberkonstellation

5.1.1. Der Rückzug der Kandidatin Werwigk-Hertneck

Die von der FDP unterstützte Kandidatin konnte am 20. Oktober 1996 lediglich einen Stimmenanteil von 5,2 Prozent erzielen, was vor dem Hintergrund der vorausgegangenen Wahlergebnisse der Liberalen in der Landeshauptstadt als enttäuschend bewertet wurde. Am 24. März des gleichen Jahres hatte die FDP in Stuttgart immerhin 11,9 Prozent der Stimmen bei der Landtagswahl auf sich vereinen können. Als Konsequenz aus dem enttäuschenden Ergebnis zog die Kandidatin ihre Bewerbung nach dem ersten Wahlgang zurück. Dass es der Kandidatin nicht gelang, die traditionelle FDP-Klientel geschlossen zu ihren Gunsten zu mobilisieren, verdeutlichen die Stimmenergebnisse in den Hochburgen der Liberalen. Schon 1994 war die Partei – wenn auch nicht in dem dramatischen Ausmaß wie die von ihr am 20. Oktober 1996 unterstützte OB-Kandidatin – dort hinter den Erwartungen zurückgeblieben: „Die Verluste der Liberalen kumulierten in den Parteihochburgen, also in den gehobenen Wohngebieten der Stadt“¹⁶⁴, konnte schon nach den beiden Wahlen 1994, der Bundestags- und der Gemeinderatswahl, festgestellt werden. Dieser Befund galt umso mehr für das von Corinna Werwigk-Hertneck im Oktober 1996 erzielte Ergebnis.

Der Stuttgarter FDP-Kreisvorsitzende Armin Serwani gab daraufhin vier Tage vor dem zweiten Wahlgang vor der lokalen Presse eine Wahlempfehlung zugunsten des von der CDU unterstützten Kandidaten Schuster ab. „Obwohl in einigen politischen Fragen

¹⁶⁴ *Thomas Schwarz*: Die Gemeinderats- und die Bundestagswahl 1994 im Spiegel der amtlichen Statistik; in: *Oscar W. Gabriel* u.a. (Hrsg.): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt, Opladen, 1997, S. 108.

Unterschiede bestehen, ist Schuster ein berechenbarer Bürgermeister“, unterstrich Serwani in einer als "persönliche Erklärung" deklarierten Stellungnahme¹⁶⁵.

Damit war der FDP-Kreischef bemüht, zweierlei zum Ausdruck zu bringen: Zum einen sollte es sich nicht um einen förmlichen Wahlauf Ruf der FDP zugunsten des Kandidaten Schuster handeln. Andererseits hatte der Parteichef der Landeshauptstadt sehr wohl ein Interesse daran, öffentlich zu signalisieren, dass er den Kulturbürgermeister Schuster für den besten der am 10. November 1996 zur Wahl stehenden Kandidaten hielt. Der Widerspruch, in welchen sich Serwani mit seiner als "persönlich" deklarierten Erklärung begab, lag auf der Hand. Zwar handelte es sich formal um eine Erklärung der Person Armin Serwani. Aber diese Erklärung war doch allein deshalb von Bedeutung, weil sie der Kreischef der Stuttgarter Liberalen abgab. Sicher ist, dass die Empfehlung des FDP-Kreisvorsitzenden sowohl an die eigenen Parteifreunde als auch an die Wählerinnen und Wähler, die sich am 20. Oktober 1996 für die Kandidatin Corinna Werwigk-Hertneck entschieden hatten, adressiert war. Sicher ist damit ebenfalls, dass sie parteitaktischem Kalkül entsprang. Die FDP agierte nämlich im Stuttgarter Gemeinderat gemeinsam mit der CDU und den Freien Wählern häufig gemeinsam in einer Art bürgerlichem Block, der die Politik der Stuttgarter Rathausspitze in der Regel loyal mittrug. Außerdem regierte im Land Baden-Württemberg Ministerpräsident Erwin Teufel seit der Landtagswahl im März 1996 mit einer CDU/FDP-Koalition.

Als "persönlich" war seine Empfehlung, im zweiten Wahlgang den Kandidaten der CDU zu wählen, daher wohl kaum zu werten. Offenbar beugte Serwani aber so einer Zerreißprobe innerhalb der eigenen Partei vor: Parteifreunde, die gegen eine Empfehlung zugunsten Schusters waren, hätten sich durch eine offizielle Stellungnahme des Kreisschefs brüskiert fühlen können. Da es sich um eine "persönliche Erklärung" Serwanis handelte, blieben innerparteiliche Spielräume. Zwar konnte man Serwani unter diesen Vorzeichen für seine Parteinahme kritisieren. Allerdings machte sich der Kreisvorsitzende durch seine "persönliche Erklärung" innerparteilich weniger angreif-

¹⁶⁵ Thomas Durchdenwald: „FDP-Kreischef empfiehlt Wahl von Schuster“; in: *StZ* vom 6. November 1996.

bar, als dies bei einer förmlichen Erklärung in seiner Funktion als FDP-Kreisvorsitzender der Fall gewesen wäre.

Der FDP-Kreisvorsitzende rechtfertigte seine Parteinahme für Wolfgang Schuster mit der Annahme, der Wahlkampf um das Amt des Stuttgarter Oberbürgermeisters werde nun auf einen Zweikampf zwischen Wolfgang Schuster und Rezzo Schlauch hinauslaufen. Armin Serwani bezog sich ausdrücklich auf die Bewerbung des grünen Kandidaten: Er bezeichnete Schlauch als „politischen Schaumschläger“, der auf einem früheren Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen mit der Aufforderung Schlagzeilen gemacht habe, die FDP müsse „kaltgemacht“¹⁶⁶ werden.

Damit verfiel Serwani mit seiner Argumentation sehr wohl auf gängige parteipolitische Muster, die jenseits seiner als "persönlich" deklarierten Erklärung aufscheinen sollten: Hier der berechenbare Partner, für den der von den Christdemokraten unterstützte Kandidat stand - dort der politische Gegner, der gegen die FDP polemisiert hatte. Gängige Freund-Feind-Schemata sind dabei unübersehbar. Diese lassen sich sehr wohl parteipolitisch interpretieren. Angesichts förmlicher Koalitionsbündnisse zwischen Union und FDP auf Bundes- und Landesebene sowie einer sehr weit gehenden Kooperation zwischen den beiden Stuttgarter Gemeinderatsfraktionen auf kommunaler Ebene spricht sehr viel für diese Annahme.

Schuster verkörperte somit den Kandidaten (und die Partei), mit dem in Einzelfragen durchaus unterschiedliche Auffassungen bestehen konnten, mit dem allerdings in strategischen Grundpositionen ein breit angelegter Konsens bestand. Schlauch personifizierte hingegen den politischen Gegner, dessen Erfolg es unter allen Umständen zu verhindern galt, weil dieser die eigene Position im Machtgefüge zu unterminieren drohte.

Der Vorgang beleuchtet exemplarisch den Spagat eines ungenierten Engagements der Parteien in einem Wahlkampf zwischen Einzelpersonen: Der Umstand, dass der lokale

¹⁶⁶ Ebd.

Parteichef von einer offiziellen Stellungnahme kraft Amtes absah und stattdessen auf das Hilfsmittel einer persönlichen Erklärung zurückgriff, ist der kaum noch verhüllte Versuch, die eigene Klientel nach dem Rückzug der eigenen Kandidatin zur Wahl des Unionskandidaten aufzufordern.

Dem Beispiel des Kreisvorsitzenden folgten andere prominente Stuttgarter Liberale: Die FDP-Stadtgruppe Stuttgart-Botnang, der die Fraktionschefin im Gemeinderat, Ursel Bucher, angehörte, hatte sich ebenfalls nach dem Verzicht von Corinna Werwigk-Hertneck öffentlich für Schuster ausgesprochen. Bucher und Serwani, die beiden führenden Kommunalpolitiker der FDP in Stuttgart (die Fraktionschefin im Gemeinderat und der Kreisvorsitzende der Stuttgarter Liberalen), ergriffen offen für Schuster und gegen Schlauch Partei, als die eigene Kandidatin ihre Bewerbung zurückgezogen hatte.

Vom Votum der beiden kommunalen Spitzenpolitiker distanzierten sich übrigens der Stuttgarter Vorsitzende der FDP-Nachwuchsorganisation, Christoph Gohl, sowie die traditionell nationalliberal gesinnte Cannstatter FDP. „Die Entscheidung zwischen Not und Elend fällt schwer“¹⁶⁷, kommentierte der Stuttgarter Kreisvorsitzende der Jungen Liberalen die sich vermeintlich abzeichnende Alternative zwischen den Kandidaten Schlauch und Schuster. Zwar sah der Nachwuchspolitiker der Liberalen von einer Empfehlung für einen der verbliebenen Kandidaten ab. Er teilte jedoch die Einschätzung, dass jetzt von einer Zuspitzung des Wahlkampfes auf die Alternative zwischen Schlauch und Schuster auszugehen sei, auch wenn er dies nicht in dieser Klarheit aussprach.

Von einer Aussage zugunsten eines verbliebenen Kandidaten sah auch die FDP des Stadtbezirks Stuttgart-Bad Cannstatt um Manfred Roth ab. Dieser Stadtverband der Stuttgarter Liberalen vertrat schon traditionell immer wieder Positionen, die im Gefolge des früheren Generalbundesanwalts Alexander von Stahl im nationalliberalen Spektrum angesiedelt sind. Dabei waren die Cannstatter Liberalen um ihren Vorsitzenden Manfred Roth immer wieder auf behutsame Abgrenzung zur Linie der FDP auf Bundes-

¹⁶⁷ Ebd.

, Landes- und Kreisebene bedacht: Sie ergriffen nach dem Rückzug von Corinna Werwig-Hertneck Partei für das SPD-Mitglied Joachim Becker¹⁶⁸, den amtierenden Pforzheimer Oberbürgermeister, der seine Bewerbung nach dem ersten Wahlgang abgab.

5.1.2. Der Verzicht des Kandidaten Dieter Lieberwirth

Der Verzicht des Fraktionsvorsitzenden der Republikaner im Gemeinderat, Dieter Lieberwirth, auf eine erneute Kandidatur am 10. November 1996 war zu erwarten und die logische Konsequenz aus seinem restlos enttäuschenden Ergebnis vom 20. Oktober. Lediglich 3,1 Prozent der Stimmen konnte der Kandidat der Rechtspartei erzielen, er blieb damit weit hinter den Resultaten der Republikaner bei der Gemeinderatswahl 1994 bzw. bei der Landtagswahl 1996 in Stuttgart zurück. Die Gründe für das schlechte Abschneiden sind beim Kandidaten selbst sowie bei der ihn unterstützenden Partei gleichermaßen zu suchen: Zunächst schien es so, als sei der Fraktionschef zur Kandidatur gedrängt worden, damit man nicht ohne Bewerber dastehe. Diesen Eindruck konnte der Kandidat, der stets ein wenig lustlos wirkte, in keiner Phase des Wahlkampfes wettmachen.

Die Republikaner hatten bei den Landtagswahlen 1992 und 1996 sowie bei den Gemeinderatswahlen 1994 in der Landeshauptstadt jeweils respektable Wahlergebnisse jenseits der Fünf-Prozent-Hürde erzielt und sahen sich bei der 1996 anstehenden Oberbürgermeisterwahl in Zugzwang gebracht, einem inzwischen gewonnenen Potenzial an eigenen Wählern einen respektablen Kandidaten aus den eigenen Reihen anzubieten. Sie verfügten schließlich in der Landeshauptstadt über eine „stabile Kernwählerschaft“¹⁶⁹. Dieter Lieberwirth war erst ein halbes Jahr zuvor zum Fraktionschef der Republikaner im Gemeinderat gewählt worden. Als Wortführer seiner

¹⁶⁸ Vgl. ebd.

¹⁶⁹ *Thomas Schwarz*: Die Gemeinderats- und die Bundestagswahl 1994 im Spiegel der amtlichen Statistik; in: *Oscar W. Gabriel* u.a. (Hrsg.): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt, Opladen, 1997, S. 108.

Partei in der Landeshauptstadt hatte er sich im Unterschied zu seinen beiden inzwischen in den baden-württembergischen Landtag abgewanderten Vorgängern Rolf Schlierer (seit 1996 Vorsitzender der Bundespartei und Chef der Landtagsfraktion) und Christian Käs (Landesvorsitzender der Republikaner, Landtagsabgeordneter seit März 1996) kaum hervorgetan.

Die inhaltliche Positionierung des Kandidaten neben den anderen von den Parteien getragenen Mitbewerbern missglückte von Zeitpunkt der Nominierung bis zum Wahltag völlig. Lieberwirth gelang es nicht, sich als Persönlichkeit im Wahlkampf zu profilieren. Sein Bekanntheitsgrad blieb klar hinter dem seiner Parteifreunde Rolf Schlierer und Christian Käs zurück. Rolf Schlierer hatte sich bundesweit noch als parteipolitisch versierter, intellektueller Nachfolger des Populisten Franz Schönhuber profilieren können. Käs hingegen tat sich immer wieder mit markigen Sprüchen hervor und hatte sich als exponierter Vertreter des ultrarechten Parteiflügels auch den Landesvorsitz sichern können. Demgegenüber blieb Lieberwirth blass. Er wurde noch stärker als die FDP-Kandidatin Werwigk-Hertneck zum Zählkandidaten, von dessen Wahl diejenigen, die zuvor bei Kommunal- und Landtagswahlen in der Landeshauptstadt für die Republikaner votiert hatten, in weiten Teilen absahen, weil sie ihm keine Chance einräumten. Als Kandidat, der nominiert worden war, um die Wählerinnen und Wähler der Republikaner möglichst geschlossen hinter sich zu scharen und darüber hinaus – durch sein eher moderates Auftreten – Wechselwähler anzusprechen, war Lieberwirth damit eine klare Fehlbesetzung.

Setzt man sich vor diesem Hintergrund mit den politischen Einstellungen und den sozialen Milieus der Wählerinnen und Wähler der Republikaner auseinander¹⁷⁰, so lassen sich folgende Feststellungen treffen: Sie leben fast sämtlich in saturierten Verhältnissen und empfinden konträre politische Auffassungen als Angriff auf die eigene Persönlichkeit. Diese ist untrennbar mit der Vorstellung eines positiv besetzten deutschen Volkscharakters verknüpft und geht in der Regel mit der Diagnose eines durchgängigen Versagens der Politik einher. Politikverdrossenheit wird vor diesem

¹⁷⁰ Vgl dazu *Peter Guggemoos*: Politische Einstellungen von Republikaner-WählerInnen: Angebot und Nachfrage am rechten Rand, Würzburg, 2000.

Hintergrund insbesondere als Verdruss über die etablierten politischen Parteien verstanden. Die Ablehnung von Juden und multikultureller Gesellschaft wird übrigens häufig nicht in erster Linie ethnisch begründet. Sie wird vielmehr als Beiwerk vermeintlicher Zumutungen der Moderne verstanden, die unter dem Signum von Komplexität, globalisiertem Kapitalismus und verschärfter Konkurrenz stehen. Daraus resultieren Ängste, die die Partei im Wahlkampf zu instrumentalisieren versteht.¹⁷¹ Dieter Lieberwirth gelang es zu keinem Zeitpunkt, seinen Wahlkampf in der Landeshauptstadt entsprechend zu inszenieren.

Die Kandidatur Lieberwirths ist ebenso wie die Bewerbung der FDP-Kandidatin Corinna Werwigk-Hertneck auch als Versuch zu werten, den persönlichen Bekanntheitsgrad zu steigern, um sie für künftige Aufgaben in der Partei auf kommunaler Ebene vorzubereiten. Dies bestätigte sich schon drei Jahre später bei den Kommunalwahlen in Stuttgart: Im Oktober 1999 führten beide, die Liberale Corinna Werwigk-Hertneck und der Republikaner Dieter Lieberwirth, die Listen ihrer Parteien bei den Kommunalwahlen in Stuttgart an.

5.1.3. Die Kandidatur des Pforzheimer Oberbürgermeisters Joachim Becker

Über eine Kandidatur des Pforzheimer Oberbürgermeisters Joachim Becker wurde schon vor dem ersten Wahlgang spekuliert. Dies geschah bereits zu einem Zeitpunkt, als die offizielle Nominierung eines Kandidaten durch die SPD noch ausstand (vgl. dazu 3.1.4.). Als die Entscheidung der SPD-Spitze und der Kreiskonferenz dann zugunsten des Landtagsabgeordneten Rainer Brechtken und damit gegen Becker gefallen war, fiel auf, dass der Pforzheimer Oberbürgermeister in der Folgezeit davon absah, eigene Ambitionen öffentlich zu dementieren. Dies wäre als Bekenntnis zu dem schließlich Nominierten sowie zur eigenen Partei verstanden worden, es wäre als Zeichen für die Geschlossenheit der SPD im OB-Wahlkampf aufgenommen worden und hätte den gängigen Verhaltensmustern der modernen Parteiendemokratie entsprochen.

¹⁷¹ Vgl. ebd. insbesondere S. 443 ff.

Frieder Birzele, von 1992 bis 1996 Innenminister in einer CDU/SPD-Koalition auf Landesebene, der ebenso wie Becker im Vorfeld der offiziellen Nominierung durch die SPD als aussichtsreicher Kandidat gehandelt worden war, hatte dies im Unterschied zum Pforzheimer Oberbürgermeister getan. Folglich konnte es auch keinen öffentlichen Schulterschluss Beckers mit dem von der eigenen Parteispitze nominierten Brechtken geben.

Dass Becker die Kandidatur Rainer Brechtkens mit Skepsis sah, wurde spätestens offenkundig, als der Name des Pforzheimer Oberbürgermeisters unter einer Solidaritätsanzeige von SPD-Bürgermeistern und -Oberbürgermeistern aus ganz Baden-Württemberg zugunsten des SPD-Kandidaten fehlte. Besagter Wahlauftritt zugunsten des offiziellen SPD-Kandidaten, der sechs Tage vor dem ersten Wahlgang, also in der heißen Wahlkampfphase, erschien, erwies sich damit als kontraproduktiv. Er verursachte für die Sozialdemokraten und den von ihnen unterstützten Rainer Brechtken enormen Flurschaden. Die lokale Presse registrierte sofort, dass Becker inzwischen ohne Rücksicht auf Brechtken und die SPD eigene Ambitionen hegte.¹⁷² Unmittelbar vor dem ersten Wahlgang versuchten alle Parteien den Schaden, der von den Spekulationen um eine Kandidatur Joachim Beckers ausgehen konnte, von ihrem Kandidaten fernzuhalten.

Der SPD-Landesvorsitzende Ulrich Maurer wertete die Spekulationen um Joachim Becker „als gezielten und durchsichtigen Versuch konservativer Kreise, Rainer Brechtken als Oberbürgermeister von Stuttgart zu verhindern“¹⁷³. Schusters Wahl-

¹⁷² Vgl. *Gert Fach*: „Wirft Pforzheims OB den Hut in den Ring?“, in: *StN* vom 15. Oktober 1996, *Thomas Borgmann*: „OB Becker: Kein klares Dementi zu Kandidatur“, in: *StZ* vom 16. Oktober 1996, *Gert Fach*: „Brechtken fordert Becker zur offenen Feldschlacht“, in: *StN* vom 16. Oktober 1996 oder *Olaf Lorch*: „Brodeln in der Stuttgarter OB-Gerüchteküche“, in: *Pforzheimer Zeitung* vom 16. Oktober 1996. Außerdem heizte auch ein zunächst geheim gehaltenes Treffen zwischen Becker und dem Stuttgarter Wirtschaftsförderer Wolfgang Häfele (CDU), der sich seinerseits ursprünglich Hoffnungen gemacht hatte, statt Schuster von der CDU nominiert zu werden, die Spekulationen an (Vgl. ebenfalls die hier aufgeführten Presseveröffentlichungen). Dass unter der Zeitungsanzeige der mit SPD-Parteibuch ausgestatteten baden-württembergischen Rathauschefs für Brechtken auch der Namenszug des Mannheimer Oberbürgermeisters Gerhard Widder fehlte, ging im Übrigen völlig unter.

¹⁷³ *Gert Fach*: „Brechtken fordert Becker zur offenen Feldschlacht“, in: *StN* vom 16. Oktober 1996.

kampforganisator Christoph Palmer (CDU) beeilte sich, Beckers Ambitionen als rein SPD-internes Problem zu darzustellen. „Wenn die SPD jetzt Schiffe versenken spielt, dann ist das ihr Problem“¹⁷⁴, erklärte Palmer. Der grüne Landtagsfraktionschef Fritz Kuhn, der beim Wahlkampf von Rezzo Schlauch Regie führte, unterstellte der SPD, sie halte in der Hinterhand bereits einen neuen Kandidaten für den zweiten Wahlgang bereit und „schmiert die Wähler an“¹⁷⁵. Rolf Schlierer, Bundesvorsitzender der Republikaner und Vorsitzender der baden-württembergischen Landtagsfraktion, hielt der SPD pauschal „miserablen Stil“¹⁷⁶ vor. Lediglich die FDP verzichtete im Vorfeld des ersten Wahlgangs noch auf eine Stellungnahme zu den Mutmaßungen um eine Kandidatur Beckers nach dem 20. Oktober 1996.

Die einzelnen Reaktionen waren sehr aufschlussreich: Die SPD unterstellte dem oft als konservativ und eitel charakterisierten Becker, sich vom politischen Gegner instrumentalisieren zu lassen und damit der eigenen Partei zu schaden. Für die Union war das Verhalten Beckers Beleg für den chaotischen Zustand der Stuttgarter SPD, ebenso wie für Fritz Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) und den Republikaner Schlierer. Indem Kuhn suggerierte, dass die SPD für den zweiten Wahlgang bereits einen aussichtsreicheren Kandidaten in der Hinterhand halte, versuchte er, die Turbulenzen bei den Sozialdemokraten im ersten Wahlgang in Zugewinne für Rezzo Schlauch umzumünzen. Falls Rainer Brechtken aus Sicht eigener Parteifreunde ein Kandidat auf Abruf war, so sollten sich die Wähler schon im ersten Wahlgang für die grüne Alternative zum Kandidaten der CDU, also für Rezzo Schlauch, entscheiden.

Ein Kommentator der *Stuttgarter Zeitung* zog aus dem Dilemma, in das die SPD mit der Nominierung des SPD-Landtagsabgeordneten Rainer Brechtken gekommen war, angesichts der Ambitionen Beckers schon im Sommer folgenden Schluss: Es habe den Parteioberen der Sozialdemokraten in Stadt und Land „der Mut zu einer spektakulären

¹⁷⁴ Thomas Borgmann: „OB Becker: Kein klares Dementi zu Kandidatur“; in: *StZ* vom 16. Oktober 1996.

¹⁷⁵ Gert Fach: „Brechtken fordert Becker zur offenen Feldschlacht“; in: *StN* vom 16. Oktober 1996.

¹⁷⁶ Ebd.

Entscheidung gefehlt. Den prominenten, in den eigenen Reihen aber umstrittenen Pforzheimer OB Joachim Becker wollten die SPD-Oberen nicht ins Rennen schicken. Der populäre Rechtsausleger wäre der eher linken Stuttgarter SPD-Basis nur schwer zu vermitteln gewesen. Allerdings wurde so die Chance vertan, tief in bürgerliche Wählerschichten vorzudringen – und kräftig im Revier des eher blassen CDU-Kandidaten Schuster zu wildern.¹⁷⁷

Diese Kommentierung ist für den Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit in doppelter Hinsicht von Belang: Schließt man sich dieser Sicht der Dinge an, so ginge man davon aus, dass Becker der aussichtsreichere SPD-Kandidat gewesen wäre, sofern ihn die SPD bereits vor dem ersten Wahlgang zu ihrem offiziellen Kandidaten gemacht hätte. Dass die Partei gerade dies nicht tat, muss im Gegenzug als Indiz dafür gewertet werden, dass zumindest in der für die Nominierung maßgeblichen Parteispitze persönliche oder sachliche Vorbehalte gegen eine Unterstützung Beckers bestanden. Für sie wäre Becker der unbequemere Kandidat gewesen. Dass die Kreiskonferenz der Stuttgarter SPD dem Vorschlag der Parteispitze mit 131 von 137 Stimmen gefolgt war, muss hingegen als offenkundiger Schulterchluss der Stuttgarter SPD mit der Parteispitze und ihrem Kandidaten Brechtken interpretiert werden. Das Votum war zu deutlich, um Spielraum für Kritik am Findungsgremium um Landeschef Ulrich Maurer und am eigenen Kandidaten aufkommen zu lassen.

Die Absage der SPD an Becker und die Entscheidung für die Nominierung Brechtkens wirft vor diesem Hintergrund auch ein bezeichnendes Licht auf die parteipolitische Gemengelage, die für die Nominierung des Kandidaten ausschlaggebend war. Nach Auffassung des Kommentators der *Stuttgarter Zeitung* ging für die SPD-Parteigänger die Loyalität des Kandidaten zur Partei über die faktische Erfolgsaussicht des Bewerbers.

Erste Anzeichen dafür, dass Becker nach dem ersten Wahlgang für das Amt des Stuttgarter Oberbürgermeisters kandidieren würde, sofern es das Ergebnis zulassen

¹⁷⁷ Achim Wörner: „SPD vor der Wahl: Wenig Mut“, in: *StZ* vom 11. Juli 1996.

sollte, gab es also bereits wenige Tage vor dem ersten Wahlgang. Dass er sich dann ganz bewusst in Abgrenzung zur SPD bewerben würde, war angesichts der heftigen Reaktionen seiner Parteifreunde nicht anders zu erwarten. Zwei Tage nach dem ersten Wahlgang, am 22. Oktober 1996, ließ Becker den Spekulationen um seine Person Taten folgen: „Ich fühle mich der Tradition des großen Nachkriegsoberbürgermeisters Arnulf Klett verbunden und bewerbe mich als unabhängiger Kandidat“¹⁷⁸, begründete Becker seine Kandidatur.

Becker, seit 1985 Oberbürgermeister der Stadt Pforzheim, hatte in der Öffentlichkeit seit Jahren immer wieder Ansichten vertreten, die in offenem Widerspruch zur Linie der SPD standen. Er selbst verstand sich als Parteigänger, der seiner politischen Heimat, der SPD, immer wieder einen kritischen Spiegel vorhalten wollte. „Sozialdemokratische Bewerber haben nur dann eine echte Chance, wenn sie aussehen wie CDU-Mitglieder“¹⁷⁹, schrieb er der eigenen Partei schon 1986, also zehn Jahre vor seiner Bewerbung in Stuttgart, ins Stammbuch. Das Klischee eines SPD-Kandidaten umschrieb Becker so: „Von einem SPD-Bewerber wird erwartet, dass er gut proletarisch aussieht, seine Frau einen altbackenen Eindruck macht und seinen Kindern ständig die Nase läuft. Sozialdemokratische Bewerber laufen mit Netzhemd und kurzen Hosen im Stadtgarten umher und machen einen verschwitzten Eindruck.“¹⁸⁰

Becker begründete seine Kandidatur mit der seiner Auffassung nach unzureichenden Qualifikation aller Bewerber, die am 20. Oktober 1996 zur Wahl gestanden waren: „Die Bewerberlage war aus Stuttgarter Sicht nicht befriedigend. Wenn der Favorit überzeugend wäre, hätte ich von einem solchen Unterfangen abgesehen“¹⁸¹, zitierte ihn die Wochenzeitung *Die Zeit* fünf Tage nach dem Votum vom 20. Oktober. Aufschlussreicher für die Themenstellung der vorliegenden Arbeit ist ein anderes, wiederholt

¹⁷⁸ zitiert nach *Thomas Borgmann*: „Becker, Pforzheim, will Manfred Rommels Stuhl“; in: *StZ* vom 23. Oktober 1996.

¹⁷⁹ *Joachim Becker*: „Netzhemd, kurze Hosen und verschwitzt“; in: *Der Spiegel* vom 29. September 1986.

¹⁸⁰ Ebd.

¹⁸¹ *Rainer Frenkel*: „Der Kandidat aus dem Nichts“; in: *Die Zeit* vom 25. Oktober 1996.

vorgebrachtes Argument, das ihn nach eigenem Bekunden zur Bewerbung in Stuttgart bewogen habe. Er wolle „das Monopol der Parteien brechen“¹⁸², weil es sich bei dieser Wahl um eine Persönlichkeits- und nicht um eine Parteienwahl handle. Wer dies nicht anerkenne, offenbare ein „obskures Verständnis von Demokratie“¹⁸³, erklärte der neu auf den Plan getretene Kandidat. Becker bewarb sich also mit Verweis auf ein rein sachorientiertes Verständnis von Politik auf kommunaler Ebene in Abgrenzung zu den etablierten politischen Parteien um das kommunale Spitzenamt. Angesichts des Zerwürfnisses mit der eigenen Partei, das er durch sein Verhalten provoziert hatte, blieb dem Pforzheimer Oberbürgermeister Joachim Becker allerdings auch nichts anderes übrig.

„Man war in der SPD der Meinung, ich als moderner Reformpolitiker sei der Parteibasis nicht vermittelbar“, erwiderte Becker im Interview mit *Stuttgarter Zeitung* auf die Frage, warum sich die Parteispitze im Juli 1996 für Brechtken und gegen ihn entschieden hatte. „Das liegt daran, dass die Stuttgarter SPD ihren Kandidaten traditionell nominiert. Meine Person war dort nie Gegenstand einer ernsthaften Diskussion. Ein Nominierungsverfahren hätte ich abgelehnt. Ich bewerbe mich und bitte dann um die Unterstützung meiner eigenen Partei. Schließlich geht es bei der OB-Wahl nicht um Parteien, sondern um Persönlichkeiten.“¹⁸⁴ Becker verband dieses Zeitungsinterview mit massiven Attacken auf die politische Klasse in Stuttgart. „Die Leute erkennen mich, wenn ich durch die Stadt gehe“, erläuterte Becker seinen von einem enormen Medieninteresse begleiteten Wahlkampfauftakt in der Landeshauptstadt. „Ich rede mit ihnen, ich will hören, was sie denken. Manchmal sind die Leute fast erschrocken. Das direkte Gespräch ist bei Kommunalpolitikern in Stuttgart offenbar nicht üblich.“¹⁸⁵

¹⁸² Ebd.

¹⁸³ Ebd.

¹⁸⁴ Interview mit Joachim Becker in der *Stuttgarter Zeitung* vom 31. Oktober 1996: „Aus vermeintlicher Schwäche entwickle ich Stärke“.

¹⁸⁵ Ebd.

Aufschlussreich sind die zahlreichen Reaktionen der Parteifreunde Beckers auf dessen Bewerbung in Stuttgart. Der Bundespolitiker Franz Müntefering, im Herbst 1996 im Range des Bundesgeschäftsführers der SPD¹⁸⁶, warf Becker „einen Mangel an Charakter“ vor, der „in keiner Weise tolerierbar“ sei. „Ich halte das für eine ziemliche Lumperei“¹⁸⁷, betonte Müntefering. Die baden-württembergischen Bürgermeister und Oberbürgermeister, die der SPD angehörten, schlossen sich diesem Urteil vorbehaltlos an: Heidelbergs Oberbürgermeisterin Beate Weber sprach von einem „unglaublichen“ Vorgang, dem der ungewollte Kandidat seinen Austritt aus der Partei folgen lassen müsse.¹⁸⁸ Ihr Ulmer Amtskollege Ivo Gönner nannte die Bewerbung Beckers „unsolidarisch, kontraproduktiv und unnötig“¹⁸⁹. Allein die Pforzheimer SPD hielt ihrem Oberbürgermeister die Stange: Stuttgart könne nichts Besseres passieren, als die Bewerbung eines so kompetenten Kandidaten, wie es Becker sei, erklärte der Pforzheimer SPD-Kreisvorsitzende Winfried Heck. Dieser habe seine Qualitäten als Pforzheimer Rathauschef zur Genüge unter Beweis gestellt.¹⁹⁰

Der SPD-Landesvorsitzende Ulrich Maurer, gleichzeitig Chef der Landtagsfraktion, kündigte ein Parteiausschlussverfahren gegen Becker an: „Die SPD wird Joachim Becker aus der Partei ausschließen. Ab sofort ruhen seine Mitgliedsrechte. Joachim Becker hat sich schon in der heißen Phase des Wahlkampfes, kurz vor dem ersten Wahlgang von konservativen Kreisen gegen Rainer Brechtken und die SPD instrumentalisieren lassen. Es wäre deshalb nur ehrlich und konsequent, wenn Becker

¹⁸⁶ Das Amt des Generalsekretärs existiert in der SPD erst seit 1999. Auch dieses übte Franz Müntefering später aus, nachdem er von 1998 bis 1999 Bundesverkehrsminister im ersten Kabinett von Bundeskanzler Schröder war. Seit der Bundestagswahl im Herbst 2002 amtiert Müntefering als Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, seit März 2004 ist er zudem Bundesvorsitzender der SPD.

¹⁸⁷ Markus Brauer: „Becker tritt zur OB-Wahl an“; in: *StN* vom 23. Oktober 1996.

¹⁸⁸ Vgl. Arnold Rieger: „OB Weber: Becker sollte gehen“; in: *StN* vom 23. Oktober 1996.

¹⁸⁹ Ebd.

¹⁹⁰ Vgl. *Pforzheimer Zeitung* vom 23. Oktober 1996. Er selbst stehe „voll hinter Dr. Becker“, unterstrich der Pforzheimer SPD-Kreisvorsitzende im Interview.

jetzt von sich aus die Partei verlassen würde. Der SPD-Landesvorstand fordert ihn ausdrücklich dazu auf.“¹⁹¹

Becker konterte mit einem Bekenntnis zur SPD, das er auch als Kritik am spätestens seit dem enttäuschenden Ergebnis bei der Landtagswahl im März 1996 nicht mehr unumstrittenen Landesvorsitzenden Maurer verstand: „Ich bin über Fritz Erlers Familie in die Partei gekommen und werde sie wegen Ulrich Maurer nicht verlassen.“¹⁹²

5.2. Der Wahlkampf Schusters und der CDU bis zum 10. November 1996

Die Strategie der Stuttgarter CDU blieb zum einen weiter darauf ausgelegt, dass Schuster auftreten solle, als verteidige er das Amt als "geborener" Nachfolger Manfred Rommels. Schließlich zeigte das stabile Abschneiden Schusters in den traditionellen CDU-Hochburgen, dass die Identifikation des Kandidaten mit der Rathauspolitik unter der Führung von Manfred Rommel ebenso wie mit der CDU gelungen war. Damit konnte Schuster sowohl die Sympathiewerte seines Vorgängers als auch die starke Position der CDU in der Landeshauptstadt für sich nutzen. Die Stuttgarter Kommunalpolitik, die bislang vor allem mit dem Namen des populären Oberbürgermeisters Manfred Rommel assoziiert wurde, zeichnete sich durch eine „liberale und tolerante Atmosphäre“¹⁹³ aus und scheute dabei nicht begrenzte Konflikte mit bestimmten Positionen, die in der CDU vertreten wurden.

¹⁹¹ Ebd.

¹⁹² *Josef Schunder*: „OB-Kandidat Becker: Überall sind Stimmen zu holen“; in: *StN* vom 23. Oktober 1996. Der von Becker genannte Fritz Erler (1913-1967) war seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland für die SPD Abgeordneter im Deutschen Bundestag und dort ab 1955 außen- und verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. 1964 übernahm Erler den stellvertretenden Parteivorsitz und wurde Chef der Bundestagsfraktion. Er galt als einer der maßgeblichen Architekten der großen Koalition, die die SPD im Bund 1966 in die Regierungsverantwortung brachte.

¹⁹³ Ausführlich dazu *Thomas Borgmann*: „Heiter und gelassen auf Abschiedsrunde – 22 Jahre stand Manfred Rommel an der Spitze der Landeshauptstadt Stuttgart“; in: *StZ* vom 13. Dezember 1996/Sonderbeilage „Manfred Rommel – Eine Ära geht zu Ende“.

Augenfällig wurde diese Diskrepanz, mit der sich der von der CDU unterstützte Kandidat auseinander zu setzen hatte, besonders auf dem Feld der inneren Sicherheit. Schuster entschied sich hier für die restriktive Linie, was auch als Abgrenzung zu seinem Mentor Rommel interpretiert wurde. Das zeigt die Berichterstattung über das öffentliche "Rededuell" zwischen Schlauch und Schuster am 3. November 1996 im Haus der Wirtschaft: „Die schärfste Kontroverse zwischen den Kontrahenten entstand beim Thema Drogenpolitik“¹⁹⁴, konstatierte die *Stuttgarter Zeitung*. „Schlauch setzt in diesem Bereich auf die Fortsetzung der von Manfred Rommel vorgegebenen liberalen Linie, nach der es auch Methadonprogramme und die Einrichtung von Fixerstuben geben soll. Schlauch warnte davor, Suchtabhängige zu kriminalisieren. Konkurrent Schuster nannte als seine oberste Maxime "den Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Suchtgefahren". Die Drogen müssten geächtet, das Handeln mit ihnen von der Polizei konsequent verfolgt werden. Falsch verstandene Liberalität in diesem Bereich werde sich "verhängnisvoll" auswirken.“¹⁹⁵ Das Beispiel verdeutlicht, dass Schuster im Zweifel die Nähe zur CDU und die Abgrenzung zu seinem Mentor Rommel suchte. Es ist für den Wahlkampf des Kandidaten Schuster bezeichnend, dass er kein einziges kommunalpolitisch relevantes Thema vertrat, mit dem er sich auch nur leicht von der Linie der Kreispartei oder der Rathausfraktion der CDU abgegrenzt hätte.

Nicht völlig außer Acht gelassen haben dürften Schuster und die CDU mit Blick auf den zweiten Wahlgang zudem diejenigen Wählerinnen und Wähler, die zunächst für den Kandidaten der Republikaner votiert hatten. Nachdem dieser seinen Verzicht bekannt gegeben hatte, mussten diese Wähler in einem ersten Schritt davon überzeugt werden, dass es sinnvoll war, am 10. November erneut zur Wahl zu gehen. Es war zu befürchten, dass sie nach dem Rückzug von Dieter Lieberwirth von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch mehr machen würden. Mit dem Themenkomplex "Innere Sicherheit" waren sie am leichtesten zu mobilisieren. Dass sie für den direkten Kontrahenten Schlauch votieren würden, war kaum zu erwarten.

¹⁹⁴ *Thomas Borgmann*: „Heißes Wortgefecht zwischen Schuster und Schlauch“; in: *StZ* vom 4. November 1996.

¹⁹⁵ Ebd.

Die Notwendigkeit, diese Klientel thematisch zu bedienen, ergab sich noch aus einem weiteren Grund: Mit dem Pforzheimer Oberbürgermeister Joachim Becker war ein neuer Kandidat auf den Plan getreten, den eine Aura umgab, welche ihn für dieses Wählerpotenzial durchaus attraktiv machte: An ihm rieb sich nicht nur die eigene Partei, die SPD, die seine Bewerbung als parteischädigend brandmarkte. An ihm rieb sich auch die ganze politische Klasse in Stuttgart – ebenso wie er sich an ihr rieb. Becker stellte sich ganz bewusst als Kandidat dar, der dem Parteienstaat auf kommunaler Ebene den Kampf angesagt hatte. „Meine Partei, die SPD, grenzt mich aus, die anderen versuchen es“¹⁹⁶, klagte Becker im Gespräch mit der *Stuttgarter Zeitung*. „Das ist offenbar das Stuttgarter Demokratiemodell, ein Kartell der Hasenfüße. Die Parteiendemokratie hat ein Maß an Anmaßung erreicht, dem man entgegentreten muss. Das ist mein Ziel.“ Hinzu kam, dass Becker die Einladung der rechtslastigen Cannstatter FDP angenommen hatte, als diese ihm ein Forum bot. Diese galt als stigmatisiert, weil sie zum Beispiel den FPÖ-Chef Jörg Haider Jahre vor der Beteiligung seiner Partei an der österreichischen Bundesregierung als Referenten eingeladen hatte, obwohl Bundes-, Landes- und Kommunalspitze der FDP scharf dagegen protestiert hatten.

Die CDU und ihr Kandidat Wolfgang Schuster nutzten mit fortschreitender Zuspitzung des Wahlkampfes verstärkt das Mittel, auf die Fürsprache prominenter Parteigänger zu setzen. Der Schulterchluss zwischen Kandidat und Partei wurde noch deutlicher in den Vordergrund gerückt, als dies schon vor dem 20. Oktober 1996 der Fall war. Eine Woche vor dem ersten Wahlgang war noch der amtierende Bundeskanzler Helmut Kohl auf Einladung der Stuttgarter CDU nach Stuttgart geeilt, um mit Wolfgang Schuster eine Wahlkampfveranstaltung zu absolvieren. Weitere prominente Wahlkampfhelfer waren zum Beispiel Ministerpräsident Erwin Teufel, CDU-Landtagsfraktionschef Günther Oettinger, der baden-württembergische Innenminister Thomas Schäuble sowie die prominenten Oberbürgermeister und bekennenden Unionsmitglieder Petra Roth (Frankfurt am Main), Peter Mennacher (Augsburg), Ludwig Scholz (Nürnberg) und

¹⁹⁶ „Aus vermeintlicher Schwäche entwickle ich Stärke“; Joachim Becker im Gespräch mit der *StZ* vom 31. Oktober 1996.

Herbert Wagner (Dresden).¹⁹⁷ Sie alle absolvierten Wahlkampftermine mit dem Kandidaten der CDU, um seinen Bekanntheitsgrad zu steigern und ihre Solidarität zu bekunden.

Manfred Rommel setzte sich auf mehreren Veranstaltungen und in Zeitungsanzeigen für die Wahl Schusters ein: „So wie sich die Dinge entwickelt haben, fällt die Entscheidung, wer neuer OB in Stuttgart wird, am 10. November zwischen Schlauch und Schuster. Ich jedenfalls wähle Schuster“, vermeldete Rommel am 8. November in einer Anzeige der *Stuttgarter Zeitung*, die auch mit seinem Konterfei versehen war.¹⁹⁸ Die Rechtfertigung, die Rommel für seine Wahlkampfhilfe lieferte, nachdem ihm der von der SPD unterstützte Kandidat Brechtken eine Verletzung des Neutralitätsgebots vorgeworfen hatte, ist aus mehrerer Sicht aufschlussreich: Dass er sich derart ungeniert zugunsten Schusters eingemischt habe, sei „eine Selbstverständlichkeit“. Er habe dies allerdings nur als Privatperson getan. Er könne sich nicht jeder Äußerung enthalten, wenn ein Kandidat Siegchancen habe, „der in allen wesentlichen Punkten von der Stadtpolitik, für die ich eingetreten bin, abweicht“¹⁹⁹.

Rommel verstand die Parteinahme für Schuster also als Kampfansage gegen den Kandidaten Rezzo Schlauch. Er fügte sich damit klar in die Gesamtstrategie, die die Stuttgarter CDU unmittelbar nach dem Votum vom 20. Oktober 1996 ausgegeben hatte und die ihr Kandidat auf das treueste befolgte: Denn die Union beließ es nicht mehr allein bei dem Versuch, den Amtsbonus zugunsten ihres Kandidaten auszuspielen. Der grüne Schlauch wurde zum Hauptgegner ausgerufen, zum einzigen Gegner, der überhaupt noch ernst genommen werden musste. So warnte der amtierende Vorsitzende der Stuttgarter CDU, Gerhard Mayer-Vorfelder, in einem Brief, mit dem er Multiplika-

¹⁹⁷ Vgl. etwa *Thomas Durchdenwald*: „Rommels verlorener Sohn – Fünf Oberbürgermeister unterstützen einen Kandidaten“; in: *StZ* vom 8. November 1996. Der fünfte der hier erwähnten Oberbürgermeister, die am 6. November mit Wolfgang Schuster in der Stuttgarter L-Bank an einer Wahlveranstaltung teilnahmen, war der amtierende Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel.

¹⁹⁸ *StZ* vom 8. November 1996.

¹⁹⁹ *Esslinger Zeitung* vom 13. November 1996: „Wahlwerbung war für Rommel eine Pflicht – OB kontert Brechtkens Vorwurf: Deutliches Bekenntnis für den CDU-Bewerber erst, als nur noch Schlauch und Schuster Siegchancen hatten“.

toren um Spenden für die Wahlkampfkasse von Wolfgang Schuster bat, eindringlich vor dem Standortrisiko, das ein Oberbürgermeister Rezzo Schlauch für die Landeshauptstadt bedeuten würde. Die CDU verlegte sich nach dem ersten Wahlgang auf die Vermittlung klassischer Freund-Feind-Schemata, wobei Schlauch das Feindbild abgab und die übrigen Kandidaten gänzlich außen vor blieben.

Ein OB Schlauch würde „die Kassen der Stadt Stuttgart plündern“, warnte der CDU-Kreisvorsitzende Mayer-Vorfelder, der gleichzeitig baden-württembergischer Finanzminister war, in dem zitierten Spendenbrief. Der grüne Kandidat tue alles, „um seine grüne Klientel mit allerlei Programmen, wie Freigabe von Methadon, die Förderung der Lesben und Schwulen, der Feministen und der alternativen Kunstszene, bei Laune zu halten“, führte Mayer-Vorfelder aus. Der CDU-Politiker setzte voll auf Polarisierung: Innere Sicherheit und Familienpolitik wurden als besondere Kompetenzfelder der Union angesprochen und zu Angriffen auf den politischen Gegner Schlauch genutzt, um ihm den Weg in die politische Mitte zu verbauen. Der grüne Kandidat sollte desavouiert werden. Schlauch sei „ein schrecklicher Repräsentant unserer Stadt“, fuhr Mayer-Vorfelder fort, der sich „hinter der Maske des Lebemanns“ verstecke. Die Medien seien „überwiegend für Schlauch“ und dächten „nicht im Traum daran, unsere Warnungen zu vermitteln“.

Ähnliche Botschaften vermittelte ein Faltblatt, das die Stuttgarter CDU als die federführende Kraft des Wahlkampfes des Kandidaten Wolfgang Schuster bis zum 10. November 1996 verteilte: Unter dem Titel "Der grüne Wolf im Schafspelz" folgte eine Liste zahlreicher Projekte, die die Stuttgarter Gemeinderatsfraktion der Grünen oder ihr Spitzenkandidat in den vorangegangenen Monaten und Jahren abgelehnt hatte: die geplante neue Messe auf den Fildern, die Zentrale der Firma Daimler-Benz in Möhringen, der Ausbau des Stuttgarter Flughafens, der Bau des Musical-Theaters in Möhringen, der Neubau der Südwestdeutschen Landesbank, die Rahmenvereinbarung zum Städtebauprojekt Stuttgart 21. Die CDU hielt Schlauch im gleichen Wahlkampfprospekt vor, die Freigabe weicher Drogen zu betreiben, eine Fahrrad-Metropole statt einer Automobil- und High-Tech-Stadt zu favorisieren und den renommierten Oberbürgermeister Rommel als „gnadenlosen Vertreter der Atompolitik“ verunglimpft zu

haben. "Wer Rezzo wählt, muss ganz schön auf dem Schlauch steh'n", lautete der Slogan der Wahlkampfstrategen der Stuttgarter CDU.

Damit trat das Persönlichkeitsprofil des von der CDU unterstützten Kandidaten immer mehr hinter der direkten Auseinandersetzung zurück, welche die Union jetzt mit Schlauch führte. Die Tatsache, dass Schlauch mit seinem Wahlergebnis vom 20. Oktober bereits erhebliche Stimmengewinne im bürgerlichen Lager verbuchen konnte, wurde als Lapsus dargestellt, der im zweiten Wahlgang zu korrigieren sei. Denn darin lag die größte Gefahr für die CDU und ihren Kandidaten. Alle Angriffe auf Schlauch sollten ihn als typischen und im traditionellen Milieu seiner Partei verhafteten Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen erscheinen lassen, um das Wählerpotenzial der bürgerlichen Mitte möglichst geschlossen für den eigenen Kandidaten vereinnahmen zu können.

5.3. Die veränderte Strategie des Kandidaten Rezzo Schlauch und von Bündnis 90/Die Grünen

Eine enge Anbindung des Kandidaten an seine Partei, wie es die Strategen der Union betrieben, kam für den Kontrahenten Schlauch vor dem Hintergrund des erzielten Stimmenanteils im ersten Wahlgang noch weniger in Frage als vor dem 20. Oktober 1996. Da er im Unterschied zu Schuster nicht von einer Partei unterstützt wurde, die bei den vorangegangenen Wahlen und in den Umfragen die relative Mehrheit der Stimmen erzielen konnte, musste Schlauch über die traditionelle Klientel von Bündnis 90/Die Grünen hinaus Wähler für sich gewinnen. Dies galt schon für seinen Wahlkampf bis zum ersten Wahlgang am 20. Oktober 1996, und das Ergebnis bestätigte ihn in dieser Strategie. Um jetzt am 10. November 1996 den Kandidaten Wolfgang Schuster zu überflügeln, musste er noch stärker in Wählerschichten vorstoßen, die über die Klientel der eigenen Partei in Stuttgart hinausgingen. Mit dem guten Ergebnis im Rücken und mit der Veränderung der Bewerberkonstellation nach dem ersten Wahlgang ergab sich eine Ausgangsposition, die sich aus seiner Sicht folgendermaßen zusammenfassen ließ: Er musste 4,6 Prozent der Wählerstimmen zu Schuster aufholen.

Da war zunächst der Rückzug der von der FDP unterstützten Kandidatin Werwigk-Hertneck. Ihr Wählerpotenzial durfte nicht allein den in der CDU und der SPD beheimateten Kandidaten überlassen werden. Wer sich im Oktober für den von den Republikanern ins Rennen geschickten Bewerber entschieden hatte, konnte hingegen im zweiten Wahlgang schwerlich vom grünen Kandidaten erreicht werden. Schlauch musste im Fall der Wählerinnen und Wähler des Rep-Kandidaten Lieberwirth darauf hoffen, dass diese – aus welchen Gründen auch immer – am 10. November 1996 von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch mehr machten. Gingen sie doch wieder an die Urnen, so musste Schlauch hoffen, dass nicht zu viele von ihnen zum Kandidaten Schuster überliefen.

Die Strategie der Stigmatisierung, welche die CDU vor dem entscheidenden Wahlgang mit seiner Person anwandte, stand seiner eigenen Absicht, sich als ernsthafte Alternative für die Wählerinnen und Wähler der bürgerlichen und liberalen Mitte zu präsentieren, diametral entgegen. Zwar verhiß ihm die Zuspitzung zum Duell mit Schuster, auf die es die CDU anlegte, einen Stimmenzuwachs. Aber um in bürgerliche Wählerschichten vorzudringen, musste Schlauch thematisch sehr deutlich die Abgrenzung zur ihn unterstützenden Partei suchen. Er sei „nicht als grüner Zählkandidat angetreten, der den gesamten Strauß grüner Ideen vertritt“²⁰⁰, bekannte Schlauch freimütig und nicht ohne Kalkül. Die Aussage ist aus zweierlei Sicht aufschlussreich: Zum einen machte Schlauch deutlich, dass er ganz bewusst nicht alle von seiner Partei vertretenen Themen und Positionen im Wahlkampf artikulieren wollte. Er gab stattdessen lieber den dezidierten Vertreter des Realo-Flügels der Grünen, der auch bereit war, seiner Partei Kritik ins Stammbuch zu schreiben. Für diese Haltung sprach nach dem Votum am 20. Oktober 1996 umso mehr, dass offenkundig geworden war, dass keiner der übrigen Kandidaten ihm das grüne Wählerpotenzial streitig machen würde.

²⁰⁰ „Ich gebe den deutlich besseren OB ab“; Rezzo Schlauch im Interview mit der *StZ* vom 2. November 1996.

Im Vorfeld des ersten Wahlgangs war deutlich geworden, dass der Kandidat der SPD, Rainer Brechtken, gar nicht den Versuch unternahm, mit Schlauch um die Besetzung traditioneller "grüner Themen" von der Umweltpolitik bis zur Außen- und Verteidigungspolitik zu konkurrieren. Stuttgart 21 hätte sich vielleicht dazu geeignet, wenn Brechtken eine klare Gegenposition zur Linie der Stuttgarter Rathauspitze eingenommen hätte, doch allein Rezzo Schlauch lehnte dieses städtebauliche Jahrhundertprojekt ab. Bundes- und landespolitische Themen spielten, abgesehen vom Themenkomplex "Innere Sicherheit", im Wahlkampf eher eine untergeordnete Rolle. Es war stattdessen so, dass derjenige, der sich als klassischer Wähler von Bündnis 90/Die Grünen verstand, zu Schlauch im Stuttgarter OB-Wahlkampf 1996 keine ernsthafte Alternative fand.

Rezzo Schlauch wollte also als Kandidat der Grünen wahrgenommen werden, der durch seine Persönlichkeit als Alternative zum konservativen, wenig charismatischen Kandidaten Wolfgang Schuster überzeugte. Würde er zu eindeutig als exponierter Vertreter der Programmatik seiner Partei wahrgenommen, so war zu befürchten, dass dies seine Erfolgchancen bei der Volkswahl eher schmälern würde. Damit erkannte auch das Lager um Schlauch die parteipolitischen Zwänge an, denen der Wahlkampf um das Oberbürgermeisteramt ausgesetzt war, und es lag auf der Hand, dass sich Schlauch im Unterschied zu Schuster von seinem parteipolitischen Hintergrund in einem erheblichen Maße lösen musste.

Deshalb wandte sich Schlauch ganz bewusst in den drei Wochen bis zum zweiten Wahlgang zum Beispiel dem Thema "Innere Sicherheit" zu, das er bis zu diesem Zeitpunkt dem CDU-Kandidaten überlassen hatte. Schlauch trat mit dem Sizilianer Leoluca Orlando auf, der sich als sogenannter Mafiajäger in seiner Funktion als Bürgermeister von Palermo einen Namen gemacht hatte, und mit dem Stuttgarter Polizeipräsidenten Volker Haas.²⁰¹ Für Aufregung sorgte besonders der Auftritt mit letzterem, der die gesteigerte Aufmerksamkeit dazu nutzte, um in Stuttgart öffentlich für eine moderate Drogenpolitik zu werben. Empört reagierten die CDU-Parteigänger mit Innenminister

²⁰¹ Vgl. zum Beispiel *Wolfgang Schulz-Braunschmidt*: „Wahlkampfhilfe vom Mafiajäger“, in: *StZ* vom 8. November 1996.

Thomas Schäuble und dem Stuttgarter Bundestagsabgeordneten Roland Sauer an der Spitze auf das Verhalten des Polizeipräsidenten.²⁰²

Dass sich Schlauch verstärkt der inneren Sicherheit und den wirtschaftlichen Themen der Landeshauptstadt zuwandte, bedeutete im Übrigen keinen eklatanten Widerspruch zum inhaltlichen Profil von Bündnis 90/Die Grünen in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. In einer Umfrage aus dem Jahr 1995 hielten die Wählerinnen und Wähler der Grünen das Thema Arbeitslosigkeit für bedeutsamer als den Umweltschutz. Die Wirtschaftslage oder die politische Kriminalität wurden vor der Verkehrspolitik genannt.²⁰³

„Die Grünen sind heute eine Partei, die – was ihre Wähler betrifft – ideologisch und hinsichtlich der allgemeinen Wertorientierungen sowie der konkreten Probleme sich immer stärker der Mitte der Gesellschaft angenähert haben“²⁰⁴, bilanzierte der Parteienforscher *Jürgen W. Falter* in einer Studie aus dem Jahr 1996 zu den Wert- und Themenorientierungen der Grünen-Wähler. „Die Distanzen zu den beiden großen Parteien, auch zur CDU, sind über die Jahre hinsichtlich dieser inhaltlichen Fragen eher geringer geworden. Auf einen etwas plakativen Nenner gebracht lässt sich konstatieren, dass die Grünen heute, stärker als jemals zuvor, wählermäßig eine Partei der linken Mitte geworden sind.“²⁰⁵

²⁰² Vgl. dazu *Gert Fach*: „Polizeichef trifft Grünen im Untergrund“; in: *StN* vom 30. Oktober 1996 oder *Reutlinger Generalanzeiger* vom 30. Oktober 1996: „Haas auf Wahlkampf mit Schlauch“.

²⁰³ Vgl. *Jürgen W. Falter*: Eine Bewertung des Landtagswahlergebnisses für Bündnis 90/Die Grünen bei der Landtagswahl am 24. März 1996 in Rheinland-Pfalz, Eine Studie im Auftrag des Landesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz, Mainz, 1996, S. 15. Das Wählerprofil der Grünen in Rheinland-Pfalz ist durchaus auf Baden-Württemberg übertragbar. Die Grünen blieben 1996 nach den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg auf die Oppositionsrolle beschränkt, weil die Sozialdemokraten links des Rheins ebenso an der Koalition mit der FDP festhielten wie die CDU rechts des Rheins.

²⁰⁴ Ebd., S. 16.

²⁰⁵ Ebd.

In seiner kritischen Haltung gegenüber den kommunalpolitischen Großprojekten Stuttgart 21 und dem geplanten Neubau der Messe auf den Fildern blieb Schlauch ganz der Linie treu, die Bündnis 90/Die Grünen in Gemeinderat und Landtag vertraten. Bemerkenswert ist darüber hinaus eine Attacke Schlauchs gegen die Stuttgarter Kommunalverwaltung, als deren Chef er sich bewarb und als deren Exponent CDU-Kandidat Schuster bereits im Verlauf seines Wahlkampfes auftrat: „Wie ich im Wahlkampf erfahren habe, gibt es eine tiefe Unzufriedenheit gerade mittelständischer Betriebe mit der Stadtverwaltung, die schlicht die notwendige Flexibilität vermissen lässt und Entwicklungen blockiert.“²⁰⁶

Der Umstand, dass die CDU nach dem 20. Oktober 1996 plötzlich die direkte Auseinandersetzung mit ihm suchte, die sein konservativer Mitbewerber bis zum ersten Wahlgang beharrlich verweigert hatte, eröffnete Schlauch natürlich auch eine Chance. Zum einen wurden so Brechtken und Becker, die beiden mit SPD-Parteibuch ausgestatteten Mitbewerber, in den Hintergrund gedrängt. Zum anderen konnte er nun zum persönlichen Gegenangriff auf Schuster ausholen, weil dieser das Wortgefecht, in dem Schlauch seine Stärke sah, inzwischen aus taktischen Gründen annahm.

Die Flugblätter der CDU, die sich gegen seine Person richteten, zeigten, „dass bei den Konservativen das Angstfieber grassiert“²⁰⁷, so Schlauch. Das CDU-Flugblatt vom "Grünen Wolf im Schafspelz" konterte Schlauch süffisant mit folgender Retourkutsche: Ihm sei ein Wolf, „der zubeißen könne“, lieber, „als ein Schaf, das dem Leithammel Mayer-Vorfelder folgt“²⁰⁸. Damit signalisierte der von den Grünen unterstützte Kandidat, dass er seinen konservativen Gegenkandidaten als eine Figur wahrnahm, die ihm ohne die prominente Schützenhilfe ihres wortgewaltigen Kreisvorsitzenden und anderer führender Protagonisten der CDU gar nicht ebenbürtig wäre. Schlauch versuchte sich also als Herausforderer der übermächtigen CDU in Szene zu setzen und

²⁰⁶ „Ich gebe den deutlich besseren OB ab“; Rezzo Schlauch im Interview mit der *StZ* vom 2. November 1996.

²⁰⁷ „Angstfieber bei der CDU“; in: *StZ* vom 8. November 1996.

²⁰⁸ Ebd.

warb offensiv um die Stimmen all derjenigen Wählerinnen und Wähler, die den Erfolg der CDU (und damit Schusters) verhindern wollten.

Es gab also durchaus einen Konsens zwischen dem grünen Schlauch und dem konservativen Schuster über die neue Wahlkampfstrategie: Die Wahl sollte den Charakter eines Zweikampfes annehmen, um allen übrigen Kandidaten jegliche Chance zu nehmen und einen Lagerwahlkampf zu führen. Letzteres implizierte, dass die CDU sehr viel offensiver in Erscheinung treten konnte. Der grüne Kontrahent nahm diese Herausforderung durch die CDU explizit an. Das verdeutlichten auch die Aussagen, die Schlauch am 2. November 1996 gegenüber der *Stuttgarter Zeitung* machte: „Die Einschätzung der Christdemokraten ist zunächst völlig richtig. Am 10. November wird es zu einer Stichwahl zwischen Schuster und mir kommen. (...) Mit dieser Etikettierung [Anm. Hoecker: derjenigen als "Grüner Wolf im Schafspelz"] lenkt die CDU von den eigenen Problemen ab. Die Stadt Stuttgart, in der bekanntlich die CDU die politische Verantwortung trägt, hat in der Vergangenheit Entwicklungen verschlafen.“²⁰⁹

Dass Schlauch sich auf diese Weise auf ein vermeintliches Duell mit der CDU und ihrem Kandidaten Wolfgang Schuster einließ, hatte Auswirkung auf den Umgang mit den anderen Mitbewerbern: Weil die Sozialdemokraten ihren Kandidaten Rainer Brechtken im Rennen hielten und folglich davon absahen, ihren Wählern im zweiten Wahlgang die Stimmabgabe für Rezzo Schlauch zu empfehlen, musste Schlauch alles dafür tun, dass sich möglichst viele Wählerinnen und Wähler von dem sozialdemokratischen Kandidaten ab- und ihm zuwandten. Diesem Zweck diente aus seiner Sicht der Lagerwahlkampf, in den die Abstimmung im zweiten Wahlgang münden sollte. Die Wählerinnen und Wähler Brechtkens mussten zu der Überzeugung gebracht werden, dass ihr Kandidat faktisch keine Siegchance mehr habe. Wollten Brechtkens Wählerinnen und Wähler einen CDU-Oberbürgermeister Wolfgang Schuster verhindern, so mussten sie Schlauch wählen, so das Kalkül des von den

²⁰⁹ „Ich gebe den deutlich besseren OB ab“; Rezzo Schlauch im Gespräch mit der *StZ* vom 2. November 1996.

Grünen unterstützten Kandidaten²¹⁰. Immerhin hatten es SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit den Kandidaten Rezzo Schlauch und Rainer Brechtken gemeinsam auf mehr als 50 Prozent der Stimmen gebracht. Schlauch und Schuster verfolgten plötzlich eine ähnliche Strategie: Sie kämpften um die Wählerinnen und Wähler des sozialdemokratischen Kandidaten und hofften, dass sie von diesen als das geringere Übel wahrgenommen wurden.

5.4. Die Marschroute von Rainer Brechtken und der SPD

Brechtkens Ergebnis von 22,6 Prozent der Stimmen am 20. Oktober 1996 war für Kandidat und Partei eine herbe Enttäuschung. Brechtken blieb deutlich hinter den Stuttgarter SPD-Resultaten der letzten Gemeinderatswahl 1994 (26,2 Prozent) und der Landtagswahl 1996 (26,3 Prozent) zurück. Er lag klar abgeschlagen hinter den Mitbewerbern Schuster und Schlauch auf dem dritten Rang. „Seine späte Nominierung, der langsame Wahlkampfstart, die Plakatierung und eine in der Öffentlichkeit kaum sichtbare Unterstützung der Parteispitze hinterließen den Eindruck eines Alleinkämpfers, ohne dass es ihm gleichzeitig gelang, das Image eines Parteibewerbers abzubauen.“²¹¹

Vor diesem Hintergrund waren der Kandidat und die ihn unterstützende SPD nach dem ersten Wahlgang mit einer völlig veränderten taktischen Ausgangssituation konfrontiert: „Die weitgehende, vor allem von den Freunden und Förderern des rot-grünen Koalitionsgedankens verbreitete Version heißt: Brechtken solle nicht nur verzichten, sondern er und die SPD müssten die geneigten Wähler auch zur Wahl des grünen Kandidaten Rezzo Schlauch auffordern“²¹², wie die *Südwest-Presse/Ulm* schrieb. Es

²¹⁰ Im Interview mit den *StN* am 21. Oktober 1996 antwortete Schlauch auf die Frage, was er dazu sage, dass Brechtken seine Kandidatur nicht zurückziehen wollte: „Das ist die Entscheidung der SPD. Aber bei aller Liebe, sie ist nicht politikfähig. Damit betreibt Brechtken das Geschäft der CDU.“

²¹¹ *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt: Themenheft 1996/5: Die Oberbürgermeisterwahl am 20. Oktober 1996 und die Neuwahl am 10. November 1996 in Stuttgart*, S. 11.

²¹² *Klaus G. Wertel: „Die Stuttgarter OB-Wahl beschert der SPD neue Schwierigkeiten – Prominente Kritiker aus den eigenen Reihen wollen den Landesvorsitzenden Uli Maurer müde machen“*;

sprachen mehrere Gründe gegen die von Bündnis 90/Die Grünen vorgetragene Forderung, die SPD möge Brechtken zurückziehen und ihren Parteigängern die Wahl von Rezzo Schlauch empfehlen. Allesamt sind parteitaktisch motiviert und belegen eindrucksvoll, dass Brechtkens Kandidatur inzwischen zum Offenbarungseid für die SPD geworden war: Der Kandidat selbst bekannte am 21. Oktober 1996 im Zeitungsin-terview, dass er weiter mache, da ein „Zurückziehen meiner Kandidatur der Partei schaden würde“²¹³. Brechtken hatte sich im Vorfeld des ersten Wahlgangs als Befürworter der wichtigsten städtebaulichen Stuttgarter Projekte (Stuttgart 21, Neubau der Messe auf den Fildern) hervorgetan. Diese wurden von der SPD-Gemeinderatsfrak-tion mitgetragen, während Rezzo Schlauch sie eindeutig verworfen hatte. Der Schulterschluss mit dem grünen Bundestagsabgeordneten hätte also als rein taktisch motiviertes Manöver begriffen werden müssen, welches die SPD inhaltlich in Argu-mentationsnöte gebracht hätte.

Hinzu kam, dass die SPD mit dem Rückzug Brechtkens und dem Plädoyer für Schlauch für jedermann sichtbar dokumentiert hätte, dass sie bereit war, im Bündnis mit den Grünen in der Landeshauptstadt die Rolle des Juniorpartners zu akzeptieren. Zu einem solchen Wandel im Selbstverständnis der Partei konnten sich die Stuttgarter Sozialdemokraten, die politische Heimat und Hausmacht des Landesvorsitzenden Ulrich Maurer, 1996 nicht entschließen.

„Die Entscheidung, den zweifellos fähigen SPD-Bewerber nicht zurückzuziehen, ist gleichwohl nachvollziehbar“²¹⁴, brachte die *Frankfurter Rundschau* das Dilemma auf den Punkt. „In ihrer derzeitigen Verfassung ertrüge die Partei die Schmach nicht.“

Ein weiterer Grund für das Festhalten an Brechtken ist sicher in der überraschenden Kandidatur des Pforzheimer Oberbürgermeisters Joachim Becker (SPD) nach dem

in: *Südwest-Presse* vom 31. Oktober 1996. Vgl. ebenso *Peter Henkel*: „An einen Verzicht zugunsten des Grünen denkt Stuttgarts SPD nicht“; in: *Frankfurter Rundschau* vom 22. Oktober 1996.

²¹³ *Heidemarie A. Hechtel*: „Wahlbeteiligung zu gering“, Interview mit Rainer Brechtken in den *StN* vom 21. Oktober 1996.

²¹⁴ *Peter Henkel*: „Auf hohem Ross“; in: *FR* vom 22. Oktober 1996.

ersten Wahlgang zu sehen. Ein Verzicht des eigenen Kandidaten und eine Wahlempfehlung zugunsten des chancenreicheren Bündnisgrünen barg die Gefahr, dass sich Becker an der Parteispitze vorbei als neuer und besserer SPD-Bewerber inszenieren könnte. Ein respektables Votum am 10. November 1996 für den Pforzheimer Sozialdemokraten hätte offenkundig gemacht, dass weite Teile der eigenen Wählerinnen und Wähler der Spitze der Landes-SPD die Gefolgschaft verweigert hätten.

Brechtken musste im Spiel bleiben, denn er stand nach dem ersten Wahlgang für die verbliebene Integrationskraft und das Selbstwertgefühl nicht nur der Stuttgarter SPD. Dass ein prominenter Pforzheimer Sozialdemokrat den Hut in den Ring geworfen hatte, dessen Zerwürfnis mit der eigenen Partei offenkundig war, ließ die Stuttgarter OB-Wahl für die Partei in punkto Geschlossenheit zur Nagelprobe werden.

Dass Schuster und Schlauch nach dem ersten Wahlgang übereingekommen waren, den Wahlkampf duellartig zuzuspitzen, rückte den SPD-Kandidaten ohne eigenes Zutun ins Abseits. „Schlauch hat Schuster kritisiert, weil der an keiner Podiumsdiskussion teilnimmt. Jetzt verweigert sich auch Schlauch plötzlich solchen Debatten“²¹⁵, klagte Rainer Brechtken am 2. November 1996 im Gespräch mit der *Stuttgarter Zeitung*. „Schuster hat wiederum plötzlich massives Interesse an einer Podiumsdiskussion mit Schlauch. Alles verkommt zur reinen Taktik – und das nur um des puren Machtgewinns willen. In diesem Zweikampf zählt auch nicht mehr der politische Inhalt. Meine Chance besteht darin, dass die Menschen sagen: Eine solche Strategie lehnen wir ab, wir entscheiden uns für den Kandidaten, der durch Argumente zu überzeugen versucht. (...) Schuster und Schlauch versuchen jetzt, aus dem 10. November eine Stichwahl zu machen, weil es vermeintlich ihren Interessen dient.“

Die Kandidatur seines Pforzheimer Parteifreundes Joachim Becker bezeichnete Rainer Brechtken als „das Unfairste, was ich bisher in der Politik erlebt habe“²¹⁶. Die Aufarbei-

²¹⁵ „Alles verkommt zur Wahltaktik“; Rainer Brechtken im Gespräch mit der *StZ* vom 2. November 1996.

²¹⁶ Ebd.

tung sei freilich nicht seine Sache, hob er hervor. Das sei „Sache der Partei“²¹⁷. Seine Vorzüge exemplifizierte Brechtken in Abgrenzung zu Schuster und Schlauch an den Einstellungen zum Städtebauprojekt Stuttgart 21: „Es gibt drei Möglichkeiten: Erstens, man wählt denjenigen, der bisher Mitverantwortung getragen hat. Dann bleibt das ein von oben verordnetes Modell. Zweitens, man wählt den vermeintlichen Gegner, der seine Ansichten, je nach Publikum, allerdings sehr differenziert vorträgt. Und drittens, man wählt einen Bewerber, der auf einen Bürgerentscheid über die städtische Planung setzt, damit diese Planung von den Bürgern selbst abgesichert und bestätigt wird. Selbst wenn es keinen Streit gäbe, wäre ich für den Bürgerentscheid, damit eine hohe Verbindlichkeit entsteht.“²¹⁸

Dass die Spitze der Landespartei um Parteichef Ulrich Maurer, die bis zum ersten Wahlgang kaum in Erscheinung getreten war, in der entscheidenden Phase bis zum 10. November 1996 eine aktivere Rolle spielte, verdeutlicht auch eine Zeitungsanzeige, die der Vorstand der SPD-Landtagsfraktion am 9. November 1996 in der *Stuttgarter Zeitung* zugunsten Rainer Brechtkens, selbst Mitglied der SPD-Landtagsfraktion, aufgab²¹⁹. Neben dem Fraktionsvorsitzenden Ulrich Maurer wurden Helga Solinger (baden-württembergische Sozialministerin der Großen Koalition von 1992 bis 1996), Frieder Birzele (baden-württembergischer Innenminister von 1992 bis 1996 und seitdem Stellvertretender Präsident des Landtags), Birgit Kipfer, Max Nagel, Marianne

²¹⁷ Ebd.

²¹⁸ Ebd. Der Versuch Brechtkens, sich auch nach dem Wahllakt vom 20. Oktober 1996 inhaltlich als die bessere Alternative zu Schuster und Schlauch abzusetzen, musste einmal mehr schon deshalb misslingen, weil er weiterhin zwischen den Positionen der beiden vor ihm liegenden Mitbewerber an einer vermeintlich vermittelnden Sowohl-Als-Auch-Position festhielt. Die Nachfrage des Journalisten und die erklärende Antwort des von den Sozialdemokraten unterstützten Kandidaten legten schonungslos offen, dass Brechtken mit seinen vermittelnden Positionen zu einer plakativen, auf Emotionen setzenden Zuspitzung nicht in der Lage oder zumindest nicht willens war. Es kam zu Missverständnissen, die eher zu einer Verschleierung als zu einer Klärung der Einstellung des Kandidaten führten. (Siehe z.B. folgende Passage des zitierten Interviews in der *StZ*; Frage: „Das sind ja ganz neue Töne. Distanzieren Sie sich plötzlich von Stuttgart 21?“ Brechtken: „Keineswegs, Stuttgart 21 ist ein langfristig dringend notwendiges Projekt. Aber ich warne zugleich vor allzu großer Euphorie. Um die aktuellen Probleme zu lösen, dürfen wir es nicht versäumen, auch andere Gebiete zu entwickeln, etwa auf dem Pragsattel, das Bosch-Areal und den Bereich am Cannstatter Bahnhof. Darüber hinaus gehört zum Spannungsbogen einer Vision für das Stuttgart des nächsten Jahrhunderts auch die Kultur, das Kleinräumige in den Stadtteilen, die Sauberkeit. Das sollte man nicht vergessen.“).

²¹⁹ Vgl. die Anzeige in der *StZ* vom 9. November 1996 „Rainer Brechtken wählen!“

Wonnay (alle Stellv. Fraktionsvorsitzende) und Gerd Weimer (Parlamentarischer Geschäftsführer) namentlich aufgeführt. Damit bekannte sich der gesamte engere Fraktionsvorstand der SPD-Landtagsfraktion noch einmal demonstrativ zu dem Kandidaten, der der eigenen Landtagsfraktion angehörte. Brechtken selbst setzte in den drei Wochen bis zum zweiten Wahlgang darauf, von den Wählerinnen und Wählern als der "ehrlische", vertrauenserweckende Bewerber wahrgenommen zu werden, der sich von den taktischen Spielchen der Favoriten Schuster und Schlauch wohltuend abhebt.²²⁰ Brechtken setzte auf Authentizität. Er machte damit aus der Not eine Tugend, nachdem sich die Kandidaten von CDU und Bündnis 90/Die Grünen auf eine dualistische Zuspitzung des Wahlkampfes geeinigt hatten und die öffentliche Auseinandersetzung mit den anderen Mitbewerbern verweigerten.

5.5. Die Strategie des neuen Kandidaten Joachim Becker

Wie schon unter 5.1.3. ausgeführt, bewarb sich der Kandidat Joachim Becker ganz bewusst in Abgrenzung zu den etablierten Parteien. Er suchte dabei die Abgrenzung zu seiner eigenen Partei, der SPD, nicht mehr und nicht weniger als zu den anderen Parteien. Zwar wollte er sich einerseits von der eigenen Partei und dem von ihr unterstützten Kandidaten deutlich abheben, ein förmliches Zerwürfnis mit der SPD als originäres Wahlkampfthema konnte allerdings nicht in seinem Interesse sein. Mit seiner Bewerbung wollte sich Becker gleichermaßen abheben von Schuster, Schlauch und Brechtken. Er setzte als amtierender Oberbürgermeister der Stadt Pforzheim auf seinen anerkannten Erfahrungsschatz, bzw. seine Verwaltungskompetenz, und interpretierte das Ergebnis des ersten Wahlgangs als Beleg dafür, dass bislang kein überzeugender Bewerber im Rennen gewesen sei. Der Konflikt mit den Sozialdemokraten war allenfalls deshalb augenfälliger, weil die konkurrierende Bewerbung eines Parteigängers zwangsläufig Aufsehen und Unmut erregt.

²²⁰ Brechtken warf den Kandidaten Schuster und Schlauch im Gespräch mit den *StN* vom 6. November 1996 eine „Politik der Verhinderung des jeweiligen Gegners“ und „demokratiewidriges Verhalten“ vor. „Das ist nicht mein Stil“, unterstrich der Kandidat der Sozialdemokraten. „Wer bei diesem Spielchen nicht mitmachen will, der muss am Sonntag inhaltlich und nicht taktisch wählen. (...) Jetzt bleibt dem Wähler nur noch, Farbe zu bekennen.“

Beckers Bewerbungsbotschaft lässt sich wie folgt zusammenfassen: Hier hatte ein erfolgreicher und erfahrener Oberbürgermeister seinen Hut in den Ring geworfen, der seine Kandidatur bewusst in Abgrenzung zu den politischen Parteien betrieb. So beschrieb Becker auch seinen Wahlkampf: „Ich werde durch die Stadt laufen, so gut ich kann. Aber ich bin nebenher auch noch OB von Pforzheim. Ich bin nicht, wie der Rezzo Schlauch, Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Pforzheim. In seinen acht Jahren als Landtagsabgeordneter habe ich ihn dreimal in Pforzheim gesehen. Ein Abgeordneter kann eben einen Wahlkampf zu Lasten des Bundes, des Landes, der Steuerzahler machen. Ich muss für jede Stunde Wahlkampf Urlaub nehmen.“²²¹

Damit attackierte Becker die politische Klasse im Allgemeinen und den Kontrahenten Schlauch im Besonderen. Der Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Pforzheim²²² leiste sich den Luxus, Wahlkampf in Stuttgart zu machen, obwohl er als Bundestagsabgeordneter eigentlich im Parlament (und seinen Gremien) oder in seinem Wahlkreis seinen Pflichten als gewählter Mandatsträger nachzugehen habe, lautete Beckers Vorwurf an Schlauch.

Natürlich umgab sich Becker ganz bewusst auch mit der Aura des Exoten, der sich erst zum zweiten Wahlgang bewarb. „Die Kandidatur des Pforzheimer Oberbürgermeisters Dr. Joachim Becker zur Neuwahl, die schon vor dem ersten Wahlgang Gegenstand so mancher Spekulation war, sollte nach eigenen Angaben ein Experiment sein, die baden-württembergische Wahlgesetzmäßigkeit zu widerlegen, nach der die kurze Phase vor einer Neuwahl nicht genügt, den Bekanntheitsvorsprung der bereits zum ersten

²²¹ „Aus vermeintlicher Schwäche entwickle ich Stärke“; Interview mit Joachim Becker in der *StZ* vom 31. Oktober 1996. Auf die Frage des Journalisten, wie massiv er den Kontakt mit den Stuttgartern suche, antwortete Becker mit Kritik am Umgangsstil der politischen Parteien untereinander: „Ich habe mir überlegt, ob ich mich mit der Flüstertüte hinstellen soll. Aber dann passiert, was ich aus meinem früheren Ortsverein kenne: Die Parteien schicken ihre Nervensägen hin, die den Kandidaten zermürben, und die Medien schreiben dann, der Kandidat sei zermürt.“

²²² Das Direktmandat hatte 1994 in Pforzheim der Kandidat der CDU gewonnen, aber Schlauch, der dort für Bündnis 90/Die Grünen kandidierte, zog über die Landesliste in den Bundestag ein. Zuvor war Rezzo Schlauch grüner Landtagsabgeordneter des Wahlkreises Pforzheim.

Wahlgang angetretenen Kandidaten wettzumachen.“²²³ Denn innerhalb von knapp drei Wochen war es fast unmöglich, in Abgrenzung zu den anderen drei Kandidaten kommunalpolitisch bedeutsame, inhaltliche Schwerpunkte in den Wahlkampf einzubringen. Natürlich bemühte sich Becker auch darum, aber er drang damit kaum ins öffentliche Bewusstsein. So forderte er zwar ein Automobilmuseum für Stuttgart und wollte City Prag mit einem Risikokapital von 50 Millionen Mark zum Erfinderpark machen. Stuttgart 21 sah Becker vor diesem Hintergrund eher kritisch, auch wenn er das Projekt im Grundsatz nicht in Frage stellte: „Das ist eine Folie, ein Zeithorizont mit 30 Jahren. Sie wollen 24.000 Arbeitsplätze schaffen. Aber wie für 24.000 Leute Arbeit geschaffen wird, darauf gibt Stuttgart 21 keine Antwort“, so Becker im Interview mit der *Stuttgarter Zeitung*.²²⁴ „(...)Es ist eine grundfalsche Entscheidung, dass man City Prag aufgegeben hat zugunsten von Stuttgart 21. Das Gelände von City Prag ist baureif. Die 20 Hektar sind im Eigentum der Stadt. Aber nichts ist geschehen.“

Am 25. Oktober 1996 legte Joachim Becker im Rahmen einer Pressekonferenz seine "Agenda für Stuttgart" vor: Sie enthielt neben der Idee, „die City Prag mit ihren 20 Hektar gewerblicher Fläche zu einer großen Gründerstadt zu machen“²²⁵, folgende Vorschläge: Im Bereich Kultur sollte am Kleinen Schlossplatz ein „Kunstzentrum“ etabliert werden, die Aktivitäten von Städtischer Galerie und Württembergischem Kunstverein sollten dort gebündelt werden²²⁶. Er schlug vor, die Stuttgarter Stadtbezirke aufzuwerten (Stärkung der dezentralen Verwaltungsstrukturen durch Bürgerämter) und bekannte sich zu den Zukunftsprojekten Stuttgart 21 und Neue Messe, ohne hierzu substantielle Ausführungen zu machen.²²⁷

²²³ *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt*. Themenheft 1996/5: Die Oberbürgermeisterwahl am 20. Oktober 1996 und die Neuwahl am 10. November 1996 in Stuttgart, S. 11.

²²⁴ Joachim Becker im Interview mit der *StZ* vom 31. Oktober 1996.

²²⁵ So Becker in seiner vorgelegten Presseerklärung, dort: Ziffer 2.

²²⁶ Vgl. ebd. Ziff. 3.

²²⁷ Vgl. Ebd. Ziff. 3-5. Die Stuttgarter Messe am Flughafen sei „eine Notwendigkeit“. Ihre Umsetzung müsse durch Projektgruppen auf Verwaltungs- und Gemeinderatsebene „mit Schärfe und Entschiedenheit“ vorangetrieben werden.

Becker verzichtete im Wahlkampf auch auf die üblichen Werbemittel. „So einen Wahlkampf hat es noch nie gegeben, ohne Plakate, ohne Kugelschreiber und ohne Bratwürste“, zitierte ihn am 28. Oktober 1996 der *Spiegel*.²²⁸ Er setzte stattdessen voll auf die Resonanz, die seine Bewerbung in den Medien hervorrief. Sie war Thema in den überregionalen Zeitungen und Magazinen ebenso wie in den elektronischen Medien. Die Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart hatte mit der Bewerbung Beckers plötzlich ihren besonderen Reiz. Dieser Faszination konnten sich zunächst auch die in Stuttgart erscheinenden Zeitungen nicht entziehen.

„Zunächst einmal ist festzuhalten, um was es sich bei dem Auftritt des Mannes aus Pforzheim handelt: um ein hochinteressantes kommunalpolitisches Experiment, geeignet als Feldstudie für die Verwaltungshochschulen der Republik“, kommentierte die *Stuttgarter Zeitung* am 23. Oktober 1996 zur Bewerbung Beckers.²²⁹ „Da steht einer auf, kandidiert, verzichtet auf alle gängigen Werbemittel vom Plakat bis zum Handzettel und setzt seine Hoffnung nur auf zwei Faktoren. Erstens auf die Unzufriedenheit vieler Bürger mit dem Rathaus, den Fraktionen, den Parteien und den übrigen Kandidaten – mit dem ganzen "Stuttgarter Spätzles- und Maultaschenmief", wie der Kandidat sich auszudrücken beliebt. Zweitens hofft er auf die lokalen "Kommunikationsstrukturen" (wieder Originalton Becker), also auf die Medien und die Medienwirksamkeit. Man kann ein solches Zwanzigtageunternehmen ein Hasardspiel nennen oder auch einen Kamikazeflug. So oder so setzt es ein großkalibriges Selbstbewusstsein voraus – oder mehr.“

²²⁸ „Ohne Bratwurst – Mit einer Kamikaze-Kandidatur wirbelt der Pforzheimer Oberbürgermeister Joachim Becker den Stuttgarter Kommunalwahlkampf durcheinander“, in: *Der Spiegel* vom 28. Oktober 1996.

²²⁹ *Martin Hohnecker*: „Experiment“, in: *StZ* vom 23. Oktober 1996. *Hohnecker* zeigte sich durchaus fasziniert vom Versuch des Pforzheimer Oberbürgermeisters, auf diese Weise die Wahl für sich zu entscheiden. Allerdings endete der Kommentar mit der Feststellung, dass „die Stuttgarter Zeitung für keinen der Kandidaten Sprachrohr oder Wahlhelfer ist. Auch nicht für den Nachzügler Joachim Becker. Sorry, aber in dieser Stadt wählen nicht die elektronischen oder gedruckten Medien das Stadtoberhaupt aus, hier wählen nach guter demokratischer Sitte die Bürger.“ (Ebd.) Die *Schwäbische Zeitung/Leutkirch* umschrieb die Motivation des Pforzheimer Oberbürgermeisters so: „Becker ist nebenbei ja auch angetreten, um im Selbstversuch dem staunenden Volk "ein Lehrstück" der Demokratie vorzuführen“ (so *Rainer R. Günther* unter der Überschrift „Jux oder Top?“ in: *Schwäbische Zeitung* vom 23. Oktober 1996).

Ein Kommentator des *Südwestfunks* befasste sich aus parteitaktischer Perspektive mit der Kandidatur Beckers: „Nützen wird seine Kandidatur allein dem Grünen Rezzo Schlauch. Schlauchs Wählerschaft scheint stabil, die Stuttgarter Szene steht geschlossen, und als einziger Gegner der Großprojekte von Stuttgart 21 und Neue Messe konnte Schlauch auch von den Skeptikern im bürgerlichen Lager Stimmen holen (...). Je mehr Becker von der CDU holen kann, desto günstiger stehen die Chancen des Grünen Rezzo Schlauch, der ja im ersten Wahlgang nur 4,6 Punkte hinter dem CDU-Kandidaten lag.“²³⁰ Schließt man sich dieser Einschätzung an, so barg Beckers Kandidatur eine nicht zu unterschätzende Gefahr für den im ersten Wahlgang führenden Schuster. Für den Grünen Rezzo Schlauch barg sie hingegen eine Chance.

²³⁰ Benno Bertsch am 22. Oktober 1996, 17:30 Uhr in *SWF 1: Baden-Württemberg Aktuell* unter dem Titel „Beckers Kandidatur nützt Schlauch“.

6. Das Wahlergebnis am 10. November 1996

Am 10. November 1996 wurde Wolfgang Schuster mit der relativen Mehrheit der abgegebenen Stimmen zum neuen Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart gewählt. Wolfgang Schuster kam auf 43,1 Prozent der Stimmen (nach 35,2 Prozent im ersten Wahlgang), Rezzo Schlauch auf 39,3 Prozent (30,6 Prozent im ersten Wahlgang), Rainer Brechtken auf 13,5 Prozent (22,6 Prozent im ersten Wahlgang), und Joachim Becker erzielte einen Stimmenanteil von 3,4 Prozent. Die Wahlbeteiligung, die am 20. Oktober 1996 noch bei 53,2 Prozent lag, war drei Wochen später mit nunmehr 53,9 Prozent der Wahlberechtigten nur unwesentlich höher. Damit verringerte sich Schusters Vorsprung auf Schlauch von 4,6 Prozentpunkten und absolut 9.699 Stimmen im ersten Wahlgang auf nun noch 3,8 Prozentpunkte bzw. 8.212 Stimmen.

Ergebnis der Neuwahl am 10. November 1996 nach Stadtteilen

Stadtteil	Schuster in Prozent	Schlauch in Prozent	Brechtken in Prozent	Becker in Prozent
West (34.676 Wahlberechtigte)	35,6	49,8	11,1	2,9
Mitte (13.702)	33,9	51,9	10,3	3,1
Nord (16.781)	42,1	40,5	13,4	3,6
Ost (31.926)	41,2	41,4	13,8	2,9
Frauenkopf (582)	52,2	40,4	5,7	1,6
Süd (23.885)	37,4	48,1	10,9	2,8
Kaltental (4.202)	40,6	40,1	16,8	2,2
Botnang (9.815)	46,0	34,9	14,4	3,9
Feuerbach (18.710)	45,2	34,8	16,0	3,3
Weilimdorf (12.187)	43,2	36,2	16,1	3,5
Bergheim (2.348)	49,2	31,1	15,6	3,5
Giebel (3.487)	48,6	29,2	16,5	4,0
Hausen (593)	34,5	38,8	21,8	3,0
Wolfbusch (1.674)	41,7	35,1	19,6	2,8
Stammheim (8.199)	42,2	36,7	16,9	3,3
Zuffenhausen (14.366)	45,6	35,3	14,4	3,6

Neuwirtshaus (687)	36,5	31,8	25,3	4,1
Rot (7.271)	55,5	27,4	13,0	3,0
Zazenhausen (1.173)	45,3	39,8	11,6	2,2
Mühlhausen (2.335)	42,7	35,5	17,2	3,7
Freiberg (5.315)	45,2	30,6	19,4	3,8
Mönchfeld (2.448)	51,2	27,0	17,6	2,8
Hofen (3.204)	50,4	30,9	15,0	3,0
Neugereut (5.566)	45,5	29,9	18,5	4,6
Münster (4.819)	41,9	32,9	22,0	2,3
Bad Cannstatt (36.150)	42,9	37,5	15,4	3,1
Sommerrain (2.461)	45,7	33,9	17,3	3,0
Steinhalden- feld (2.760)	45,6	32,2	18,2	3,0
Untertürkheim (8.204)	43,9	37,8	14,9	2,4
Luginsland (2.392)	40,3	38,6	18,1	2,8
Rotenberg (607)	49,9	36,9	11,3	1,9
Obertürkheim (3.530)	40,8	40,5	15,5	2,2
Uhlbach (2.170)	49,7	34,1	13,2	2,6
Hedelfingen (3.633)	46,1	34,7	16,1	2,4
Lederberg (434)	43,0	41,0	13,9	2,0
Rohracker (2.594)	40,6	40,7	15,3	2,6
Wangen (5.893)	41,3	37,9	18,2	1,4
Sillenbach (5.982)	43,3	39,7	12,6	4,0
Heumaden (6.893)	50,1	31,8	14,1	3,6
Riedenberg (4.633)	52,1	33,4	11,1	2,9
Birkach (3.516)	40,3	40,2	14,7	4,3
Schönberg (1.112)	52,8	33,5	9,2	3,8
Plieningen (5.419)	36,2	48,9	10,9	3,3
Steckfeld (1.509)	37,7	42,8	14,6	4,3
Asemwald (1.533)	51,9	26,4	15,2	5,6
Degerloch (10.213)	43,3	40,7	12,1	3,4
Hoffeld (2.516)	49,9	31,7	15,1	3,0

Möhringen (14.002)	45,5	38,6	12,2	3,1
Fasanenhof (4.704)	47,2	30,6	16,2	4,7
Sonnenberg (2.670)	46,4	40,9	8,7	3,4
Vaihingen (18.192)	39,8	43,3	12,9	3,4
Büsnau (1.876)	54,2	32,0	8,7	4,0
Rohr (6.198)	41,8	42,6	11,5	3,7
Dürtlewang (2.773)	48,3	34,4	13,6	2,8
Briefwahl	45,6	38,8	10,7	4,2
Stuttgart insgesamt (394.520)	43,1	39,3	13,5	3,4

(Quelle: Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt (Hrsg.): Themenheft 1996/5: Die Oberbürgermeisterwahl am 20. Oktober 1996 und die Neuwahl am 10. November 1996 in Stuttgart)

6.1. Sogwirkung Richtung Stichwahl: taktischer Konsens zwischen Schuster und Schlauch

Die CDU und ihr Kandidat Wolfgang Schuster hatten am 10. November 1996 ihr Ziel erreicht: Sie stellten den neuen Oberbürgermeister, auch wenn sich der Vorsprung auf den grünen Mitbewerber vergleichsweise bescheiden ausnahm. Der Abstand zwischen Schuster und Schlauch hatte sich im Vergleich zum Ergebnis vom 20. Oktober verringert und die von der SPD und den Grünen unterstützten Kandidaten hatten – zählt man ihre Ergebnisse zusammen – in beiden Wahlgängen die absolute Mehrheit der Stimmen erzielt.²³¹

Christoph Palmer, damals Staatssekretär im baden-württembergischen Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst und federführender Wahlkampfkoordinator des siegreichen Kandidaten Wolfgang Schuster, bilanzierte vor diesem Hintergrund wie folgt:

²³¹ Addiert werden bei dieser Rechnung nur die Resultate der auf die Unterstützung ihrer Parteien bauenden Kandidaten Schlauch (39,3 Prozent) und Brechtken (13,5 Prozent). Sie kamen nun zusammen auf 53,2 Prozent der Stimmen, während sie am 20. Oktober 1996 gemeinsam ein fast identisches Stimmenergebnis, nämlich 52,8 Prozent, erreichen konnten.

„Zur Unterstützung des Kandidaten Wolfgang Schuster wurde im Juli 1996 eine Wahlkampfkommission unter meiner Leitung eingesetzt, die in 17 Sitzungen alle strategischen und viele organisatorische Entscheidungen getroffen hat. (...) Bis zum ersten Wahlgang wurde von uns, der CDU, zunächst eine betont freundliche, sympathische Werbelinie gefahren, mit der der Kandidat Wolfgang Schuster als kompetent, erfahren und sympathisch bekannt gemacht wurde. Als Beispiele sind insbesondere der sehr freundliche, flächendeckend verteilte Kandidatenprospekt, die Plakate mit den Slogans "Dem vertrau ich" und "Stuttgart vernünftig gestalten" (zugleich implizit Abgrenzung zur "Unvernunft" Schlauchs) sowie die Kleinwerbemittel anzuführen. (...) Ziel all dieser Aktivitäten war es, Wolfgang Schuster im ersten Wahlgang einen deutlichen Stimmenvorsprung vor allen anderen Kandidaten zu sichern. Wir wollten das CDU-Potenzial in Stuttgart (...) voll ausschöpfen. Dieses Ziel konnte mit einem Ergebnis von 35,2 Prozent auch erreicht werden. Bereits die Ergebnisse des ersten Wahlgangs haben gezeigt, dass es in Stuttgart nur noch die CDU und die Grünen schaffen, ihre Lager ausreichend zu mobilisieren. Während Schuster und Schlauch einen höheren Stimmenanteil als bei den Kommunalwahlen und den Landtagswahlen erzielt haben, musste der Kandidat der SPD, Brechtken, ein deutlich schwächeres Ergebnis hinnehmen. (...)"²³²

In eine missliche Lage brachte die Union nach Aussage ihres Wahlkampfleiters nach dem 20. Oktober vor allem die Bewerbung des prominenten Pforzheimer Oberbürgermeisters, weil sich mit Joachim Becker zusätzlich ein bekannter Kandidat bewarb, der für das bürgerliche Lager und seinen Kandidaten Konkurrenz bedeutete:

„Diese Bewerbung hat eine neue Situation geschaffen, die sowohl für den Wahlkampf der SPD als auch für den der CDU eine recht kritische Wende mit sich gebracht hat. (...) Für die CDU war der Einstieg Beckers deshalb gefährlich, weil durch Becker ein Einbruch in das bürgerliche Lager und damit auch eine

²³² Christoph Palmer: Polarisierung und Zuspitzung haben den OB-Sessel gesichert; in: UiD extra: CDU-Informationsdienst Union in Deutschland 40/1996, 19. Dezember 1996, S. 1-8.

Mehrheit für Schlauch theoretisch denkbar war. Becker hatte nie eine Chance zum Sieg, aber er hätte den Sieg Schlauchs ermöglichen können. Um den Raubzug Beckers zu verhindern, musste der Wahlkampf auf einen Lagerwahlkampf Schuster gegen Schlauch zugespitzt werden. Diese Entscheidung war selbstverständlich mit dem Risiko verbunden, dass die Schwäche der SPD einen Großteil der SPD-Wähler dem Kandidaten Schlauch zutreiben würde. Durch diese Zuspitzung Schuster gegen Schlauch konnte aber erreicht werden, dass Becker die Medien nicht für sich instrumentalisieren konnte. In der Folge wurden von der CDU wie auch von den Grünen ein betont aggressiver Wahlkampf betrieben, der seinen Höhepunkt im Rededuell der beiden Kandidaten im Haus der Wirtschaft fand.

Die Polarisierung Schuster gegen Schlauch wurde besonders deutlich mit dem flächendeckend verteilten Prospekt "Der grüne Wolf im Schafspelz" und den beiden Textplakaten "Ihr Arbeitsplatz würde Schuster wählen, kein grüner Blockade-OB für Stuttgart, Schuster statt Schlauch" und "Pass gut auf dich auf, Stuttgart, kein grüner Blockade-OB für Stuttgart, Schuster statt Schlauch". Diese Textplakate stellten – erstmalig in einem Oberbürgermeisterwahlkampf überhaupt – eine solche persönliche Variante dar.

Gesucht wurde die thematische Konfrontation auch im Bereich der Drogenpolitik. So konnten beispielsweise über die Aktion "Sicherheitstelefon" die unterschiedlichsten Auffassungen zur Drogenpolitik deutlich gemacht werden. Die freundliche, sympathische Werbelinie aus dem ersten Wahlkampf wurde durch die Plakatierung der Familie Schuster auf Großfläche fortgeführt. Unterstützt wurde der Wahlkampf von Wolfgang Schuster durch einen massiven Einsatz von Politprominenz (u.a. Wolfgang Schäuble, Lothar Späth sowie die wichtigsten CDU/CSU-Oberbürgermeister der deutschen Großstädte) und durch einen Anzeigenfeldzug in allen Stuttgarter Zeitungen. Eine ungeheuer breite Unterstützung gab es hier vor allem durch Wirtschaft, Jugend, Universitätsprofessoren und Prominentenanzeigen (...).

*Bemerkenswert war der Einsatz von Manfred Rommel. Neben der Teilnahme an mehreren Wahlkampfveranstaltungen hat er vor allem über die Anzeige mit einer Wahlkampfempfehlung zugunsten von Wolfgang Schuster gewirkt. Parallel zur Wahlwerbung in den Medien war die CDU-Parteibasis über die gesamte Wahlkampfzeit – im Übrigen als einzige – flächendeckend im Straßenwahlkampf präsent. Schuster und die CDU konnten mit diesem überaus aktiven Wahlkampf das bürgerliche Lager zusammenhalten und mobilisieren, so dass letztendlich eine Mehrheit für Wolfgang Schuster erreicht werden konnte. Dank gebührt auch den Freien Wählern und der FDP, die nach dem Rückzug ihrer Kandidatin eine klare Wahlempfehlung zugunsten von Wolfgang Schuster abgegeben haben.*²³³

Die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen erstellte unmittelbar vor dem zweiten Wahlgang (Umfragezeitraum 6.–8. November) eine Umfrage²³⁴:

„Die Mannheimer Umfrage legt [auch] offen, dass 58 Prozent der Wähler zwischen 18 und 39 Jahren sich für Schlauch entschieden haben. Bemerkenswert: In dieser Altersgruppe haben sich lediglich 30 Prozent der Wähler für Schuster entschieden. Im Unterschied zu Schlauch sammelte Schuster insbesondere bei den Wählern im Alter von 50 Jahren und älter kräftig Stimmen. So lag bei den über 60jährigen der Stimmenanteil für Schuster bei über 60 Prozent. Während Wolfgang Schuster die Stimmen von 45,3 Prozent der befragten Männer bekommen hat, hat Rezzo Schlauch das Votum von nur 37,2 Prozent der befragten Männer erhalten. Bei den befragten Frauen war der Unterschied im Zuspruch nur gering. Schuster wählten 40,9 Prozent, Schlauch 41,4 Prozent der Frauen. Extremere waren die Unterschiede im Wahlverhalten, geht man vom Bildungsstand der Wähler aus. Beispielsweise stimmten 62 Prozent der Wähler mit Volksschule ohne Lehre für Schuster, lediglich 20 Prozent für Schlauch.

²³³ Ebd.

²³⁴ Zitiert nach ebd., S. 7.

Abiturienten und Hochschulabsolventen wählten dagegen überwiegend Schlauch. Lediglich 34 Prozent schenkten ihre Stimme Schuster. Nach diesen Ergebnissen wird klar, dass viele Angehörige der gehobenen Stuttgarter Mittelschicht den Grünen Rezzo Schlauch wählten, während die Sympathie der Arbeiter mehrheitlich eindeutig Wolfgang Schuster galt. Wahlergebnisse in den einzelnen Stuttgarter Stadtteilen spiegeln diese Ergebnisse der Mannheimer Umfrage zum Teil wieder. Insbesondere dort, wo der Anteil einfacher Bildungs- und Sozialgruppen hoch ist, hatte Schuster die Nase vorn.“

Schuster, der vom ersten zum zweiten Wahlgang um 7,9 Prozentpunkte zulegen, verzeichnete bezogen auf die Stuttgarter Stadtbezirke homogene prozentuale Zuwächse:²³⁵ Er steigerte zum Beispiel seine Ergebnisse in den bevölkerungsstarken Innenstadtbezirken Stuttgart-Süd und Stuttgart-West um 8 Prozentpunkte von 29,4 Prozent auf 37,4 Prozent bzw. von 27,6 Prozent auf 35,6 Prozent. In Stuttgart-Mitte konnte er von zunächst 27,6 Prozent auf 33,9 Prozent zulegen. Absolute Mehrheiten erzielte er in den gutsituierten Wohngebieten vor allem im Stuttgarter Süden wie Schönberg, Heumaden, Riedenberg, ebenso in Asemwald und am Frauenkopf. In Büsnau kam Schuster gar auf 54,2 Prozent der abgegebenen Stimmen, aber auch in den Stadtbezirken mit höherem Arbeiteranteil im Stuttgarter Norden war Schuster durchaus erfolgreich. Er erzielte in Stuttgart-Rot mit 55,5 Prozent sein bestes prozentuales Stimmenergebnis und auch in Hofen und Neugereut übersprang er die 50-Prozent-Grenze.

Rezzo Schlauch legte von 30,6 Prozent im ersten Wahlgang auf nunmehr 39,3 Prozent zu. In Stuttgart-Mitte entschieden sich sogar 51,9 Prozent der Wählerinnen und Wähler für den von den Grünen unterstützten Kandidaten. „Weil er Realo geblieben ist, kann er sich über seinen Riesenerfolg freuen“²³⁶, kommentierte die *Stuttgarter Zeitung* Schlauchs Wahlergebnis am Tag nach der Wahl. „Er hat auch die einst überlegene

²³⁵ Vgl. dazu *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt: Themenheft 1996/5: Die Oberbürgermeisterwahl am 20. Oktober 1996 und die Neuwahl am 10. November 1996 in Stuttgart, S. 38ff* und die Sonderseite in den *StN* vom 11. November 1996.

²³⁶ *Martin Hohnecker: „Schusters Sieg“, in: StZ vom 11. November 1996.*

sozialdemokratische Konkurrenz auf Platz 3 der lokalen Parteienhierarchie verbannt. Gut, Schlauch hat sich mit seinem konzeptionell eher bescheidenen Wahlprogramm bürgerlicher gegeben, als es manchem grünen Fundamentalisten recht war. Mit populären Auftritten hat er davon abgelenkt, dass er im Fall der Wahl ein Ratsvorsitzender ohne Mehrheit gewesen wäre. Doch es gelang, (...) grüne Positionen bis weit in bürgerliche Schichten hineinzutragen.“ Neben den Innenstadtbezirken schnitt Schlauch in Plieningen (48,9 Prozent) und Vaihingen (43,3 Prozent) besonders gut ab, wo sich der Protest gegen Stuttgart 21 und die Neue Messe am stärksten artikulierte.²³⁷

Auch Schlauch steigerte sein Stimmenergebnis im zweiten Wahlgang sehr homogen: Er legte in seinen Hochburgen, den großen Innenstadtbezirken und Plieningen, zwischen 7,2 und 10,1 Prozentpunkte zu (bei einem durchschnittlichen Stimmenzuwachs zum Ergebnis vom 20. Oktober 1996 von 8,7 Prozentpunkten). In Münster (20. Oktober 1996: 23,7 Prozent, 10. November 1996: 32,9 Prozent), Zuffenhausen (von 25,6 auf 35,3 Prozent) und Hedelfingen (von 23,7 auf 34,7 Prozent), wo die Grünen traditionell schlecht abschneiden, legte er in vergleichbarem Umfang zu. Und im bevölkerungsstärksten Stuttgarter Stadtbezirk, in Bad Cannstatt (36.150 Wahlberechtigte), erreichte Rezzo Schlauch am 10. November 1996 mit 37,5 Prozent der Stimmen einen Zuwachs von 10,1 Prozentpunkten zum Ergebnis des ersten Wahlgangs.

Der Grüne ließ sich voll auf den Zweikampf mit Schuster ein, den ihm die CDU nach dem ersten Wahlgang anbot. Er sah darin die Chance, möglichst weit in Wählerschichten vorzudringen, die eher den Sozialdemokraten gewogen waren. "Der von der SPD unterstützte Kandidat hat keine Chance mehr", so sollte Schlauchs Botschaft lauten. Wer Schuster verhindern wolle, wer gegen die CDU, gegen das Establishment in der Landeshauptstadt eingestellt sei, der muss jetzt Schlauch wählen. Die von den Christdemokraten gegen ihn ins Feld geführten Flugblätter zeigten vor diesem Hintergrund nur eines, befand Rezzo Schlauch: „Bei den Konservativen

²³⁷ Vgl. dazu *Bruno Bienzle*: „Schwarz sticht Grün“, in: *StV* vom 11. November 1996.

grassiert das Angstfieber.²³⁸ Die CDU versuche, mit „Wahlsprüchen aus der Adenauer-Zeit“²³⁹ auf Stimmenfang zu gehen.

So verheißungsvoll die Ergebnisse in den einzelnen Stuttgarter Stadtbezirken für einen grünen OB-Kandidaten auch klingen mögen: Es deutet trotzdem vieles darauf hin, als hätten Schlauch und seine Partei einen strategischen Fehler begangen, als sie sich auf die von der CDU betriebene duellartige Zuspitzung der Wahl am 10. November einließen. Zwar blieb so der Kandidat der Sozialdemokraten, Rainer Brechtken, außen vor – mit ihm allerdings umso mehr der Neubewerber Joachim Becker aus Pforzheim. Dieser hätte Stimmen (wie es die CDU wohl zurecht befürchtet hatte) vor allem auf Kosten von Schuster und Brechtken erzielen können. Für Schlauch zeichnete sich mit Beckers Bewerbung weniger eine Gefahr ab, da seine Wählerschaft in sich sehr geschlossen wirkte und mit der Opposition zu den städtebaulichen Großprojekten Stuttgart 21 und Neue Messe auch über eine solide "programmatische Klammer" verfügte. Schlauch hätte also ein Interesse an einem besseren Abschneiden Joachim Beckers haben müssen. Dazu hätte er allerdings den Neubewerber stärker in die Auseinandersetzungen miteinbeziehen müssen.

Aber im Umgang mit Becker verfolgten Schuster, Schlauch und Brechtken konsequent die gleiche Linie: Der Konkurrent aus Pforzheim wurde nicht als ebenbürtig wahrgenommen, seine Bewerbung wurde – wenn überhaupt – allenfalls als ungehörig abqualifiziert.

Schlauch gelang es außerdem nicht, die traditionell zur SPD neigenden Wählerinnen und Wähler im zweiten Wahlgang in so großem Umfang für sich zu gewinnen, dass es ausreichte, um Schuster zu überflügeln. „Wir hatten besonderes dort Schwierigkeiten, wo ein hoher Anteil von Modernisierungsverlierern und Arbeitslosen lebt“, bekannte Schlauch in einem Zeitungsinterview nach der Wahl selbstkritisch auf die Frage, ob es

²³⁸ Zitiert nach *StZ* vom 8. November 1996: „Rezzo Schlauch kontert: Angstfieber bei der CDU“.

²³⁹ Ebd.

ihm nicht gelungen sei, die klassischen SPD-Wähler zu sich herüberzuziehen.²⁴⁰ Er kam zum Beispiel in Mühlhausen nur auf 35,5 Prozent der Stimmen und legte dort im Vergleich zum ersten Wahlgang 7,8 Prozentpunkte zu. Schuster erreichte am 10. November 1996 in Mühlhausen 42,7 Prozent und konnte sein Ergebnis vom 20. Oktober um 10,3 Prozentpunkte verbessern. Ähnlich auch das Bild in der anderen klassischen SPD-Hochburg Münster: Schlauch erreichte im zweiten Wahlgang 32,9 Prozent, Schuster landete bei 41,9 Prozent. In Stuttgart-Zuffenhausen, ebenfalls ein größerer Stadtbezirk im Stuttgarter Norden (14.357 Wahlberechtigte) mit hohem Arbeiteranteil, erreichte Rezzo Schlauch 35,5 Prozent, während immerhin 45,6 Prozent der Wählerinnen und Wähler Wolfgang Schuster ihre Stimme gaben.

Ob ein Verzicht Rainer Brechtens nach dem ersten Wahlgang auf seine Kandidatur und eine Aussage der Sozialdemokraten zugunsten des von den Grünen unterstützten Kandidaten Rezzo Schlauch das Blatt noch hätte wenden können, lässt sich nicht zuverlässig beantworten. Rezzo Schlauch gab sich jedenfalls nach der Wahl zutiefst davon überzeugt, dass ein Rückzug des Kandidaten Rainer Brechtken und eine Unterstützung seiner Kandidatur durch die Sozialdemokraten nach dem 20. Oktober den Ausschlag zu seinen Gunsten gegeben hätten: Die SPD erwarte von den Grünen, dass sie sich bündnisfähig zeigten, wenn es um den Vorteil ihrer eigenen Kandidaten ginge, hielt er ihnen vor. Exemplarisch verwies er auf die Oberbürgermeisterwahlen, die wenige Jahre zuvor in München, Frankfurt am Main und in Hannover stattgefunden hatten. Dort habe der Verzicht der Grünen auf einen eigenen Kandidaten den Wahlsieg des Kandidaten mit SPD-Parteibuch erst möglich gemacht.²⁴¹ Aber es spricht viel für die Vermutung, dass der Verzicht eines grünen Kandidaten zugunsten eines

²⁴⁰ Philipp Maußhardt: „Die hiesige SPD kann einfach nicht teilen“; Interview mit Rezzo Schlauch in der *taz* vom 12. November 1996. Schlauch interpretierte dieses Versagen parteipolitisch: „Die machen uns Grüne verantwortlich, wenn sie keine Wohnung finden oder ihren Arbeitsplatz verlieren. Wenn man denen etwas von Solarenergie oder anderen Innovationen erzählt, glauben die das nicht.“

²⁴¹ Ebd. Eine feste Absprache mit den Sozialdemokraten habe es im Vorfeld der Stuttgarter OB-Wahl nicht gegeben, bekannte Schlauch: „Wir waren mit der SPD bis 1995 darüber im Gespräch, dann wollten die nicht mehr. (...) Seit ich 1984 für den Landtag angetreten bin, ist die SPD immer sklerotischer (...) geworden. Die kommen einfach nicht mit der Rolle zurecht, teilen zu müssen.“

Sozialdemokraten deutlicher von den Wählerinnen und Wählern nachvollzogen würde, als im umgekehrten, von Schlauch gewünschten Fall.

Aufschlussreich ist der Vergleich mit der Oberbürgermeisterwahl in Freiburg, die am 21. April 2002 und am 5. Mai 2002 stattfand: In der Breisgaumetropole kam der Kandidat der Grünen Dieter Salomon, damals Vorsitzender der grünen Landtagsfraktion, im ersten Wahlgang auf 36,7 Prozent der Stimmen. Er lag damit vor der von der CDU unterstützten Kandidatin, der Lörracher Oberbürgermeisterin Gudrun Heute-Bluhm (32,4 Prozent), und vor dem SPD-Kandidaten Bernhard Zepter (16,5 Prozent). Ein von linken Gruppen unterstützter Mitbewerber, Michael Moos, erreichte 14,3 Prozent. Moos und Zepter traten zum zweiten Wahlgang nicht mehr an. Während der Erstgenannte auf eine Aussage zugunsten eines Mitbewerbers verzichtete, „verband Zepter sein Ausscheiden aus dem Wahlverfahren mit einer Wahlempfehlung für [Herrn Dr.] Salomon.“²⁴² Im zweiten Wahlgang legte Dieter Salomon absolut 19.411 Stimmen zu und erreichte einen Stimmenanteil von 64,4 Prozent. Frau Heute-Bluhm stagnierte bei einem Zuwachs von lediglich 719 Stimmen und kam damit auf einen Stimmenanteil von 34,4 Prozent.²⁴³

Es liegt auf der Hand, dass die Wählerinnen und Wähler, die sich in Freiburg im ersten Wahlgang für den linken Kandidaten Moos entschieden hatten, ganz überwiegend im zweiten Wahlgang zu Salomon tendierten. Dass freilich die Wählerinnen und Wähler, die im ersten Wahlgang für den Kandidaten der Sozialdemokraten votierten, Dieter Salomon im zweiten Wahlgang mit deutlicher Mehrheit ihre Stimme gaben, ist eine Vermutung, die sich nicht bewahrheitet hat. Das *Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg* hat zur Analyse der Wählerwanderungen das als sog. "Logit-Modell" bekannte Verfahren, das der dänische Politologe und Mathematiker *S.R. Thomsen*²⁴⁴ entwickelt hat, angewendet: Die Analyse ergab, dass fast zwei Drittel

²⁴² *Stadt Freiburg im Breisgau/Amt für Statistik und Einwohnerwesen: Ergebnis der Oberbürgermeisterwahl 2002 in Freiburg, 2002, S.7.*

²⁴³ Ebd.

²⁴⁴ Vgl. *Thomsen, S.R.: Danish Elections 1920-79. A Logit Approach to Ecological Analysis and Inference. Arhus, 1987.*

derjenigen, die sich im ersten Wahlgang für Bernhard Zepter (SPD) entschieden hatten, am entscheidenden Wahlgang nicht mehr teilnahmen.²⁴⁵ 20 Prozent der Zepter-Wähler entschieden sich am 5. Mai 2002 für Dieter Salomon (Bündnis 90/Die Grünen), aber immerhin 17,5 Prozent von ihnen votierten für die Lörracher Oberbürgermeisterin und CDU-Kandidatin Gudrun Heute-Bluhm. In absoluten Zahlen bedeutet dies, folgt man dem "Logit-Modell", dass etwa 2.480 der Zepter-Wähler sich im zweiten Wahlgang für Salomon entschieden und etwa 2.180 von ihnen Gudrun Heute-Bluhm gewählt haben.

Ausschlaggebend für den überwältigenden Sieg Salomons und den großen Stimmenabstand zwischen ihm und der CDU-Kandidatin waren danach übrigens zwei andere Faktoren. Diejenigen, die sich im ersten Wahlgang für den Kandidaten einer linken Wählerinitiative entschieden hatten (Michael Moos erreichte im ersten Wahlgang immerhin 14,3 Prozent der Stimmen), stimmten im zweiten Wahlgang nahezu geschlossen für Salomon, obwohl der Kandidat selbst eine Aussage zugunsten des Grünen bewusst vermieden hatte. Hinzukam, dass etwa 2.340 Wählerinnen und Wähler, die im ersten Wahlgang noch für Gudrun Heute-Bluhm votiert hatten, am 5. Mai für den grünen Kandidaten Dieter Salomon stimmten. Die Lörracher Rathaus-Chefin verlor also mehr Stimmen an den unmittelbaren Konkurrenten, als sie vom Sozialdemokraten, der zurückzog, hinzugewinnen konnte.

Das Beispiel Freiburg zeigt zweierlei: Die Wählerinnen und Wähler eines Kandidaten, der sich zurückzieht, sind erstens keineswegs automatisch geneigt, einer Empfehlung Folge zu leisten, die er selbst oder die Partei, der er angehört, zugunsten eines Mitbewerbers ausspricht. Und zweitens tun sich die sozialdemokratischen Wählerinnen und Wähler offenbar schwer damit, bei einer Oberbürgermeisterwahl einem Lagergedanken zu folgen und dann geschlossen für einen Grünen zu votieren.

6.2. Das Desaster der SPD

Die Sozialdemokraten und die beiden Kandidaten Rainer Brechtken und Joachim Becker wurden zusehends in den Hintergrund gedrängt, je näher der entscheidende Wahltag rückte. Das resultierte aus der taktischen Übereinkunft zwischen Schuster und Schlauch (bzw. zwischen ihren Wahlkampfmanagern in den Parteizentralen), einen Zweikampf zu inszenieren, von dem sich beide am 10. November 1996 den Ausschlag zu ihren Gunsten erhofften. Die SPD und Rainer Brechtken waren dagegen machtlos. „Vielmehr reduzierte sich das Abschneiden Rainer Brechtkens bei der Neuwahl (...) fast zu einer wahlstatistischen Randnotiz – allenfalls ein Hinweis darauf, wie groß der "harte Kern" der SPD in der Stadt (noch) ist.“²⁴⁶

Brechtken brach in den Hochburgen der Sozialdemokraten (und damit in den Wahlbezirken, in denen er am 20. Oktober 1996 seine besten Resultate erzielt hatte) sogar noch stärker ein als im Stadtdurchschnitt. In den Stuttgarter Stadtbezirken im Norden, wo der Arbeiteranteil traditionell hoch ist, liefen die Wählerinnen und Wähler in Scharen zu Schuster und Schlauch über, weil die Strategie der beiden aussichtsreichsten Kandidaten verfangen hatte.²⁴⁷ Die Wahl entschied sich zwischen Schuster und Schlauch, also machte es im entscheidenden Wahlgang wenig Sinn, erneut auf den Sozialdemokraten zu setzen:

So erreichte Rainer Brechtken in Münster nur noch 22 Prozent der Stimmen (bei einer Ausgangsposition von 33,1 Prozent, die er am 20. Oktober erzielt hatte). In Mühlhausen verlor Brechtken noch eklatanter: Er stürzte von 30,4 Prozent auf nunmehr 17,2 Prozent ab. Joachim Becker, der von der eigenen Partei geächtete Neubewerber, profitierte keineswegs von diesen überproportionalen Einbrüchen des sozialdemokratischen Bewerbers in den Hochburgen: Becker kam in Münster lediglich auf 2,3 Prozent der

²⁴⁵ Vgl. *Stadt Freiburg im Breisgau/Amt für Statistik und Einwohnerwesen*: Ergebnis der Oberbürgermeisterwahl 2002 in Freiburg, S. 48 ff.

²⁴⁶ *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt*: Themenheft 1996/5: Die Oberbürgermeisterwahl am 20. Oktober 1996 und die Neuwahl am 10. November 1996 in Stuttgart, S. 11.

²⁴⁷ Vgl. ebd.

Stimmen, in Mühlhausen erreichte er 3,7 Prozent bei einem Stuttgarter Gesamtergebnis von 3,4 Prozent der Stimmen.

Dort, wo Brechtken schon im ersten Wahlgang seine schlechtesten Ergebnisse erzielte, brach er am 10. November besonders stark ein. Auf lediglich 5,7 Prozent der Stimmen kam Brechtken zum Beispiel am Frauenkopf, wo er drei Wochen zuvor noch 17,2 Prozent erreicht hatte. In Büsnau landete er bei 8,7 Prozent und verlor 8,3 Prozentpunkte zum Ergebnis vom 20. Oktober (17 Prozent). Es lässt sich dabei schwer ein direkter Bezug zum Abschneiden Joachim Beckers herstellen. Becker kam in Büsnau auf immerhin 4 Prozent, während er sich am Frauenkopf mit lediglich 1,6 Prozent der Stimmen zufrieden geben musste.

Brechtkens Niederlage war die Niederlage der SPD: „Er [Anmerkung Hoecker: gemeint ist Brechtken] hat zwar das von ihm vertretene Prinzip des parteifernen Wahlkampfes übertrieben, doch die Partei (...) hat den Eindruck vermittelt, als komme ihr das gerade recht. Die Hauptfehler gehen auf das Konto der Parteiführung. Erst versäumte sie es, einen namhaften Bewerber auf die Beine zu stellen. Und schließlich machte Maurer nicht einmal den Versuch, die Zeitbombe Becker durch Gespräche zu entschärfen“²⁴⁸, kritisierte die *Stuttgarter Zeitung*.

„Als schweres Handicap erwies es sich für Brechtken, dass er im Wahlkampf auf die Prominenz und überhaupt auf die optische Präsenz der eigenen Partei verzichtete“, schrieb die *Süddeutsche Zeitung* unter der Überschrift „Die schwäbische Heimsuchung der SPD“.²⁴⁹ Dem sozialdemokratischen Kandidaten und den Strategen der Partei wurde vorgeworfen, die Größe und die Bedeutung der Landeshauptstadt in der Anlage des Wahlkampfes falsch eingeschätzt zu haben: „Dies [Anmerkung Hoecker: Der Verzicht auf eine deutliche, offenkundige Präsenz der eigenen Partei im Wahlkampf] mag in Klein- und Mittelstädten angehen oder sogar vorteilhaft sein; in Großstädten mit mehr als einer halben Million Einwohnern ist es das nicht. Schon Rolf Böhme in Freiburg

²⁴⁸ *Martin Hohnecker*: „Schusters Sieg“; in: *StZ* vom 11. November 1996.

²⁴⁹ *Wulf Reimer*: „Die Schwäbische Heimsuchung der SPD“; in: *SZ* vom 13. November 1996.

hatte sich vor seiner ersten Wahl zum Oberbürgermeister der Hilfe von Helmut Schmidt versichert. Wie eine OB-Kampagne professionell geplant und energisch in Szene gesetzt wird, das haben schließlich die Stuttgarter Christdemokraten mit ihrem Sieger Wolfgang Schuster vorexerziert.²⁵⁰

Mehr noch als den Kandidaten Brechtken nahmen die innerparteilichen Kritiker und die Medien den Landesvorsitzenden der SPD, Ulrich Maurer, ins Visier: „Eine vorausschauende Parteiführung hätte sofort nach der verlorenen Landtagswahl [Anmerkung Hoecker: im März 1996] die Stuttgarter OB-Wahl vorbereitet“, kritisierte die *Badische Zeitung*.²⁵¹ „Stattdessen kümmerten sich die Genossen wochen- und monatelang in internen Zirkeln wortreich um die eigene Befindlichkeit. (...) Vom SPD-Bewerber Rainer Brechtken hingen bis weit in den September hinein keine Plakate. Später lehnte er es anders als die Konkurrenz ab, sich prominenten Beistand von auswärts zu Hilfe zu holen. (...) Ulrich Maurer steht vor einem Scherbenhaufen. Der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende trägt teils persönliche, teils politische Verantwortung für die schweren Fehler dieser Wahl. Er hat die SPD weitergebracht auf dem Weg von der zweiten zur dritten politischen Kraft im Land.“²⁵² Ganz selbstverständlich wurde also vom Abschneiden Rainer Brechtkens bei der OB-Wahl in der Landeshauptstadt auf die Verfassung der SPD in Baden-Württemberg geschlossen.

Ähnlich titelte auch die *Stuttgarter Zeitung* am 12. November 1996: Unter der Überschrift „Die SPD muss noch mehr Dreck fressen“²⁵³ wurde konstatiert, „die zweite Niederlage des Jahres 1996 in Baden-Württemberg“ treffe „die Partei noch härter als die erste [Anmerkung Hoecker: gemeint ist die Niederlage bei der Landtagswahl im März 1996].

²⁵⁰ Ebd.

²⁵¹ *Stefan Hupka*: „Maurers Scherbenhaufen“; in: *Badische Zeitung* vom 12. November 1996.

²⁵² Ebd.

²⁵³ *Bärbel Krauß*: „Die SPD muss noch mehr Dreck fressen“; in: *StZ* vom 12. November 1996.

Selbst wenn man die Ergebnisse des offiziellen SPD-Kandidaten Rainer Brechtken mit 13,5 Prozent und des von der Partei unerwünschten SPD-Bewerbers Joachim Becker mit 3,4 Prozent zusammenzählt, haben die Sozialdemokraten (...) ihr schlechtestes Wahlergebnis in Stuttgart seit dem zweiten Weltkrieg eingefahren. (...) Die späte Nominierung Brechtkens wird als Fehler genannt, die zaghafte Unterstützung der Partei für den Kandidaten und ebenfalls die Tatsache, dass der ehrgeizige Pforzheimer Oberbürgermeister Becker von Maurer nicht eingebunden und befriedet werden konnte.²⁵⁴

Brechtken selbst war bis zuletzt bemüht, seine Kandidatur als persönliches Angebot an alle Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger zu inszenieren. Folglich versuchte er stets, Abstand zur eigenen parteipolitischen Heimat zu halten: „Meine Chance besteht darin, dass die Menschen sagen: (...) Wir entscheiden uns für den Kandidaten, der durch Argumente zu überzeugen versucht. (...) Ich bin der Kandidat, der die wirtschaftliche Sachkompetenz mitbringt. Ich kann mit Leuten verhandeln und zu gemeinsamen Lösungen kommen – das traue ich meinen Konkurrenten nicht zu. Ich verfüge über soziale Sensibilität.“²⁵⁵

Nachdem die Wahl verloren war, rechtfertigte er sich allerdings ganz selbstverständlich als Kandidat der SPD auf die Frage, weshalb er nach dem 20. Oktober seine Bewerbung nicht zugunsten des Mitbewerbers Rezzo Schlauch zurückgezogen habe: „Wir mussten den Menschen, die in dieser Gesellschaft sozial deklassiert und gefährdet sind, eine Wahl anbieten, weil auch Schlauch für die Menschen keine Alternative ist.“²⁵⁶

Die Bewerbung Beckers nach dem 20. Oktober gegen den erklärten Willen der Spitze der Landespartei galt als Indiz dafür, wie umstritten der Landesvorsitzende Ulrich Maurer nach der verlorenen Landtagswahl in der eigenen Partei war und wie sehr es

²⁵⁴ Ebd.

²⁵⁵ „Alles verkommt zur Wahltaktik“; Rainer Brechtken im Gespräch mit der *StZ* vom 2. November 1996.

²⁵⁶ *Thomas Durchdenwald*: „Rücktritt des Vorstands gefordert – Kandidat Brechtken und Landeschef Maurer räumen Fehler ein“; in: *StZ* vom 12. November 1996.

ihm im Vorfeld der OB-Wahl an Führungsstärke fehlte. Ob in der erschütterten Autorität des Landesvorsitzenden tatsächlich ein Motiv für die mit einem Parteifreund konkurrierende Bewerbung Beckers gesehen werden darf, ist schwer zu beurteilen. Becker hatte vielmehr argumentiert, er bewerbe sich als Alternative zu allen Parteikandidaten. Er sah seine Bewerbung als Experiment, wobei davon ausgegangen werden muss, dass er sich sehr wohl Siegchancen ausrechnete. Als amtierender Oberbürgermeister der Stadt Pforzheim barg die Kandidatur in Stuttgart für ihn das Risiko, dass seine nächste Wiederwahl in Pforzheim in Gefahr geriet, falls das Experiment in Stuttgart scheitern sollte.²⁵⁷

„Ein Kandidat hat keine Chance, wenn er erst im zweiten Wahlgang antritt“²⁵⁸, analysierte Becker am Wahlabend lapidar sein enttäuschendes Gesamtergebnis von 3,4 Prozent der Stimmen. Vergleicht man die Ergebnisse in den einzelnen Stadtteilen, so ergibt sich folgendes Bild:²⁵⁹ In Asemwald (1.533 Wahlberechtigte) im Stuttgarter Süden kam Becker auf 5,6 Prozent – sein bestes Stadtteilergebnis. Demgegenüber schnitt Becker im östlichen Stadtteil Stuttgart-Wangen (5.893 Wahlberechtigte) am schlechtesten ab, lediglich 1,4 Prozent der Stimmen entfielen dort auf den Pforzheimer Oberbürgermeister.

Erfolgreich war Becker im Übrigen eher in den Hochburgen der CDU und der FDP als in denen der Sozialdemokraten.²⁶⁰ Die Übersicht des *Statistischen Amtes der Landeshauptstadt Stuttgart* über sein Abschneiden in den Stadtbezirken, in denen die

²⁵⁷ Genau dies trat ein, als sich Joachim Becker im Jahr 2001 in Pforzheim zur Wiederwahl stellte. Er unterlag dabei der FDP-Stadträtin Christel Augenstein, die auch von der CDU unterstützt wurde. Während Becker nur auf 43,3 Prozent der Stimmen kam, erreichte Christel Augenstein 53,0 Prozent der Stimmen. Die Wahlsiegerin profitierte sicher auch davon, dass die Kampagne von CDU und FDP verfiel, Becker sei mit seiner Kandidatur 1996 in Stuttgart auf dem Absprung gewesen und habe dort durch die selbstherrliche Inszenierung seiner Bewerbung und durch sein desaströses Abschneiden die Stadt Pforzheim mitblamiert.

²⁵⁸ Jürgen Th. Müller: „OB Dr. Becker: Habe mich in meiner Prognose geirrt“; in: *Pforzheimer Zeitung* vom 11. November 1996.

²⁵⁹ Vgl. *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt: Themenhefte 1996/5: Die Oberbürgermeisterwahl am 20. Oktober 1996 und die Neuwahl am 10. November 1996 in Stuttgart*, S. 39.

²⁶⁰ Vgl. ebd.

einzelnen Parteien traditionell besonders gute bzw. besonders schlechte Ergebnisse erzielen, liefert folgende Erkenntnisse: Becker erreichte in den Hochburgen der CDU durchschnittlich 3,4 Prozent der Stimmen, in den Hochburgen der FDP kam er auf immerhin 3,7 Prozent. Dort, wo die SPD traditionell gute Ergebnisse erzielt, kam er hingegen nur auf durchschnittlich 3,2 Prozent der Stimmen. Noch schlechter liegt er im Durchschnitt in den Stadtbezirken, in denen die Grünen in der Regel auf ihre besten Ergebnisse kommen. Dort liegt Becker bei lediglich 3,1 Prozent. Der Vergleich der Stimmenergebnisse offenbart, dass die Streuung der Ergebnisse bezogen auf die einzelnen Stuttgarter Stadtbezirke eher gering ist. Dass Becker in den Hochburgen der Liberalen besonders gut abschnitt, legt die Vermutung nahe, „dass er neben Wolfgang Schuster das Vakuum füllte, das durch den Verzicht von Corinna Werwig-Hertneck entstand“²⁶¹.

Aus Sicht der politischen Parteien lassen sich folgende Schlüsse ziehen: Es ist sicher so, dass Joachim Becker dem von der SPD unterstützten Kandidaten Brechtken durch seine konkurrierende Bewerbung geschadet hatte, denn sie musste von den Wählerinnen und Wählern als offenkundiger Beleg für die fehlende Geschlossenheit der Sozialdemokraten aufgefasst werden.

Das trieb diejenigen, die sich im ersten Wahlgang noch für Brechtken entschieden hatten, am 10. November 1996 verstärkt in die Arme der beiden aussichtsreicheren Kandidaten Schuster und Schlauch. Insofern leistete Beckers Bewerbung dem von CDU und Bündnis 90/Die Grünen inszenierten Duell zwischen Schuster und Schlauch durchaus noch Vorschub.

Immerhin gelang es Becker nicht, im Lager der sozialdemokratischen Wähler nennenswert auf Resonanz zu stoßen. Es war keineswegs so, dass er als der vermeintlich bessere SPD-Bewerber Brechtken direkt die Stimmen wegnahm.

²⁶¹ Ebd.

„Wenn Becker offiziell von der SPD aufgestellt worden wäre, hätte er eine Chance gehabt“,²⁶² vermutete der scheidende Oberbürgermeister Manfred Rommel am Wahlabend und stellte damit postwendend den parteipolitischen Bezug her, der für das schlechte Abschneiden Beckers maßgeblich war. Als Parteirebell, der allein auf die Fachkompetenz abstellte, die er als Oberbürgermeister der Stadt Pforzheim vorzuweisen hatte, hatte Becker hingegen keinerlei Chance.

²⁶² Jürgen Th. Müller: „OB Dr. Becker: Habe mich mit meiner Prognose geirrt“; in: *Pforzheimer Zeitung* vom 11. November 1996.

7. Zusammenfassung

Die vorliegende Einzelfallstudie zur Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl vom Herbst 1996 kommt vor dem Hintergrund der eingangs formulierten Themenstellung zu folgenden Erkenntnissen:

These 1: Für das Abschneiden der einzelnen Kandidaten waren die parteipolitischen Hintergründe der Bewerber bzw. das Zusammenspiel mit den sie tragenden politischen Parteien von ausschlaggebender Bedeutung.

Das gilt für den Einsatz der Parteien zugunsten ihres Kandidaten sowie für die Art und Weise, wie die einzelne Bewerbung parteipolitisch "eingebettet" war. Damit wird die These widerlegt, wonach (Ober-)Bürgermeisterwahlen grundsätzlich Persönlichkeitswahlen sind, in denen der parteipolitische Hintergrund des einzelnen Kandidaten allenfalls von nachrangiger Bedeutung ist. Falsch ist auch die Annahme, die eindeutige parteipolitische Verankerung eines Kandidaten schmälere zwangsläufig seine Wahlchancen.

These 2: Wolfgang Schuster siegte 1996 in Stuttgart, weil die CDU und ihr Kandidat den stringentesten Wahlkampf führten.

Die Verwaltungserfahrung des CDU-Kandidaten mag zwar für das Wählerverhalten ebenfalls – wie eine Reihe anderer Faktoren – bedeutsam gewesen sein. Aber es spricht viel für die Annahme, dass die parteipolitische Verankerung seiner Bewerbung für den Wahlausgang die wahlentscheidende Rolle spielte.²⁶³

²⁶³ So entschieden sich in Freiburg viereinhalb Jahre später – bei vergleichbarer Konstellation des Bewerberfeldes – die Wählerinnen und Wähler für den Vorsitzenden der grünen Landtagsfraktion, der parteipolitisch der profilierteste Bewerber im Feld war, obgleich er mit der Verwaltungserfahrung der von der CDU unterstützten Kandidatin nicht konkurrieren konnte. Aber die CDU verstand es in der Breisgaumetropole nicht, einen ähnlich stringenten Wahlkampf wie in Stuttgart zu führen, wo die Partei im Einklang mit ihrem Kandidaten die Themen und Schwerpunkte setzte.

These 3: Die Wahl in der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart war auf Grund der Größe und der herausgehobenen Bedeutung der Kommune in besonderem Maße parteipolitischen Gesetzmäßigkeiten ausgesetzt.

Von der Oberbürgermeisterwahl in der Landeshauptstadt darf nicht leichtfertig auf das Wählerverhalten anderen Kommunen in Baden-Württemberg geschlossen werden. Besonders in kleineren und mittelgroßen Kommunen lässt sich ein Einfluss der Parteien nicht in dem Maße konstatieren, wie es 1996 bei der Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart der Fall war.²⁶⁴

These 4: Seit etwa drei Jahrzehnten ergibt sich auf kommunaler Ebene grundsätzlich ein Trend zur stärkeren Parteipolitisierung.

Neben einer rein auf die Größe der Kommune bezogenen Erklärung für das zunehmende Gewicht der politischen Parteien auf kommunaler Ebene liefert die Politikwissenschaft auch einen zeithistorischen Erklärungsansatz²⁶⁵: Danach spielten in den kommunalen Gebietskörperschaften bis in die Zeit der Weimarer Republik die politischen Parteien allenfalls eine untergeordnete Rolle. Es konnte sogar von einem Gegensatz zwischen Partei- und Kommunalpolitik ausgegangen werden. „Nach der Gründung der Bundesrepublik erfolgte kein endgültiger Bruch mit der Vorstellung einer

²⁶⁴ Allerdings lassen sich zahlreiche Oberbürgermeisterwahlen der jüngsten Vergangenheit in Baden-Württemberg als Beispiele dafür heranziehen, dass parteipolitische Umstände und die jeweilige Verankerung der Kandidatinnen und Kandidaten erheblichen Einfluss auf den Wahlausgang genommen haben. So siegte 2002 in Freiburg der grüne Innenbewerber Dieter Salomon, der Fraktionsvorsitzende im Landtag von Baden-Württemberg, über die Lörracher Oberbürgermeisterin Gudrun Heute-Bluhm (CDU), die im Wahlkampf einseitig auf ihre Verwaltungskompetenz abstellte. Interessanterweise war Salomon der gleichen Mitbewerberin noch einige Jahre zuvor bei ähnlicher Gesamtkonstellation bei der Oberbürgermeisterwahl in Lörrach unterlegen, als er noch einfacher Landtagsabgeordneter und Außenbewerber war. Selbst in einigen Fällen, wo sich Amtsinhaber der Wiederwahl stellten, finden sich für dieses Wählerverhalten Ansatzpunkte: In Baden-Baden, Pforzheim, Reutlingen und Ettlingen setzten sich Neubewerberinnen auch deshalb gegen (mehr oder weniger umstrittene) Amtsinhaber durch, weil sie auf breite parteipolitische Unterstützung bauen konnten. Und im Sommer 1999 brachte der junge Mannheimer Stadtrat Otto (CDU) den populären Amtsinhaber Widder (SPD) an den Rand einer Niederlage, weil er von dem bundesweiten Stimmungshoch seiner Partei profitierte, das sie nach der verheerenden Schlappe bei der Bundestagswahl 1998 bis zum Ausbruch der Spendenaffäre im Spätherbst 1999 von Wahlsieg zu Wahlsieg trug.

²⁶⁵ Vgl. *Oscar W. Gabriel*: Das lokale Parteiensystem zwischen Wettbewerbs- und Konsensdemokratie; in: *Dieter Oberdörfer/Karl Schmitt* (Hrsg.): Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 28, Berlin, 1990.

partei- und konfliktfreien, rein sachbezogenen Kommunalpolitik (...) Im deutschen Selbstverwaltungsdenken gibt es demnach eine dezidiert antiparteiliche Tradition. Sie wirkt nicht nur im Kommunalverfassungsrecht bis heute fort, sondern ist darüber hinaus in den Einstellungen der Bevölkerung und der kommunalen Führungsgruppen fest verankert. Erst seit etwa zwanzig Jahren [Anmerkung Hoecker: also seit Anfang der siebziger Jahre, da 1990 publiziert] verzeichnen die Parteien in der lokalen Politik einen Bedeutungsgewinn, der die traditionelle Selbstverwaltungsdoktrin in Frage stellte und wettbewerbsorientierte Formen der Konfliktregulierung mit sich brachte. Wie auf der nationalen Ebene des politischen Systems traten die politischen Parteien auch in der Kommunalpolitik zunehmend in einen Wettbewerb um die Kontrolle der wichtigsten Personal- und Sachentscheidungen.²⁶⁶ Indizien dafür waren fortan etwa die Fraktionalisierung des lokalen Parteiensystems, die parteipolitische Zusammensetzung der Verwaltungsspitze sowie das Abstimmungsverhalten der Kommunalvertretung bei wichtigen kommunalen Entscheidungen.

These 5: Die Landeshauptstadt Stuttgart ist ein Musterbeispiel für eine vom Gewicht der Parteien dominierte Verwaltungs- und Gemeinderatsstruktur.

Auf die Verhältnisse des Stuttgarter OB-Wahlkampfes von 1996 bezogen, treffen genau diese Indizien sehr genau zu: Die Fraktionalisierung des lokalen Parteiensystems, die sich im Abstimmungsverhalten im Rat widerspiegelt, und die parteipolitische Zusammensetzung der Verwaltungsspitze (Verteilung der Beigeordnetenposten sowie weiterer Schlüsselpositionen an Parteigänger der im Gemeinderat vertretenen Parteien entsprechend ihrer Stärke im Rat und auf der Grundlage verbindlicher Absprachen) sind in einer Großstadt wie Stuttgart hinlänglich bekannte politische Verhaltensmuster.

²⁶⁶ Ebd. S.371 f.

These 6: Rezzo Schlauch erreichte im entscheidenden Wahlgang knapp 40 Prozent der Stimmen, weil er es verstand, sich als prominenter Grüner mit Hilfe seiner Partei als "progressive Alternative" zum CDU-Kandidaten auch für neue Wählerschichten interessant zu machen.

Zwar war es beim Grünen Rezzo Schlauch weniger der Einsatz grüner Parteifreunde, der ihn auf ein Gesamtergebnis nahe der 40-Prozentmarke trug. Aber seine Prominenz als bekannter grüner Mandatsträger²⁶⁷, möglicherweise in zweiter Linie auch seine erstmalige Kandidatur 1990 bei der vorhergehenden Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl gegen Manfred Rommel und ein vor diesem Hintergrund klug inszenierter Wahlkampf waren sein Erfolgsrezept. Schlauch gab zweifelsohne den profiliertesten Parteipolitiker aller von den politischen Parteien ins Rennen geschickten Kandidaten ab. Das verhalf ihm schon frühzeitig zum höchsten Bekanntheitsgrad aller Kandidatinnen und Kandidaten (der fast automatisch auch mit hohen Sympathiewerten einherging).

These 7: Wolfgang Schuster behielt letztlich die Oberhand, weil die Polarisierungsstrategie verfiel, die die CDU (im Einklang mit ihrem Kandidaten) nach dem ersten Wahlgang ausgab.

Schuster bekannte sich im Unterschied zu Schlauch offensiv zu seinem Parteibuch, das ihm – neben seiner fachlichen Kompetenz – aufgrund des Vorschlagsrechts der CDU als Bürgermeister für Kultur Bildung und Sport schon zum Sprung auf die Bürgermeisterbank verholfen hatte. Er war allerdings nicht in dem Maße wie Schlauch parteipolitisch profiliert. Mit Wolfgang Schuster kandidierte der in der Union fest verwurzelte Verwaltungsfachmann, den die CDU in Stadt und Land als ihren Kandidaten ins Rennen geschickt hatte. Die CDU hatte deutlich erkannt, wie bedeutsam eine aktive Rolle der einzelnen politischen Partei bei der Oberbürgermeisterwahl ist.

²⁶⁷ zunächst als Abgeordneter im Landtag von Baden-Württemberg, wo er auch Fraktionsvorsitzender war, sowie – zum Zeitpunkt der Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl – als Abgeordneter im Deutschen Bundestag. (Auch dort war Schlauch später (1998–2002) Fraktionsvorsitzender).

„Dr. Schuster gewann die Wahl dank eines geschickt auf ihn zugeschnittenen, hochprofessionellen Wahlkampfes, der mit viel physischem und materiellen Einsatz und Aufwand betrieben wurde. Dr. Schuster siegte, weil hinter ihm eine geschlossene und entschlossene Partei stand, die ihm im Kleinen wie im Großen (u.a. persönliche Wahlkampfauftritte von Kanzler Helmut Kohl, Wolfgang Schäuble, Unterstützung durch Ministerpräsident Erwin Teufel, Lothar Späth und durch FDP-Außenminister Klaus Kinkel) Wahlkampfhilfe leistete. Auch Oberbürgermeister Manfred Rommel hat als Bürger öffentlich zum Ausdruck gebracht, dass er Dr. Schuster wählen wird.“²⁶⁸

These 8: Die CDU engagierte sich von allen politischen Parteien am stärksten im Stuttgarter OB-Wahlkampf.

Der CDU gelang es, die ihr gesonnenen Wählerschichten sehr geschlossen zugunsten ihres Kandidaten zu mobilisieren. Sie setzte in den drei Wochen nach dem ersten Wahlgang auf einen Lagerwahlkampf, den üblicherweise Parteien führen, wenn sie bei Wahlen um parlamentarische Mehrheiten kämpfen. Christoph Palmer, Schusters Wahlkampfmanager und wenige Monate nach der erfolgreichen Oberbürgermeisterwahl der neue Kreisvorsitzende der Christdemokraten in der Landeshauptstadt, konnte mit Verweis auf die Ergebnisse einer Umfrage der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen (Umfragezeitraum 6.-8. November 1996, also unmittelbar vor der Wahl) im Nachhinein darauf verweisen, dass die Strategie der CDU aufgegangen war.

Es gelang, diejenigen Bevölkerungsgruppen zugunsten ihres Kandidaten an die Urnen zu bringen, die letzten Endes die relative Stimmenmehrheit und damit den Wahlsieg ausmachten: Palmer fasste das Ergebnis aus Sicht seiner eigenen Partei wie folgt zusammen: „Die CDU hat geschlossen und engagiert für den Kandidaten Schuster gekämpft. Dies hat letztendlich den Wahlsieg von Wolfgang Schuster ermöglicht. In

²⁶⁸ *Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt: Themenheft 1996/5, Die Oberbürgermeisterwahl am 20. Oktober 1996 und die Neuwahl am 10. November 1996 in Stuttgart, S. 9.*

größeren Städten ist ein erfolgreicher Wahlkampf (...) nur dann möglich, wenn eine schlagkräftige Parteiorganisation den Kandidaten vermittelt.“²⁶⁹

These 9: Rainer Brechtken scheiterte, weil die SPD in seinem Wahlkampf nicht deutlich genug in Erscheinung trat.

Rainer Brechtken war als SPD-Landtagsabgeordneter der breiten Öffentlichkeit in der Landeshauptstadt kaum bekannt. Auch der Versuch, mit seiner Wirtschaftskompetenz als Pfund zu wuchern, wirkte eher halbherzig und verfiel nicht. Stets sah sich der Kandidat bemüßigt, den Hinweis hinzuzufügen, dass er in der großen Koalition von 1992 bis 1996 als Staatssekretär im Wirtschaftsministerium amtiert hatte. Daraufhin sah er sich postwendend mit der kritischen Frage konfrontiert, warum man ihn in diesem Amt nicht wahrgenommen habe und weshalb er dieses Amtes verlustig gegangen war. Beides lässt sich rational erklären, ohne dass man die Schuld bei Rainer Brechtken persönlich suchen muss: Einerseits konnte die CDU unter Ministerpräsident Erwin Teufel nach der Landtagswahl im März 1996 die ungeliebte große Koalition auflösen, da sie nun gemeinsam mit der FDP über die absolute Mehrheit der Stimmen verfügte. Andererseits ist das Amt eines politischen Staatssekretärs zumindest auf Länderebene nicht unbedingt dazu geeignet, große Publizität zu erzielen. Aber Wahlen sind Ausdruck von Stimmungen, und so verfestigte sich im Verlauf des Wahlkampfes das Bild eines wackeren, gleichwohl bedauernden Kandidaten, der von der eigenen Partei zu wenig unterstützt wurde.

These 10: Weil CDU und Bündnis 90/Die Grünen einen engagierteren und geschickteren Wahlkampf führten als die SPD, schneiden auch ihre Kandidaten deutlich besser ab als der SPD-Bewerber Rainer Brechtken.

Erst als sich das Desaster mit dem Ergebnis vom 20. Oktober 1996 (erster Wahlgang) bereits deutlich abzeichnete, bekannte sich die SPD deutlicher zu ihrem Kandidaten und dieser zu seinem Parteibuch. Sie taten dies auch unter dem Eindruck der Kandidatur

²⁶⁹ Zitiert nach *Christoph Palmer*: „Polarisierung und Zuspitzung haben den OB-Sessel gesichert“; in: *UiD Extra 40/1996*, CDU-Informationsdienst in Deutschland, S. 7, Bonn.

Joachim Beckers, der gegen den Willen der SPD und in Konkurrenz zum eigenen Bewerber auf Stimmenfang ging. Jetzt mussten die Reihen geschlossen werden, was umso schwerer war, als Wolfgang Schuster (CDU) und Rezzo Schlauch (Bündnis 90/Die Grünen) im ersten Wahlgang bereits deutlich vor dem eigenen Kandidaten lagen.

Brechtken und die SPD führten somit an zwei unterschiedlichen Fronten Abwehrgefechte bis zum zweiten Wahlgang: Zum einen gegen den Abtrünnigen aus der eigenen Partei, dem das Feld nicht überlassen werden durfte, und zum anderen gegen den Versuch von CDU und Bündnis 90/Die Grünen, ein Duell zu inszenieren, das alle anderen Kandidaten in den Hintergrund drängen sollte. Ersteres gelang, wenngleich es keine Anzeichen dafür gibt, dass die SPD (und der von ihr unterstützte Kandidat) maßgeblichen Anteil daran hatte, dass Joachim Becker so enttäuschend abschnitt. Offensichtlich ist hingegen, dass es den Parteizentralen der Kandidaten Schuster und Schlauch gelang, den Wahlkampf nach dem 20. Oktober auf die Entscheidung zwischen ihren beiden Kandidaten zuzuspitzen. Die SPD scheiterte somit auf ganzer Linie mit dem Versuch, ihren Kandidaten "im Spiel" zu halten. Rainer Brechtken hatte gegenüber Schuster und Schlauch das Nachsehen, weil CDU und Bündnis 90/Die Grünen einen effizienteren und einen stringenteren Wahlkampf führten, als dies die Sozialdemokraten taten.

These 11: FDP und Republikaner schafften es nicht, ihren Kandidaten über das Potenzial der eigenen Stammwähler hinaus in nennenswertem Ausmaß Wählerinnen und Wähler zu erschließen.

Auch Corinna Werwigk-Hertneck und Dieter Lieberwirth waren Kandidaten, die von politischen Parteien mehr oder minder unverhüllt nominiert und unterstützt wurden. Dass das Potenzial der eigenen Partei in Stuttgart nicht groß genug sein würde, um der Kandidatin oder dem Kandidaten Siegschancen zu eröffnen, war dabei im Vorhinein klar. Im Unterschied zu Rezzo Schlauch gelang es ihnen nicht, über das der eigenen Partei gewogene Lager hinaus Wählerschichten für sich zu gewinnen. Unterstellt man, dass sich die beiden Kandidaten und ihre Parteien auch nicht wirklich eine Siegchance

ausgerechnet haben, so bleibt zumindest die Steigerung des Bekanntheitsgrads der Kandidaten. Sie galten künftig gewissermaßen als "Führungsreserve" ihrer Parteien und führten sie als Spitzenkandidaten 1998 folgerichtig in Stuttgart in den Kommunalwahlkampf.

These 12: Beckers Bewerbung in Abgrenzung zu den Parteien im Allgemeinen und zur eigenen Partei im Besonderen war chancenlos. Er scheiterte auch, weil er sich erst nach dem ersten Wahlgang bewarb.

Der baden-württembergische Städtetag hat 1996 festgestellt, dass die Kandidatur eines Bewerbers nach dem ersten Wahlgang bei einer (Ober-)Bürgermeisterwahl kaum Aussicht auf Erfolg hat: „Ohne nennenswerte praktische Bedeutung für die Wahlen im Allgemeinen wie auch für die Wahlbeteiligung im Besonderen ist die durch das baden-württembergische Wahlrecht eröffnete Möglichkeit, nur beim zweiten Wahlgang zu kandidieren. Sie war zwar immerhin bei 18 der 38 Wahlen genutzt worden, hat jedoch nicht zum von den "Nachzüglern" mehr oder weniger begehrten Wahlerfolg geführt. Nur bei zwei der 18 Wahlen erhielten diese Bewerber mehr als 1 Prozent der Stimmen.“²⁷⁰

Becker verlor, weil die Wählerinnen und Wähler seine Bewerbung nach dem ersten Wahlgang am 20. Oktober als "Schurkenstück" ablehnten. Hätte sich freilich eine politische Partei, die im Gefüge der Stuttgarter Kommunalpolitik Gewicht hat, hinter ihn gestellt, so wären seine Chancen deutlich größer gewesen. Hätte beispielsweise die SPD frühzeitig Becker statt Brechtken nominiert, so ist davon auszugehen, dass seine Kandidatur sehr viel aussichtsreicher gewesen wäre.

²⁷⁰ Norbert Brugger: Bewerber sucht Wähler/in – Wahlbeteiligungsquoten bei Parlaments- und Kommunalwahlen; in: *BWVP* 8/1996, S. 173-178 (176). Der Städtetag Baden-Württemberg führte 1995 eine Umfrage zur Wahlbeteiligung bei der letzten Bürgermeisterwahl durch, an der sich 151 Kommunen aus Baden-Württemberg beteiligten. Dies geschah unterteilt in drei sog. „Städtegruppen“ entsprechend der Kommunengröße: (Städtegruppe A: neun Stadtkreise Baden-Baden, Freiburg, Heidelberg, Heilbronn, Karlsruhe, Mannheim, Pforzheim, Stuttgart und Ulm; Städtegruppe B: 81 Große Kreisstädte (Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern auf Antrag gem. § 3 Abs. 2 GemO); Städtegruppe C: 71 Kommunen mit weniger als 20.000 Einwohnern). Das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Städtetags, Erhard Klotz, stufte die „ausschließliche Bürgermeisterneubewerbung“ in einem Schreiben an die Mitgliedsstädte des baden-württembergischen Städtetags als „bedeutungslos“ ein.

Literaturverzeichnis

A. Bücher, Beiträge in wissenschaftlichen Zeitschriften, Publikationen

von Alemann, Heine/Ortlieb, Peter: Die Einzelfallstudie; in: van Koolwijk, Jürgen/Wieken-Mayser, Maria (Hrsg.): Techniken der empirischen Sozialforschung; Band 2, München, 1975, S. 157-177.

von Alemann, Ulrich (Hrsg.): Politikwissenschaftliche Methoden: Grundriss für Studium und Forschung, Opladen, 1995.

Andersen, Uwe (Hrsg.): Kommunale Selbstverwaltung und Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen, Köln u.a., 1987.

von Arnim, Hans Herbert: Die politische Durchsetzung der Kommunalverfassung; in: DÖV 55 (2002), Heft 14, S. 585 ff.

Banner, Gerhard: Parteibuchkarriere in der Kommunalverwaltung. Ein Auslaufmodell; in Kreyher, Volker J./Böhret, Carl (Hrsg.): Gesellschaft im Übergang, Baden-Baden, 1995, S. 235-240.

Bates, Robert/Greif, Avner/Levi, Margaret/Rosenthal, Jean-Laurent/Weingast, Barry: Analytic Narratives, Princeton, N.J., 1998.

Beck, Reinhart: Sachwörterbuch der Politik, 2. Aufl., Stuttgart, 1986.

Becker, Joachim: Erfolg im Wahlkampf. Ein Ratgeber für Kandidaten und ihre Helfer in Kommunal-, Landes- und Bundeswahlen, München, 1988.

Berg-Schlosser, Dirk/Fack, Alexander/Noetzel, Thomas (Hrsg.): Parteien und Wahlen in Hessen 1946-1994, Marburg, 1994.

Biege, Hans-Peter u.a. (Hrsg.): Zwischen Persönlichkeitswahl und Parteientscheidung. Kommunales Wahlverhalten im Lichte einer Oberbürgermeisterwahl, Meisenstein/Königstein/Ts., 1978. (Reihe: Sozialwissenschaftliche Studien zur Stadt- und Regionalpolitik, Bd. 11)

Böhret, Carl/Frey, Rainer: Staatspolitik und Kommunalpolitik; in: Püttner, Günther (Hrsg.): Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, Band 2, Berlin u.a., 1982.

Bovenschulte, Andreas/Buss, Anette: Plebiszitäre Bürgermeisterverfassung. Der Umbruch im Kommunalverfassungsrecht, Baden-Baden, 1996.

Brugger, Norbert: Bewerber sucht Wähler/in – Wahlbeteiligungsquoten bei Parlaments- und Kommunalwahlen; in: BWVP 8/1996, S. 173-178.

Buss, Anette: Das Machtgefüge in der heutigen Kommunalverfassung, Gießen, 2000.

Czarnecki, Thomas: Kommunales Wahlverhalten. Die Existenz und Bedeutung kommunaler Determinanten für das Wahlverhalten. Eine empirische Untersuchung am Beispiel Rheinland-Pfalz, München, 1992.

Eith, Ulrich: Kommunales Wahlverhalten in Ost- und Westdeutschland; in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.): Politische Einstellungen und politisches Verhalten im Transformationsprozess, Opladen, 1996.

Falter, Jürgen W.: Die Wählerinnen und Wähler der rheinland-pfälzischen Bündnisgrünen im Jahre 1996 – Eine Bewertung des Landtagswahlergebnisses für Bündnis 90/Die Grünen am 24. März 1996 in Rheinland-Pfalz, Mainz, 1996.

Forsthoff, Ernst: Lehrbuch des Verwaltungsrechts, Band 1, München, 1973.

Gabriel, Oscar W.: Das lokale Parteiensystem zwischen Wettbewerbs- und Konsensdemokratie. Eine empirische Analyse am Beispiel von 49 Städten in Rheinland-Pfalz; in: Oberndörfer, Dieter/Schmitt, Karl: Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, 1990.

Gabriel, Oscar W.: Kommunales Wahlverhalten: Parteien, Themen und Kandidaten; in: ders./Brettschneider, Frank/Vetter, Angelika (Hrsg.): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt, Opladen, 1997.

Gern, Alfons: Deutsches Kommunalrecht, Baden-Baden, 1997.

Gisevius, Wolfgang: Der neue Bürgermeister – Vermittler zwischen Bürger und Verwaltung, Bonn, 1999.

Goode, William/Hatt, Paul K.: Die Einzelfallstudie; in: René König (Hrsg.): Beobachtung und Experiment in der Sozialforschung, Köln, 1972, S. 299-337.

Grauhan, Rolf-Richard (Hrsg.): Großstadtpolitik. Texte zur Analyse und Kritik lokaler Demokratie, Gütersloh, 1972.

Grauhan, Rolf-Richard: Politische Verwaltung, Freiburg/Brsg., 1970.

Grauhan, Rolf-Richard: Der politische Willensbildungsprozess in der Gemeinde; in: Der Bürger im Staat 3/1971.

Guggemoos, Peter: Politische Einstellungen von Republikaner-WählerInnen: Angebot und Nachfrage am rechten Rand, Würzburg, 2000.

Hartmann, Jürgen: Vergleichende Politikwissenschaft. Ein Lehrbuch, Frankfurt am Main/New York, 1995.

Kevenhörster, Paul: Parallelen und Divergenzen zwischen gesamtssystemarem und kommunalem Wahlverhalten; in: ders. u.a. (Hrsg.): Kommunales Wahlverhalten, Bonn, 1976, S. 241-283.

Kevenhörster, Paul (Hrsg.): Lokale Politik unter exekutiver Führerschaft, Meisenheim/Gl., 1977.

Kirchner, Hildebert: Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 5. völlig neu bearb. und erw. Aufl., Berlin, 2003.

Klein, Armin: Parteien und Wahlen in der Kommunalpolitik; in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.): Kommunalpolitik im Wandel der Gesellschaft. Eine Einführung in Probleme der politischen Willensbildung in der Gemeinde, Königstein/Ts., 1979.

Knemeyer, Franz-Ludwig: Gemeindeverfassung; in: Wollmann, Hellmut/Roth, Roland (Hrsg.): Kommunalpolitik: Politisches Handeln in Gemeinden; Bd. 356 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, 2. Aufl., Bonn, 1998, S. 104-122.

Knemeyer, Franz-Ludwig: Parteien in der kommunalen Selbstverwaltung, bearbeitet von Franz-Ludwig Knemeyer und Katrin Jandel, Stuttgart u.a., 1997.

Knemeyer, Franz-Ludwig: Der süddeutsche Verwaltungschef und der Gemeinderat; in: Gelebte Demokratie, Festschrift für Manfred Rommel, 1997, S. 83 ff.

Köser, Helmut: Der Gemeinderat in Baden-Württemberg: Sozialprofil, Rekrutierung, Politikverständnis; in: Pfizer, Theodor/Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Kommunalpolitik in Baden-Württemberg, dritte, völlig überarbeitete Aufl., Stuttgart, 2000, S. 153-171.

Lamnek, Siegfried: Qualitative Sozialforschung, Band 2: Methoden und Techniken, München, 1989.

Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt (Hrsg.): Bürgerumfrage 1995, Stuttgart, 1995.

Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt (Hrsg.): Sonderheft 1990/1: Die Oberbürgermeisterwahlen in Stuttgart seit 1948.

Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt (Hrsg.): Sonderheft 1992/2: Wählerverhalten und Wählerstrukturen der Parteien in Stuttgart – Die Bedeutung demografischer und sozialer Einflussfaktoren für das Wählerverhalten und die Zusammensetzung der Wählerschaft der Parteien.

Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt (Hrsg.): Sonderheft 1994/2: Die Gemeinderatswahl am 12. Juni 1994.

Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt (Hrsg.): Strukturdatenatlas – Wahlen 1994 (Statistische Blätter – Sonderbeiträge Heft 51 a)

- Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt (Hrsg.): Themenheft 1996/2: Die Landtagswahl am 24. März 1996 in Stuttgart.
- Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt (Hrsg.): Themenheft 1996/3: Geschichte der Oberbürgermeisterwahlen – Die Oberbürgermeisterwahlen in Stuttgart seit 1948.
- Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt (Hrsg.): Themenheft 1996/5: Die Oberbürgermeisterwahl am 20. Oktober 1996 und die Neuwahl am 10. November 1996 in Stuttgart.
- Landeshauptstadt Stuttgart/Statistisches Amt (Hrsg.): Themenheft 1999/1: Strukturdatenatlas Wahlen 1999.
- Lehmbruch, Gerhard: Der Januskopf der Ortsparteien. Kommunalpolitik und das lokale Parteiensystem; in: Helmut Köser (Hrsg.): Der Bürger in der Gemeinde. Kommunalpolitik und politische Bildung, Bonn, 1979.
- Lijphart, Arend: Comparative Politics and Comparative Method; in: APSR 65, 682.
- Lintz, Gerd: Die politischen Parteien im Bereich der kommunalen Verwaltung, Baden-Baden, 1973.
- Löffler, Berthold/Rogg, Walter: Kommunalwahlen und kommunales Wahlverhalten; in: Pfizer, Theodor/Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Kommunalpolitik in Baden-Württemberg, dritte, völlig überarb. Aufl., Stuttgart, 2000, S. 109-136.
- Mair, Peter: Comparative Politics – An overview; in: Goodin, Robert E./Klingemann, Hans-Dieter: A new handbook of political science, Chapter 12 (page 309-355).
- Maniok, Herlinde: Die Fallstudie – Überlegungen zur Methode des Projektes „Kontrollsysteme und integrierte Produktionsverantwortung“ (Arbeitspapier des Sender Freies Berlin 187), Bochum, 1992.
- Mielke, Gerd/Eith, Ulrich: Honoratioren oder Parteisoldaten? Eine Untersuchung der Gemeinderatswahlen bei der Kommunalwahl 1989 in Freiburg, Bochum 1994.
- Nassmacher, Karl-Heinz/Rudzio, Wolfgang: Das lokale Parteiensystem auf dem Lande. Dargestellt am Beispiel der Rekrutierung von Gemeinderäten; in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Dorfpolitik, Opladen, 1978.
- Nassmacher, Karl-Heinz/Nassmacher, Hiltrud: Kommunalpolitik in der Bundesrepublik, Leverkusen, 1979.
- Nassmacher, Karl-Heinz: Parteien im kommunalpolitischen Zielbildungsprozess; in: ÖZP 4/1972, S. 41-65;

Niedermayer, Oskar/Westle, Bettina (Hrsg.): Demokratie und Partizipation, Festschrift für Max Kaase, Wiesbaden, 2000.

Nohlen, Dieter/Kriz, Jürgen/Schultze, Rainer (Hrsg.): Lexikon der Politik, Band 2: Politikwissenschaftliche Methoden, München, 1984.

Palmer Christoph: Polarisierung und Zuspitzung haben den OB-Sessel gesichert. Rückblick auf die Oberbürgermeisterwahl vom 20. Oktober bzw. 10. November 1996 in Stuttgart und auf einen exemplarischen Kommunalwahlkampf; in: UiD Extra 40/1996, CDU-Informationsdienst Union in Deutschland, Bonn, den 19. Dezember 1996.

Pappi, Franz Urban: Theorien, Methoden und Forschungsansätze; in: Münkler, Herfried (Hrsg.): Politikwissenschaft: Ein Grundkurs, Hamburg, 2003, 77-100.

Pfizer, Theodor/Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Kommunalpolitik in Baden-Württemberg, dritte, überarb. Aufl., Stuttgart u.a., 2000.

Raschke, Joachim: Die Zukunft der Grünen, Frankfurt am Main, 2001.

Rommel, Manfred: Trotz allem heiter, Stuttgart, 1998.

Roth, Norbert: Wie wird man Bürgermeister und warum? – Motivation, Erkenntnisse, Hinweise, Handlungsanleitungen zum Wahlkampf; in: Position und Situation der Bürgermeister in Baden-Württemberg, hrsg. von Norbert Roth, Stuttgart u.a., 1998, S. 110-139.

Suckow, Achim: Lokale Parteiorganisationen – angesiedelt zwischen Bundespartei und lokaler Gesellschaft. Ein Beitrag zum Organisationsproblem politischer Parteien und zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Oldenburg, 1989.

Schönbohm, Wulf/Verheugen, Günter: Lästiges Parteivolk? Diskussion zwischen Wulf Schönbohm und Günter Verheugen über die Parteien als Mitgliederorganisationen; in: Ristau, Malte/Scholing, Michael/Wien, Johannes: Tanker im Nebel, Zur Organisation und Programmatik der SPD, Marburg, 1992, S. 94-103.

Schwarz, Thomas: Die Gemeinderats- und Bundestagswahl 1994 im Spiegel der amtlichen Statistik; in: Gabriel, Oscar W./Brettschneider, Frank/Vetter, Angelika (Hrsg.): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt, S. 95-118.

Stadt Freiburg im Breisgau/Amt für Statistik und Einwohnerwesen (Hrsg.): Ergebnis der Oberbürgermeisterwahl 2002 in Freiburg.

Strauß, Karin: Leibholz kommunal – Zur Übertragbarkeit der Parteienstaatstheorie des Staatsrechtlers Leibholz auf die Kommunalpolitik, Münster u.a., 1998.

Thomsen, S.R.: Danish Elections 1920-1979. A Logit Approach to Ecological Analysis and Inference, Arhus, 1987.

Trachternach, Theodor: Parteien in der kommunalen Selbstverwaltung, Würzburg, 1976.

Veen, Hans-Joachim u.a.: Interne Studien Nr. 173/1998 der Konrad-Adenauer-Stiftung: Analyse der Bundestagswahl am 27. September 1998, St. Augustin, 1998.

Wächter, Kay: Kommunalrecht, Köln u.a., 2. Aufl., 1995

Wehling, Hans-Georg: Der Bürgermeister – Rechtsstellung, Sozialprofil, Funktion; in: Pfizer, Theodor/Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Kommunalpolitik in Baden-Württemberg, dritte, völlig überarb. Aufl., Stuttgart, 2000, S. 172-186.

Wehling, Hans-Georg/Siewert, H.-Jörg: Der Bürgermeister in Baden-Württemberg (Erstaufl. Theodor-Eschenburg zum 80. Geburtstag am 24. Oktober 1984), 2. Aufl., 1987.

Wehling, Hans-Georg: Do parties matter? Die Rolle der politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland; in: ÖZP 25 (1996).

Wehling, Hans-Georg: Gesellschaftliche Akteure in der Kommune; in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung, Kommunalpolitik, Bonn, 1994.

Wehling, Hans-Georg: Die Parteien in der Kommunalpolitik; in: BWGZ 1989, S. 612ff.

Wehling, Hans-Georg: „Parteipolitisierung“ von lokaler Politik und Verwaltung ? Zur Rolle der Parteien in der Kommunalpolitik; in: Heinelt, Hubert/ Wollmann, Helmut (Hrsg.): Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren, Basel u.a., 1991.

Wiesendahl, Elmar: Parteien in Perspektive – Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien, Opladen/Wiesbaden, 1998.

B. Zeitungsartikel

Becker, Joachim im Interview mit der *Stuttgarter Zeitung* vom 31. Oktober 1996: „Aus vermeintlicher Schwäche entwickle ich Stärke“.

Becker, Joachim: „Netzhemd, kurze Hosen und verschwitzt“; in: *Der Spiegel* vom 29. September 1986.

Behr, Alfred: „Jux-Kandidaten als Ärgernis – Allerlei Merkwürdiges um die Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart“; in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. Oktober 1996.

Bernhard, Rudolf: „Verzweifelt“; in: *Stuttgarter Nachrichten* vom 3. Dezember 1974.

Bertsch, Benno: „Beckers Kandidatur nützt Schlauch“; in *SWF 1* am 22. Oktober 1996, 17:30 Uhr in Politik Aktuell.

Bienzle, Bruno: „Schwarz sticht Grün“; in: *Stuttgarter Nachrichten* vom 11. November 1996.

Borgmann, Thomas: „1820 der erste Oberbürgermeister – 1862 die erste echte Volkswahl“; in: Sonderbeilage der *Stuttgarter Zeitung* vom 13. Dezember 1996 (Titel: „Manfred Rommel: Eine Ära geht zu Ende“)

Borgmann, Thomas: „Becker, Pforzheim, will Manfred Rommels Stuhl“; in: *Stuttgarter Zeitung* vom 23. Oktober 1996.

Borgmann, Thomas: „Heißes Wortgefecht zwischen Schuster und Schlauch“; in: *Stuttgarter Zeitung* vom 4. November 1996.

Borgmann, Thomas: „Der Kandidat tritt zuweilen auf wie ein Titelverteidiger“; in: *Stuttgarter Zeitung* vom 5. Oktober 1996.

Borgmann, Thomas: „OB Becker: Kein klares Dementi zur Kandidatur“; in: *Stuttgarter Zeitung* vom 16. Oktober 1996.

Borgmann, Thomas: „Rainer Brechtken – ein spröder Hoffnungsträger der SPD“; in: *Stuttgarter Zeitung* vom 17. Juli 1996.

Borgmann, Thomas: „Seien Sie nicht so graugänsig“; in: *Stuttgarter Zeitung* vom 28. September 1996.

Borgmann, Thomas: „Warnsignale“; in: *Stuttgarter Zeitung* vom 19. September 1996.

Borgmann, Thomas: „Die Wähler auf der Suche nach dem Rommel-Ersatz“; in: *Stuttgarter Zeitung* vom 7. Oktober 1996.

- Brauer, Markus: „Becker tritt zur OB-Wahl an“; in: *Stuttgarter Nachrichten* vom 23. Oktober 1996.
- Brechtken, Rainer im Gespräch mit den *Stuttgarter Nachrichten* vom 21. Oktober 1996: „Wahlbeteiligung zu gering“.
- Brechtken, Rainer im Gespräch mit der *Stuttgarter Zeitung* vom 2. November 1996: „Alles verkommt zur Wahltaktik“.
- Conradi, Peter: „Warum ich gegen Rommel verlor“; in: *Vorwärts* vom 19. Dezember 1974.
- Dürselen, Thomas: „Stuttgart: Die amerikanische Art des Spendensammelns – OB-Wahlkampf von Rezzo Schlauch, Grüne“; in: *SWF 1* am 20. August 1996/Baden-Württemberg Aktuell.
- Durchdenwald, Thomas: „CDU-Spitze für Wolfgang Schuster als Kandidat“; in: *Stuttgarter Zeitung* vom 29. Juni 1996.
- Durchdenwald, Thomas: „FDP-Kreischef empfiehlt Wahl von Schuster“; in: *Stuttgarter Zeitung* vom 6. November 1996.
- Durchdenwald, Thomas: „Landespartei will Flagge zeigen“; in: *Stuttgarter Zeitung* vom 1. August 1996.
- Durchdenwald, Thomas: „Rommels verlorener Sohn – Fünf Oberbürgermeister unterstützen einen Kandidaten“; in: *Stuttgarter Zeitung* vom 8. November 1996.
- Durchdenwald, Thomas: „Tollhaus“; in: *Stuttgarter Zeitung* vom 1. August 1996.
- Fach, Gert: „Brechtken fordert Becker zur offenen Feldschlacht“; in: *Stuttgarter Nachrichten* vom 16. Oktober 1996.
- Fach, Gert: „Polizeichef trifft Grünen im Untergrund“; in: *Stuttgarter Nachrichten* vom 30. Oktober 1996.
- Fach, Gert: „Wirft Pforzheims OB den Hut in den Ring?“; in: *Stuttgarter Nachrichten* vom 15. Oktober 1996.
- Frenkel, Rainer: „Der Kandidat aus dem Nichts“; in: *Die Zeit* vom 25. Oktober 1996.
- Günther, Rainer R.: „Jux oder Top“; in: *Schwäbische Zeitung* vom 23. Oktober 1996.
- Hechtel, Heidemarie A.: „Wahlbeteiligung zu gering“; in: *Stuttgarter Nachrichten* vom 21. Oktober 1996.
- Henkel, Peter: „Auf hohem Ross“; in: *Frankfurter Rundschau* vom 22. Oktober 1996.

Henkel, Peter: „An einen Verzicht zugunsten des Grünen denkt Stuttgarts SPD nicht“; in: *Frankfurter Rundschau* vom 22. Oktober 1996.

Henkel, Peter: „Griff der Grünen nach der Macht in den Rathäusern“; in: *Frankfurter Rundschau* vom 9. Juli 1996.

Heptner, Bernd: „Wer A sagt, muss auch B sagen – Die Direktwahl bringt die hessischen Bürgermeister in eine Zwitterstellung“; in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21. Januar 1998.

Hohnecker, Martin: „Etappensieg für Schuster“; in: *Stuttgarter Zeitung* vom 21. Oktober 1996.

Hohnecker, Martin: „Experiment“; in: *Stuttgarter Zeitung* vom 23. Oktober 1996.

Hohnecker, Martin: „Schusters Sieg“; in: *Stuttgarter Zeitung* vom 11. November 1996.

Hupka, Stefan im Interview mit Gerd Mielke; in: *Badische Zeitung* vom 11. April 2002.

Käfer, Armin: „Lokale Hochburgen – Triumphe mit Schönheitsfehlern“; in: *Stuttgarter Zeitung* vom 21. Oktober 1996.

Link, Christoph: „Im Garten ein Philosophiesitz – Die OB-Kandidaten ganz privat – heute: Wolfgang Schuster (CDU)“; in: *Stuttgarter Zeitung* vom 10. Oktober 1996.

Lorch, Olaf: „Brodeln in der Stuttgarter Gerüchteküche“; in: *Pforzheimer Zeitung* vom 16. Oktober 1996.

Müller, Andreas: „Genug der Gaudi“; in: *Stuttgarter Zeitung* vom 25. September 1996.

Reimer, Wulf: „Im Profil: Wolfgang Schuster“; in: *Süddeutsche Zeitung* vom 12. November 1996.

Reimer, Wulf: „In Manfred Rommels großem Schatten“; in: *Süddeutsche Zeitung* vom 18. Oktober 1996.

Reimer, Wulf: „Kandidatenkür im Last-Minute-Verfahren“; in: *Süddeutsche Zeitung* vom 12. Juli 1996.

Rieger, Arnold: „OB Weber: Becker sollte gehen“; in: *Stuttgarter Nachrichten* vom 23. Oktober 1996.

Schanz, Andreas: „Der CDU-Kandidat baut auf Sachargumente und viel Parteiprominenz“; in: *Schwäbische Zeitung* vom 10. September 1996.

Schlauch, Rezzo im Gespräch mit den *Stuttgarter Nachrichten* vom 21. Oktober 1996.

Schlauch, Rezzo im Gespräch mit der *Stuttgarter Zeitung* vom 2. November: „Ich gebe den deutlich besseren OB ab“.

Schlauch, Rezzo im Gespräch mit der *Stuttgarter Zeitung* vom 24. August 1996: „Nicht mehr David Schlauch gegen Goliath Rommel“.

Schlauch, Rezzo im Gespräch mit der *Tageszeitung/Berlin*: „Die hießige SPD kann einfach nicht teilen“.

Schreiber, Jürgen: „Liebling Killesberg – Der Grüne Rezzo Schlauch will die Landeshauptstadt Stuttgart als Oberbürgermeister erobern“; in: *Die Woche* vom 19. Juli 1996.

Schulz-Braunschmidt, Wolfgang: „Wahlkampfhilfe vom Mafijäger“; in: *Stuttgarter Zeitung* vom 8. November 1996.

Schunder, Josef: „OB-Kandidat Becker: Überall sind Stimmen zu holen“; in: *Stuttgarter Nachrichten* vom 23. Oktober 1996.

Schuster, Wolfgang im Gespräch mit den *Stuttgarter Nachrichten* vom 21. Oktober 1996: „Klar nach vorne – das war unser Ziel“.

Schuster, Wolfgang im Gespräch mit der *Stuttgarter Zeitung* vom 2. November 1996: „Die Konsequenzen klarmachen“.

Serger, Bernd im Gespräch mit Hans-Georg Wehling; in: *Badische Zeitung* vom 9. April 2004.

Der Spiegel vom 28. Oktober 1996: „Ohne Bratwurst – Mit einer Kamikaze-Kandidatur wirbelt Oberbürgermeister Joachim Becker den Stuttgarter Kommunalwahlkampf durcheinander“.

Weber, Hajo: Analyse des Wahlergebnisses der Oberbürgermeisterwahl in Kaiserslautern vom 7. März 1999; in: *Die Rheinpfalz* vom 11. März 1999.

Wehling, Hans-Georg im Gespräch mit der *Stuttgarter Zeitung* vom 30. Oktober 1996: „Dass ein Kandidat was darstellt, ist nicht das wichtigste – Politik-Professor Hans-Georg Wehling über Chancen und Fehler im OB-Wahlkampf“.

Wehling, Hans-Georg im Gespräch mit der *Stuttgarter Zeitung* vom 12. Januar 2004: „In den Rathäusern sind die Frauen im Kommen“.

Wertel, Klaus G.: „Die Stuttgarter OB-Wahl beschert der SPD neue Schwierigkeiten – Prominente Kritiker aus den eigenen Reihen wollen den Landesvorsitzenden Uli Maurer mürbe machen“; in: *Südwest-Presse* vom 31. Oktober 1996.

Werwigk-Hertneck, Corinna im Gespräch mit der *Stuttgarter Zeitung* vom 10. September 1996: „Mittelstand ist der wesentliche Faktor für die Stadt“.

Wörner, Achim: „SPD vor der Wahl: Wenig Mut“; in: *Stuttgarter Zeitung* vom 11. Juli 1996.

Wörner, Achim: „SPD-Kreise: Brechtken geht als OB-Kandidat ins Rennen“; in: *Stuttgarter Zeitung* vom 11. Juli 1996.

Wurm, Theo: „Der rote Peter dunkelt nach“; in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6. September 1974.

L E B E N S L A U F

Name: Markus Rudolf Hoecker
Geburtsdatum/-ort: 6. Juni 1969 in Ludwigshafen am Rhein
Familienstand: verheiratet, 1 Kind (Peter)
Staatsangehörigkeit: deutsch
Anschrift: Kelterstraße 7, 71686 Remseck am Neckar

Schulbildung

1975 bis 1979 Johann-Hoffmann-Grundschule in Mutterstadt
1979 bis 1988 Theodor-Heuss-Gymnasium in Ludwigshafen am Rhein,
Abiturnote: 1,8
Fremdsprachen: Englisch, Französisch (verhandlungssicher), Italienisch
(ausbaufähig), Großes Latein

Grundwehrdienst

10/1988 bis 10/1989 Stabsdienstsoldat in Todtnau/Fahl, Ulm, Regensburg und
München

Hochschulausbildung

WS 1989/90 bis SS 1994 Studium der Politikwissenschaft, Germanistik und
Öffentliches Recht an der Universität Regensburg,
Magisterabschluss: „sehr gut“ (1,37),
Thema Magisterarbeit: „Verfassungsrichterwahl und
Parteipolitik“
SS 1997 bis WS 1997/98 Promotionsstudium Politikwissenschaft an der Universität
Stuttgart

Beruflicher Werdegang

9/1992 bis 9/1995 fester freier Mitarbeiter verschiedener Hörfunkredaktionen
des Bayerischen Rundfunks
10/1995 bis 10/1996 Fraktionsassistent der CDU-Gemeinderatsfraktion in
Stuttgart
11/1996 bis 5/2000 Parlamentarischer Berater und Stellvertretender
Pressesprecher der CDU-Landtagsfraktion im Landtag von
Baden-Württemberg
seit 6/2000 Persönlicher Referent der Ministerin für Kultus, Jugend
und Sport des Landes Baden-Württemberg

Erklärung

Ich erkläre, dass ich diese Arbeit selbstständig und nur mit den angegebenen Hilfsmitteln verfasst habe und dass alle Stellen, die dem Wortlaut oder dem Sinn nach anderen Werken entnommen sind, durch Angabe der Quellen als Entlehnung kenntlich gemacht worden sind.

Remseck im April 2004

.....
Markus Hoecker